

HERMANN PÜNDER

POLITIK IN DER REICHSKANZLEI

Als eine der wenigen „nichtamtlichen“ Quellen vermag das mit dem Tode Strésemanns im Oktober 1929 einsetzende Tagebuch des früheren Staatssekretärs in der Reichskanzlei Dr. Pünder zur Geschichte der Großen Koalition und der Ära Brüning eine wesentliche Aussage zu bieten. Dem Leser werden aufschlußreiche Einblicke in den Alltag der obersten Zentralbehörde des Reiches gegeben, und zwar für eine Zeit, da in ihr wirklich noch Politik gemacht wurde. Aus dem unmittelbaren Erleben des Verfassers finden die Verzahnung innen- und außenpolitischer Probleme sowie die wirtschaftlichen Krisenjahre der ausgehenden Republik eine anschauliche Behandlung. Durch Verwendung amtlichen Aktenmaterials hat die Edition eine zusätzliche Abrundung erfahren.

Obgleich Pünder mit dem Sturze Brünings ebenfalls aus dem Reichsdienst ausschied, fallen Streiflichter auch auf die Praxis der Kanzlerschaft Papens, da der Staatssekretär weiterhin in gelegentlicher Verbindung zu seinem Nachfolger Planck blieb. Somit werden die Aufzeichnungen zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für die Beurteilung der letzten Weimarer Jahre.

POLITIK IN DER REICHSKANZLEI

Rechtehinweis

Die kostenfreie Nutzung der Publikation ist an die Einhaltung der geltenden urheberrechtlichen Bestimmungen geknüpft. Das Ausdrucken, das Herunterladen und das Speichern der Daten ist ausschließlich zu privaten, wissenschaftlichen und nicht-kommerziellen Zwecken erlaubt.

Permalink: <https://link.bsb-muenchen.de/BV002884941>

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 3

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Martin Broszat

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

HERMANN PÜNDER

POLITIK IN DER REICHSKANZLEI

AUFZEICHNUNGEN AUS DEN JAHREN 1929-1932

Herausgegeben von

THILO VOGELSANG

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT

STUTT GART

EINLEITUNG

Auf den nachfolgenden Blättern kommt ein Mann zu Wort, der von 1926 bis 1932 als Staatssekretär der Reichskanzlei in Berlin wirkte und von 1948 bis 1949 als Oberdirektor und Vorsitzender des Verwaltungsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt a. M. entscheidende Vorarbeiten für die Neuformung der deutschen Staatlichkeit leistete. Er gehört damit zu jener Gruppe von Personen, in denen über die Ära Hitler hinaus ein Stück Kontinuität deutscher Politik sichtbar geworden ist.

Hermann Pünder entstammt einer angesehenen katholischen rheinischen Familie und wurde am 1. April 1888 in Trier geboren. Seine schon in jungen Jahren erkennbare juristische Begabung mag im Elternhause eine entscheidende Förderung durch den Vater erfahren haben, der vor dem Ersten Weltkriege als Reichsmilitärgerichtsrat dem Zweiten Senat des Reichsmilitärgerichts in Berlin angehörte. Mit 21 Jahren trat Pünder 1909 nach erfolgreichem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg i. Br., London und Berlin als Referendar beim Amtsgericht in Angermünde ein; ein Jahr später erfolgte die Promotion. Der Ausbruch des Krieges, den er als Reserveoffizier des 2. Thüringischen Feldartillerie-Regiments Nr. 55 (Naumburg a. S.) bis zum Ende mitmachte, verzögerte die Zweite Staatsprüfung; im Frühjahr 1915 wurde er Gerichtsassessor. Dem Heimgekehrten eröffnete sich eine schnelle Karriere. Nach kurzen Beschäftigungen am Landgericht I Berlin und im preußischen Justizministerium wurde Pünder im September 1919 als Regierungsrat in das Reichsfinanzministerium berufen.

Bereits 1921 als Oberregierungsrat in der („Haushalts“-)Abteilung I unter Ministerialdirektor von Schlieben tätig, stieg er 1923 zum Ministerialrat auf und erhielt im Oktober, als der bisherige Ernährungsminister Dr. Hans Luther im zweiten Kabinett Stresemann das Finanzressort übernahm, die Leitung des sog. „Spezialbüros des Ministers“¹. In diese Zeit fiel die durch seine unmmittelbare Stellung zu Luther verstärkte Mitwirkung an der Stabilisierung der Währung. Diese Zusammenarbeit fand ihre Fortsetzung, als Luther Mitte Januar 1925 an die Spitze einer bürgerlichen Regierung von den Deutschen Demokraten bis zu den Deutschnationalen trat und Pünder, jetzt Ministerialdirektor, ihm in die Reichskanzlei nachfolgte. Das neue Arbeitsfeld ermöglichte ihm weite Einblicke in die allgemeinen innen- und außenpolitischen Fragen. Dadurch erlangte er jene Personenkenntnis und Sicherheit in der Behandlung politischer Situationen, die ohne Zweifel mit dazu beitrugen, daß er im Juli 1926 auf die erste Stelle innerhalb der Reichskanzlei, auf den Posten des Staatssekretärs, nachrückte.

Den Anlaß dazu hatte im Mai der plötzliche Rücktritt der Regierung Luther gegeben, die durch ein Minderheitskabinett „Luther ohne Luther“ unter der Füh-

¹ Handbuch für das Deutsche Reich 1924, S. 136.

zung des zurückkehrenden Altreichskanzlers Dr. Wilhelm Marx (Zentrum) ersetzt wurde. Im Anschluß daran berührten die permanenten und stets nur von Fall zu Fall überbrückbaren Gegensätze zwischen Deutscher Volkspartei und Zentrum auch die Stellung des Staatssekretärs Dr. Kempner, der schon seit 1919 der Reichskanzlei angehörte und 1925 unter Luther in deren Leitung der Nachfolger Brachts geworden war. Kempner wich dem Druck der Parteien¹ und der Auffassung, dem Kanzler Marx müsse ein Mitarbeiter zur Seite gestellt werden, der über gute Beziehungen zum Zentrum verfüge. Da man jedoch keinen geeigneten Politiker fand, entschied sich Marx — selber alter Beamter — schließlich für den jungen Verwaltungsfachmann Pünder, eine Wahl, zu der auch — nachdem nun einmal Kempner ausgeschieden war — Stresemann geraten hatte.

Die Reichskanzlei, am 18. Mai 1878 auf ausdrücklichen Wunsch Bismarcks durch Allerhöchste Kabinettsorder Wilhelms I. als die oberste Reichsbehörde und unmittelbares Organ des Reichskanzlers errichtet², hatte seitdem nicht nur ständig an Umfang und politischer Bedeutung gewonnen³, sondern auch durch die Reichsverfassung von 1919 eine Erweiterung ihrer Aufgaben erfahren. So blieb sie zwar das „Zentralbüro des Reichskanzlers“, wurde aber darüber hinaus zu einer Behörde, welche zugleich die laufenden Geschäfte des neugeschaffenen Regierungskollegiums zu besorgen, also auf das Zusammenwirken der Ressorts in Übereinstimmung mit der Kabinettspolitik zu achten hatte. In dieser Schlüsselposition boten sich Möglichkeiten persönlicher politischer Initiative im Einvernehmen mit Kanzler und Ministern.

Wenn sich Pünders Stellung als Staatssekretär, die ohnehin auf einem vorausgegangenen reichlichen Jahr Wilhelmstraßen-Erfahrung aufbauen konnte, alsbald in einem Maße festigte, daß er in der Weimarer Zeit dieses Amt am längsten, nämlich durch sechs Jahre bekleiden konnte, dann hing das mit zwei Dingen zusammen. Zum einen wirkte sich die Konsolidierung der Republik auch an der Spitze der Reichskanzlei aus. Mochten auch hinter der Bestallung des Mitgliedes der Zentrumspartei Dr. Pünder zum Chef dieser Behörde einige politische Wünsche stehen, so war dieser Vorgang dennoch nur mehr ein schwacher Ausläufer jener Bestrebungen in den vorhergehenden Jahren, die vom November 1918 bis 1926 der Reichskanzlei nacheinander acht Staatssekretäre beschert hatten. Entscheidend wurde vor allem, daß die zwar politische, aber von ihm selbst so genannte „rein sachliche“ und überparteiliche Arbeit des Praktikers Pünder und sein daraus sich ergebendes Ansehen die nächsten Regierungswechsel von 1927, 1928 und 1930 zu überdauern vermochten. Hinzu kam eine gewisse Abneigung des Reichskanzlers Marx, sich selber in internationalen Gesprächen und Tagungen, den Erscheinungs-

¹ M. von Stockhausen, Sechs Jahre Reichskanzlei, Erinnerungen und Tagebuchnotizen 1922–1927, hrsg. von W. Görlitz, Bonn 1954, S. 224 und 226.

² Zur Sache vgl. Zur Geschichte des Reichskanzlerpalais und der Reichskanzlei, hrsg. vom Staatssekretär der Reichskanzlei, Berlin 1928, S. 33 ff. Ferner: R. Morsey, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867–1890, Münster i. W. 1957, S. 219 ff.

³ Die Chefs der Reichskanzlei sollten ursprünglich die Stellung eines „Vortragenden Rats“ bekleiden. Seit 1907 standen sie im Range eines Unterstaatssekretärs; 1920 wurde die Stelle eines „Staatssekretärs der Reichskanzlei“ geschaffen.

formen des neuen außenpolitischen Stils der 20er Jahre, zu engagieren (im Gegensatz etwa zu Luther, der an der Seite Stresemanns eine betonte persönliche Beteiligung an den Verhandlungen von Locarno gezeigt hat). So fügte es sich, daß Pünder im September 1926 als Beobachter des Reichskanzlers und als anerkannter Mitarbeiter Stresemanns der deutschen Delegation angehörte, die den vom Außenminister mühselig erarbeiteten Eintritt des Reiches in den Völkerbund vollzog. Gleichfalls im folgenden Jahre (1927) war er Mitglied der für die Vollversammlung des Völkerbundes bestimmten Delegation. Was Stresemann damals in Genf an Verhandlungen mit Briand und Austen Chamberlain führte, fand (zur Orientierung des Kanzlers) seinen ersten schriftlichen Niederschlag in den Telegrammen und Aufzeichnungen, die Pünder laufend nach Berlin sandte¹. Es ist das eine seiner speziellen Obliegenheiten geworden; er hat sie ebenso bei anderen Gelegenheiten, wie z. B. auf den beiden Haager Konferenzen 1929 und 1930, mit besonderer Aufmerksamkeit wahrgenommen². Auch an der Sommertagung des Völkerbundsrates 1929 in Madrid nahm Pünder zusammen mit Staatssekretär von Schubert als Mitarbeiter des von ihm verehrten Außenministers teil.

Als Stresemann am 3. Oktober 1929 starb, schien nicht nur das sogenannte „beste Jahrfünft“ des Weimarer Staates (A. Schwarz) zu Ende gegangen zu sein. Auch die Tätigkeit Pünders an der Spitze der Reichskanzlei trat gewissermaßen in ihre zweite Halbzeit, in die Phase der Krisen erst des Parlamentes und dann der Republik selbst. Vielleicht hat Pünder die Bedeutung dieser Zäsur schon damals stark empfunden; jedenfalls setzt in diesen tragischen Oktobertagen das vorliegende Tagebuch ein.

Das handschriftliche Original der Aufzeichnungen überdauerte den Zweiten Weltkrieg und das harte Lebensschicksal Pünders zwischen 1933 und 1945. Das Tagebuch wurde 1948/49, nach Mitteilung des Autors ohne inhaltliche Änderung, in ein maschinenschriftliches Manuskript übertragen. Diese Ausfertigung hat Pünder im Frühjahr 1960 dem Institut für Zeitgeschichte für die Zwecke einer Veröffentlichung im Rahmen der „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ überlassen. Sie wurde von ihm mit geringfügigen handschriftlichen Korrekturen versehen, die ich in die Edition übernommen habe³. Dabei handelt es sich lediglich um Berichtigungen von Fehlern oder um erklärende, dem besseren Verständnis dienende Zusätze, nicht jedoch um Veränderungen, welche die originale Quellaussage beeinträchtigen würden. Von der Veröffentlichung wurden rein private, mit den politischen Ereignissen in keinem Zusammenhang stehende Passagen aus-

¹ Schreiben Stresemanns an Reichskanzler Marx vom 21. September 1927, in: G. Stresemann, Vermächtnis, hrsg. von H. Bernhard, Bd 3, Berlin 1933, S. 196.

² Vgl. unten S. 38 f.

³ Ein Durchschlag dieser maschinenschriftlichen Ausfertigung – ohne die erwähnten Korrekturen und ohne Ergänzung schwer lesbarer Stellen des Originals – gelangte vor einigen Jahren zusammen mit anderen, auf den nachfolgenden Seiten des öfteren in den Fußnoten angezogenen Papieren in das Bundesarchiv, wo er in Band 4 der Sammlung Dr. Hermann Pünder unter dem Titel „Tagebuchaufzeichnungen aus der Zeit vom Tode Stresemanns bis zum Beginn des Dritten Reiches 1929–1934“ aufbewahrt wird.

genommen. Bei der Kommentierung des Tagebuch-Textes ist mir sowohl von seiten des Autors als auch durch das Bundesarchiv Koblenz, insbesondere von Herrn Archivrat Dr. Vogel, eine umfassende Unterstützung zuteil geworden, für die ich an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank aussprechen möchte.

Als eine der wenigen „nichtamtlichen“ Quellen für die Geschichte der Großen Koalition und der Ära Brüning vermag das Tagebuch Pünders, selbst bei Berücksichtigung der zuweilen etwas unterschiedlichen Intensität im Rhythmus der Eintragungen, eine wesentliche Aussage zu bieten, zumal sich in sehr vielen Fällen mühelos ergänzende Verbindungen zu den übrigen Pünder-Papieren sowie den einschlägigen Akten aus dem Bestande Reichskanzlei herstellen lassen. Dem Betrachter werden aufschlußreiche Einblicke in den Alltag der obersten Zentralbehörde des Reiches geboten, und zwar für eine Zeit, da in ihr wirklich Politik gemacht wurde: so etwa am 6. März 1931, als just an einem scheinbaren Höhepunkte der neuen, auf eine Zollunion mit Österreich eingestellten Bemühungen des Außenministers Curtius nun gleichzeitig die Reparationspolitik Brünings inauguriert wurde, welche, vorangetrieben durch den Zwang der Verhältnisse, sich schnell vom Spezialgebiet der Wirtschafts- und Finanzexperten zum Hauptthema der internationalen Beziehungen wandelte und alsbald gar den Kanzler selbst zu einem Außenpolitiker machte. In diesen Wochen und Monaten wurde die Reichskanzlei, wie z. B. der Ablauf der Bankenkrise im Hochsommer 1931 zeigt, zu einer Stätte der Begegnungen und Beratungen, in denen in unaufhörlichem Wechsel Probleme und politische Belastungen oftmals durch den Staatssekretär, fast immer mit seiner Mithilfe gemeistert wurden. Pünder, der sicher nicht unbedingt „ruhende“, aber von den Mitakteuren der Zeit wegen seiner Sachlichkeit geschätzte „Pol der Vernunft“ (so der Ausspruch Ludwig Kaas'), arbeitete mit vorausschauender Umsicht, mit Geduld und Überzeugungskraft. Im Dezember 1929, als die von Schacht hochgespielte Ultimokrise bereits die Koalition zu gefährden drohte, riet Pünder zum „Frieden“ mit dem Reichsbankpräsidenten und setzte sich damit durch.

Daß die Sozialdemokratie nach den Herbstwahlen 1930 für eine Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Brüning gewonnen werden konnte, ist zum großen Teil Pünders Verdienst. Und als der Staatssekretär sehen mußte, daß im Mai 1932 der Wandel in den Auffassungen Hindenburgs nicht mehr rückgängig zu machen war, versuchte er noch in letzter Minute eine Einschaltung Goerdelers als preußischen Ministerpräsidenten oder gar als Kanzler zu erreichen, um Brüning wenigstens im Auswärtigen Amt zu halten und um den „Rechtsruck“, so gut es ging, zu entschärfen. Daß hinter der Berichterstattung des Tagebuches eine politische, selbstbewußte und temperamentvolle Persönlichkeit steht, die juristisches Können mit einem sehr lebhaften Gefühl für die Verantwortungsfülle des Amtes verband, wird der Leser bald bemerken. Pünders ausgeprägter Sinn für Personenbeziehungen haben den „jugendlichen“ Staatssekretär, der mit 38 Lebensjahren an die Spitze der Reichskanzlei getreten war, vor allem auch befähigt, die Tätigkeit des Harmonisierens und des Ausgleichens zwischen Politikern und Ministern, zwischen Parteien und Institutionen auszuüben.

Pünders sachliche Unbefangenheit gegenüber dem Instrument des Artikels 48 der Reichsverfassung rührt vermutlich bereits aus seiner früheren Zusammenarbeit mit Luther her; in einem mehr als dreißig Jahre später gehaltenen Vortrag ist in unseren Tagen diese Einstellung unter Berufung auf das Ermächtigungsgesetz anlässlich der Einführung der Rentenmark im November 1923 noch einmal ganz deutlich geworden¹. Als Staatssekretär und erster Mitarbeiter des Reichskanzlers Müller hat Pünder gewiß nicht an der hintergründigen Vorbereitung der nachfolgenden Regierung teilgenommen, doch konnte er ohne weiteres die wesentlich kritischere Haltung eines Heinrich Brüning gegenüber „diesem“ Parlament auch zu seiner eigenen machen. Sowohl *vor* wie *nach* dem 30. März 1930 verschloß er, um die in Verbindung mit dem Youngplan eingeleitete Wirtschafts- und Finanzgesetzgebung in Gang zu bringen, vor der Notwendigkeit einer Anwendung des Artikels 48 keinesfalls die Augen. Wie Brüning, Groener und Schleicher mag auch Pünder damals große Hoffnungen auf die – man muß schon sagen – Neukonstruktion einer gemäßigten arbeitsfähigen Rechten gesetzt haben.

Daß der Reichstag der IV. Wahlperiode 1928 tatsächlich in keinem hohen Ansehen mehr stand, beweist die rote Mappe mit der Auflösungsorder Hindenburgs, die bereits am 3. April 1930, dem ersten Tage der Begegnung der neuen Regierung mit dem Reichstag, griffbereit auf der Ministerbank lag! So verbindet sich schließlich die Person Pünders mit den politischen Stileigentümlichkeiten der Brüningzeit, wie sie sich in mannigfacher Weise gezeigt haben: etwa im Wunsche nach einem Ermächtigungsgesetz im Sommer 1930, in dem schon Anfang Dezember 1930 erwogenen Plan, auf Brüning und Groener durch die Personalunion von Kanzler- und Auswärtigem Amt bzw. von Wehr- und Innenministerium die eigentliche politische Macht der Republik zu konzentrieren, und vor allem in dem Bestreben, auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verordnungen die überwiegende Initiative an die „Reichsführung“ mitsamt „Fach“ministern und spezialisierter Bürokratie zu ziehen und andererseits den Reichsrat stärker an der Verantwortung zu beteiligen. Wenn indessen dennoch bei aller Distanzierung von der kaum mehr funktionierenden, stattdessen zunehmend blockierten Mehrheitsmechanik des Parlamentes die Beziehungen der Regierung zu den führenden Parteipolitikern unbelastet und die Parteien selbst als Repräsentanten des politischen Volkswillens im Grundsatz anerkannt blieben, dann ist solches ein Verdienst der beiden Brüning-Kabinette, an welchem Pünder seinen beachtlichen persönlichen Anteil gehabt hat.

Gemessen an Pünders Bereitschaft, unter *Brüning* die so oft besprochene Rechtsschwenkung der deutschen Politik mitzumachen, erscheint dem Leser seine Absage an Papen vom 2. Juni 1932 nur noch eindrucksvoller. Der Staatssekretär hatte eine gute Witterung für die kommenden Bedenkenlosigkeiten jener, die da zu erreichen wähnten, was dem „guten Heinrich“ ja doch nicht gelänge. Vor allem empörten ihn die Formen der kalten Isolierung Brünings und die hinter dem Rücken des Kanzlers auf Schleichers Initiative vorgenommene Vorbereitung neuer, angebe-

¹ H. Pünder, Der Reichspräsident in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. und Bonn 1961, S. 25f.

lich sinnvollerer Konstellationen. War so für den in langen Jahren bewährten Mitarbeiter der Luther, Marx, Hermann Müller und Brüning an der Schalttafel der Reichspolitik keine Möglichkeit des Bleibens mehr gegeben, durfte er dennoch der Meinung sein, dem Staate Preußen in verantwortungsvoller Position unangefochten weiterdienen zu können. Die Übertragung des Regierungspräsidiums in Münster i. W. schien im Oktober 1932 diese Erwartung zu erfüllen. Aber schon acht Monate später wurde dem von ihm so hoffnungsvoll begrüßten Neuanfang wieder ein Ende gemacht. Ende Juni 1933 erfolgte – sinnigerweise auf Grund des Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ – die Entfernung aus dem Amt durch Spruch der neuen Herren Preußens, denn der Regierungspräsident, dem man sogar Aussichten auf das Oberpräsidium in Westfalen gemacht hatte, war bei seiner strikten Weigerung, der NSDAP beizutreten, geblieben.

Für Pünder begannen schwere Jahre. Seine weitere Familie mußte den verbrecherischen Machthabern des Dritten Reiches einen erheblichen Blutzoll leisten: am 30. Juni 1934 wurde der Vetter Frau Pünders, Dr. Erich Klausener¹, umgebracht; nach dem 20. Juli wurde ein Bruder seiner Frau, Leo Statz, durch Freisler wegen angeblicher „Heimtücke“ zum Tode verurteilt und hingerichtet. Auch Pünder selbst hat wegen seiner Verbindungen zu Goerdeler am Ende des Krieges vor dem Volksgerichtshof gestanden. Zusammen mit anderen prominenten KZ-Häftlingen erlebte er im Mai 1945 am Prager Wildsee in den Dolomiten die Befreiung.

Nach dem Kriege wurde die Kommunalpolitik Pünders neues Betätigungsfeld. Schon im Sommer 1945 einer der Begründer der westfälischen CDU in Münster i. W., war er im Spätherbst Oberbürgermeister von Köln geworden. Als erster Präsident des wiedererrichteten Deutschen Städtetages verhalf er diesem zu einem neuen Start und wirkte beratend an der Schaffung des Landes Nordrhein-Westfalen mit, indem er sich von Anfang an entschieden für dessen jetzige Grenze aussprach². Am 2. März 1948 wählte ihn der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes („Bizone“) zum Oberdirektor und Vorsitzenden des Verwaltungsrates. Was Pünder hier zusammen mit anderen Politikern und Beamten in Frankfurt a. M. für die organisatorische Vorbereitung der zweiten deutschen Republik geleistet hat, muß einer späteren Betrachtung vorbehalten bleiben. Nach Konstituierung der Bundesrepublik wirkte er von 1949 bis 1957 im Bundestag als Abgeordneter der CDU und zweifacher Ausschuß-Vorsitzender weiter. Er gehörte schon im Herbst 1950 der ersten deutschen Delegation an, die an den Tagungen der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg teilnahm. Im September 1952 ist Pünder zum 1. Vizepräsidenten der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gewählt worden. Dieses letzte Amt in einem an politischer Arbeit reichen Leben hat er bis 1958 ausgeübt.

Thilo Vogelsang

¹ Vgl. unten Anm. 55.

² H. Pünder, Vorläufer der Bundesrepublik, dargestellt aus eigenem Miterleben, Frankfurt a. M. 1961, S. 9f. Ferner W. Köhler, Das Land aus dem Schmelztiegel, Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1961, S. 120f.

DAS TAGEBUCH

Freitag, den 4. Oktober 1929

Ich begehe heute mein silbernes Dienstjubiläum. Aber ich habe keinerlei Notiz von diesem Tage nehmen lassen, wenngleich ich mich persönlich dieses Tages herzlich freue. Namentlich natürlich auch freue, daß ich in den fünfundzwanzig Jahren nicht erfolglos tätig gewesen bin und es zu geachteter und einflußreicher Stellung gebracht habe¹.

Eine ganz große Trauer überschattet mein heutiges Dienstjubiläum. Mein hochverehrter Gönner und – ich darf sagen – Freund, Herr Minister Stresemann², ist gestern morgen ganz plötzlich gestorben. Am vergangenen Mittwoch, dem 2. 10., stand im Reichstag die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung³ im Zenit. Es drehte sich schließlich um die Frage, wie sich die einzelnen Regierungsparteien nun zu dem in der 2. Lesung mühsam zustande gekommenen Gesetz stellen würden. Die Entscheidung lag bei der Deutschen Volkspartei. Stimmte sie gegen das Gesetz, so hätte das zweifellos auch seine Wirkung auf die übrigen bürgerlichen Regierungsparteien nicht verfehlt, und damit wäre die Annahme des Gesetzes sehr zweifelhaft geworden. Wäre es abgelehnt worden, so war die Regierungskrise ganz sicher. Für den 1. 10., 11 Uhr vormittags, war nun die entscheidende Fraktions-sitzung der Deutschen Volkspartei angesetzt. Zuvor hatte ich mit Herrn Minister Stresemann eine Besprechung zwischen ihm und Herrn Reichskanzler Müller⁴ verabredet. Stresemann hatte die feste Absicht, seinen ganzen Einfluß für das Zustandekommen des Gesetzes einzusetzen. Trotzdem er nach ärztlicher Anordnung wegen

¹ Infolge der nach den damaligen Bestimmungen „doppelt zählenden“ Kriegsjahre war an diesem Tage für Staatssekretär Dr. Pünder das fünfundzwanzigste Dienstjahr vollendet. Am 4. Oktober 1909 hatte er als Kammergerichtsreferendar vor dem Aufsichtsrichter des Amtsgerichts in Angermünde den preußischen Beamteneid abgelegt. Zum weiteren Werdegang P.s vgl. die Einleitung, S. 5 ff.

² Dr. Gustav Stresemann (1878–1929) gelangte über die Laufbahn des Industrie-Syndikus in die Politik, Mitglied des Reichstages seit 1907, gegen Ende des Krieges Führer der Reichstagsfraktion der Nationalliberalen. Stresemann gründete 1918 die Deutsche Volkspartei. 1923 (Aug.–Nov.) Reichskanzler und Außenminister. Dieses Amt behielt er auch in den nachfolgenden Kabinetten bei und konnte damit die Kontinuität einer großangelegten Verständigungspolitik unter ansehnlichen Erfolgen sichern. Der jüngste Versuch einer kritischen biographischen Würdigung bei Annelise Thimme, Gustav Stresemann, Hannover und Frankfurt a. M. 1957.

³ Zu den Auseinandersetzungen um die Reform bis zum sog. „Oktober-Kompromiß“ vgl. Helga Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930, Düsseldorf 1952, S. 127 ff. und besonders S. 138 f.

⁴ Hermann Müller (Franken), geb. 1876, sozialdemokratischer Politiker, seit 1916 Mitglied des Reichstages, 1919 kurzfristig Reichsaußenminister im Kabinett Bauer, 1920 und 1928–1930 Reichskanzler der Weimarer bzw. „Großen“ Koalition.

eines leichten Bronchialkatarrhs im Bett liegen sollte, zumal auch das Wetter schlecht war, ging er gegen Mittag in die Fraktionssitzung. Eine endgültige Entscheidung kam bis Mittag noch nicht zustande, vielmehr wurde auf 5 Uhr nachmittags vertagt. Um 3 Uhr nachmittags rief bei mir der Sohn Wolfgang Stresemann an, der Vater würde mich gern nochmals sprechen und bitte mich auf $\frac{1}{2}$ 5 Uhr zu sich. Auf Grund meiner Besprechung mit ihm würde er dann noch mit dem Herrn Reichskanzler telefonieren.

Ich war rechtzeitig zur Stelle und wurde, wie so oft schon in den letzten Tagen, in das Schlafzimmer auf den I. Stock geführt. Der Herr Minister lag zu Bett, war aber ganz besonders vergnügt. Er begann damit, daß er seine Fraktionssitzung nicht zuletzt deshalb unterbrochen habe, weil er sich zuvor auch noch mit mir habe besprechen wollen. In altgewohnter, vertrauter Weise besprachen wir zwei dann nochmals die politische Lage. Insbesondere fragte mich der Herr Minister ausdrücklich, was ich für besser halte: wenn die Volkspartei sich geschlossen der Stimme enthalte oder die Abstimmung freigebe und dann eine kleine Mehrheit für das Gesetz und eine große Minderheit gegen das Gesetz stimmt. Mit dieser Frage war mir, wie so oft schon, eine schwere Verantwortung auferlegt. Ich entschied mich für die zweite Lösung, weniger wegen der paar Stimmen Zuwachs, als wegen des besseren Eindrucks bei den bürgerlichen Regierungsparteien⁵. Ich fügte aber hinzu, daß nach meiner Überzeugung auch die erste Eventualität noch durchaus tragbar sei, was ich auf Grund vorangegangener Besprechungen mit Prälat Kaas⁶ glaubte sagen zu können.

Wir sprachen dann noch wie üblich über vieles andere, so namentlich auch über die für den folgenden Tag vorgesehene Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder über die Haager Konferenz⁷. Wir hatten schon verabredet, daß Minister Curtius⁸ ihn in dieser Sitzung vertreten sollte. Er wollte dann aber zur Diskussion doch auch noch selber kommen; ich möchte nur noch mit dafür sorgen, daß auch gut geheizt sei. Ich erwiderte, daß bis zum Reichstag, wo ausnahmsweise die Sitzung diesmal stattfand, mein Arm nicht reiche. Ich würde mir

⁵ Zur Haltung und zu den internen Schwierigkeiten der DVP vgl. J. Curtius, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 87f., und E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd 2, Erlenbach-Zürich u. Stuttgart 1956, S. 270ff.

⁶ Prälat Dr. Ludwig Kaas, geb. 1881, Professor für katholisches Kirchenrecht in Bonn, Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages seit 1919, war seit Dezember 1928 Vorsitzender der Deutschen Zentrumsparlei als Nachfolger des Altreichskanzlers Wilhelm Marx.

⁷ Nachdem auf der Sachverständigenkonferenz in Paris (11. Februar – 7. Juni 1929) auf Grund eines Berichtes des Young-Ausschusses die Grundlagen des sog. „Neuen Planes“ zur abschließenden Regelung der Reparationen festgelegt worden waren, hatte die vom 6. bis 31. August 1929 in Den Haag tagende politische Konferenz der Reparationsmächte den „Young-Plan“ angenommen. Gleichzeitig war es Stresemann gelungen, eine Zusage zur vorzeitigen Räumung der 2. und 3. Zone des Rheinlandes durch die alliierten Truppen bis zum 30. Juni 1930 zu erreichen. Die Bereinigung der restlichen technischen Fragen sowie die Unterzeichnung eines Schlußprotokolls sollte einer zweiten Haager Konferenz vorbehalten bleiben.

⁸ Dr. Julius Curtius, geb. 1877, Rechtsanwalt, seit 1920 Mitglied des Reichstages (Deutsche Volkspartei), seit Januar 1926 Reichswirtschaftsminister.

aber Mühe geben und ihn evtl. noch vorher anrufen. Stresemann dankte und sagte noch: „Seien Sie so freundlich und warnen Sie mich, wenn nötig, wie Sie immer für mich so lieb gesorgt haben!“ Dann schüttelten wir uns wie üblich kräftig die Hände und wir schieden beide in froher Stimmung. Wir ahnten beide nicht, daß es Abschied zwischen uns gewesen war, nach den langen Jahren enger Zusammenarbeit!

Nach mir war dann abends nur noch Herr Minister Curtius bei Minister Stresemann. Mittlerweile war in der Volkspartei beschlossen worden, geschlossenen Stimmhaltung zu üben. Beide Minister – auch Stresemann kam nochmals an den Apparat – teilten mir das mit, und ich versprach, mich dafür einzusetzen, daß diese Entscheidung nicht als Kampfansage bei den anderen Regierungsparteien angesehen werde. Ich hatte dann am Abend noch eine eingehende Besprechung bei Herrn Reichskanzler Müller, wo auch die Minister Hilferding⁹ und Wissell¹⁰ waren. Ich orientierte die drei Herren und erklärte, daß eine Parteiführerbesprechung m. E. für heute unnötig sei, daß ich die Presse bereits dahin instruiert hätte, die Entscheidung der Volkspartei nicht als Kampfansage anzusehen. Mit Curtius und Stresemann hatte ich bereits verabredet, daß Herr Geheimrat Zapf¹¹ als Fraktionsführer morgen eine gemäßigte Erklärung abgeben solle und diese zuvor den anderen Regierungsparteien bekanntgeben müsse.

Ich kam abends ziemlich müde nach Hause, sprach mit den Meinen kurz über die Tagesereignisse und darüber, daß ich wieder einmal recht viel Verantwortung auf mir lasten habe. Das Neueste sei, daß Minister Stresemann seine Fraktions-sitzung unterbrochen habe, um mit mir in der Zwischenzeit die Lage zu erörtern!

Gestern 7.30 Uhr vormittags wurde ich nun in meinem Schlafzimmer von Dr. Heide von der Presseabteilung angerufen mit der entsetzlichen Nachricht von dem Hinscheiden des Herrn Ministers Stresemann! – Wenige Stunden nach meinem Nachmittagsbesuch hatte er gegen 10 Uhr abends einen ersten Schlaganfall erlitten, der ihm das Bewußtsein raubte, und gegen 5 Uhr vormittags war ein zweiter Schlaganfall eingetreten, der zum sofortigen Tode führte. Wir alle haben an diesem Manne enorm viel verloren; darüber werde ich wohl noch gelegentlich Näheres schreiben. Für mich erwuchs aus diesem schrecklichen Ereignis, das mir menschlich so nahe ging, sofort eine Fülle dienstlicher Verpflichtungen. Besprechungen mit Staatssekretär Meißner¹² beim Reichspräsidenten, dann beim Reichskanzler.

⁹ Dr. Rudolf Hilferding, geb. 1877, Arzt und Finanztheoretiker, 1923 und 1928-1929 Reichsfinanzminister, Mitglied des Reichstages seit 1924 (Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Von der Vichy-Regierung an die Gestapo ausgeliefert, starb H. im Februar 1941 in einem Pariser Gefängnis.

¹⁰ Dr. Rudolf Wissell, geb. 1869, sozialdemokratischer Politiker, seit 1919 Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages, 1918/19 Volksbeauftragter und später Reichswirtschaftsminister, 1928-1930 Reichsarbeitsminister.

¹¹ Dr. Albert Zapf, geb. 1870, Geh. Justizrat, seit 1920 Mitglied des Reichstages, später Fraktionsvorsitzender der Deutschen Volkspartei.

¹² Dr. Otto Meißner, geb. 1880, Verwaltungsjurist, 1918/19 deutscher Geschäftsträger in der Ukraine; dann zum neu errichteten Büro des Reichspräsidenten versetzt und 1923 zum Staatssekretär ernannt. Seine Erinnerungen erschienen unter dem Titel: Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler, Hamburg 1950.

Um 10 Uhr vormittags veranstalteten wir eine Trauersitzung im Reichstag, wo Vizepräsident Esser¹³ und der Reichskanzler sprachen. Um 11 Uhr begann unsere Sitzung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder über das Haager Ergebnis im Saal des Haushaltsausschusses. Wir tagten dort, weil währenddessen unten im Plenarsaal die Schlußabstimmungen über die Arbeitslosenversicherung stattfanden. Dort verlief alles – dank der guten Vorarbeit Stresemanns – nach Programm. Mit 238 Stimmen wurde das Gesetz angenommen, gegen 155 Stimmen bei 40 Stimmenthaltungen. Mittags Frühstück mit den Ländervertretern wie üblich in der Reichskanzlei. 3 Uhr Fortsetzung der Sitzung im Kongreßsaal und gegen 5 Uhr Schluß. Im Anschluß Trauersitzung des Kabinetts für Stresemann und dann laufende Angelegenheiten. Zwischendurch Vorbereitungen für den armen toten Stresemann.

Mein heutiger „Jubiläumstag“ stand also nicht unter frohen Zeichen. Um 12 Uhr ging ich nach vorheriger Anmeldung mit dem Reichskanzler zur Villa des Außenministers. Wir sprachen dort die beiden Söhne und die Schwester der Frau Minister. Dann nahmen wir am offenen Sarg Abschied von dem toten großen Manne. Er lag da sehr friedlich, auf dem Gesicht lag ein Taschentuch, so daß es nicht genau zu sehen war. Die Gesichtszüge sollten besonders friedlich sein. Die schönen Hände lagen gefaltet und hielten ein weißes Blumensträußchen. Sie haben ihm einen Gehrock angezogen; in der Garderobe hing noch sein Mantel und sein weicher Sommerhut, die mir so wohl bekannt waren. Die Aufbahrung war ganz christlich, der Sarg stand vor einem großen Kruzifix mit zwei brennenden dicken Kerzen. Herrliche Blumenspenden waren bereits eingetroffen. Wir sandten gleich darauf auch einen edlen Blumenstrauß mit einer schwarz-rot-goldenen Schleife: „Der Reichskanzler seinem lieben Ministerkollegen“ und einen herrlichen Kranz voller kupferfarbener Blumen mit einer schwarzen Schleife: „Staatssekretär Pünder und Frau in Verehrung und Dankbarkeit“. Nachmittags in der Reichskanzlei stundenlange Sitzung mit den Parteiführern über sozialpolitische Fragen. Arbeitsminister Wissell wie üblich schrecklich!

Abends ruhig zu Hause.

Sonnabend, den 5. Oktober 1929

Am heutigen Morgen habe ich eingehende Richtsätze für die Rede des Reichskanzlers bei der morgigen Trauerfeier entworfen und diktiert. Gegen Mittag Zechlin¹⁴ übergeben, der jetzt den ersten Entwurf macht. Zwischendurch dauernde Anrufe und Besprechungen über das Zeremoniell. Mittags nach tagelanger Pause endlich mal wieder zu Hause. Nachmittags in der Reichskanzlei leidlich ruhig meinen Aktenbock aufgearbeitet, auch mal wieder den Neubau unserer Reichskanzlei beachtigt.

Abends gemütlich zu Hause.

¹³ Thomas Esser, geb. 1870, Genossenschaftspolitiker, Mitglied des Reichstages seit 1921, Vizepräsident seit 1926, Deutsche Zentrumspartei.

¹⁴ Dr. Walter Zechlin, geb. 1879, aus dem diplomatischen Dienst hervorgegangen, Ministerialdirektor und Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung bis 1932, später Gesandter in Mexiko. Vgl. sein Erinnerungswerk: Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf, Hannover 1956.

Sonntag, den 6. Oktober 1929

Am heutigen Sonntag fand die große Trauerfeier für den toten Außenminister statt. Es ist alles großartig gelaufen. Da ich selber viel mit vorzubereiten hatte, bin ich recht erleichtert. Magda war auch dabei. Sie begleitete die Frau Reichskanzler mit ihren Damen; ich mit dem Herrn Reichskanzler $\frac{3}{4}$ 11 Uhr zum Reichstagsportal IV. Dort empfingen wir den Herrn Reichspräsidenten, der auch mir sehr herzlich und kräftig die Hand schüttelte. Dann in den Plenarsaal, herrlich geschmückt vom Reichskunstwart Dr. Redslob¹⁵. Auf dem Präsidentenplatz der hohe Katafalk. Hauptstück die Rede des Reichskanzlers, zweiundzwanzig Minuten lang. Gut vorgetragen, eingerahmt von Musik von Beethoven. Nach einer Stunde Heraustritt über die große Freitreppe, wo der Sarg auf den Wagen gehoben wurde. Dort nochmals eine sehr imposante Feier, auf der Vizepräsident von Kardorff¹⁶ sprach; sehr wirkungsvoll, nur schwer zu verstehen wegen des großen Fliegergeräuschs. Dann setzte sich der Zug in Bewegung, hinter dem Sarg, neben den nächsten männlichen Verwandten, der Herr Reichspräsident von Hindenburg, rechts und links der Reichskanzler und der Vizepräsident von Kardorff, ich etwas weiter hinten mit den Staatssekretären. Vor dem Auswärtigen Amt waren zwei Trauerminuten eingeschaltet. Nach deren Beendigung trat der Herr Reichspräsident aus dem Zuge heraus und verließ, durch das Auswärtige Amt schreitend, die Trauerversammlung; mit ihm Staatssekretär Meißner, der Sohn Hindenburg¹⁷, der Reichskanzler und ich. Im Garten verabschiedete sich der Herr Reichspräsident mit kräftigem Händedruck von uns beiden. Der Herr Reichspräsident schien mir von der langen Feier und der Wanderung doch etwas stark erschöpft zu sein, bei dem hohen Alter von 82 Jahren ja auch kein Wunder.

Abends erzählte ich im häuslichen Kreise allerhand Politisches, so namentlich über mein eingehendes Gespräch mit dem Fürsten Bülow¹⁸ vor einigen Wochen, wo dieser mir noch gesagt hatte, wir müßten Stresemann noch unbedingt fünf Jahre am Ruder halten. Dann würden die Früchte dieser allein richtigen Politik endgültig geerntet sein.

¹⁵ Dr. Erwin Redslob, geb. 1884, bis 1919 Direktor der Staatlichen Kunstsammlung von Württemberg, bekleidete seit 1920 das Amt des „Reichskunstwarts“ im Reichsministerium des Innern.

¹⁶ Siegfried von Kardorff, geb. 1873, Landrat a. D., Parlamentarier schon vor dem Ersten Weltkriege (freikonservativ), 1919–1920 bei den Deutschnationalen, Mitglied des Reichstages seit 1920 (Deutsche Volkspartei).

¹⁷ Oskar von Hindenburg, geb. 1883, Oberstleutnant, zugeteilt dem Gruppenkommando 1 in Berlin, fungierte als militärischer Adjutant seines Vaters, des Reichspräsident und Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

¹⁸ Bernhard Fürst von Bülow, geb. 1849, ursprünglich Diplomat, 1897–1900 Staatssekretär des Auswärtigen, 1900–1909 Reichskanzler, Dezember 1914 – Mai 1915 Botschafter beim Quirinal in Rom.

Montag, den 7. Oktober 1929

Aus Montag, dem 7. 10., ist Sonnabend, der 12. 10., geworden. Ich persönlich habe wie immer viel Arbeit. Die meiste Arbeit macht das Volksbegehren der Rechtsradikalen¹⁹. Sie müssen ein Zehntel der Stimmen²⁰ erhalten. Ob sie es schaffen? Eigentlich müßten sie es, aber der Erfolg ist doch sehr zweifelhaft. Es gibt viele Deutschnationale, die den Schritt ihres Parteiführers durchaus mißbilligen. Wir von der Regierung haben in der letzten Zeit allerlei Sachen gemacht, so insbesondere die Veranstaltung der Rundfunkreden der Minister, den Aufruf mit den Unterschriften prominenter Persönlichkeiten, Flugschriften der Reichszentrale für Heimatdienst usw. Das schönste Ergebnis war das Einverständnis des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, dem Herrn Reichskanzler einen Brief wegen seiner neutralen Haltung zu schicken. Das Ergebnis war zunächst, daß der vom Ausschuß für das Volksbegehren geplante Film²¹, in dem der Reichspräsident eine große Rolle spielen sollte, abgesagt werden mußte. Dann kam ein zweites Ergebnis, das Meißner und ich veranstaltet haben: die Erklärung Hindenburgs zu § 4 des Entwurfes eines „Freiheitsgesetzes“, wonach die Reichsregierung und ihre Vertreter als Landesverräter mit Zuchthaus bestraft werden sollen. Die Erklärung Hindenburgs, daß er diesen Paragraphen als einen unsachlichen und persönlichen Angriff bedauere und mißbillige, hat wie eine Bombe eingeschlagen²²!

Zwischendurch noch viel andere Arbeit, Reparationsverhandlungen, Handelsverträge, Republik-Schutzgesetz usw. Minister Curtius hat einstweilen noch die Vertretung im Auswärtigen Amt, er wie auch Geheimrat Zapf als Fraktionsführer der Volkspartei sind bei mir vorstellig geworden, bald ein Definitivum zu schaffen²³. Ich bin sehr dafür!

¹⁹ Schon bald nach dem Bekanntwerden des Young-Berichtes hatten sich DNVP, NSDAP und Stahlhelm zu einem „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ zusammengefunden und am 9. Juli 1929 beschlossen, ein Volksbegehren gegen das Pariser Gutachten anzustrengen. Zu ihnen stießen später der Reichslandbund und die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei. Am 12. September wurde der Entwurf eines „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ als Grundlage des Volksbegehrens bekanntgegeben, welches der Reichsinnenminister am 28. September offiziell zuließ.

²⁰ Nach Art. 73 der Reichsverfassung war ein Volksentscheid herbeizuführen, „wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfes stellt“.

²¹ Vgl. auch E. Eyck, a. a. O. (vgl. Anm. 5), S. 282.

²² Auch diese zweite Stellungnahme Hindenburgs erfolgte in der Form einer „Erklärung“ an den Reichskanzler vom 18. Oktober. Da auch der Reichsausschuß seinen Film erst am 17. Oktober zurückzog, dürfte die entsprechende Tagebucheintragung P.s entgegen der obigen Datierung nicht vor dem 19. Oktober erfolgt sein.

²³ Hindenburg hatte anfangs den Wunsch geäußert, Reichskanzler Müller möchte einstweilen die Führung der Geschäfte im Auswärtigen Amt übernehmen. Als Müller aus gesundheitlichen Gründen ablehnte, wurde am 4. Oktober Curtius mit der Wahrnehmung der Geschäfte betraut, jedoch erst am 8. November endgültig zum Reichsaußenminister ernannt. Reichswirtschaftsminister wurde Prof. Moldenhauer (DVP) (Bundesarchiv Koblenz, Akten Reichskanzlei, R 43/I, Bd 1308). Zum persönlichen Ehrgeiz Curtius' vgl. dessen Erinnerungen, a. a. O. (vgl. Anm. 5), S. 107.

Montag, den 21. Oktober 1929

Heute, Montag früh, Vortrag wie üblich beim Reichskanzler, der von seiner Reise und Rede in Nürnberg zurückgekehrt ist. Das Reichsinnenministerium erlaubt sich durch Herrn Ministerialdirektor Menzel²⁴ allerlei Übergriffe, will die Kundgebung des Reichspräsidenten wegen § 4 öffentlich anschlagen usw. Ich habe das aber verhindert und habe erfreulicherweise den Reichskanzler auf meiner Seite. Dann Schwierigkeiten wegen des polnischen Handelsvertrages²⁵ mit Minister Dietrich²⁶, Besprechungen mit Kanzler und Gesandten Rauscher²⁷. Am Nachmittag Reparationsbesprechung beim Finanzminister, wo Präsident Schacht²⁸ über Baden-Baden berichtet. Es gibt dort noch viele Schwierigkeiten²⁹.

Fürst Bülow, mein hochverehrter Gönner, hat einen Schlaganfall erlitten, linksseitig gelähmt, ist aber am Leben.

Morgen früh tritt in Leipzig der Staatsgerichtshof unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Bumke³⁰ zusammen. Er entscheidet über die Beschwerde der Deutschnationalen über die Anordnung des preußischen Staatsministeriums hinsichtlich der Beamten, die sich *für* das Volksbegehren einzeichnen. Hier überschneidet sich das allgemeine Recht jedes Staatsbürgers auf seine allgemeinen Bürger-

²⁴ Dr. Hans Menzel, geb. 1887, Verwaltungsjurist, 1919/20 Vertreter Hörsings im Reichs- und Staatskommissariat für Schlesien, seit 1929 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung I im Reichsministerium des Innern.

²⁵ Bei den Verhandlungen des Gesandten Rauscher (vgl. Anm. 27) mit der polnischen Regierung handelte es sich sowohl um einen Handelsvertrag als auch um den sog. „Generalvergleich“. Zwischen beiden bestand nach Lage der Dinge ein innerer Zusammenhang; er sollte allerdings nach außen geleugnet werden. Der Zwang zum „Generalvergleich“ ging u. a. auch auf entsprechende Bestimmungen des Young-Planes zurück, Akten Reichskanzlei, Bd 123. Siehe auch J. Curtius, a. a. O. (vgl. Anm. 5), S. 98 ff.

²⁶ Hermann Dietrich, geb. 1879, Verwaltungsjurist, Oberbürgermeister von Konstanz, seit 1919 Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages (Deutsche Demokratische Partei), seit 1928 Reichsernährungsminister.

²⁷ Ulrich Rauscher, geb. 1884, Redaktionsmitglied der „Frankfurter Zeitung“, in den Anfängen der Republik Pressechef der Reichsregierung, seit 1922 Gesandter in Warschau.

²⁸ Dr. Hjalmar Schacht, geb. 1877, war nach einer relativ schnellen Karriere im Privatbankwesen am 12. November 1923 Währungskommissar und im Dezember desselben Jahres nach dem Tode Havensteins Präsident der Reichsbank geworden. Bei den Verhandlungen um den „Neuen Plan“ spielte er im Frühjahr und Sommer eine entscheidende und nachträglich sehr umstrittene Rolle. Schacht trat im April 1930 aus politischen Gründen von seinem Amt zurück. Zu den weiteren Stationen seiner Laufbahn, die hier als bekannt vorausgesetzt werden kann, vgl. sein Erinnerungswerk: 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, welches allerdings mit erheblichen kritischen Vorbehalten zu benutzen ist.

²⁹ In Baden-Baden tagte, eingesetzt vom Organisations-Komitee der Reparationskommission, ein Unterausschuß für die Anpassung des deutschen Bankgesetzes vom 30. August 1924 an den Sachverständigen-Plan (Young-Plan) vom 7. Juni 1929. Er verfolgte auch das Ziel, die künftige Unabhängigkeit der Reichsbank festzulegen. Deutsche Vertreter waren Ministerialdirektor Dr. Hans Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium und Dr. Vocke von der Reichsbank. Schacht selbst war deutscher Vertreter in dem gleichzeitig in Baden-Baden tagenden Ausschuß für die Gründung der Internationalen Bank.

³⁰ Dr. Dr. Erwin Bumke, geb. 1874, hervorgegangen aus dem Reichsjustizministerium, seit Februar 1929 Präsident des Reichsgerichts und des Reichsdisziplinarhofes.

rechte, wie Wahl, Beteiligung am Volksbegehren, mit den einschränkenden Pflichten der Beamten. Obwohl ich selber mit Stolz Beamter bin, kann ich den Beamten nicht das Recht zuerkennen, öffentlich auszusprechen, daß ihre höchsten Vorgesetzten eigentlich in das Zuchthaus müßten. Ich möchte annehmen, daß der Staatsgerichtshof sich für unzuständig erklären wird, da es sich nicht um eine Auslegung der Reichsverfassung handelt, sondern um eine Frage des Reichsbeamtengesetzes. Ich sehe der Entscheidung morgen früh mit größter Spannung entgegen.

Mittwoch, den 23. Oktober 1929

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Leipzig ist auch heute noch nicht gefallen. Aber der deutschnationale Antrag auf einstweilige Verfügung ist abgelehnt worden. Damit ist der praktische Effekt der Aktion nicht eingetreten, da das Sachurteil im ordentlichen Verfahren wohl erst in einigen Wochen zu erwarten ist, also lange nach Erledigung des Volksbegehrens. Das Volksbegehren verläuft im übrigen, wie ich vermutete, d. h. recht schlecht. Ich glaube nicht, daß die nötigen 4,2 Millionen Stimmen zusammenkommen werden. Die Abwehr des Volksbegehrens macht mir nach wie vor viel Arbeit. Zur Zeit haben wir zum Überfluß auch noch einen Brief des Herrn Reichspräsidenten wegen des Verbots des Stahlhelms bekommen³¹. Das macht mühselige Arbeit mit den Ministern Severing³² und Grzesinski³³ notwendig.

Auf außenpolitischem Gebiet ist heute zu vermerken, daß gestern die französische Kammer das Kabinett Briand gestürzt hat. Ganz überraschend. Die Opposition war – wie so oft im politischen Leben – nicht eine kompakte Masse, sondern setzte sich aus Links- und Rechtsgruppen zusammen, so daß die Neubildung sehr schwierig werden wird. Kommt ein Linkskabinett, dann wird es wohl von Daladier, kommt ein Rechtskabinett, dann wird es wohl von Tardieu geführt werden. Ob Briand das Außenministerium behalten wird, ist noch recht zweifelhaft. Für uns Deutsche ist diese Entwicklung keineswegs erfreulich. Zunächst wird es sich zeigen, ob die Saarverhandlungen nun endlich am 28. 10. beginnen können. Sodann können wir Unsicherheitsmomente in den letzten Verhandlungen über den Young-Plan nicht gut gebrauchen.

Donnerstag, den 24. Oktober 1929

Der heutige Tag war ausgefüllt von Kabinettssitzungen. Vormittags erledigten wir von 11 bis 2 Uhr den deutsch-polnischen Handelsvertrag. Die entscheidende Frage war, ob außer 200 000 Quotenschweinen noch eine zweimalige Progression

³¹ Zur Sache C. Severing, *Mein Lebensweg*, Bd 2, Köln 1950, S. 221 f. und W. Görnitz, *Hindenburg, Ein Lebensbild*, Bonn 1953, S. 311.

³² Dr. h. c. Carl Severing, geb. 1875, sozialdemokratischer Politiker, Parlamentarier bereits vor dem Ersten Weltkriege. 1920–1926 preußischer Innenminister, seit 1928 Reichsinnenminister. Mitglied des Reichstages.

³³ Albert Grzesinski, geb. 1879, sozialdemokratischer Politiker, 1919 Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium, seit 1926 preußischer Innenminister.

von je 75 000 Stück zugestanden werden können. Mit kleinen Abänderungen trat das Kabinett dem bei, allerdings mit 5 : 5 Stimmen, wobei die Stimme des Reichskanzlers den Ausschlag gab. Am Nachmittag berieten wir den Ankauf der Edelka-Film-Gesellschaft und die Stellung der Reichsbahn im Young-Plan. Schwierige Sache!

Zwischendurch viel sonstige Arbeit. Einladung zu einer Chefbesprechung am kommenden Mittwoch wegen des Stahlhelmverbots, Rundschreiben an die Beamten wegen einer etwaigen Beteiligung am Volksbegehren usw. Die Eintragungen laufen weiterhin sehr schlecht. Ich glaube derzeit bestimmt nicht mehr an einen Erfolg des Volksbegehrens.

Heute las ich einen interessanten Vermerk aus der Feder des vor Jahren verstorbenen Hugo Stinnes³⁴ über das berühmte Gespräch zwischen ihm und Rathenau am 22. Juni 1922, kurz vor dessen Tode am folgenden Morgen. Es drehte sich um die Inflation. Stinnes sagte, die Inflation sei notwendig gewesen, da nach dem verlorenen Krieg es sich darum gehandelt habe, für die 4 Millionen arbeitsentwöhnten deutschen Krieger Arbeit und Verdienst zu schaffen. Wäre das nicht geschehen, so wäre der Bolschewismus die sichere Folge gewesen. Um dies zu erreichen, sei es das kleinere Übel gewesen, einen großen Teil des Volksvermögens in der Inflation zu opfern. Rathenau hatte dem zugestimmt, sicher mit Recht. Aber wie oft sind Fragen der Qualität doch auch Fragen der Quantität! Der frühere englische Botschafter d'Abernon hat in seinen Denkwürdigkeiten gesagt³⁵, die Stabilisierung der deutschen Währung habe über vier Leichname gehen müssen, nämlich über die von Havenstein³⁶, Stinnes, Rathenau³⁷ und Helfferich³⁸.

Freitag, den 25. Oktober 1929

Fürst Bülow hat in Rom einen neuen Schlaganfall erlitten. Die Welt fürchtet, daß er nicht mehr aufkommt. Die Nachrichten heute abend lauten zwar etwas besser, doch richte ich mich schon auf sein Absterben ein. Eine der letzten Säulen

³⁴ Hugo Stinnes (1870–1924), Großindustrieller, Gründer des bekannten, nach ihm benannten Konzerns und zahlreicher Interessengemeinschaften. St. nahm als Sachverständiger an verschiedenen internationalen Konferenzen der ersten Nachkriegszeit teil. Zur Charakteristik Stinnes' und zum folgenden vgl. auch G. F. W. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt a. M. 1955, S. 12 f. und 73 f.

³⁵ E. V. Viscount d'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende, Memoiren, Bd 3, Leipzig 1930, S. 130 ff.

³⁶ Rudolf Havenstein (1857–1923), Verwaltungsjurist, 1900 Präsident der Kgl. Seehandlung (Preußische Staatsbank), 1908–1923 Präsident der Deutschen Reichsbank.

³⁷ Dr. Walther Rathenau (1867–1922), führender Industrieller (Elektrotechnik); Verfasser vieler Schriften auf den Gebieten der Philosophie, der Staats-, Wirtschafts- u. Gesellschaftswissenschaft. 1921 Reichsminister für den Wiederaufbau; 1922 (bis zu seiner Ermordung am 24. Juli) Reichsaußenminister.

³⁸ Karl Helfferich (1872–1924), 1901 Professor für Staatswissenschaften in Berlin, 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamtes, 1916/17 Staatssekretär des Innern und Vizekanzler, Juli–August 1918 Botschafter in Moskau, deutschnationaler Politiker.

des dahingegangenen Deutschlands würde mit ihm fallen. Ich bin glücklich, ihn letztthin noch besucht zu haben.

Wir hatten heute wieder eine Sitzung des Reparations-Kränzchens³⁹. Es handelt sich immer um recht komplizierte Probleme. Die Arbeiten ziehen sich noch sehr lange hin. Die Kommissionen tagen sicher noch bis Mitte November. Die 2. Hälfte November braucht das Juristen-Komitee⁴⁰, so daß mit der Vollkonferenz nicht vor Anfang Dezember gerechnet werden kann. Dauert sie zwei Wochen, dann können die Gesetzesvorlagen unter Hinzurechnung von etwa einer Woche für die Kabinettsberatungen nicht vor Weihnachten an Reichsrat und Reichstag gelangen. Schöne Aussichten! Wir müssen dann mit dem Haushaltsplan 1930 einschließlich Finanzprogramm früher heraus. Minister Hilferding will aber noch nicht recht!

Mittwoch, den 30. Oktober 1929

Fürst Bülow ist inzwischen gestorben. Ein großer Mann ist mit ihm dahingegangen. Allerdings – im Gegensatz zu dem Tode Stresemanns – ein Mann, der sein Lebensschicksal längst vollendet hatte. Reichskanzler Müller wird seinem großen Amtsvorgänger die letzte Ehre in Flottbek bei Hamburg geben. Ich werde ihn begleiten.

Inzwischen hatten wir viel Arbeit mit den letzten Vorbereitungen für die Schlußkonferenz, daneben polnischer Handelsvertrag; er steht unmittelbar vor der Paraphierung. Der Widerstand der landwirtschaftlichen Kreise wird sicher sehr stark werden. Im Kabinett haben sich das Zentrum, Bayern⁴¹, Groener⁴² und Dietrich überstimmen lassen.

³⁹ Das „Reparations-Kränzchen“ war ein internes Beratungsgremium ad hoc von Vertretern der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes, des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete. Federführend für Termine, Tagesordnung usw. war Reichsfinanzminister Dr. Hilferding. Akten Reichskanzlei, Bd 298.

⁴⁰ Das „Juristen-Komitee“ war durch das Haager Protokoll vom 31. August 1929 eingesetzt worden, um die Abschlusssitzung vorzubereiten. Das Komitee tagte jedoch erst verhältnismäßig spät in Brüssel und legte am 13. Dezember einen Entwurf für das Schlußprotokoll vor.

⁴¹ Der Deutschen Zentrumsparlei gehörten die Minister von Guérard, Stegerwald und Wirth an. Die Bayerische Volkspartei war durch Minister Schätzel im Kabinett vertreten. – Theodor von Guérard, geb. 1865, Verwaltungsjurist, seit 1920 Mitglied des Reichstages. Im Kabinett Müller ursprünglich Verkehrsminister, 1929 nach dem Ausscheiden Koch-Wesers (DDP) Reichsjustizminister. – Dr. Adam Stegerwald, geb. 1874, Politiker der Christlichen Gewerkschaften, seit 1920 Mitglied des Reichstages, 1919–21 Minister in Preußen und zeitweilig Ministerpräsident, seit 1929 Reichsverkehrsminister. – Dr. Joseph Wirth, geb. 1879, Zentrumspolitiker, 1920 Reichsfinanzminister, 1921/22 Reichskanzler, 1929 Reichsminister für die besetzten Gebiete. – Dr. Georg Schätzel, geb. 1874, Verwaltungsjurist, seit 1927 Reichspostminister.

⁴² Dr. h. c. Wilhelm Groener, geb. 1867, Generalleutnant a. D., Chef der Eisenbahn-Abt. im Großen Generalstab, 1918 Erster Generalquartiermeister (als Nachfolger Ludendorffs), 1920–1923 Reichsverkehrsminister, seit 1928 Reichswehrminister.

Jetzt noch die Schwierigkeiten mit der Besetzung des Außenministers. Curtius wird es wohl werden. Aber wer wird Wirtschaftsminister? Das Zentrum möchte den Posten für sich beanspruchen und das Justizministerium abgeben; es präsentiert als Wirtschaftsminister den jetzigen Verkehrsminister Stegerwald. Die Volkspartei und die anderen Koalitionsgenossen wollen aber nicht neben dem Arbeitsministerium jetzt noch das Wirtschaftsministerium einem früheren Gewerkschaftler übergeben. Das Zentrum entgegnet darauf, es brauche nicht gerade Stegerwald zu sein, vielleicht käme auch Herr von Guérard in Frage! Letzterer war heute nachmittag bei mir, um offiziell zu erklären, daß er das unter keinen Umständen täte.

Sonnabend, den 2. November 1929

Heute mittag wurde das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens bekannt: es ist leider geglückt! Es war ein spannendes Schlußrennen. Die Volksbegehrer haben mit rund 9000 Stimmen gewonnen, was angesichts der erforderlichen 4,15 Millionen Stimmen eine reine Zufallsmehrheit ist. Dennoch ist der Erfolg m. E. *sehr* un bequem. Namentlich, nachdem durch die offizielle Gegenpropaganda klargeworden war, daß sich die Regierung mit aller Kraft gegen das Volksbegehren wendet. Vielleicht ist mit der Gegenpropaganda doch des Guten etwas viel geschehen. Manch einer war vielleicht dagegen, der aber hierdurch nicht gleich ein Severing-Jünger werden wollte. Augenblicklich schadet das Volksbegehren sicher nichts. Denn das Ausland sieht jetzt vielleicht einmal, daß bei uns die Opposition doch enorm stark ist.

Reichsbankpräsident Schacht war heute früh plötzlich bei mir und besprach mit mir die Frage des Sitzes der Internationalen Bank in Brüssel sowie das Problem Eupen und Malmedy. Persönlich glaube ich nicht, daß wir bei dieser Gelegenheit die beiden preußischen Kreise wiederbekommen, so schön es wäre. Morgen, am Sonntag, haben wir zur Abwechslung wieder einmal Reparationskränzchen. Eine nette Sonntagsbeschäftigung. Heute früh war Kabinettsitzung wegen der technischen Erledigung der parlamentarischen Verhandlungen über Etat, Finanzreform und Young-Gesetze. Die Sache wird sehr schwierig. Zum kommenden Mittwoch haben wir daraufhin den Reichstagspräsidenten Löbe⁴³ und die Fraktionsführer der Regierungsparteien in die Reichskanzlei eingeladen.

Donnerstag, den 7. November 1929

In den letzten Tagen hat sich wieder viel zugetragen. Montag, den 4. 11., hatte ich eine sehr harmonische einstündige Aussprache mit dem Grafen Westarp⁴⁴, der

⁴³ Paul Löbe, geb. 1875, sozialdemokratischer Politiker aus Schlesien, 1919 Vizepräsident der Nationalversammlung, Präsident des Reichstages seit 1920 (mit Ausnahme der kurzen 2. Wahlperiode im Jahre 1924).

⁴⁴ Kuno Graf von Westarp, geb. 1864, Verwaltungsjurist und profilierter Parlamentarier der deutschen Konservativen seit 1908, distanzierte sich seit 1928/29 zunehmend von dem intransigenten Kurs der DNVP unter Hugenberg, deren Vorsitzender er lange Zeit gewesen war.

wegen des Volksbegehrens kam. Die Deutschnationalen wünschen baldigen Ablauf des ganzen Films, offenbar, um von der Sache loszukommen. Nachmittags in der Kabinettsitzung besprochen. Dienstag fuhr ich mit Reichskanzler Müller, Reichstagspräsident Löbe, meinen Kollegen Weismann⁴⁵ und von Schubert⁴⁶ nach Altona zur Beerdigung des Fürsten Bülow. Fahrt im Salonwagen. Ein unvergeßlicher Tag. Eigentlich traurig war er natürlich nicht. Ein Lebensschicksal hatte sich längst vollendet. Bei über 80 Lebensjahren war der Tod ein chronologisches Ereignis. Wirklich traurige Hinterbliebene gab es kaum. Aber trotzdem, ein großer Mann wurde von uns zu Grabe getragen. Nachmittags die weihevoll-einstündige Totenfeier in der Elbvilla in Klein-Flottbek. Ein entzückendes Heim. Unsere Kränze lagen neben dem des Kaisers mit der weißen Schleife und der Krone. Ebenso, wie ich neben meinem kaiserlichen Kollegen Exzellenz Wahnschaffe⁴⁷ saß. Nachmittags eine Art Soirée beim Altonaer Oberbürgermeister Brauer⁴⁸, ein noch jugendlicher, tüchtiger Mann, Sozialdemokrat. Altona hat heute rund $\frac{1}{4}$ Million Einwohner und macht Hamburg viel zu schaffen. In der Villa des Oberbürgermeisters sprach ich lange mit Hamburgs Bürgermeister Petersen⁴⁹ über Reichsreform und die liberale Vereinigung. Mein Kandidat für den künftigen Reichspräsidenten. Abends kurz vor Mitternacht wieder zu Hause.

Am selben Tag im Rechtsausschuß des Reichstags großer Krach. Das Zentrum verließ ostentativ die Sitzung, weil über Ehescheidung gesprochen wurde. Ein Unterausschuß war eingesetzt worden auf Freitag nachmittag. Am gestrigen Mittwoch haben der Reichskanzler und ich die Krise wieder mal aufgefangen. Nachmittags hatten wir Parteiführer-Sitzung, wo schließlich alles sich in Harmonie einigte. Die Unterausschuß-Sitzung am Freitag um 4 Uhr soll bleiben. Wir haben aber inzwischen auf 5 Uhr die Parteiführer eingeladen wegen der weiteren Geschäftslage des Ausschusses und werden dort Vertagung der Ehescheidung erreichen. Am selben Tage gestern Empfang der verschiedenen Parteiführer wegen der Personalien. Das Zentrum wird sich damit abfinden, daß es nicht das Wirtschaftsministerium bekommt.

⁴⁵ Dr. Robert Weismann, geb. 1869, Jurist, 1920 Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, seit 1923 Staatssekretär zunächst im preußischen Innenministerium, bald darauf im „Staatsministerium“ (als unmittelbarer Gehilfe des Ministerpräsidenten Braun). In dieser Eigenschaft pflegte er an allen Sitzungen auch des Reichskabinetts teilzunehmen.

⁴⁶ Dr. Carl von Schubert, geb. 1882, seit 1924 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, ab Juni 1930 Botschafter beim Quirinal in Rom. Schuberts Amtszeit als Staatssekretär deckt sich nahezu mit derjenigen seines Ministers Stresemann. Zur Charakteristik der Person vgl. L. Zimmermann, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen 1958, S. 38.

⁴⁷ Arnold Wahnschaffe, geb. 1865, Unterstaatssekretär und Chef der Reichskanzlei 1909–1917 und Okt./Nov. 1918.

⁴⁸ Max Brauer, geb. 1887, sozialdemokratischer Politiker, seit 1924 Oberbürgermeister von Altona (bis 1933).

⁴⁹ Dr. Carl Wilhelm Petersen, geb. 1868, linksliberaler Politiker, seit 1924 Erster Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg. Vorher war Petersen u. a. Vorsitzender der DDP als Nachfolger Friedrich Naumanns.

Heute am Donnerstag gegen Mittag Empfang des Reichskanzlers bei dem Herrn Reichspräsidenten. Dieser war einverstanden. Curtius Außenminister, Moldenhauer⁵⁰ Wirtschaftsminister. Die Sache kommt aber noch nicht heraus, da letzterer noch auf dem Ozean schwimmt. Wahrscheinlich am Sonnabend sein Empfang durch den Reichskanzler.

Heute abend mit Magda bei den Russen zu Ehren „Kaisers Geburtstag“⁵¹. Das übliche rauschende Fest mit Kaviar und Sekt. Es widert einen an. Aber unser-eins muß aus Gründen der Staatsraison hingehen. Diesmal war es besonders hart, weil gerade die braven, ordentlichen deutschen Kolonisten aus Sibirien auswandern müssen, da für eigentliche Bauern im neuen Rußland kein Platz mehr ist. Mit einer Menge Leute gesprochen.

Dienstag, den 12. November 1929

Heute waren Magda und ich beim sächsischen Gesandten Gradnauer⁵² und gestern abend bei Herrn und Frau von Kardorff in der Matthäi-Kirchstraße. Besonders letzterer Abend war äußerst interessant. Sie haben uns eine herrliche Palme geschenkt. Wir sprachen über Ehereform, die Zukunft des Bürgertums usw.

Die Ernennungen der beiden neuen Minister sind jetzt erfolgt. Curtius Außenminister und Moldenhauer Wirtschaftsminister. Letzteren habe ich noch durch Telefonate mit seiner Frau in Köln eilends herholen müssen. Die politische Lage ist dadurch etwas entspannt. Auch das Zentrum ruhig. Aber schwierige Arbeit steht vor uns: Haupthaushalt, Finanzreform, Zollvorlage und Arbeitslosenversicherungsreform! Alles müssen wir noch vor der Haager Schlußkonferenz erledigen. Diese wird voraussichtlich am 5. 12. eröffnet. Ich nehme an, daß ich wieder mit muß⁵³. Curtius hat gestern abend, als wir nach dem Reparationskränzchen auf der Straße noch auf und ab gingen, sehr nett und dringend mich weiterhin um meine „wertvolle und energische Mitarbeit“ gebeten. Sie soll ihm zuteil werden! Heute war Präsident Schacht lange bei mir, sehr harmonisch und vertraulich. Ich werde dafür eintreten, daß er als Delegierter an der Konferenz teilnimmt.

Donnerstag, den 14. November 1929

Politisch sieht es wenig schön aus, der Schwierigkeiten werden immer mehr. Für Montag habe ich eine Kabinettsitzung angesetzt über die außen- und innenpolitische Lage. Von den wichtigen Kabinettsvorlagen über Etat, Agrarzölle, Arbeits-

⁵⁰ Dr. Paul Moldenhauer, geb. 1876, seit 1919 Professor für Versicherungswirtschaft an der Universität Köln, gehörte dem Reichstag seit 1920 als Mitglied der DVP-Fraktion an.

⁵¹ Gemeint ist ein Empfang in der sowjetischen Botschaft zur Feier des 12. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution.

⁵² Dr. Georg Gradnauer, geb. 1866, ursprünglich Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen und langjähriges Reichstagsmitglied seit 1898. Ministerpräsident von Sachsen 1919/20 und Reichsinnenminister (1921) im Kabinett Wirth, bekleidete er nach der Umbildung dieser Regierung das Amt des sächsischen Gesandten in Berlin.

⁵³ Dr. Pünder hatte auch an der (ersten) Haager Konferenz im August 1929 teilgenommen.

losenversicherung, Finanzreform noch keine Spur, und bis zum Beginn der Haager Schlußkonferenz – voraussichtlich am 5. oder 7. 12. – soll alles fertig sein im Kabinett.

Dienstag, den 26. November 1929

Fast zwei Wochen seit der letzten Aufzeichnung verflossen, aber auch viel erlebt. Wenig Zeit zum Schreiben gehabt. Ein Haupthinderungsgrund fehlender Tagebuchaufzeichnungen war mein Vortrag in der Universität am 22. 11. im Rahmen eines Fortbildungskursus des Deutschen Instituts für Zeitungskunde über „10 Jahre Versailler Vertrag“ vor etwa fünfzig Redakteuren, Schriftstellern usw. Ich glaube, ich habe es sehr gut gemacht. Den Vortrag hatte ich unter Zuhilfenahme mancher Nachtstunde sorgfältig vorbereitet und werde ihn nun – wenn nötig – auch sonst noch mal verwenden. Sehr anregend hinterher noch die Diskussion über Kriegsschuldfrage, Anschlußfrage, Korridor, Young-Plan, russische Flüchtlinge⁵⁴ usw. Es war für mich ein eigentümliches, aber erhebendes Gefühl, zum ersten Mal in einem Hörsaal der Berliner Universität als Dozent mit Getrappel empfangen und verabschiedet zu werden, wo ich vor 20–22 Jahren selber als Student gesessen hatte.

Am Bußtag große Kundgebung der Katholischen Aktion im Berliner Sportpalast mit großartiger Programmrede unseres neuen Bischofs Dr. Schreiber aus Meißen. Tags zuvor hatte er uns in der Reichskanzlei seine Aufwartung gemacht. Die Kundgebung war vom Vetter meiner Frau, Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener⁵⁵, außerordentlich gut vorbereitet worden, 12 000 Teilnehmer! Nie dagewesen in Berlins Diaspora. Erich Klausener hatte vor und nach der Bischofsrede gleichfalls sehr würdig gesprochen, vielleicht etwas theatralisch und zu pastoral. Aber Kritik ist leichter als Bessermachen.

Im Kabinett haben wir inzwischen leidlich gute Arbeit geleistet. Die Agrar-Zollvorlage ist unter starkem Druck der Reichskanzlei schließlich fertig geworden und von allen Seiten vor einigen Tagen überraschend gut und einstimmig verabschiedet. Eine große Tat eines Kabinetts der Großen Koalition. Auch der Etat 1930 ist eingegangen und bereits in einer Sitzung durchgesprochen worden, Fortsetzung Anfang nächster Woche; er hat noch mancherlei unerledigte Punkte, darunter Arbeitslosenversicherung und beim Wehretat Panzerschiff B⁵⁶. Letzteres macht mir viel

⁵⁴ Unter den „russischen Flüchtlingen“ sind wahrscheinlich die im Eintrag vom 7. November erwähnten deutschstämmigen Kolonisten in Sibirien zu verstehen, über deren Zwangsausiedlung und Einreiseverlangen nach Deutschland samt möglichen Hilfsmaßnahmen am 14. November auf einer Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern ein Meinungsaustausch stattfand, Akten Reichskanzlei, Bd 1021.

⁵⁵ Dr. Erich Klausener, geb. 1885, Verwaltungsjurist, Vetter von Frau Pünder, seit 1928 Ministerialdirektor und Leiter der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium. 1933 wurde Klausener, der als Leiter der Katholischen Aktion Berlin der Regierung Hitler mißliebig geworden war, ins Reichsverkehrsministerium versetzt. Am 30. Juni 1934 ermordete ihn ein SS-Kommando in seinem Dienstzimmer.

⁵⁶ Es handelte sich um die Einstellung einer sog. „1. Rate“ in dem Etat. Die Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit des zweiten Panzerschiffs dauerten bis in das Frühjahr 1930 (vgl. noch das Protokoll der Sitzung des Reichsministeriums vom 16. April 1930, Akten Reichskanzlei, Bd 1442).

zu schaffen, habe mancherlei Information bei allen möglichen Politikern eingeholt. Ob es in den Etat kommt, ist mir noch recht zweifelhaft. Dann Ältestenratssitzung über Plenum Reichstag und Beratungsstoff.

Dort muß ich immer die Reichsregierung vertreten, was ich recht gern tue, aber schwierig und verantwortungsvoll ist. Vorgestern dann Parteiführerbesprechung über Sitzung Auswärtiger Ausschuß⁵⁷. Dieser tagte heute, alles ganz gut verlaufen. Gestern abend großes Diner bei Herrn und Frau Minister Dietrich im Adlon, Riesenfest mit 160 Personen.

Freitag, den 29. November 1929

Gestern und heute habe ich für die Zeitschrift „Deutschland“ der Reichszentrale für Heimatdienst einen Artikel der Weihnachtsnummer geschrieben: „Zeitenwende?“ Ich glaube, er ist mir gut geraten, und ich habe ein Gefühl starker innerer Befriedigung. Ich konnte die Arbeit nur leisten unter stärkster geistiger Anspannung, da nebenher viel los war.

Seit heute tagt wieder das Plenum des Reichstags, Freiheitsgesetz. Gestern mittag nochmals Ältestenrat, wo ich wie immer den Standpunkt der Reichsregierung vertreten mußte. Herr Hugenberg⁵⁸ hat heute nicht gesprochen! Seine beiden Vertreter waren Dr. Oberfohren⁵⁹ und Freiherr von Freytag-Loringhoven⁶⁰. Minister Curtius, erstmalig als Außenminister, vertrat die Reichsregierung leidlich⁶¹. Heute morgen 2 1/2 Stunden lang Kabinettsitzung. Viele Punkte erledigt in laufender Arbeit. Morgen abend wird die 2. Zone endgültig geräumt, hoffentlich! Die Befreiungsfeiern sollen um Mitternacht beginnen, aber noch schweben einige unangenehme Restpunkte wegen der preußischen Polizei. Hoffentlich gibt es nicht noch Schweinerei vorher.

Heute abend hatte ich eine Besprechung mit Präsident Schacht, zwar nur telefonisch, aber sehr eingehend und auch harmonisch. Er ist ein großer kluger, aber

⁵⁷ Nicht „vorgestern“, sondern richtig: „gestern“, 25. November. Man einigte sich darüber, im Auswärtigen Ausschuß keine Anträge zum belgischen Markabkommen, rheinischen Bahnabkommen und zum polnischen Liquidationsabkommen zu stellen. Nur eine „Erörterung“ sollte stattfinden, keine Beschlußfassung; Akten Reichskanzlei, Bd 1021.

⁵⁸ Dr. Alfred Hugenberg, geb. 1865, Geh. Finanzrat, Verwaltungsjurist, 1909–1918 Vorsitzender des Direktoriums der Friedr. Krupp AG., baute als Inhaber des Scherl-Verlages einen der größten Zeitungskonzerne auf, seit 1919 Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages, seit 1928 Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei.

⁵⁹ Dr. Ernst Oberfohren, geb. 1881, Studienrat, deutschnationaler Politiker, seit 1919 Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages, zuletzt Fraktionsvorsitzender.

⁶⁰ Dr. Axel Frhr. von Freytag-Loringhoven, geb. 1878, Professor der Rechte an der Universität Breslau (früher Dorpat), seit 1924 Mitglied des Reichstages (Deutschnationale Volkspartei).

⁶¹ In der Besprechung mit den Parteiführern (vgl. Anm. 57) am 25. November war Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß die Regierungsparteien zum „Freiheitsgesetz“ der Rechten eine gemeinsame Erklärung abgeben würden, in der eine Ausschuß-Beratung abgelehnt werden sollte, Akten Reichskanzlei, Bd 1021. Zu den Ausführungen des Außenministers vor dem Plenum vgl. J. Curtius, a. a. O. (vgl. Anm. 5), S. 109 ff.

auch gefährlicher Mann. Jetzt läuft er überall herum und erzählt, die Reichsregierung versäue durch fortgesetzte neue Zugeständnisse seinen schönen Young-Plan. Wir müssen ihn beizeiten einschalten, damit er nicht noch abspringt, nach dem alten Satz, daß man den Bock zum Gärtner machen müsse. Am Dienstag kommt er zum Reichskanzler.

Gestern abend war „Dienstagsgesellschaft“. Nach Jahren waren wir mal wieder da. Justizrat Schwickerath hielt seine übliche Rede, herzlich und mit viel Geschrei. Unangenehmerweise erwähnte er besonders mich, daß ich als der „zweifelloste viel beschäftigteste Mann Deutschlands“ hergekommen sei! Nett gemeint, mir aber sehr peinlich. Ich stehe nicht gern im Feuerwerk, schon allein nicht wegen der vielen Neider. Wir sahen viele alte Bekannte.

Montag, den 2. Dezember 1929

In der Nacht zum 1. 12. ist die zweite Zone freigeworden. Die letzten Truppen waren aus Aachen, Düren, Koblenz bereits am Vormittag des 30. 11. abgerückt und die Trikolore vom Ehrenbreitstein heruntergeholt worden. Viel Durcheinander gab es noch mit der Botschafter-Konferenz, bis wir dann aber doch noch rechtzeitig am 30. 11. abends die offizielle Note Briands über die vollzogene Räumung erhalten hatten. Ein großer Tag in der deutschen Geschichte! Die Befreiungsfeiern sind sehr würdig verlaufen. Die Reichsminister von Guérard und Wirth waren nach Koblenz und nach Aachen gefahren. Leider werden solche erhebenden Tage der Nation in Deutschland immer wieder Gegenstand scheußlicher Parteipolitik. So gibt es ganz sicher in Deutschland weite Kreise, denen die vollzogene und *pünktlich* vollzogene Räumung der 2. Zone keineswegs in das Konzept paßte. So hat der „Lokalanzeiger“ in Berlin die Einzelheiten der Räumung erst auf der dritten Seite gebracht und natürlich zum Teil in verfälschter Weise, Flaggenstreit usw.

Überhaupt die lausige Parteipolitik. Am Sonnabend war Schlußabstimmung über das „Freiheitsgesetz“ im Reichstag. Ein ganz gräßlicher Reifall für Herrn Hugenberg. Von 350 Abgeordneten, die anwesend waren, stimmten nur 60 für dieses „famose“ Gesetz; weit über zwei Dutzend Deutschnationale weigerten dem Parteiführer die Gefolgschaft: Wallraf⁶², Schiele⁶³, Hergt⁶⁴, von Lindeiner⁶⁵, Treviranus⁶⁶, von Keudell⁶⁷, Lambach⁶⁸ usw.

⁶² Max Wallraf, geb. 1859, bis 1917 Oberbürgermeister von Köln (als Vorgänger Adenauers), dann kurzfristig (1917) Staatssekretär des Innern und preußischer Innenminister, Mitglied des Reichstages seit 1924 (Deutschnationale Volkspartei). Kurzfristig Reichstagspräsident in der zweiten Wahlperiode 1924.

⁶³ Dr. Martin Schiele, geb. 1870, Landwirt, 1925 und 1927 in den bürgerlichen Regierungen Reichsinnen- bzw. Reichsernährungsminister, Präsident des Reichslandbundes, Mitglied des Reichstages (Deutschnationale Volkspartei).

⁶⁴ Oskar Hergt, geb. 1869, Verwaltungsjurist, 1917 preußischer Finanzminister, 1918–1924 Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei, Mitglied des Reichstages.

⁶⁵ Hans Erdmann von Lindeiner gen. von Wildau, geb. 1883, deutschnationaler Politiker, Mitglied des Reichstages seit 1924.

⁶⁶ Gottfried Reinhold Treviranus, geb. 1891, Kapitänleutnant a.D., Mitglied des Reichstages seit 1924 (Deutschnationale Volkspartei).

Am Sonnabend und Sonntag hatten wir 55er-Tagung⁶⁹ in Berlin, am Sonnabend im Flug-Verbandshaus, Sonntag mittag in der Reichskanzlei. Bruder Werner als der Berliner Vorsitzende hielt am Sonnabend abend eine sehr schöne Rede über die Synthese der Vergangenheit mit der Gegenwart, am Sonntag in der Reichskanzlei mußte ich den Part hauptsächlich bestreiten. Wir hatten rund 60 Gäste, Magda als Hausfrau war auch da und sicher noch weitere zehn Damen. Ich hielt einen Vortrag über die Geschichte des Hauses und zeigte historische Denkwürdigkeiten aus Wilhelms und Bismarcks Zeiten. Vielleicht ganz verdienstvoll; unsere Kameraden konnten nämlich sehen, daß auch heute noch ordentliche Kerle am Werk sind, die aus Liebe zum Vaterland am Wiederaufbau arbeiten.

Heute nachmittag wichtige Besprechung, von mir veranlaßt, zwischen Reichskanzler, Finanzminister Hilferding, Popitz⁷⁰ und mir über die finanzpolitischen Tagesfragen. Morgen früh Präsident Schacht beim Reichskanzler.

Freitag, den 6. Dezember 1929

Der Kladderatsch mit Präsident Schacht, den ich schon lange befürchtet hatte, ist nun eingetreten. Doch zunächst chronologisch. Am Dienstag früh fand die Besprechung Reichskanzler-Schacht statt. Freundschaftlich, aber sachlich sehr unbefriedigend⁷¹. Danach konnten der Reichskanzler und ich nicht bis Donnerstag warten, sondern ich lud die Reparationsminister Curtius, Hilferding, Wirth und Moldenhauer bereits für den folgenden Mittwoch in die Reichskanzlei zusammen mit Präsident Schacht ein. Die Besprechung dauerte stundenlang. Es wurde zwar nicht geholt und geschimpft, aber es war doch recht unbehaglich und wenig erfreulich. Es drehte sich hauptsächlich um die außenpolitische Seite in Gestalt der Pariser Zwischenverhandlungen und die innenpolitische Seite betreffend Kassenlage und Finanzreform. Wegen der Kassenlage sagte Schacht so gut wie fest zu, sich zum

⁶⁷ Dr. Walter von Keudell, geb. 1884, Landwirt und Verwaltungsjurist, 1927/28 Reichsminister des Innern, Mitglied des Reichstages seit 1924 (Deutschnationale Volkspartei).

⁶⁸ Walther Lambach, geb. 1885, deutschnationaler Politiker, führend im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband tätig, Mitglied des Reichstages seit 1920.

⁶⁹ Traditionsverein des früheren 2. Thüringischen Feldartillerie-Regiments 55 in Naumburg (Saale), dem P. als Reserveoffizier angehört hatte.

⁷⁰ Dr. Johannes Popitz, geb. 1884, Professor der Finanzwissenschaften und Verwaltungsjurist, seit 1925 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium. Während des Dritten Reiches war Popitz führend in der Widerstandsbewegung gegen Hitler tätig und wurde nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet. Zu seinem Werdegang vgl. neuerdings Hildemarie Dieckmann, Johannes Popitz, Entwicklung und Wirksamkeit in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin 1960.

⁷¹ In den Unterredungen am 3. und 4. Dezember sprach Schacht von einer Vertrauenskrise in der Wirtschaft und wollte die Reichsregierung veranlassen, mit ihm zusammen vor die Öffentlichkeit zu treten. Die ablehnende Haltung Müllers quittierte er mit der Erklärung, „er müsse sich vorbehalten, seinen Standpunkt der Öffentlichkeit zu unterbreiten“, und übte scharfe Kritik an der Finanzgebarung des Reiches. Bericht Müllers auf der Ministerbesprechung vom 6. Dezember 1929, a. a. O. (vgl. Anm. 15), Bd 1440.

mindesten zu desinteressieren⁷². Eine diesbezügliche weitere Besprechung sollte am kommenden Tage, gestern Donnerstag, stattfinden zwischen ihm und den Ministern Hilferding und Moldenhauer. Diese fand statt, endete aber wieder unbefriedigend und hatte schließlich den Erfolg, daß Schacht gestern abend mit einem großen Memorandum herauskam, das er dem Reichskanzler und den Ministern zusandte, dann aber gleichzeitig der Presse übergab. Für heute vormittag hatten wir sowieso Kabinettsitzung über Finanzreform usw. angesetzt, befaßten uns dann natürlich fast ausschließlich mit dem Schachtschen Memorandum. Die Entrüstung ist riesengroß im Kabinett, zumal Schacht mitten aus den Verhandlungen heraus der Regierung so in den Rücken fällt. Über Mittag wurde dann ein Gegenkommuniqué von einem Redaktionsausschuß aufgesetzt, das aber in der 4-Uhr-Nachmittagssitzung als viel zu schlapp bezeichnet wurde. Es wurde dann ein neues fabriziert, hauptsächlich von Popitz, das wir dann heute abend der Presse übergeben haben. Dann übersandten wir es durch besonderen Boten Präsident Schacht mit einem Brief des Reichskanzlers, den ich verfaßt habe. Am kommenden Mittwoch große Debatte über diese Dinge im Reichstag. Regierungserklärung fabrizieren! Schrecklich!

Gestern war die Einweihung des neuen Hauses der Zeitung „Germania“ in der Potsdamer Straße. Abends wirklich sehr feierliches und feines Diner im Kaiserhof unter Leitung des Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn von Papen⁷³. Enorm viel Gäste, keinswegs nur „schwarze“ Leute, auch Luther⁷⁴, Schacht, Groener, Curtius, Schmidt-Ott⁷⁵, Schleicher⁷⁶ usw. Auch Bischof Schreiber war anwesend und hielt eine wundervolle Rede. Hinterher viele interessante Gespräche. Ich saß neben einem Freiherrn von Twickel⁷⁷ aus Westfalen. Ich sprach auf dem Essen auch mit

⁷² Kassenlage: Hinter diesem Wort verbergen sich die Kreditwünsche Hilferdings, der Schacht am 4. oder 5. Dezember mündlich mitteilte, im Laufe des Dezember würde die „Aufnahme eines Kredits größeren Umfangs“ notwendig werden. Abschrift eines Schreibens Hilferdings an Schacht vom 10. Dezember 1929, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Pünder, Bd 130.

⁷³ Franz von Papen, geb. 1879, Oberstleutnant a. D., 1913 Militärattaché in Washington, seit 1921 Abgeordneter des Zentrums im preußischen Landtag. P. stand auf dem rechten Flügel seiner Partei. Seinen weiteren Lebensweg, auf den hier nicht eingegangen zu werden braucht, geben die von der Öffentlichkeit mit starker Ablehnung aufgenommenen Erinnerungen wieder: *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952. Vgl. dazu: Th. Eschenburg, Franz von Papen, in: *Vjh. Zeitgesch.* 1 (1953), S. 153 ff.

⁷⁴ Dr. Hans Luther, geb. 1879, Verwaltungsjurist, 1918 Oberbürgermeister von Essen, 1922 Reichsernährungsminister, 1923 Reichsfinanzminister und führend an der Stabilisierung der Währung beteiligt. 1925/26 Reichskanzler; wurde 1930 Nachfolger Schachts als Präsident der Reichsbank. Seine Memoiren: *Politiker ohne Partei*, Stuttgart 1960.

⁷⁵ Dr. Friedrich Schmidt-Ott, geb. 1860, seit 1888 im preußischen Kultusministerium tätig, 1917–1918 Minister, gründete 1920 die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, deren Präsident er zugleich war.

⁷⁶ Kurt von Schleicher, geb. 1882, Generalmajor, 1926 Leiter der Wehrmachts-Abteilung, 1929 Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, vertrauter Mitarbeiter des Wehrministers Groener. Über Schleichers Aufstieg und seine Rolle in der deutschen Politik vgl. demnächst eine Arbeit des Herausgebers in der Reihe „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“.

⁷⁷ Rudolf Frhr. von Twickel auf Havixbeck (bei Münster i. W.), später (1933) Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Germania“.

Schacht, der versuchte, sich von der freundlichsten Seite zu zeigen⁷⁸. Ebenso lange mit Adenauer⁷⁹, Maus⁸⁰ und Stocky⁸¹. Ersterer hat große Sorgen wegen seiner Ausstellung „Die neue Zeit“. Ich kann ihm aber wahrscheinlich nicht viel helfen, die Zeiten sind zu schlecht. Legationsrat Klee, eben zurückgekehrt aus Rom, machte mir die erfreuliche Mitteilung, daß ich einen hohen päpstlichen Orden erhalten würde. Nuntius Pacelli⁸² verläßt nächster Tage Berlin endgültig. Er wird Kardinal, vielleicht bald Kardinal-Staatssekretär! Wäre von ungeheurer Bedeutung für uns.

Sonntag, den 8. Dezember 1929

Heute am Sonntagabend sitzen wir beide urgemütlich in unserem Herrenzimmer, hören Radio, lesen und ich ordne meinen Kram, der die Woche über liegen bleibt. Gestern Sonnabend allerhand Vorbereitungen für die *heute beginnende schwere politische Woche*. Unser „Memorandum“ der Regierung hat in der Presse recht gut gewirkt. Aber die große Debatte im Reichstag wird noch Schwierigkeiten machen. Daß sie wahrscheinlich Mittwoch noch gar nicht stattfinden kann, ist noch nicht das Schlimmste. Näheres wird sich erst morgen und übermorgen ergeben, nachdem wir Kabinett und Parteien gehört haben.

Sonntag, den 15. Dezember 1929

Meine obige Voraussage hinsichtlich der schweren Woche war sehr zutreffend. Es war vielleicht die schwierigste und verantwortungsreichste, die ich je erlebt habe. Aber ich sehe auf sie mit einem Gefühl großer innerer Befriedigung und auch Beruhigung zurück. Ich glaube jedenfalls, unserem armen Vaterland Ersprößliches geleistet zu haben. Das Ergebnis der ganzen Woche ist zweifellos gut. Diese Woche wird sicher einmal Gegenstand der deutschen Geschichte sein, daher kann ich mich kurz fassen und mich auf Wiedergabe der Äußerlichkeiten beschränken.

Am Montag, dem 9. 12., erledigten wir im Kabinett das Finanzproblem. Völlige Einmütigkeit, aber es war schwer, was schon daraus hervorgeht, daß das Kabinett

⁷⁸ Auf den Vorwurf Pünders, das Memorandum des Reichsbankpräsidenten sei doch „nur geeignet, die Stellung der Reichsregierung zu schwächen“, erwiderte Schacht, er hoffe im Gegenteil, daß seine Willenskundgebung die Stellung des Kabinetts „stärken“ werde. Sie sei keine Kampfansage gegen die Regierung oder gar gegen Hilferding. Er stehe „selbstverständlich zu allen weiteren gemeinsamen Beratungen zur Verfügung“. Aufzeichnung Pünders vom 6. Dezember 1929, im Nachlaß Bd 299. Der Text des Schachtschen Memorandums in: Schulthess' Europ. Gesch. Kal. 1929, S. 215 ff.

⁷⁹ Konrad Adenauer, geb. 1876, Verwaltungsjurist und Kommunalpolitiker, Mitglied der Deutschen Zentrumspartei. Seit 1917 Oberbürgermeister von Köln und seit 1920 Präsident des Preußischen Staatsrates.

⁸⁰ Heinrich Maus, geb. 1872, Generalkonsul, Vorstandsmitglied der Kölner Görreshaus AG., welche u. a. die „Kölnische Volkszeitung“ herausbrachte.

⁸¹ Julius Stocky, geb. 1879, Konsul, Verlagsleiter der Kölner Görreshaus AG.

⁸² Msgr. Eugenio Pacelli, geb. 1876, seit 1920 Apostolischer Nuntius in Berlin, 1930 Kardinalstaatssekretär, 1939–1958 als Papst Pius XII. Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche.

von morgens 10 Uhr mit einer Mittags- und einer kurzen Abendpause bis 1 Uhr nachts dauerte. In der Nacht ließ ich in der Reichskanzlei die später berühmt gewordenen „Vierzehn Punkte“ sauber umdrucken⁸³, denn am folgenden Dienstag 11 Uhr vormittags hatten wir im Kabinettsaal bereits die Parteiführer versammelt. Wenn wir auch auf Schwierigkeiten gefaßt waren, so ging die Sitzung doch recht schlecht. Namentlich hinsichtlich der Sozialdemokraten, die sich nicht auf das Finanzproblem für alle Zukunft festlegen wollten. Es war ja auch recht viel verlangt, *sofortige* und *indirekte* Steuererhöhung zu bewilligen, damit die Wirtschaft entlastet werden könne. Es zeigte sich eben diesmal wieder die Richtigkeit des Satzes, daß eine solche Finanz- und Wirtschaftspolitik zwecks Kapitalneubildung heutzutage *nur* von einer Linksregierung gemacht werden kann. Am Dienstagnachmittag tagten die Fraktionen. Ich hatte die angenehme Aufgabe, die Regierungserklärung zu fertigen! Am Mittwochvormittag war Fortsetzung der Parteiführer-Besprechung, aber wieder ohne positives Ergebnis. Es wurde sogar verlangt, die Regierungserklärung solle von Donnerstag wenigstens auf Freitag vertagt werden, damit vorher Einigkeit unter den Regierungsparteien gefunden würde. Die Regierung lehnte das aber ab und bestand auf Verhandlung am Donnerstag und auf ihrem Verlangen eines eindeutigen Vertrauensvotums mit Festlegung auf das Finanzprogramm. Mittwoch abend war ein großes Diner beim Herrn Reichskanzler. Ich drückte mich schon gegen $\frac{1}{2}$ 10 Uhr und arbeitete in der Nacht an der Fertigstellung der Regierungserklärung, die ich dann gegen 1 Uhr nachts Herrn Reichskanzler Müller heraufschicken konnte!

Der Donnerstagmorgen war mit endgültiger Fertigstellung der Regierungserklärung ausgefüllt. Ich hatte die große Genugtuung, daß der Herr Reichskanzler die lange Ausarbeitung von ungefähr einer Stunde Lesedauer fast wörtlich so gelassen hatte, wie ich sie entworfen. Er meinte auch, „*unsere*“ Regierungserklärung habe wirklich Hand und Fuß. In der Nacht vorher hatte ich über Herrn Wassermann⁸⁴ von der Deutschen Bank auch neue Fäden zum Präsidenten Schacht angeknüpft⁸⁵. Am Vormittag – Donnerstag – kam dann Herr Wassermann zu mir und ich führte ihn dem Herrn Reichskanzler zu. Das Ergebnis war, daß um 1 Uhr mittags bereits Herr Präsident Schacht beim Herrn Reichskanzler saß⁸⁶! Die Reichstagssitzung war auf

⁸³ Wortlaut des Umdrucks unter der Überschrift „Finanzprogramm der Reichsregierung vom 9. Dezember 1929“ mit Namenszug Pünders im Nachlaß Bd 130. Auch Schacht erhielt sofort ein Exemplar zugestellt.

⁸⁴ Oscar Wassermann, geb. 1869, Direktor und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft.

⁸⁵ Die Erfüllung der Bitte Hilferdings, Besprechungen über Aufnahme eines allem Anschein nach in Aussicht stehenden Auslandskredits zu führen, hatte Schacht am 11. Dezember davon abhängig gemacht, daß vorher von seiten des Reichstages „für eine Deckung von 500 Millionen RM der schwebenden Verpflichtungen des Reichs Sorge getragen sein“ müßte. Abschrift des Briefwechsels im Nachlaß Pünder, Bd 130.

⁸⁶ Schacht war bereit, der Reichsregierung zur weiteren Mitarbeit zur Verfügung zu stehen, hielt jedoch Pünders Sofortprogramm für nicht ausreichend. Schon für 1930 sei eine Sondersteuer von 500 Millionen RM „zur ausschließlichen Abdeckung des Kassendefizits“ notwendig, a. a. O., Bd 130.

3 Uhr angesetzt und umfaßte nur die Regierungserklärung. Ablesen ist nie wirksam, aber inhaltlich wirkte sie offenbar außerordentlich. Nachmittags tagten die Fraktionen. Am Abend fand im Reichskanzlerzimmer eine kleine Besprechung unter den Nächstbeteiligten mit Präsident Schacht über seine „Neutralität“ hinsichtlich des benötigten neuen Kassenkredits von 300 Millionen statt⁸⁷. Ich fand die Lösung durch schnelle Niederschrift der zu Tage getretenen Auffassungen⁸⁸. In den ganz späten Abendstunden versammelten sich die Parteiführer, ohne Ergebnis.

Am Freitag früh 7 Uhr rief mich dieserhalb Minister Hilferding an, und wir verabredeten, nachdem ich den Reichskanzler orientiert hatte, eine neue Partei-besprechung auf $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags im Reichstag. Wir erreichten wieder keine Einigung; dann tagten die Fraktionen und dann begann mittags die Plenarsitzung. In einer Besprechung beim Reichskanzler am frühen Nachmittag fand ich eine „Konkordienformel“, die mir die richtige zu sein schien, indem sie Gefühlen der Sozialdemokraten wie auch der Volkspartei gerecht wurde. Ich verteilte sie an die fünf Fraktionen und die nächstbeteiligten Minister. Manche hatten noch Skepsis, aber ich habe recht behalten. Abends war großes Staatsdiner beim Herrn Reichspräsidenten. Magda wurde vom hohen Herrn recht ausgezeichnet, der mit ihr ungefähr eine halbe Stunde lang sprach. Ich unterhielt mich sehr gut mit Frau Admiral Raeder. Für hinterher auf 11 Uhr nachts hatten wir in der Reichskanzlei das Kabinett und die Parteiführer geladen. Ich sagte schon vorher meiner Frau: „Hoffe bitte, daß ich spät nach Hause komme, dann wird es voraussichtlich gut gegangen sein.“ So war es auch. Ich kam erst $\frac{1}{2}$ 3 Uhr nachts nach Hause, aber mit der großen Befriedigung, daß die Parteien *meine* Formel angenommen hatten! Aber Geheimrat Zapf von der Deutschen Volkspartei mußte noch seine Fraktion hören, und am folgenden Morgen sollte bereits um 11 Uhr das Plenum beginnen. Wir haben daher von der Reichskanzlei aus über Nacht die Volkspartei zur Fraktionssitzung auf $\frac{1}{2}$ 10 Uhr eingeladen. Solche Kleinigkeiten machen wir in der Reichskanzlei spielend, bloß 50 Stadttelegramme zwischen 3 und 5 Uhr nachts!

Am Sonnabend früh klappte es. Mit Herrn Meißner hatte ich noch verabredet, daß der Herr Reichspräsident noch einen gewissen Druck auf die Volkspartei ausübte, was er auch tat. Am Sonnabend gab es dann noch eine Komplikation, indem die Volkspartei zu den beiden Gesetzentwürfen des Sofortprogramms auch noch die Einkommens- und Vermögenssteuer-Novelle durch Initiativanträge der Regierungsparteien eingebracht wissen wollte. Alles schien wieder zu scheitern, aber ich fand wieder die Lösung durch eine „Aktennotiz“, worin sich die Sozialdemokratie verpflichtete,

⁸⁷ Schacht überließ es der Reichsregierung, die Verhandlungen wegen des Überbrückungskredits zum Abschluß zu bringen, „ohne seinerseits Widerspruch zu erheben“, bestand aber auf sofortiger „Schaffung einer Sondersteuerquelle von 500 Millionen RM für 1930“. In einem Schreiben an Pünder vom 13. Dezember bemerkte Schacht noch, diese seine Haltung sei nicht Neutralität, sondern Passivität, d. h. er würde mit seiner Ansicht über die neu beabsichtigte Kreditverschuldung nicht zurückhalten, wenn er *gefragt* werden sollte. Ebenda.

⁸⁸ Abschrift dieser Aktennotiz vom 13. Dezember 1929 befindet sich im Pünder-Nachlaß, Bd 130.

die beiden Gesetze ohne Versäumnis zu erledigen⁸⁹. Dann bekamen wir die fünf Unterschriften und gegen 1/24 Uhr nachmittags hatten wir mit 222 Stimmen unser Vertrauensvotum. Ich war dann ziemlich kaputt und fuhr gleich nach Hause.

Abends waren wir bei General von Schleicher eingeladen in der Matthäi-Kirchstraße. Sehr fein, und nachher wurde auch noch getanzt. Aber wir gingen, die wir todmüde waren, gegen 1/212 Uhr nach Hause. Es war eine sehr feine Gesellschaft, viel schöne junge Frauen und Freundinnen vom hausherrlichen Junggesellen. Anwesend war auch General von Stülpnagel⁹⁰ mit Gattin, meine Tischdame. Sehr munter eine junge Frau von Speck.

Heute Sonntag hielten wir uns sehr ruhig. Nächste Woche dürften wir nun wohl auch mal etwas an Weihnachten denken. Im Reichstag gab's noch Zollvorlage und die beiden Initiativ-Gesetze. Hoffentlich kommt jetzt auch *sehr* bald der Kredit von 300 Millionen. Wenn das nicht geraten und die Regierung gestürzt worden wäre, wären ganz *entsetzliche* Zustände eingetreten, völlige Einstellung der Zahlungen, keine Möglichkeit neuer Regierungsbildung usw. Gut, daß es der Herrgott wieder noch mal gut mit uns gemeint hat. Ich habe redlich mitgeholfen!

Freitag, den 20. Dezember 1929

Der gestrige Donnerstag, der 19. 12. 1929, war ein schrecklicher Tag. Ein geradezu unheimlicher, m. E. nur vergleichbar den Tagen 1918/19. Das Unheimlichste war, daß nur wenige Menschen ahnten, was drohte. Gott Dank ist die große Gefahr wohl jetzt endgültig überstanden. Was wäre geschehen?

Mit der Annahme des Vertrauensvotums am vergangenen Sonnabend war noch nicht alles in Ordnung; es war die Basis für die Beschaffung des 300-Millionen-Kredits. Nach den Erklärungen des Reichsfinanzministeriums konnte man annehmen, daß dieser Teil nun funktionieren würde. Notwendig schien jedenfalls, den Herrn Reichspräsidenten noch auf Präsidenten Schacht einwirken zu lassen. Diese Anregung wurde mir von Hilferding und Popitz übermittelt. Ich führte sie gern aus. Ich verabredete mit Herrn Meißner, daß der Herr Reichspräsident am Montagvormittag Herrn Reichskanzler Müller empfangen solle, der ihm eine kleine populäre Zusammenstellung über die Kassenlage und die Notwendigkeit des amerikanischen Kredits übergab⁹¹. Am Montagnachmittag empfing dann der Herr Reichspräsident im Beisein von Herrn Meißner Herrn Präsidenten Schacht. Die Besprechung verlief recht ergebnislos; der Herr Reichspräsident war recht wenig erbaut von dem lauten Schreien des Herrn Schacht, während er doch ganz ruhig geblieben sei. Nachher fand dann eine Be-

⁸⁹ Sofern nämlich der ordnungsmäßige „Umweg“ über den Reichsrat beschritten werden würde, vgl. den Vermerk Pünders vom 16. Dezember 1929 über die „Aktennotiz“ vom 14. Dezember, a. a. O., Bd 130.

⁹⁰ Joachim von Stülpnagel, geb. 1880, Generalleutnant, Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin) und Kommandeur der 3. Division.

⁹¹ Der entscheidende Satz lautete: „Die [Kredit-]Verhandlungen erscheinen auf das stärkste gefährdet, da die Beteiligten wenigstens ausgesprochene Neutralität des Reichsbankpräsidenten zur Voraussetzung machen, die bisher nicht zu erreichen war (Passivität reicht nicht aus).“ Durchschlag einer Vortragsnotiz, Nachlaß Pünder, Bd 130.

sprechung Schachts mit Reichskanzler Müller statt, mit dem gleichen negativen Ergebnis; nur das eine wurde vereinbart, daß abends auch die Parteiführer mit ihm zusammengeführt werden sollten. Diese Besprechung fand abends zwischen 8 und 11 Uhr statt. Das gleiche Ergebnis. Schacht erklärte immer wieder, er leihe seine positive Mitarbeit nur, wenn im Jahre 1930 etwa 500 Millionen schwebende Schuld abgedeckt würde⁹². Die Unterhaltung war nicht recht würdig, jedenfalls für die Reichsregierung peinlich. Die Parteiführer stellten sich mehr oder weniger hinter sie und lehnten weitere Ergänzungen des Finanzprogramms ab. Schacht ging weg, und Kabinett und Parteiführer einigten sich dann dahin, daß die Kreditverhandlungen mit dem amerikanischen Bankhaus Dillon, Read u. Co. ungesäumt aufgenommen werden sollten. In dem Kabel sollte auch angedeutet werden, daß Reichspräsident von Hindenburg hinter der Reichsregierung stehe.

Als ich spät abends sehr müde die Treppe der Reichskanzlei herunterging, sprach ich noch mit Trendelenburg⁹³ und fragte ihn noch scherzhaft, warum wir nun diese Sitzung gehabt hätten? Er hielt sie nicht für so ganz zwecklos, weil er die Aussichten in Amerika für sehr gering erachtete und nach etwaigem Scheitern einen Tag als gewonnen ansah. Er hatte recht.

Am Dienstag [17. 12.] früh erkundigte ich mich im Reichsfinanzministerium nach dem Kabel nach Amerika. Es wurde dort gerade aufgesetzt. Nach einigen Stunden hatte ich es in Abschrift; es ging über Auswärtiges Amt an den Deutschen Botschafter in Washington zwecks unmittelbarer Verhandlung mit dem Bankhaus. Der Dienstag brachte dann nicht viel Neues. Im Reichstag wickelte sich das Sofortprogramm langsam, aber gut ab. Am Dienstagabend war Trendelenburg wieder bei mir in der Reichskanzlei. Sein Pessimismus wegen des amerikanischen Kredits hatte sich verstärkt. Wir stellen fest, daß wir beide der Ansicht seien, daß dann der *Friede mit Schacht* unbedingt und sofort geschlossen werden müsse. Dann könne Minister Hilferding allerdings kaum mehr mitmachen, wohl auch nicht Popitz. Wir erörterten ganz vertraulich eine Kandidatur Luther oder Moldenhauer mit Schäffer⁹⁴.

Am Mittwoch [18. 12.] verdüsterte sich die Situation sehr. Eine Nachricht aus Amerika lag noch nicht vor, konnte auch noch nicht vorliegen. Aber die deutschen Bankiers, die sich bisher bereit gefunden hatten, der Reichsregierung als deutsches Konsortium neben Dillon zur Verfügung zu stehen⁹⁵, hatten sich zurückgezogen, so daß die Beteiligten bloß noch die deutsche Regierung mit Hindenburg und Dillon waren. Am Mittag fand eine Besprechung beim Reichskanzler mit den Ministern

⁹² Von der Notwendigkeit einer Deckung „von 500 Millionen RM der schwebenden Verpflichtungen“ hatte Schacht schon in seinem Brief an Hilferding vom 11. Dezember gesprochen, vgl. oben Anm. 85.

⁹³ Dr. Ernst Trendelenburg, geb. 1882, Verwaltungsjurist, seit 1923 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium.

⁹⁴ Dr. Hans Schäffer, geb. 1886, ursprünglich Rechtsanwalt, seit 1923 Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, wurde im Dezember 1929 (als Nachfolger Popitz') Staatssekretär im Reichsfinanzministerium.

⁹⁵ An der Kreditvermittlung sollten sich die Deutsche Bank, die Reichskreditgesellschaft und die Firma Mendelssohn u. Co. beteiligen, Schreiben Hilferdings an Schacht vom 10. Dezember 1929, Nachlaß Pünder, Bd 130.

Hilferding, Curtius und Moldenhauer statt. Mittlerweile war auch ein niederschmetterndes Telegramm aus Paris eingegangen, in dem Botschafter Hoesch⁹⁶ berichtete, daß Briand sich ihn wegen der angeblichen deutschen Auslandsanleihe hätte kommen lassen, und daß er in dem Ministerzimmer noch den Ministerpräsidenten Tardieu und den Finanzminister Chéron getroffen hätte. Lebhafter Protest Frankreichs gegen diese Anleihe, weil Erschwerung der Kommerzialisierung und gegen die Haager Verabredungen⁹⁷! In der [Minister]besprechung war vereinbart worden, daß gegen 6 Uhr nachmittags der Reichskanzler den Reparationsagenten Parker Gilbert empfangen sollte.

Am frühen Nachmittag hatte ich mit dem Reichskanzler unter vier Augen eine lange und vertrauliche Besprechung, die sehr wichtig war. Der Herr Reichskanzler war sehr mißmutig und dachte an den Rücktritt des gesamten Kabinetts und namentlich an den seinigen. Ich sagte ihm, daß wahrscheinlich von ihm verlangt werde, das Kabinett solle bleiben, dagegen hielt ich ein Verbleiben auch von Hilferding für unmöglich. Nach meiner Meinung sei der Friedensschluß mit Schacht notwendige Voraussetzung für Überwindung der Ultimoschwierigkeiten. Wir besprachen die Personalien, ich machte ihm den Vorschlag Moldenhauer, Stegerwald, von Guérard oder Landsberg⁹⁸ und Radbruch⁹⁹.

Reichskanzler Müller schöpfte aus unserer Unterhaltung offensichtlich neuen Mut. Er fuhr gleich in den Reichstag, um dort mit Breitscheid¹⁰⁰ und Wels¹⁰¹ meinen Vorschlag des etwaigen Ausscheidens von Hilferding, aber Fortbestand der Koalition im übrigen, zu besprechen. Er kam leidlich zuversichtlich zurück. Um 6 Uhr fand die Besprechung mit Parker Gilbert statt; sie endete natürlich damit, daß auch Gilbert seine Zustimmung zu dem Vorgehen des Reichsfinanzministeriums *nicht* erteilte.

Hinterher noch eine von mir angeregte Besprechung Reichskanzler – Meißner – und ich. Wir besprachen namentlich die Personaländerungen. Am Abend spät führte ich von Haus aus noch ein langes Telefongespräch mit Trendelenburg, in dem er mir versprach, für den folgenden Morgen einen kurzen Entwurf für das Schuldentilgungsgesetz zu übersenden¹⁰². Im Einverständnis mit dem Kanzler hatte

⁹⁶ Dr. Leopold von Hoesch, geb. 1881, diplomatische Laufbahn, u. a. 1917 Gehilfe des Staatssekretärs von Kühlmann; 1921 Botschaftsrat und 1924 Botschafter in Paris.

⁹⁷ Telegramm Nr. 1260 des Botschafters von Hoesch an Curtius vom 17. Dezember 1929.

⁹⁸ Otto Landsberg, geb. 1869, Rechtsanwalt und sozialdemokratischer Politiker, 1918 Volksbeauftragter, 1919 Reichsjustizminister im Kabinett Scheidemann, Mitglied des Reichstages seit 1924.

⁹⁹ Dr. Gustav Radbruch, geb. 1878, Professor für Strafrecht in Heidelberg, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1921/22 und 1923 Reichsjustizminister.

¹⁰⁰ Dr. Rudolf Breitscheid, geb. 1874, sozialdemokratischer Politiker, 1918/19 preußischer Innenminister, Mitglied des Reichstages seit 1920. B., der 1933 nach Frankreich emigrierte, geriet dort 1941 in die Gewalt der Gestapo und kam 1944 im KZ Buchenwald bei einem Luftangriff ums Leben.

¹⁰¹ Otto Wels, geb. 1873, sozialdemokratischer Politiker und Parteivorsitzender, seit 1912 Mitglied des Reichstages, zuletzt Fraktionsvorsitzender.

¹⁰² Die Möglichkeit eines Schuldentilgungsgesetzes hatte Müller bereits am Vortage gegenüber Parker Gilbert angedeutet, gewissermaßen als „Brückenschlag“ zu den Forderungen Schachts. Durchschlag des Gedächtnisprotokolls bei den Pünder-Papieren, Bd 130.

ich für alle Fälle das Reichskabinett für den folgenden Donnerstag, morgens 10 Uhr, einberufen: Reichskanzler, politische Lage^{102a}.

Damit begann dieser Donnerstag, der 19. 12. 29. Allen Ministerien hatte ich durchsagen lassen, daß die persönliche Anwesenheit aller Reichsminister dringend erforderlich sei. Sie waren auch alle da. Es war schwierig, weil gleichzeitig im Plenum des Reichstages Zollfragen erörtert wurden. Vor der Kabinettsitzung hatten der Reichskanzler, Hilferding und ich eine Besprechung. Sehr ungünstige Telegramme aus Amerika waren inzwischen eingelaufen, keine glatte Absage, aber doch deutlich erkennbar, daß ohne Schacht die Anleihe nicht zu bekommen sei. Trotzdem versuchten Hilferding und Popitz in der Kabinettsitzung diesen doch schon offensichtlich im Weglaufen begriffenen Gaul noch einzuholen. Der Reichskanzler fing aber diese Erörterungen alsdann damit auf, daß nach seiner Meinung nun ungesäumt mit Schacht verhandelt werden müsse. Alle waren einverstanden, am wenigsten die beiden Herren im Finanzministerium. Aber Eile tat not; die ersten Zahlungen waren bereits nicht geleistet worden. Im Einverständnis mit dem Reichskanzler telefonierte ich während der Sitzung mit dem Reichsbankpräsidenten, teilte ihm Tatsache und Gegenstand der Ministerbesprechung mit und bat ihn, sich jederzeit zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler zur Verfügung zu halten, was er sofort zusagte. Die Kabinettsitzung endete mit dem Auftrag an den Kanzler, die Fühlung mit Schacht sofort aufzunehmen. Von diesem Augenblick an wurden diese entscheidenden Geschäfte des Reichsfinanzministeriums vom Reichskanzler und mir wahrgenommen.

Ich rief Herrn Schacht erneut an und bat ihn für 12 Uhr mittags zum Reichskanzler. Währenddessen waren Curtius und Moldenhauer bei mir im Amtszimmer, und wir versicherten uns gegenseitiger Übereinstimmung. An der Besprechung mit Schacht nahm ich als dritter teil. Hierüber habe ich eine amtliche Aufzeichnung gemacht für die Akten der Reichskanzlei¹⁰³. In dieser Besprechung formulierte ich auf einem Zettelchen sofort einen Gesetzentwurf, der nachher dann auch ziemlich unverändert übernommen worden ist¹⁰⁴. Großer Gesetzgeber, Dein Nimbus ist mir längst verblaßt! Nach der Besprechung mit Schacht wieder ab 15 Uhr Kabinettsitzung, diesmal im Zeppelinzimmer im Reichstag. Der ganze Entwurf wurde mit

^{102a} „Reichskanzler, politische Lage“: Hinweise auf in Aussicht genommene Tagesordnungspunkte.

¹⁰³ Aufzeichnung Pünders vom 19. Dezember 1930. Durchschlag ebenda, Bd 130. Man einigte sich auf den Ausbau des Punktes 14 des Finanzprogrammes: sofortige gesetzliche Regelung der schwebenden Reichsschuld mit Verpflichtung bereits für den Haushalt 1930. Schacht erklärte sich unter dieser Voraussetzung bereit, bei der Ultimokrise über die Reichsbank Hilfestellung zu leisten.

¹⁰⁴ Der Gesetzentwurf „zur außerordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld“ hatte folgenden Wortlaut: „Bei der Aufstellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan 1929 und des Haushaltsplans 1930 ist ein Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwebenden Schuld des Deutschen Reichs einzustellen, der spätestens bis Ende des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 450 Millionen (sic) zu erreichen hat. Der Fonds ist aus Steuern und aus Einsparungen bei den Ausgaben zu speisen. Berlin, den . . . Dezember 1929. Unterschrift der 5 Fraktionen.“ Ebenda.

kleinen Abänderungen für gut befunden. Im Anschluß sofort Telefongespräch meinerseits mit Präsident Schacht, wo *wir beide uns einigten!* Das war zweifellos der Wendepunkt zum Bessern! Das drohende Schreckgespenst des Ultimos schien verschwunden. Ich machte über dieses wichtige Telefongespräch sofort eine handschriftliche Aufzeichnung, schickte sie dem Kanzler in sein Zimmer und ging dann – allein – schnell zu Kroll hinüber, um etwas zu essen. Ich wollte allein sein mit meinen Gedanken. Die Umwelt um mich war so unbekümmert. Sie wußte nicht, was ihr drohte und vielleicht soeben sich zum Bessern gewandt hatte.

Ich hatte nur ein Viertelstündchen Zeit; für 3 Uhr hatten wir bereits die Parteiführer geladen. Sie nahmen die Ausführungen des Reichskanzlers und von mir zur Kenntnis. Ich machte längere Ausführungen zu dem Gesetzentwurf, Finanzminister Hilferding saß als interessierter Zuhörer daneben. Staatssekretär Popitz war überhaupt nicht mehr zu sehen. Die Parteiführer wollten aber gern noch genauer von Präsident Schacht selber hören, ob nun mit diesem Gesetz alles erfüllt sei. Der Kanzler und ich fuhren sofort zur Reichskanzlei, um dort in Ruhe mit Schacht sprechen zu können. Zuvor hatte ich ihn noch schnell vom Reichstag aus zu 4.30 Uhr bestellt. Die Besprechung fand zu viert statt, da Präsident Schacht noch Herrn Vizepräsidenten Dreyse¹⁰⁵ mitgebracht hatte. Schacht bezeichnete unseren, d. h. meinen Gesetzentwurf als völlig hinreichend und betrachtete ihn als völlige Garantie. Wir nahmen ihn aber doch noch selbst mit und fuhren zusammen in den Reichstag zurück, wo wir 5.15 Uhr die Parteiführer mit Kabinett und den beiden Präsidenten der Reichsbank zusammen hatten. Die Besprechung verlief – wie ich erwartete – gut, und nach der Sitzung unterschrieben sofort drei Parteien: Zentrum, Bayern und Demokraten; die Sozialdemokraten und Volkspartei mußten erst an ihre Fraktionen herantreten und unterschrieben nach einer halben Stunde aber auch. Bedingungen, namentlich solche personeller Natur, wurden nicht gestellt, aber von den Bayern und der Volkspartei *nachher* die bestimmte Erwartung geäußert, daß Hilferding und Popitz den Abschied nähmen. Darüber gab es dann, wie stets in solchen Fällen, noch die üblichen Erörterungen. Als ich meine fünf Unterschriften hatte, überließ ich das weitere Technische meinen Herren und fuhr in die Reichskanzlei zurück, wo ich dann noch am Abend die neue Regierungserklärung für den Reichskanzler diktierte.

Abends zu Hause war es ganz gemütlich. Die entsetzliche Spannung war von mir genommen. Ich trank mit Magda eine Flasche Sekt.

Der heutige Freitag verlief ruhiger. Unser Gesetz steht noch nicht auf der Tagesordnung, sondern erst morgen Sonnabend. Wegen der Personalfrage hatte ich eine vertrauliche Besprechung im Justizministerium mit Minister von Guérard und Dr. Brüning¹⁰⁶. Nachher Reparationskränzchen, zwischendurch Besprechung mit den Ministern Curtius und Moldenhauer. Letztere machten den Rücktritt der beiden Herren

¹⁰⁵ Friedrich Dreyse, geb. 1874, seit 1926 Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums.

¹⁰⁶ Dr. Heinrich Brüning, geb. 1885, Zentrumspolitiker, seit 1921 Geschäftsführer des (Christlichen) Deutschen Gewerkschaftsbundes, seit 1924 Mitglied des Reichstages. Reichskanzler 1930–1932. Zu seinem Werdegang vgl. A. Nobel, Brüning, Leipzig 1932.

sehr dringlich, wenn nicht, würde die Volkspartei für das mit Bestimmtheit morgen zu erwartende Mißtrauensvotum gegen Hilferding stimmen! Ich orientierte den Reichskanzler telefonisch, der dann auch ab 2 Uhr im Reichstag war und eine Fülle Einzelbesprechungen hatte. Der Personalpunkt wurde zwar teilweise *sehr* heftig besprochen, kam aber keinen Schritt weiter. Die Dinge müssen nun morgen abgewartet werden.

Nachmittags hatte ich eine Baubesprechung mit den Herren Prof. Sieder, Oberbaurat Groß und meinen Herren über den Neubau der Reichskanzlei. Mal wieder etwas anderes. Nachher war ich abends noch im Reichstag, wo mir der Kanzler das „Ergebnis“ seiner Nachmittagsbesprechungen erzählte. Hilferding und Popitz wollten mich noch sprechen, ich wich dem aber aus. Bin nun gespannt, was der morgige Tag bringen wird. Sonntag wahrscheinlich Nachtsitzung.

Dienstag, den 31. Dezember 1929

Infolge starker Inanspruchnahme bin ich elf Tage nicht mehr zum Schreiben gekommen, aber heute wenige Stunden vor Neujahr will ich die letzten Erinnerungen des alten Jahres schnell zu Papier bringen.

Die letzten parlamentarischen Verhandlungen verliefen ganz programmäßig. In einer Nachtsitzung zu Sonntag wurde das Schuldentilgungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet, fast gleichzeitig auch die Zollvorlage. Beides große Erfolge unserer Koalition und Regierung. Die Ultimoschwierigkeiten wurden dann leicht überwunden. Die Reichsbank unter Schacht stellte uns 350 Millionen zur Verfügung, ab 15. April 1930 müssen sie monatlich mit je 50 Millionen zurückgezahlt werden. Der Etat 1930 muß nun ganz umgeändert werden, da im ordentlichen Haushalt die 450 Millionen Rückzahlung der schwebenden Schuld eingestellt werden müssen.

Die Auswirkung der politischen Vorgänge der letzten Tage brachte den Rücktritt der Herren Finanzminister Hilferding und seines Staatssekretärs Popitz. Beide sind sehr mißmutig abgegangen. Ihr Abgang ist ja auch tragisch, denn sie waren beide in ihrer Art sehr tüchtige Leute. Ihre Nachfolger sind die Herren Minister Moldenhauer bzw. Ministerialdirektor Schäffer geworden. Beides meine Vorschläge. Allerdings hatte ich in den letzten Tagen doch wieder für Herrn Dr. Zarden¹⁰⁷ als Staatssekretär gearbeitet, leider vergeblich. Es hat etwas Mißliches, daß ein Außenseiter beamtlicher Chef des großen Verwaltungsapparates des Reichsfinanzministeriums wird. Aber immerhin ist auch Herr Schäffer ein sehr tüchtiger Mann, der namentlich die internationalen Wirtschaftsverhältnisse und die Reparationsfragen gut beherrscht. Nachfolger Moldenhauers im Wirtschaftsministerium ist Herr Schmidt¹⁰⁸ geworden, der diesen Posten früher schon einmal innehatte.

¹⁰⁷ Dr. Arthur Zarden, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, wurde 1932 Staatssekretär als Nachfolger Hans Schäffers in den Kabinetten Papen und Schleicher. Als Angehöriger des deutschen Widerstandes (sog. Solfkreis) festgenommen, schied er 1944 im Untersuchungsgefängnis freiwillig aus dem Leben.

¹⁰⁸ Robert Schmidt, geb. 1864, sozialdemokratischer Politiker, Mitglied des Reichstages seit 1893 (mit Unterbrechungen). Oktober 1918 Unterstaatssekretär im Reichs Ernährungsamt, 1919 Ernährungs- und Wirtschaftsminister im Kabinett Scheidemann, 1923 (August-November) Vizekanzler in der Regierung Stresemann.

Die letzten Tage waren ausgefüllt mit letzten Vorbereitungen für die Haager Schlußkonferenz. Es wird ein schwerer Gang werden. Ich werde mitgehen. Der Reichskanzler wünscht es und namentlich Minister Curtius, der in der letzten Kabinettsitzung sagte, ich sei ganz unentbehrlich. Wenn er heute mal nachsehen wolle, was auf der ersten Haager Konferenz passiert sei, schlage er immer im „Pünder“ nach, womit er den Band meiner täglichen damaligen Telegramme meinte¹⁰⁹.

Morgen, am 1. 1. 1930, großer Neujahrsempfang bei Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg. Muß schon vormittags den Frack anziehen. Nachher wollen wir zwei zu Frau Stresemann gehen. Am 2. 1. haben wir vormittags noch eine wichtige Kabinettsitzung über die Haager Schlußkonferenz, den Nachtragshaushalt 29 und den Haupthaushalt 30. Am Abend geht's dann ab nach dem Haag.

Mittwoch, den 1. Januar 1930

Viel Neues hat der heutige Festtag nicht gebracht. Heute früh gleich in den Frack geworfen, dann zum Hochamt nach Lichterfelde. Nachher bei der Mutter ein neues Jahr gewünscht und von dort per Auto mit Magda in die Stadt. Um 12.30 Uhr große Gratulationskur beim Reichspräsidenten in der üblichen Form: der Reichskanzler, die Reichsminister und die Staatssekretäre. Die beiden Reden zwischen Reichspräsident und Reichskanzler, von Herrn Meißner und mir vorbereitet, gingen glatt vonstatten. Dann der übliche Händedruck an alle, auch an mich mit besonderer Herzlichkeit. Ungefähr vor mir stehend sagte der alte Herr am Schluß: „Nun, meine Herren, mit Gott vorwärts! Ein altes Wort, das ich gern gebrauche, auch den Meinen gegenüber in schweren Tagen. So darf ich es auch hier gebrauchen, vor Ihnen, meinen ersten Mitarbeitern. Und nun lassen Sie sich's gut gehen. Guten Morgen, meine Herren!“

Mit dem Reichskanzler zurück zur Reichskanzlei, der auch mir und meiner Familie frohes neues Jahr wünschte. Nachher mit meiner Frau Besuch gemacht bei Frau Stresemann, die aber verreist war. Heute abend packte ich noch, da es morgen ab nach dem Haag geht. Ich fahre diesmal mit recht bedrücktem Gefühl. Ein schwerer Gang!

Sonntag, den 19. Januar 1930

Diese Zeilen schreibe ich im Haag Sonntagabend, in meinem behaglichen Zimmer im Hotel Zentral. Inzwischen habe ich seit dem 3. Januar als Delegationsmitglied der Haager Konferenz viel erlebt. Meine Erlebnisse spiegeln sich wider im wesentlichen in meinen vierundzwanzig Telegrammen, die ich täglich nach Berlin an Reichsregierung und Reichspräsidenten gerichtet habe. Dort mag man alles nach-

¹⁰⁹ Die für die Berliner Regierungsstellen bestimmten Telegramme Pünders von der Ersten Haager Konferenz (6.–31. August 1929) sind in den Akten der Reichskanzlei erhalten (Bundesarchiv Koblenz).

lesen¹¹⁰. Ich fühle persönlich eine recht starke innere Befriedigung, einerseits über das Konferenzergebnis, andererseits aber auch deswegen, weil ich glaube, hier nicht überflüssig gewesen zu sein und rechtschaffen mitgearbeitet zu haben. Besonders mein Verhältnis zum diesmaligen Delegationsführer Curtius hat sich sehr harmonisch gestaltet, wie früher mit dem jetzt leider toten Stresemann. An ihn habe ich oft denken müssen.

Auch sonst brachte das Leben hier viel Abwechslung. Schrecklich viele Einladungen, darunter auch bei der Königin; hier ein natürlich sehr interessanter, aber in seiner Aufmachung doch recht bescheidener Empfang. Mehrere Male beim Grafen und Gräfin Zech¹¹¹, dem liebenswürdigen deutschen Gesandtenpaar, dann bei der Stadt, das unvergeßliche Frühstück bei den Franzosen und unsere Wiedereinladung, der Presseempfang, Frühstück beim Italiener, unsere Einladung für Bundeskanzler Schober¹¹² usw. Außerordentlich hat es mich interessiert, den neuen französischen Ministerpräsidenten Tardieu näher kennen zu lernen, ohne Zweifel der Mann der Zukunft in Frankreich, und sonst all die Großen der Erde, die hier versammelt waren. Mehrere Empfänge auch beim holländischen Außenminister van Beelarts. Herrliches Wetter, wie im Frühling.

Morgen ist die Schlußsitzung der Konferenz. Heute abend müssen wir die letzten Vorbereitungen dafür treffen. Dann ist aber Schluß. Am Dienstag dann wieder der übliche Zauber in Berlin. Wir müssen dort schnell arbeiten, damit die Ratifizierung der Young-Gesetze bald erfolgen kann. Moldenhauer war eine glänzende Nummer hier auf der Konferenz¹¹³. Ich bin stolz, an seiner Wahl so schuldig gewesen zu sein.

Donnerstag, den 13. Februar 1930

Fast ein Monat seit der letzten Aufzeichnung. Schade! Aber nach meiner Rückkehr war schrecklich viel los. Ich kam zum geliebten Tagebuch kaum. Und wenn ich erst den „Dreh“ verloren habe, finde ich wieder schwer den Anschluß. Ich kenne mich! Eigentlich nur um dem entgegenzutreten, schreibe ich heute diese wenigen Zeilen, damit erst mal wieder etwas da steht. Also: Diese ersten Wochen standen im Zeichen des Young-Planes. Gerade heute haben wir die mehrtägige Debatte der ersten Lesung beendet. Ab morgen Ausschüsse, vermutlich ab Mittwoch nächster Woche zweite Lesung. Soweit sieht alles ganz gut aus. Aber, aber! Das Zentrum verlangt – und wohl nicht ganz zu Unrecht –, daß zuvor noch Klar-

¹¹⁰ Auch diese – mehr als 24 – Telegramme (3.–20. Januar 1930) sind samt einigen Aktenvermerken und Telefonaten als „Handakten“ in der Registratur der Reichskanzlei besonders gesammelt worden (= Bd 303/305). Zum Ablauf der Haager Schlußkonferenz siehe J. Curtius, a. a. O. (vgl. Anm. 5), S. 121 ff. und L. Zimmermann, Deutsche Außenpolitik, S. 386 ff.

¹¹¹ Dr. Julius Graf von Zech-Burkersroda, geb. 1885, Berufsdiplomat, seit 1928 Gesandter in Den Haag.

¹¹² Dr. Johann Schober, geb. 1874, österreichischer Politiker, keiner Partei zugehörig, sich aber als Repräsentant der nationalen Gruppen in Österreich fühlend, langjähriger Polizeipräsident von Wien, 1929 Bundeskanzler.

¹¹³ Vgl. auch die Hervorhebung der Tätigkeit Moldenhauers durch J. Curtius, a. a. O. (vgl. Anm. 5), S. 124 und 126.

heit über die Finanzlage geschaffen werden müsse. Deshalb verhandeln wir jetzt täglich über Finanzfragen und garnicht mehr über den Young-Plan. Wir haben trotz der Reparationsnachlässe ein Minus von 700 Millionen im Etat 1930. Davon entfallen 250 Millionen auf die Arbeitslosenversicherung. Gerade heute abend hatten wir Kabinettsitzung über die Fragen. Ob wir uns in den nächsten Tagen einigen, ist sehr zweifelhaft.

Zu Hause ist alles wohl und munter. In Preußen haben sie mittlerweile den tüchtigen Kultusminister Becker¹¹⁴ abgesägt und ihn durch den Sozialdemokraten Grimme ersetzt. Unglaublich! Ein Schlag für den Parlamentarismus. Abends sind wir fast immer auf Gesellschaft, mal nett, mal langweilig, insgesamt reichlich anstrengend, aber doch insgesamt eine interessante Pflicht.

Mittwoch, den 26. Februar 1930

Ich bin noch nicht wieder richtig im Zug hinsichtlich des Tagebuchs! Es kommt aber auch hinzu, daß ich in diesen Wochen fast jeden Abend mit Magda eingeladen bin und infolgedessen zu nichts anderem abends komme. Im übrigen hat sich noch nicht viel ereignet. Politisch stehen wir immer noch in den Verhandlungen mit dem „neuen Plan“ und den Finanzfragen. Morgen werden wir uns im Kabinett mit den neuen Deckungsvorschlägen Moldenhauers gefassen. Seine Renommee hat schon etwas gelitten. Ich sehe nicht sehr ruhig in die Zukunft.

Das letzte Wochenende stand unter dem Zeichen des Besuchs des Bundeskanzlers Schober aus Wien. Sehr ordentlich verlaufen. Ein prächtiger Mann. Gestern abend war ich hinter einem anderen Diner beim General von Schleicher eingeladen, wo auch der Kronprinz Wilhelm¹¹⁵ anwesend war. Ein ungemein reizvoller Abend. Ich habe mich völlig offen fast drei Stunden mit dem hohen Herrn unterhalten. Hinterher hat er unserem Gastgeber gesagt, für ihn wäre das Erlebnis des Abends das Kennenlernen des Staatssekretärs Pünder gewesen und er würde es sehr begrüßen, mich bald mal wiederzusehen!

Montag, den 3. März 1930

Über Nacht ist schwere Krise ausgebrochen! Am vergangenen Sonnabend hat der Herr Reichspräsident Herrn Dr. Scholz¹¹⁶ von der Deutschen Volkspartei empfangen: ohne jeden Erfolg. Die Volkspartei weigert sich, ein Notopfer oder etwas

¹¹⁴ Dr. Carl Heinrich Becker, geb. 1876, Professor an der Universität Berlin; 1919–1921 und 1922–1925 Staatssekretär im preußischen Kultusministerium, 1921 und 1925–1930 preußischer Kultusminister. Vgl. auch die Würdigung seines Lebens durch E. Wende: C. H. Becker, Mensch und Politiker, Stuttgart 1959.

¹¹⁵ Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen, geb. 1882, lebte nach seiner Rückkehr aus dem niederländischen Exil (1923) auf seinen Besitzungen in Öls (Schlesien) oder auf Schloß Cecilienhof bei Potsdam.

¹¹⁶ Dr. Ernst Scholz, geb. 1874, Jurist und Kommunalpolitiker, 1913–1920 Oberbürgermeister von Charlottenburg, 1920/21 Reichswirtschaftsminister, seit 1921 Mitglied des Reichstages (DVP), 1929 Vorsitzender der Deutschen Volkspartei.

Ähnliches in irgend einer Weise und Höhe mitzumachen. Dadurch Finanzgesetze im Augenblick unmöglich. Und was wird aus den Young-Gesetzen am nächsten Donnerstag? Heute Montag früh hatten wir Kabinettsitzung. Man erwartete eigentlich allgemein den Rücktritt der Regierung, aber es zeigten sich doch noch gewisse Lösungsmöglichkeiten und daher Vertagung und Fortsetzung morgen nachmittag. Minister Curtius liegt mit fiebriger Grippe im Bett. Präsident Schacht hat dem Herrn Reichspräsidenten ganz vertraulich seinen Rücktritt angekündigt¹¹⁷.

Sonntag, den 9. März 1930

Wir leben augenblicklich in einer so scheußlichen Krise, wie ich sie in den Jahren meiner jetzigen Stellung überhaupt noch nicht erlebt habe. Das Kabinett hat nach vieler Arbeit und vielem Hin und Her sich einstimmig auf ein großes Finanzprogramm geeinigt. Alle Regierungsparteien sind auch mehr oder weniger bereit, auf diesen Boden zu treten, bis auf die Volkspartei, die ausgerechnet ihren eigenen Finanzminister Moldenhauer damit völlig desavouiert. Der Hort des Widerstandes ist hier Dr. Scholz, der, nach langer Krankheit genesen, versucht, sich seine Partei und Fraktion wieder völlig in die Hand zu spielen. Und nun stehen wir da; das Zentrum und die Bayern verlangen nicht ohne einen gewissen Grund der Berechtigung, daß vor Annahme des Youngplanes Klarheit über die Kassensanierung eintreten soll. In den Ausschüssen hat sich das Zentrum schon dieserhalb der Stimme enthalten. Gestern am Sonnabend hatten die Fraktionsführer Besprechung, die nach eingehender Durchsprache der verschiedenen Steuervorschläge der Regierung ohne Ergebnis verliefen¹¹⁸. Darauf heute am Sonntag nachmittag Fortsetzung im Reichstag. Die Sitzung ist bald zu Ende, da eine Änderung in der Haltung der Fraktionen nicht eingetreten ist, d. h. sie verlief auch ohne Ergebnis. Was soll nun werden? Morgen ist Schluß der zweiten Lesung. Mühsam ist eine Einigung erzielt, daß die Abstimmung der zweiten Lesung erst am Dienstag stattfinden soll und die Schlußabstimmung der dritten Lesung am Mittwoch. Daß eine Änderung bis dahin eintreten wird, erscheint sehr unwahrscheinlich. Die Finanzspezialisten der Weimarer Koalition bereiten einen Kompromiß vor. Ob etwas dabei herauskommt, glaube ich kaum. Außerdem wäre eine reine Weimarer Koalition ein recht unfreundliches und unerfreuliches Gebilde. *Mein* Plan ist ein anderer, den ich auch bereits mit Dr. Brüning und Meißner besprochen habe. Das Zentrum muß das Junktim vor der zweiten oder jedenfalls vor der dritten Lesung fallen lassen, und zwar auf einen Appell des Reichspräsidenten hin. Ein solcher Empfang soll Diens-

¹¹⁷ H. Schacht, a. a. O. (vgl. Anm. 28), S. 326 ff.

¹¹⁸ In einer Niederschrift über die Parteiführerbesprechung vom 8. März 1930 heißt es: „Für die Zentrums-Fraktion erklärte der Abg. Brüning, daß seine Partei nach wie vor daran festhalte, dem Neuen Reparationsplan nur dann zustimmen zu können, wenn die Voraussetzungen für die Sanierung der Kassenlage erfüllt seien . . . Der Abg. Leicht erklärte, daß das Schicksal des Finanzprogramms die Haltung seiner Fraktion zu den Gesetzen des Haager Schlußprotokolls sehr wesentlich beeinflusse.“ Akten Reichskanzlei, Bd 1021.

tag vormittag stattfinden. Über den Empfang soll ein Communiqué herausgegeben werden, auf das sich das Zentrum beziehen kann. Dann Zustimmung zum Young-Plan und sofort hinterher Verhandlung über die Finanzfragen auf Grund der dann aus dem Reichsrat gekommenen Vorlagen. Wenn dann keine Einigung zu erzielen ist, Auflösung des Reichstags, und in der Zwischenzeit bis zum Zusammentritt positive Erledigung der Deckungsvorlagen einschließlich des Etats 30 auf Grund von Artikel 48. Wenn dann der neue Reichstag kommt, mag er den Etat und die anderen Finanzgesetze außer Kraft setzen, nachdem die Rheinland-Räumung in Gang gekommen ist! Morgen werde ich mit Herrn Meißner und Herrn Brüning alles weitere besprechen.

Inzwischen hat Herr Präsident Schacht seinen Abschied genommen. Recht un bequem im Augenblick, aber – wie ich immer sage – Schacht ist schon seit langer Zeit ein toter Mann. Er hat überall abgewirtschaftet. Nachfolger wird wahrscheinlich mein verehrter alter Gönner, Reichskanzler a. D. Luther. Ich habe wacker daran mitgearbeitet.

Gestern abend bei Staatssekretär Weismann, vorgestern bei Minister von Guérard. Wir selber hatten letzthin einen sehr netten Herrenabend mit Herrn Reichskanzler Müller und den Herren der Reichskanzlei. Jetzt haben wir Einladungen gleich für zwei große Abendessen herausgehen lassen für Ende dieses Monats. Wir hatten schrecklich viel Schulden nach dieser Richtung. Heute abend mit den lieben Kinderchen noch sehr gemütlich. Wir brannten ein Feuer im Garten ab und brieten darin Kartoffeln, eine herrliche Reaktion für mich!

Montag, den 10. März 1930

Schnell ein paar Tagebuchzeilen. Die Krise dauert unvermindert an. Die Dinge entwickeln sich wahrscheinlich und hoffentlich so, wie ich es mir denke und gestern niedergeschrieben habe. Morgen mittag wird Dr. Brüning vom Herrn Reichspräsidenten empfangen, im Anschluß hieran Fraktionssitzung des Zentrums. Ich glaube, daß die Herren dann zustimmen. Zwischendurch gehen Verhandlungen zwischen den vier Parteien der Weimarer Koalition wegen des Finanzprogramms. Vielleicht werden sie in kommender Nacht einig werden. Ich sehe dieser Entwicklung mit einiger Sorge entgegen, da dann evtl. Minister Moldenhauer nicht mehr mitmachen könnte. Morgen nachmittag sind die Abstimmungen II. Lesung. Bis dahin wird und muß alles ziemlich klar sein. Minister von Breitenbach¹¹⁹ ist heute, 80 Jahre alt, gestorben.

Freitag, den 14. März 1930

Heute kann ich wieder etwas früher im Tagebuch schreiben. Die Dinge laufen so, wie ich letzten Montag sagte. Die „Weimarer“ wurden zwar in der Nacht zum Dienstag einig, aber eine sehr erhebliche Abänderung unseres Regierungsprogramm

¹¹⁹ Paul von Breitenbach, geb. 1850, Verwaltungsjurist, 1906–1918 preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten und Präsident des Reichsamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen, 1916/17 auch Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums.

und eine große Verwirrung, weil nun zweierlei Vorlagen da waren. Wir fingen die Dinge aber gleich auf. Um 10 Uhr am Dienstag gab Minister Moldenhauer, nachdem wir zuvor in der Reichskanzlei die Dinge vorbesprochen hatten, eine starke Erklärung für unsere Regierungsvorlage im Reichsrat ab, worauf dieser auf solcher Grundlage mit seinen Beratungen fortfuhr. Ebenso verhielt ich mich am Nachmittag im Preußischen Staatsministerium. Vormittags empfing dann der Reichspräsident den Zentrumsfraktionsführer Dr. Brüning; mit bestem Erfolg. Der alte Herr stellte sich gleichfalls auf den Standpunkt, daß die Kassensanierung dringendst geboten sei. Das genügte dem Zentrum, worauf es mittags in einer Fraktionssitzung mit kleiner Mehrheit beschloß, in zweiter Lesung für die Young-Gesetze zu stimmen. Um 2 Uhr hatten der Reichskanzler, Schäffer und ich eine Besprechung mit den Fraktionsführern der „Weimarer“, die gut verlief. So war der vergangene Dienstag von sehr großer Bedeutung als Beginn der Klärung der monatelangen schwelenden Krise.

Am Mittwoch war dann dritte Lesung. Für sie hatten wir in der Reichskanzlei eine groß angelegte Rede des Reichkanzlers fertiggestellt. In der dritten Lesung gab es nicht weniger als zehn namentliche Abstimmungen¹²⁰, alle *für* die Reichsregierung und ihre Vorlagen, teils mit kleineren, teils aber auch mit recht erheblichen Mehrheiten. Das Ereignis des Tages war das Verhalten der Bayerischen Volkspartei, unter Führung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held¹²¹. Da er eine schriftliche Zusage für die Biersteuer nicht erhalten hatte, sie aber ertrotzen wollte, drohte und führte er schließlich auch durch: die Ablehnung der Young-Gesetze durch die Bayerische Volkspartei! Wir fingen diesen Stoß aber auf, und zwar durch Zulassung und Mitarbeit an zwei Entschließungen der übrigen Regierungsparteien, wobei der Mehrheit noch etwa 15 weitere Stimmen zugeführt wurden und die Bayern ersetzt wurden. Held ist kein Held und ist wütend nach Bayern gefahren. Ich habe an Gesandten von Haniel¹²² einen Orientierungsbrief nach München geschickt.

Der gestrige Donnerstag und der heutige Freitag verliefen nach all dem Kampf etwas ruhiger. Persönlich habe ich etwas aufgearbeitet. Der Reichspräsident hat die Young-Gesetze vollzogen und gleichzeitig ein großes Manifest an das deutsche Volk erlassen, das im In- und Ausland außerordentlich großen Widerhall gefunden hat. Etwas hatten wir auch daran mitgewirkt. Die eigentliche Formulierung stammt von Herrn Meißner. Dieser hatte gestern 50. Geburtstag. Große Feier in seiner Wohnung. Ich bin auch dort gewesen, zusammen mit meinen beiden Ministerialdirektoren Zechlin und von Hagenow¹²³.

¹²⁰ Einzelheiten in: Schulthess' Europ. Gesch. Kal. 1930, S. 68 ff.

¹²¹ Dr. Heinrich Held, geb. 1868, Politiker des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, seit 1907 Mitglied des bayerischen Landtages, seit 1924 bayerischer Ministerpräsident.

¹²² Dr. Edgar Haniel von Haimhausen, geb. 1870, Berufsdiplomat, 1919–1923 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, seitdem Gesandter und Vertreter der Reichsregierung in München.

¹²³ Dr. Viktor von Hagenow, Verwaltungsjurist, seit 1927 Ministerialdirektor in der Reichskanzlei.

Unsere politische Hauptarbeit gilt jetzt der Kassensanierung, die bis Ende dieses Monats durchgeführt sein muß. Ich glaube, daß wir es schaffen werden, eventuell auch im Wege der Verordnung zur Beseitigung eines Notstandes. Besser wäre natürlich, daß sich die fünf Regierungsparteien zuvor einigten. Solche Einigungsverhandlungen sind auch bereits seit gestern im Gange. Der Herr Reichskanzler ist zu einer sozialdemokratischen Parteiversammlung für zwei Tage nach Stuttgart abgefahren.

Gesellschaftlich war in den letzten Tagen wieder sehr viel los. So am Mittwoch bei Exzellenz Boden¹²⁴ und gestern bei Schuberts. Überall wichtig und interessant. Froh sind wir aber, daß wir heute und die nächsten Tage zu Hause sind.

Sonntag, den 16. März 1930

Augenblicklich herrscht etwas Ruhe. Reichskanzler Müller ist über Sonntag nach Stuttgart gefahren, zu einer 10-Jahresfeier der Abwehr des Kapp-Putsches, wobei er eine Rede hielt und die Beamtentreue beim Volksbegehren erwähnte. Nur 43 Fälle auf rund 400 000 Beamte! Politisch sind augenblicklich die agrarpolitischen Fragen im Vordergrund. Ich werde wohl für den morgigen Montagnachmittag eine Kabinettsitzung hierfür ansetzen müssen. Nachtragen muß ich noch, daß Präsident Schacht inzwischen abgegangen und von Herrn Reichskanzler a. D. Luther ersetzt worden ist. Ich begrüße diese Wahl und ich habe an ihr natürlich recht erheblich mitgewirkt. Gesellschaftlich herrscht augenblicklich etwas Ruhe. Herrlich! Wir sitzen gemütlich zu Hause. Heute abend haben wir Magdas Gedichte, die wir zum Drucken geben möchten, durchgesehen. Reizende und gemütliche Beschäftigung.

Heute war Volkstrauertag, äußerst stimmungsvolle Feier im Reichstag in Anwesenheit des Herrn Reichspräsidenten. Der 80jährige Geheimrat Kahl¹²⁵ hielt die Festrede.

Montag, den 17. März 1930

Ich bin jetzt recht fleißig im Schreiben. Heute möchte ich nur festhalten, daß der vormalige spanische Diktator, General Primo de Rivera, in Paris plötzlich gestorben ist. Der Tod dieses Mannes hat mich recht ergriffen. Vor dreiviertel Jahren war ich in Begleitung Stresemanns noch in Madrid sein Gast, heute sind sie beide bereits tot! Ich habe dem spanischen Botschafter ein Beileidschreiben geschickt. Offiziell wird Primo heute totgeschwiegen, ich möchte aber sagen, wie und zwar wie gut ich über diesen Mann gedacht habe. – Heute nachmittag war Kabinettsitzung; Agrarfragen und Kassensanierung beherrschen die Stunde. Ich glaube, daß wir beides unter Dach und Fach bekommen, und zwar noch in diesem Monat. Dann

¹²⁴ Dr. Friedrich Boden, Wirkl. Geheimer Rat, seit 1913 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter braunschweigischer Minister zum Bundes- bzw. Reichsrat (zugleich auch für Anhalt und Mecklenburg-Strelitz).

¹²⁵ Dr. Wilhelm Kahl, geb. 1849, Professor der Rechte an der Universität Berlin, Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages seit 1919 (Deutsche Volkspartei).

wären wir für lange Zeit über den Berg! Professor Marcel Salzer¹²⁶ ist heute in Lichterfelde gestorben. Ich habe ihn oft nachgeahmt und liebe seine Bücher.

Sonntag, den 23. März 1930

Am vergangenen Mittwoch haben wir die erste Lesung unserer Deckungsvorschläge im Reichstag erledigt. Das will allein noch nicht viel besagen. Ab Donnerstag fand dann der dreitägige Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim statt, von gewissermaßen geschichtlicher Bedeutung. Er ist für den ruhigen stetigen Gang der politischen Dinge in Deutschland gut verlaufen: er endete sozusagen mit einem starken Bekenntnis für die Große Koalition; dies zeigte namentlich auch die große politische Rede des neuen Parteiführers Dr. Scholz. Wir können also den nächsten Tagen hinsichtlich der Verhandlungsbereitschaft der Deutschen Volkspartei bei den abschließenden Finanzverhandlungen mit leidlichem Optimismus entgegensehen. Bis zum 31. März muß alles unter Dach und Fach sein, sonst kommt der Artikel 48 an die Reihe!

Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß in den letzten Tagen die Regierungsparteien in den sehr wichtigen Agrarfragen einen Kompromiß gefunden haben. Er befriedigte natürlich noch nicht die Landwirte alle. Am gestrigen Sonnabend nachmittag hatten der Reichskanzler und ich noch die Freude, Herrn Minister a. D. Schiele vom Reichslandbund in der Reichskanzlei zu empfangen, wo er uns dies klar machte. Aber immerhin bedeuten die Anträge eine sehr wesentliche Hilfe für die Landwirtschaft¹²⁷. Diese Anträge kommen am morgigen Montag im Reichstag zur Debatte. Man hofft, sie am Donnerstag schon in allen Lesungen durchgebracht zu haben. Der Landwirtschaft geht es ganz verflucht schlecht, die Tonne Roggen nur 143 RM! Ich würde es sehr begrüßen, wenn der Beimahlungszwang nach dem Vorschlage des Geheimrats Caro durchgeführt werden könnte.

Gesellschaftlich ist es jetzt erfreulicherweise etwas ruhiger geworden. Nur wir selber geben jetzt hintereinander drei Gesellschaften mit hohen und höchsten Herrschaften; hoffentlich verläuft alles gut: zwei in der Reichskanzlei, eine zu Hause. Gestern lernte ich einen neuen Vetter, Werner Peiner, kennen, der ein sehr beschäftigter Maler in Düsseldorf ist.

Zur 40jährigen Wiederkehr des Entlassungstages von Bismarck schrieb ich in der Vossischen Zeitung einen Artikel über die damalige Zeit und das von mir geplante Bismarck-Museum. Dieser Plan scheint allgemein sehr zu interessieren, denn die Presse greift diese Nachrichten von mir immer gern und interessiert auf.

Sonntag, den 30. März 1930

In dieser Woche hat sich außerordentlich viel zugetragen. Sturz der Regierung und Schaffung eines neuen Kabinetts Dr. Brüning! Die alte Regierung ist über dem

¹²⁶ Marcel Salzer, geb. 1873; bekannter, aus Österreich stammender Vortragskünstler, vor allem humoristischer Gedichte.

¹²⁷ Gemeint sind die Anträge der Regierungsparteien. Zu den Einzelheiten vgl. C. Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930, S. 303f. und Schulthess' Europ. Gesch. Kal. 1930, S. 87f.

zwischen Regierung und Parteiführern zustandegebrachten Kompromiß über Arbeitslosenversicherung, Steuersenkung und Steuererhöhung bei der sozialdemokratischen Fraktion gescheitert. Die vier anderen Fraktionen hatten zugestimmt, aber die übergroße Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion versagte ihren Führern, insbesondere dem Reichskanzler Müller, die Gefolgschaft. Das Kabinett beschloß darauf am Donnerstag seinen Rücktritt, der vom Reichspräsidenten sofort angenommen wurde. Er erteilte am Freitag früh Herrn Dr. Brüning den neuen Auftrag. Eine Stunde darauf war Herr Brüning bei mir und bat um meine weitere Mitarbeit und Unterstützung, die ich ihm natürlich sehr gerne zusagte. Seine Verhandlungen haben zwei Tage bis heute Sonntag früh gedauert. Ich habe ihm redlich beigestanden. Eine schwere Arbeit! Es ist ein nicht an die Fraktionen gebundenes Kabinett von Dietrich bis Schiele, wobei erhofft aber durchaus unsicher ist, ob ein großer Teil der Deutschnationalen letzterem Gefolgschaft leisten wird. Die Volkskonservativen sind von Treviranus als Rhein-Minister¹²⁸ vertreten. Besonders freue ich mich, daß es mir gelungen ist, Herrn Dietrich zum Vizekanzler zu bestellen. Hinter den Kulissen war an dieser Koalition schon seit Wochen mitgearbeitet worden, namentlich von Treviranus und General von Schleicher¹²⁹. Was wir feststellen konnten, ist nicht alles schön gewesen. Sie wollten zumal meinen beiden Ministerialdirektoren von Hagenow und Zechlin ans Leder, beides habe ich aber sofort abwehren können. Mich hatte man angeblich zunächst zum kombinierten Verkehrsminister mit Eisenbahn und Post zusammen vorgesehen, und Treviranus sollte mein Nachfolger werden. Ob es wahr ist? Ich bin jedenfalls froh, daß Brüning als *erste* Handlung mich um weitere Mitarbeit bat. Reichskanzler Müller trifft der Schlag mit vollem Recht ziemlich schwer, aber in seiner Ruhe und Sachlichkeit ist er sehr gefaßt, wahrscheinlich weniger seine Damen.

Gestern abend hatten wir zu Hause ein wohl gelungenes Fest mit drei Reichskanzlern: Marx¹³⁰, Müller und Brüning, von denen allerdings letzterer schließlich begrifflicherweise doch nicht kommen konnte. Außerdem waren die Reichsminister von Guérard und Schätzel mit ihren Damen da, ferner Herr und Frau von Hagenow, General von Schleicher und die Meinen. Drei Tage vorher hatten wir ein großes Fest in der Reichskanzlei, mehr für die Freunde, 40 Gedecke. Sehr gelungen, aber in dieser Woche war es eine Quälerei, sich solchen Dingen hergeben zu müssen. Ich hatte rasend zu tun und sehr große Verantwortung. Jetzt steht mir die Verabschiedung des alten und die Einführung des neuen Reichskanzlers bevor, zusammen mit der Reichsregierung. Hinzu kommt, daß es unseren lieben Kinderchen eigentlich recht schlecht geht, zum ersten Mal in ihrem kurzen Leben. Namentlich Bübi ist sehr krank, 40° Fieber. Drüsenentzündung. Hoffentlich wird bald alles wieder gut. Sie kommen so von Kräften!

¹²⁸ Unter „Rhein-Minister“ ist der Reichsminister für die besetzten Gebiete zu verstehen.

¹²⁹ Einzelheiten etwa bei K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen 1960, S. 303 ff.

¹³⁰ Dr. Wilhelm Marx, geb. 1863, Jurist und Zentrumspolitiker; 1899–1918 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1910 des Reichstages. 1923–1925 und 1926–1928 Reichskanzler, 1925 vorübergehend preußischer Ministerpräsident.

Montag, den 31. März 1930

Heute der erste Tag des neuen Kabinetts. Ich hatte vor ihm einige Sorgen. Um 10 Uhr hatte ich meinen letzten Vortrag beim bisherigen Reichskanzler Müller, der anschließend hieran zum Herrn Reichspräsidenten ging. Kurz vor 11 Uhr hatte ich den neuen Herrn Reichskanzler Dr. Brüning gebeten, den ich unten im Vestibül abholte und dann ins Reichskanzlerzimmer führte, wo er von Herrn Müller begrüßt wurde. Für 11 Uhr hatte ich die gesamten Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichskanzlei in der Bibliothek aufgebaut, wo ich dann eine längere Rede auf die beiden Herren Reichskanzler hielt. Es antwortete zunächst Müller und dann Brüning. Abschließend gingen wir „die Front“ ab mit Händedrücken aller Anwesenden. Vor solchen Sachen habe ich einen gewissen Bammel, da mir „höfische“ Dinge nicht sehr liegen. Ich glaube und höre, daß ich es aber recht gut gemacht habe. Dann erste sachliche Aussprache mit dem neuen Herrn über die Regierungserklärung, deren ersten Entwurf ich ihm vorlegte. Vor Tisch konnte ich noch allen Reichsministern den ersten Aufguß übersenden. Um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr die erste Kabinettsitzung mit vorübergehendem ersten Photographieren. Die Kabinettsitzung verlief recht gut, nur, wie zu erwarten, fürchterliche Tiraden des Herrn Reichsernährungsministers Schiele. Darauf zweiter Aufguß der Regierungserklärung, nun leider schon recht viel länger. Noch abends bekommen alle Minister wieder ihr Stück. Morgen 9 Uhr früh haben wir die nächste Kabinettsitzung.

Heute abend ist Einweihung des Pressehauses, wohin auch ich eingeladen war, sagte aber ab wegen Vorbereitung der Regierungserklärung.

Freitag, den 4. April 1930

Gestern war ich zu müde und elend, um zu schreiben. Ich hätte den recht großen Sieg des Kabinetts Brüning erwähnen müssen. Mit der verhältnismäßig großen Mehrheit von 65 Stimmen siegte es über die Linke. Im letzten Augenblick waren die Deutschnationalen unter Führung von Hugenberg selber vollständig umgefallen. Noch am Mittwoch war alles zweifelhaft. Es hieß, die Sozialdemokraten würden ihr Mißtrauensvotum so begründen, daß die Kommunisten nicht zustimmen könnten. Stattdessen motivierten sie es aber nicht, so daß die Unterstützung anzunehmen war und auch tatsächlich eintrat. Alles hing also an der Haltung von rechts. *Sehr* viel Mühe haben wir uns um diese Unterstützung nicht gegeben. Brüning und ich sagten uns mehrfach, daß eine Annahme des Mißtrauensvotums eigentlich das angenehmste sein würde. Dann würde sofort aufgelöst und alle Schwierigkeit und Reiberei mit dem Reichstag wäre zu Ende gewesen. Stattdessen wurde ich aber in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag von Minister Schiele angerufen, der gerade mit dem deutschnationalen Fraktionsführer Oberfohren zusammensaß. Diese Besprechung ist recht historisch geworden, wie nebenstehende Pressenotiz am nächsten Morgen zeigte. Herr Schiele teilte mir mit, daß die Verhandlungen mit den Deutschnationalen ganz gut ständen, daß ihm aber noch eine Besprechung zwischen Brüning und Oberfohren erforderlich erscheine. Ich glaubte ihm eine solche versprechen zu

können, und wir verabredeten für den gestrigen Morgen, kurz vor 10 Uhr, wo wir im Reichstag Kabinettsitzung hatten, eine Besprechung: Brüning, Schiele, Pünder, Oberföhrren. Dem Reichskanzler teilte ich dies gestern morgen frühzeitig mit, und er war mit meinem Vorschlage und getroffener Disposition durchaus einverstanden. Die Besprechung hat dann stattgefunden: durchaus zufriedenstellend. Den Niederschlag bildete die zweite Rede Brünings am gestrigen Sitzungstage. Auf meinen Vorschlag bezog er sich auf Fragen *anderer* vorangegangener Redner, so Scholz und Stöhr¹³¹, und sprach auch *vor* Hugenberg, damit keinerlei Abhängigkeit konstruiert werden konnte. Die kurzen – durchaus selbstverständlichen – Mitteilungen des Reichskanzlers bezogen sich auf die zeitliche Vorlage des Agrarprogramms. Sie hatten die Wirkung, daß nun Hugenberg für den Augenblick von seinem Mißtrauensantrag Abstand nahm. Das Verhalten Hugenbergs war ganz furchtbar blamabel. Während der Sitzung hatte ich die Auflösungsorder in meiner roten Kabinettsmappe zur Hand. Die Presse hat über meine rote Mappe allerhand zusammenorakelt.

Nach dem Siege hatten wir nachmittags sofort eine Parteiführerbesprechung in der Reichskanzlei über die Deckungsfragen. Noch recht unergiebig. Es zeigte sich aber, daß die Reichsregierung fest bleiben muß, dann wird sie schon siegen. Ich Sorge dafür mit durch kräftige und optimistische Kommuniqués, die gut wirken. Heute beschäftigte sich das Kabinett mit der taktischen Behandlung der Deckungsvorschläge. Wir haben beschlossen, an der 75%igen Biersteuer[erhöhung] festzuhalten. In drei oder vier Tagen muß der Steuerausschuß fertig sein.

Vorgestern abend hatten meine Frau und ich die feinste Fete, die wir wohl überhaupt in dieser schweren Zeit gegeben haben: in der Reichskanzlei, mit dem englischen und spanischen Botschafter, den Gesandten von Österreich, Litauen, Bayern, Braunschweig, Sachsen, Vizekanzler Dietrich, Meißner, Köpke¹³² usw. 34 Personen, wohl gelungen. Meine gute alte Mutter war auch dabei; ich glaube, sie war ganz stolz.

Mittwoch, den 9. April 1930

Wir leben nach wie vor in sehr aufgeregten Zeiten. Äußeres Zeichen für mich: vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht eine Sitzung nach der anderen.

Also, politisch ist mit dem lieben Reichstag noch keineswegs alles in Ordnung. Nach zwei schweren Tagen haben wir gestern nachmittag den Agrarkompromiß zustande gebracht, in der Gestalt des Gesetzes „zum Schutze der Landwirtschaft“. Im Anschluß daran hatten wir gestern nachmittag und spät abends Parteiführerbesprechung, jetzt von den Demokraten bis zu den Volkskonservativen. Kurz vor 11 Uhr abends waren wir einig. Das hat natürlich den Deckungsfragen, auf die es uns vor allem ankommt, etwas Auftrieb gegeben. Allerdings ist heute morgen im Steuerausschuß die Biersteuer gefallen. In der Zwischenzeit haben aber private Parteiführerbesprechungen stattgehabt, deren Ergebnis ich heute nachmittag in der

¹³¹ Franz Stöhr, geb. 1879, ursprünglich Funktionär des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, seit 1924 Mitglied des Reichstages (NSDAP).

¹³² Dr. Gerhard Köpke, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung II im Auswärtigen Amt.

Ministerbesprechung zum Vortrag brachte. Ich hatte wieder mal die Sache in der Hand: statt 75% nur 50% Biersteuer-Erhöhung, daneben 0,10% Umsatzsteuer-Erhöhung und eine kleine Warenhaussteuer, daneben die kleinen Bierbrauereien aus der Biersteuer-Erhöhung herausgelassen. Das Kabinett billigte diese Vorschläge. Von 1/2 Uhr ab hatten wir dann das Geraufe mit den Parteiführern. Schließlich völlige Einigung auf ungefähr dieser Linie bis auf die – Bayern! Sie werden sich die Sache aber noch bis morgen früh überlegen. Evtl. muß es ohne sie versucht werden, was aber kaum gelingen dürfte, da alsdann die Deutschnationalen – jedenfalls nicht geschlossen – mitmachen werden. Wir können das aber in Ruhe abwarten. Wenn die Steuern abgelehnt werden, wird eben übermorgen der Reichstag aufgelöst. Mit dem neuen Reichskanzler Brüning arbeite ich ausgezeichnet zusammen. Er ist sehr nett zu mir und hört außerordentlich auf mich. Ich glaube, wir könnten auch wieder eine gute Ehe abgeben. Aber wer weiß, wie lange die Herrlichkeit dauert!

Sonntag, den 15. April 1930

Am heutigen Sonntag finde ich etwas Muße zu rückschauenden Betrachtungen. Die erste Schlacht wäre geschlagen: am gestrigen Sonnabend wurde die zweite Lesung aller Gesetze zu Ende geführt, und zwar mit Erfolg. Die Mehrheiten waren gering, abwechselnd von 9 bis etwa zu 60 Stimmen, ebenso wurde ein kommunistisches Mißtrauensvotum mit geringer Mehrheit abgelehnt. Eine solche Siedehitze habe ich im Reichstag noch nicht erlebt und werde sie wohl auch so bald nicht wieder erleben. Dramatische Ereignisse waren in den letzten Tagen vorangegangen. Zunächst hatten die Bayern den Steuerkompromiß *nicht* mitgemacht, sie wollten nur 40% Biersteuer[erhöhung] bewilligen. Nachdem ihnen das abgelehnt war, fielen sie schließlich in der Nacht zum Freitag doch um. Am Freitag früh konnte ich als erster dem Reichskanzler Brüning mitteilen, daß dieses Ereignis passiert sei. Wir hatten dann am frühen Morgen eine Besprechung mit dem Prälaten Leicht¹³³. Das Nachgeben hatte insofern einen unangenehmen Beigeschmack, als die Bayern eine andere Staffel verlangten. Schließlich einigte man sich mit ihnen auf dieser Basis, die inzwischen Ministerialdirektor Ernst¹³⁴ mit dem Dr. Horlacher¹³⁵ verabredet hatte. Gegen Mittag hatten der Reichskanzler und ich sodann eine Besprechung mit Dr. Oberfohren und Graf Westarp über die Haltung der Deutschnationalen. Sie erklärten uns, daß sie in der zweiten Lesung am Sonnabend bestimmt *gegen* die Steuervorlagen stimmen würden, dagegen ihre Haltung für die *dritte* Lesung am Montag vorbehalten würden. Über diese deutschnationale These hatten wir dann abends 1/27 Uhr Ministerbesprechung mit anschließender Parteiführerbesprechung

¹³³ Johann Leicht, geb. 1868, Prälat, Politiker des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei; seit 1913 Mitglied des Reichstages, seit 1920 Fraktionsvorsitzender der BVP.

¹³⁴ Leiter der Abteilung II im Reichsfinanzministerium (nicht zu verwechseln mit dem Ministerialdirektor Dr. Ernst vom preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe).

¹³⁵ Dr. Michael Horlacher, geb. 1888, Jurist und Agrarpolitiker, Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied des Reichstages seit 1924 (Bayerische Volkspartei).

bis wieder 10 Uhr abends, wo wir ein Junktim zwischen den Agrarvorlagen und den Deckungsvorschlägen festlegten, in der Art, daß den Zollvorlagen ein § 1a eingefügt wurde, daß die Zollvorlagen (Agrarprogramm) nur in Kraft treten sollten, wenn auch die Deckungsvorlagen angenommen würden. Schon abends spät holten wir die Unterschriften aller sechs Regierungsparteien ein. Am Sonnabend früh hatte ich dann eine längere, sehr wichtige Besprechung mit Dr. Oberfohren, in der ich dem deutschnationalen Fraktionsführer Mitteilung von diesem Geschehnis machte, mit dem Hinzufügen, daß bei Ablehnung Reichstagsauflösung stattfinden werde¹³⁶. Diese neue Wendung hat dann bei den Deutschnationalen den Ausschlag gegeben, dahingehend, daß über die Hälfte der Fraktion nach vorangegangener Freigabe der Abstimmung sich auf den Regierungsboden stellte. Am Sonnabend früh diktierte ich dann eine knappe Regierungserklärung für Reichskanzler Brüning, von der ich wiederum die Genugtuung hatte, daß sie fast wörtlich von ihm so gelassen wurde. Ich glaube, es waren wenige, aber gemeißelte Sätze, die dann nachher im Reichstag ganz große Wirkung hatten. Die Reichstagssitzung war dann am gestrigen Sonnabend bereits um 12 Uhr; ich brachte dorthin die Auflösungsorder mit, die ich dann dauernd bei mir hatte, da wir bei ungünstigem Abstimmungsergebnis aufgelöst hätten. Ich habe sie wieder ungenutzt mit nach Hause nehmen können; abends gegen 7 Uhr war der Spuk zu Ende. Am morgigen Montag ist die dritte Lesung. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß dann ein Unglück passiert, da bei der knappen Mehrheit Zufälligkeiten nicht ausgeschlossen sind. Persönlich bin ich sehr gespalten. Ich habe zwar dauernd an der Linie mitgearbeitet, daß wir auf parlamentarischem Wege alles erledigen, auf die Dauer kommen wir an einer Reichstagsauflösung aber sowieso nicht vorbei. Und ich fürchte die nervenbeanspruchende Arbeit nächstens mit dem Reichstag. Und außerdem werden wir sobald nicht wieder eine so günstige Wahlparole erlangen wie gerade jetzt. Alles in allem sehe ich also dem morgigen Montag mit großer Seelenruhe entgegen. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Reichskanzler macht mir viel Freude. Ich habe auch das Empfinden, daß er auf meine Mitarbeit großen Wert legt. Jedenfalls kommen wir beide bestens aus. Froh war ich, daß der heutige Sonntag sitzungsfrei war. Ich habe mich jedenfalls heute tüchtig geaalt.

Karfreitag, den 18. April 1930

Karfreitag, Tag der Einkehr und Ruhe.

Die letzte Woche vor Ostern war noch viel los in der Politik. Der vergangene Montag, der 14. April, brachte die positive Entscheidung im Reichstag. Von morgens bis zum späten Nachmittag wurde dauernd abgestimmt. Es herrschte eine unbeschreibliche Spannung, vielleicht wie noch nie seit Bestehen des Reichstags. Die wichtigsten Abstimmungen, die über Sein und Nichtsein dieses Reichstags ent-

¹³⁶ Aus der Niederschrift der Parteiführerbesprechung vom 11. April 1930: „. . . Es bestand Übereinstimmung darüber, daß als notwendige Entscheidung die Auflösung des Reichstages anzusehen ist. Sollte z. B. lediglich die Mineralwassersteuer abgelehnt werden, so soll eine Auflösung des Reichstages nicht in Frage kommen.“ Akten Reichskanzlei, Bd 1021.

schieden, brachten Mehrheiten von 3 bis 7 Stimmen! Ich arbeitete fieberhaft hinter den Kulissen. Nach erreichtem Erfolg dankte mir Reichskanzler Brüning sehr herzlich und mit feuchten Augen für die treue Mitarbeit. Die weiteren Tage dieser Woche brachten dann aber, trotzdem der Reichstag bis Anfang Mai in die Ferien gegangen ist, noch viel Arbeit.

Wir bereiteten das Ostprogramm¹³⁷ vor, für das Minister Schiele zunächst recht unklare und uferlose Vorschläge gemacht hatte. Sehr unangenehm war die Angelegenheit des Panzerschiffes B. Nicht ohne Mitwirkung des Reichswehrministeriums hatte der Reichsrat die erste Baurate für dieses zweite Schiff eingesetzt. Nach eingehender Debatte beschloß das Kabinett, *keine* Doppelvorlage zu machen¹³⁸. Aber das Schiff ist damit noch nicht bewilligt und gebaut!

Donnerstag, den 24. April 1930

Endlich mal schöne Zeiten! Ostern entzückend in der Familie verlebt. Dienstag nicht viel los. Der neue Reichskanzler ist in Badenweiler. Ich bin nur vormittags auf dem Büro, die Nachmittage mache ich blau. Mit den Kindern im Garten, zwei kleine Ausflüge machten wir auch schon. Heute war unseres Ältesten erster Schultag! Vater, Mutter und Schwesterchen brachten ihn hin. Unvergeßlicher Tag für Eltern und Kind.

Donnerstag, den 1. Mai 1930

„Der Mai ist gekommen!“ und damit auch wieder viel Arbeit für mich. Jetzt ist das Kabinett wieder versammelt, und wir beraten Ostprogramm und Agrarfragen. Morgen beginnt das Plenum mit dem Etat 1930.

Lugano. Mittwoch, den 28. Mai 1930

So lange hat es bisher mit dem Tagebuch wohl noch nicht gedauert. Aber der Abhaltungen waren bisher gar viele. Die Zusammenarbeit mit Reichskanzler Brüning geht ausgezeichnet. Er ist nicht der Mann des Diktats, der nur bestimmt und nicht auf andere hört. Im Gegenteil habe ich, glaube ich, recht viel Einfluß auf ihn. Aber auf der anderen Seite habe ich in ihm zum ersten Mal, hier darf ich es offen aussprechen, einen Chef mit sehr tiefen Fachkenntnissen, der gewissen großen Zielen nachgeht und sich nicht treiben lassen will. Seine Hauptstärke sind offensichtlich wirtschaftspolitische Dinge, aber sein großer Verstand ermöglicht es ihm, auch auf anderem Gebiet sehr bald eine sehr klare Auffassung zu haben. Neulich war er eine Woche auf Urlaub; da habe ich in seiner Abwesenheit alles vorbereitet,

¹³⁷ Angeregt durch ein Schreiben Hindenburgs an Reichskanzler Müller vom 18. März 1930 (aus Anlaß der Unterzeichnung des Zustimmungsgesetzes zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen), bereitete die Regierung den Entwurf eines „Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens“ vor. Die wichtigsten Textstellen der Hindenburg-Botschaft in: Schulthess' Europ. Gesch. Kal. 1930, S. 78 f.

¹³⁸ Vgl. Anm. 56.

namentlich hinsichtlich des sogenannten Ostprogramms, das durch die Regierungserklärung besonders angekündigt war und das den besonderen Wünschen des Herrn Reichspräsidenten entsprach. Hier gab es zunächst ein ziemlich heilloses Durcheinander, indem sowohl das Innen- als auch das Finanz- und das Ernährungsministerium die Federführung haben wollten. Schließlich haben wir uns gut geeinigt, nicht zuletzt durch die vermittelnde Tätigkeit der Reichskanzlei.

Besonders schwierig war die Zusammenarbeit mit Preußen. Ernährungsminister Schiele, der parteimäßig natürlich nachweisen mußte, daß jetzt etwas ganz Neues gerade im Hinblick auf die preußische Verwaltung kommen werde, war hierfür natürlich besonders wenig zu haben. Wir haben es aber doch durchgesetzt, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten Klepper von der Preußenkasse¹³⁹, der von der Preußischen Staatsregierung mit allen Vollmachten ausgerüstet war. Wichtig und schwierig war auch die Gewinnung des Vizekanzlers Dietrich zum Ostprogramm. Schließlich waren aber alle unter einem Hut, und wir faßten vor etwa zehn Tagen einen einstimmigen Kabinettsbeschluß, der gewiß auch die preußische Zustimmung finden wird. Hoffen wir auch, daß der Erfolg in der Praxis nicht ausbleiben wird. Nach dieser Richtung werde ich starke Zweifel nicht los, ebenso wie hinsichtlich der ganzen agrarpolitischen Maßnahmen unserer Regierung, die wir auf Vorschlag Schieles dauernd treffen. Sie beziehen sich fast ausschließlich auf zollpolitische Maßnahmen. Was uns nottut, ist nach meiner Meinung eine langsame, aber völlige Umstellung in der landwirtschaftlichen Produktion, weg vom Körnerbau, hin zum Futtermittelbau, Viehzucht und Milch- und Eierwirtschaft, und vor allem Rationalisierung. Dazu gehört natürlich Kapital, und schnell wird es nicht gehen. Die Frage ist aber, ob die jetzigen – m. E. – recht altmodischen Maßnahmen noch etwas nutzen werden. Aber Minister Schiele ist ja dieser Auffassung, und ich würde mich herzlich freuen, wenn ich unrecht haben sollte.

Minister Dietrich, unser Vizekanzler, ist neulich mit dem Herzen nicht unbedenklich zusammengeklappt. Er hat mehrere Wochen Urlaub nehmen müssen und befindet sich jetzt in Marienbad. Anfang Juni wird er wieder da sein. Ich habe ihn dringend nötig, nicht nur wegen seinen großen Erfahrungen, sondern auch wegen seines Einflusses auf die Demokraten und die ganze Linke. Dietrich verkörpert eine starke Kraft. Im Gegensatz zu Minister Moldenhauer, den ich nicht mehr so hoch schätze wie in der ersten Zeit seiner Ministerherrlichkeit. Er ist zweifellos ein sehr geschickter Mann, der schnell Situationen erfaßt, aber ein Mann ohne eine tiefe Weltanschauung, von dem kein großer Impuls ausgeht. Im starken Gegensatz dazu steht seine große Redefreudigkeit, die ihn langsam der Gefahr aussetzt, politisch um jeden Kredit zu kommen. Noch heute steht im Wirtschafts-Tageblatt eine sehr abfällige Kritik über unseren verehrten Reichsfinanzminister.

Seine Stellung ist im Augenblick so sehr schwierig und daneben so wichtig, weil der noch nicht verabschiedete Haushaltsplan 1930 trotz aller vorsichtigen Aufstellung ein riesiges Loch aufweisen wird, das noch in diesem Monat gedeckt werden

¹³⁹ Otto Klepper, Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse („Preußenkasse“), später (1931/32) preußischer Finanzminister in der Regierung Braun.

muß. Verursacht diesmal vom starken Rückgang der Einnahmen und sodann durch die immer noch sehr hohe Arbeitslosigkeit. In Summa ein Loch von rd. 430 Millionen, selbst wenn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1% auf 4½% erhöht und für rd. 80 Millionen Reformen durchgeführt werden. Gerade gestern hat sich das Kabinett mit diesen Fragen beschäftigt. Ich hatte die Sitzung noch angesetzt, konnte aber leider nicht daran teilnehmen. Nach meiner Meinung kommen wir aus dem Dalles nicht mehr heraus, wenn wir nicht die Löhne, Gehälter und auch die Preise senken. Der Reallohn müßte möglichst der gleiche bleiben wie bisher, aber eine allgemeine Senkung des Preisniveaus wäre nötig. Das sind natürlich etwas revolutionäre Mittel; ob man sie durchführen könnte, ist wohl zweifelhaft. Aber nötig wäre es sicher. Ich glaube kaum, daß sich das Kabinett zu solchen Maßnahmen aufraffen könnte. Deshalb bedauere ich meine Nichtteilnahme an den gegenwärtigen Kabinettsberatungen, aber in diesem Stadium könnte ich doch nicht mehr viel helfen.

Überhaupt fiel meiner Frau und mir die Abreise von Berlin etwas schwer. Aber wir haben sie angetreten, weil wir beide schließlich die Erholung auch einmal nötig hatten. Namentlich auch Reichskanzler Brüning war furchtbar nett in dieser Frage und zwang mir richtig den Urlaub auf. So sind wir seit drei Tagen, dem vergangenen Sonntag vormittag, in Lugano und in der Villa Castagnola abgestiegen. Es ist hier wunderschön, aber das Wetter läßt leider sehr zu wünschen übrig. Trotzdem erholen wir uns hier prächtig und lassen uns durch täglichen Regen die gute Laune nicht verderben. Am Sonntag nachmittag machten wir gleich einen schönen Spaziergang am Ufer entlang um den Monte Salvatore herum und besichtigten den ganzen prächtigen Ort. Am Montag früh waren wir in Gandria, einem äußerst malerischen Nest, ganz in italienischer Armut und Schönheit gebaut. Überhaupt, die ganze Gegend ist hier viel italienischer als wir uns das vorgestellt hatten. Kaum, daß die Bevölkerung etwas Deutsch versteht. Am Montag nachmittag machten wir ein Schiffstourchen nach Ponto Tresa und lernten die herrlichen Ufer des tiefgrünen Sees kennen. Am gestrigen Dienstag badeten wir im See. Hier gleich gegenüber dem Hotel von dem dazugehörigen Badehäuschen aus. Unvergleichlich schön! Nachmittags fuhren wir zusammen mit der Drahtseilbahn auf den Monte Bré, 930 m hoch. Die Aussicht war ganz herrlich. Das gute Wetter dauerte gerade noch so lange, daß wir die Aussicht genießen konnten. Dann aber setzte ein furchtbares Unwetter ein. Sehr tapfer gingen wir zu Fuß zurück, liehen uns von dem freundlichen Gipfelwirt einen Schirm, den wir unten wieder aufgaben. Die Wanderung war sehr feucht, aber doch gemütlich, zwei ganze Stunden. Seit der Zeit ist das schöne Wetter vorbei. Heute wollten wir nach dem Como-See fahren, mußten es dann wegen des schlechten Wetters aber bleiben lassen. Stattdessen haben wir heute einen schönen Bummel durch die Stadt gemacht mit einigen Einkäufen in den alten Winkeln dieser malerischen Stadt. Heute nachmittag fuhren wir trotz des wenig schönen Wetters mit dem Schiffchen nach Morcote, mit einer sehr malerischen, aber doch recht zerfallenen alten Kirche auf schwindelnder Höhe. Nachher gemütliches Kaffeestündchen bei einem deutschsprechenden Wirt.

Lugano. Dienstag, den 3. Juni 1930

Gleich schlägt die Abschiedsstunde. Ich muß schon mit Bleistift schreiben, da mir keine Tinte mehr zur Hand ist. Es war herrlich hier die neun Tage. Unterkunft in der Villa Castagnola, etwas teuer und unpersönlich, aber sonst sehr behaglich. Besonders schön das Badehaus direkt beim Hotel am See, wo ich fast täglich gebadet und geschwommen habe. Wir haben auch herrliche Touren gemacht. Unvergleichliche Eindrücke! Warm war es gerade nicht. Leider zwischendurch auch recht viel Regen, der dann aber doch schnell wieder auftröpfnete. Gleich fahren wir in einem durch nach Hause. Und damit, lieber Leser, auf Wiedersehen in Berlin!

Dienstag, den 10. Juni 1930

Wieder glücklich zu Hause. Seit Donnerstag bin ich tüchtig im Geschirr. Reichskanzler Brüning fuhr Freitag abend für eine Woche nach Freudenstadt. Ich brachte ihn zur Bahn. Wir haben die beiden Tage tüchtig zusammengearbeitet. Ich kam gerade recht zu der sehr wichtigen Donnerstags-Kabinettsitzung. Wir beschlossen die „Reichshilfe“¹⁴⁰ und die 1%ige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und noch verschiedenes mehr. Die Presse ist durch unsere Beschlüsse sehr wenig erbaut. Vielleicht bessert es sich noch im Reichstag. Wir müssen unbedingt zu einer Senkung des gesamten Preisniveaus kommen, dazu gehört leider auch die Senkung der Gehälter. Aber das darf man einstweilen noch kaum laut sagen. Heute ist aber vom Arbeitsminister der sicher noch einmal berühmt werdende Schiedsspruch für die nordwestdeutsche Gruppe¹⁴¹ für verbindlich erklärt worden, der gleichfalls eine Lohnsenkung vorsieht.

Die Pfingsttage haben wir gemütlich verlebt. Die berühmte Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat mich zu ihrem Ehrenmitglied ernannt, mit ihrem schönen goldgrünen Abzeichen. Vorgestern erhielt ich die Urkunde von Exzellenz von Harnack¹⁴², indem er meine angeblich großen Verdienste um Förderung von Wissenschaft und Forschung hervorhob. Eine hohe Ehre für mich.

¹⁴⁰ Unter „Reichshilfe“ (auch „Notopfer“ genannt) wurde eine Kürzung der Gehälter der Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, soweit sie nicht versicherungspflichtig waren, verstanden. Ferner sollten Zuschläge zur Einkommensteuer der Ledigen erhoben und Kürzungen an den Tantiemen der Aufsichtsräte vorgenommen werden. Die Vorlage unterlag in den folgenden Wochen noch manchen Änderungen.

¹⁴¹ Ein in Bad Oeynhausen gefällter Schiedsspruch hatte für die Eisenindustrie der Gruppe Nordwest eine Ermäßigung der übertariflichen Löhne und Gehälter von $7\frac{1}{2}\%$ vorgesehen. Die Arbeitgeber mußten sich jedoch verpflichten, eine Preisermäßigung ihrer Erzeugnisse über das Maß der ersparten Lohn- und Gehaltssummen hinaus vorzunehmen.

¹⁴² Dr. Adolf von Harnack, geb. 1851, Theologe und Professor an der Universität Berlin. Seit 1911 Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute: Max-Planck-Gesellschaft), an deren Gründung er maßgebend beteiligt war. Harnack starb am Tage dieses Tagebucheintrages in Heidelberg.

Sonntag, den 22. Juni 1930

Heute große Fronleichnamsprozession in der Hedwigskirche. Ich habe mich beteiligt, nicht aus Eitelkeit, sondern aus Pflichtgefühl. Ich bin immer ganz erschüttert über diese Manifestation unseres Glaubens in dem heidnischen oder doch zum mindesten nicht sehr christlichen Berlin. Heute wieder riesige Beteiligung. Ich war mit Reichskanzler Brüning dort. Noch viele andere hohe Würdenträger. Am Schluß dankte uns der Bischof herzlich für die Beteiligung.

Im Politischen haben wir wieder einmal sehr schlimme Zeiten. Moldenhauer hat gestern seinen Abschied erhalten. Wer sein Nachfolger wird, steht noch aus¹⁴³. Ich hoffe Vizekanzler Dietrich. Allmählich möchte ich den Spaß an der Mitarbeit verlieren. Wir kommen aus den Krisen nicht heraus, und die Arbeit leidet Not. Diesmal dreht es sich um die Reichshilfe der Festbesoldeten, die ich im Großen für absolut notwendig halte.

Dienstag, den 1. Juli 1930

Heute der erste Tag der deutschen Freiheit am Rhein! Im Laufe der harten Tagespolitik geht die Freude über dieses Ereignis leider nur zu leicht verloren. Auch wird heute als selbstverständlich angesehen, was es vor gar nicht langer Zeit noch nicht war. Wer wie ich seit Jahren all diese Dinge mitgemacht hat, weiß, daß es anders ist. Aller Augen richten sich am heutigen Tage auf die hehre Gestalt Gustav Stresemanns, der nicht mehr unter uns weilt. Seiner Gattin habe ich heute einen persönlichen Brief geschrieben, nicht von amtswegen, sondern von Mensch zu Mensch. Es liegt eine tiefe Tragik in dem Geschick dieses Mannes, der den heutigen Tag, dem sein Wirken galt, nicht mehr erleben durfte. Heute früh habe ich mit Herrn Reichskanzler Brüning an seinem Grabe einen riesigen Lorbeerkranz niedergelegt, ebenso übrigens auf dem Garnison-Friedhof für die gefallenen Helden des Weltkrieges.

Gestern abend war anläßlich der Rheinland-Räumung großer militärischer Zapfenstreich im Stadion. General von Stülpnagel hatte dazu eingeladen. Auch Herr Reichskanzler Brüning war erschienen. Wir saßen in der Ehrenloge. Es war für mich als alten Soldaten ein unvergeßliches Schauspiel. Nicht nur die Militärmärsche, sondern namentlich am Schluß der Zapfenstreich bei Fackelbeleuchtung, gespielt von sämtlichen Musikkorps des III. Wehrkreises. Zwischendurch das grandiose Feuerwerk mit mächtigem Getöse, schlimmer fast als im Weltkriege im Trommelfeuer.

Am Tage vorher, am vorgestrigen Sonntag, ein anderes Fest, in demselben Stadion, der 28. Märkische Katholikentag unter Leitung von Erich Klausener. Glänzend gelungen. Vielleicht manchmal etwas zu wenig religiös und zu theatralisch, aber eine riesige religiöse Demonstration des märkischen Katholikentums. Es

¹⁴³ Nach einem Vermerk Pünders vom 20. Juni 1930 (Akten Reichskanzlei, Bd 1308) war von seiten Brünings daran gedacht worden, den preußischen Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, in Personalunion mit seinem preußischen Amt, das Reichsfinanzministerium übernehmen zu lassen.

sollen 60 000 Menschen dort gewesen sein. Es ist bei uns bald wie bei den alten Römern und Griechen, die großen Volksfeste werden im Stadion gefeiert.

In der Politik sieht es etwas besser aus. Vizekanzler Dietrich ist Reichsfinanzminister geworden. Wir haben in langwierigen Kabinetts-Sitzungen unser Programm etwas geändert: Beamtenreichshilfe auf $2\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt, dafür 5% Zuschlag zur Einkommensteuer dazu genommen und die Ledigensteuer etwas ausgebaut. Außerdem, was sehr wichtig war, die freien Angestellten (also auch die Redakteure!) vom Notopfer befreit. Ein besonders kluger Schachzug der Regierung, an dem ich nicht ganz unbeteiligt war, war eine öffentliche Sitzung des Reichsrates am vergangenen Sonnabend, wo Reichskanzler und Reichsfinanzminister den eigens geladenen Ministerpräsidenten der Länder unter Beteiligung der ganzen Presse die Lage auseinandersetzen. Dazu haben wir uns im Reichsrat eine sehr gute Plattform geschaffen. Am kommenden Donnerstag wird Schluß-Sitzung des Reichsrates sein. Ende dieser oder Anfang nächster Woche beginnen dann die Kämpfe im Reichstag. Wir haben uns nach sehr langwierigen Kabinettsitzungen doch dazu entschlossen, *materielle* Vorschläge zu bringen und nicht gleich auf ein Ermächtigungsgesetz loszusteuern. Letzteres hätte zu klar erkennen lassen, daß es der Regierung nur auf Kampf ankam. Jetzt haben wir aber den guten Willen gezeigt, auf materieller Basis mit dem Reichstag einig zu werden. Gelingt es allerdings nicht, dann wird doch der berühmte Artikel 48 verwendet werden müssen. Ob wir dazu den Reichstag auflösen oder nicht, steht noch nicht fest. Persönlich halte ich für diesen Fall die Auflösung nicht für abwendbar. In zwei Wochen werden wir klüger sein.

Donnerstag, den 3. Juli 1930

Spätabends. Das politische Spiel geht weiter. Heute insofern großer Erfolg für uns, allerdings ein erwarteter, als der Reichsrat mit überwältigender Mehrheit (56 : 9 bei einer Stimmenthaltung) unsere Deckungsvorlage angenommen hat. Zechlin und ich haben gleich ein schwungvolles Communiqué gemacht, um der Sache den nötigen Nachdruck zu verleihen. Zu morgen haben wir die Parteiführer eingeladen und am Montag geht die erste Lesung im Plenum des Reichstages los. Ich glaube im Endeffekt an ein günstiges Ergebnis.

Heute besprach ich alles nochmals mit Dr. Scholz von der Volkspartei. Er schien mir auch schon viel friedfertiger zu sein.

Freitag, den 12. September 1930

Es ist ein Jammer! Wenn die wichtigsten Ereignisse sich zutragen, habe ich so viel zu tun, daß ich nicht dazu komme, Notizen zu machen. Wie soll das besser werden? Es quält mich geradezu, aber ich kann es kaum anders. Heute will ich bloß schnell das mehrere Monate alte und dicke Eis brechen, um es mir auf die Dauer nicht noch schwerer zu machen.

Was hat sich alles inzwischen zutragen? Der Reichstag ist nun doch aufgelöst

worden am 18. Juli. Es war schließlich nicht mehr zu verhindern. Ich hatte auch nicht mehr an der Notwendigkeit gezweifelt. Die Reichsregierung hatte sich alle Mühe gegeben, sie noch zu verhindern, um keine Berechtigung für den Vorwurf aufkommen zu lassen, daß die Reichsregierung frivol den Artikel 48 verwende und zur Diktatur treiben wolle.

Die große und wichtige Notverordnung kam heraus. Sie brachte mir ungeheure Arbeit. Tag und Nacht mußte ich arbeiten. Daß sie in *einer* einzigen Verordnung herausgekommen ist, ist wesentlich mein Werk. Durch diesen Schachzug wird ihre spätere Aufhebung erschwert. Der Reichskanzler und ich hatten Verhandlungen mit Herrn Hugenberg und vielen anderen Persönlichkeiten; über die Einzelheiten geben meine vielen Einzeldiktate in den Akten der Reichskanzlei Auskunft¹⁴⁴.

Nach der Reichstagsauflösung kam die fürchterliche Wahlzeit. Die Sensation war die Auflösung der Rechten. Hugenberg blieb schließlich noch mit 35 Abgeordneten in seiner deutschnationalen Fraktion. Die Splitter auf der Rechten sammelten sich in der Volkskonservativen Partei und dem Landvolk. Aus den Demokraten wurde unter Einbeziehung des Jungdeutschen Ordens die neue Staatspartei¹⁴⁵ mit Koch-Weser¹⁴⁶, Mahraun¹⁴⁷ und Höpker-Aschoff¹⁴⁸ an der Spitze. Großes Durcheinander im bürgerlichen Lager darüber, daß eine Einigung zwischen Staatspartei und Deutscher Volkspartei nicht zustande kam.

Im Wahlkampf war Reichskanzler Brüning viel unterwegs. Ich begleitete ihn im August zu einer Staatsvisite nach München. Wieder mal ein Tag in einem goldenen Käfig. Alles Nähere brachten die Zeitungen. Dann besuchte ich mit dem Kanzler den Katholikentag in Münster, den ersten, den ich mitmachte. Unvergesslich! Herrlich die Abendstunden im alten Rathaussaal mit Kerzenbeleuchtung, wo 1648 der Dreißigjährige Krieg beendet wurde. Wir geladenen Gäste trugen uns in das Goldene Buch der Stadt ein. Herrlich dann am folgenden Sonntag der Festgottesdienst im Freien und am Nachmittag die unvergessliche Rede des Münchener Kardinals von Faulhaber¹⁴⁹. Ich habe den Text aufgehoben. Der hohe Herr im Kardinalsornat predigte noch, als strömender Regen auf ihn niederprasselte. Alle Fragen der Jetztzeit behandelte er.

¹⁴⁴ Zum Beispiel die Aufzeichnungen Pünders vom 12. und 14. Juli 1930 (als Abschrift im Nachlaß, Bd 132) sowie der Vermerk über eine Unterredung Brüning/Dietrich/Hugenberg/Oberföhren am 17. Juli 1930 (Akten Reichskanzlei, Bd 1870). Zu letzterer vgl. auch O. Schmidt-Hannover, Umdenken oder Anarchie, Göttingen 1959, S. 264.

¹⁴⁵ E. Matthias und R. Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 32f.

¹⁴⁶ Erich Koch-Weser, geb. 1875, Jurist und linksliberaler Politiker, Parlamentarier seit 1901, 1913–1919 Oberbürgermeister von Kassel, 1919–1921 Reichsinnenminister, 1928/29 Reichsjustizminister, seit 1924 Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei.

¹⁴⁷ Artur Mahraun, geb. 1890, Gründer (1920) und „Hochmeister“ des Jungdeutschen Ordens. Näheres bei K. Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

¹⁴⁸ Dr. Hermann Höpker-Aschoff, geb. 1883, Jurist; seit 1921 Mitglied des preußischen Landtages (Deutsche Demokratische Partei), seit 1925 preußischer Finanzminister.

¹⁴⁹ Michael Kardinal von Faulhaber, geb. 1869, 1910 Bischof von Speyer, seit 1917 Erzbischof von München und Freising.

Wenige Tage vorher hatte mir der deutsche Botschafter beim Vatikan, Dr. von Bergen¹⁵⁰, namens des Kardinal-Staatssekretärs Pacelli das Großkreuz des Gregorius-Ordens mit Stern überbracht. Außerordentlich habe ich mich über diese sehr hohe Ehrung gefreut. Massenhafte Glückwünsche erhielt ich zu dieser seltenen Auszeichnung. Verdient habe ich sie wohl nicht, aber ich habe sie doch als Anerkennung meiner vielen Arbeiten um das Konkordat und den deutschen Katholizismus, Kirchenbauten usw. entgegengenommen. Einen Orden übrigens, den man auch tragen darf^{150a}.

Unser alter Familienfreund, Justizminister a.D. Am Zehnhoff¹⁵¹, ist kürzlich gestorben. Alte Erinnerungen, nicht zuletzt an meinen lieben Vater, dessen Freund er war, wurden wach. Ferner ist, noch jung an Jahren, Präsident von Olshausen¹⁵², gestorben, ein schwerer Schlag. Daneben eine erfreuliche Nachricht; Exzellenz Groener hat sich, 62jährig, nochmals verheiratet; Hochzeit der Ältesten im Hause Curtius.

Noch vor den Wahlen hoffe ich meine Ansichten über das Wahlergebnis niederzuschreiben zu können. Interessant für hinterher!

Sonntag, den 14. September 1930

Diese kurzen Zeilen schreibe ich am Wahlsonntag abends, ehe ich noch etwas über das Ergebnis der heutigen Reichstagswahl weiß. Mein Eindruck über das, was jetzt schon geschehen ist und was wir morgen erfahren werden, ist folgender:

Die Wahlbeteiligung wird sich insgesamt nicht unerheblich gegen 1928 steigern, 10 Millionen Nichtwähler werden wir diesmal nicht haben! Die Linke, d. h. Sozialdemokraten und Kommunisten, werden ungefähr gleich stark zurückkehren, d. h. mit etwa $150 + 50 = 200$ [Abgeordneten]. Auf der intransigenten Rechten, d. h. Hugenberg-Anhänger + Nationalsozialisten, werden zusammen mindestens 100 Mann antreten, so daß unsere Opposition mehr als 300 Mann stark sein wird. Von den Regierungsparteien wird das Zentrum gewinnen, das bisher 61 Abgeordnete hatte, die Staatspartei, die bisherigen Demokraten, werden vielleicht gegenüber ihren bisherigen 25 Mann etwas gewinnen, umgekehrt wird die Volkspartei von

¹⁵⁰ Dr. Diego von Bergen, geb. 1872, Berufsdiplomate, seit 1920 Botschafter beim Heiligen Stuhl in Rom.

^{150a} Nach Art. 109 der Reichsverfassung durfte kein Deutscher von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen. Als im Zusammenhang mit den Konkordatsverhandlungen der 20er Jahre von seiten des Heiligen Stuhls die Frage einer Ordensverleihung an deutsche Politiker angeregt wurde, entschlossen sich die Berliner Stellen zu einer stillschweigenden Ausnahmeregelung. Man argumentierte, daß es sich nicht um die Orden einer ausländischen Regierung handele, da der Vatikan zwar souverän sei, aber keinen Staat im üblichen Sinne darstelle. Nach Auskunft Herrn Dr. Pünders hat auch der damalige preussische Ministerpräsident Braun sich dieser Auffassung bewußt nicht widersetzt.

¹⁵¹ Dr. Hugo Am Zehnhoff, geb. 1855, Jurist und Politiker der Zentrumsparterie, Parlamentarier seit 1898, 1919–1927 preuß. Justizminister.

¹⁵² Dr. Theodor Olshausen, geb. 1877, Jurist, Präsident des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

bisherigen 45 Abgeordneten etliche abgeben müssen. Die neue republikanische Rechte (Volkskonservative + Landvolk + Christlicher Volksbund¹⁵⁹) werden etwa 10 + 25 + 15 = 50 Mann stark sein. Letzteres ein mageres Ergebnis. Es hat sich eben gezeigt, daß draußen auf dem Land Hugenberg mit seiner enormen Agitation (Zeitungen, Kino, Flugblätter usw.) noch sehr viel bedeutet. Alles in allem glaube ich also, daß die Regierungsparteien wenigstens 80 Mann weniger stark erscheinen werden als die bisherige Opposition. Wie unter diesen Umständen während des kommenden schweren Winters regiert werden soll, ist vorher schwer zu sagen. Ich bin der Auffassung: Verfassungsänderndes Ermächtigungsgesetz, angenommen von den bisherigen Koalitionsparteien + Sozialdemokraten, d. h. es müßte der eine oder andere Sozialdemokrat in das Kabinett Brüning eintreten. Letzteres habe ich gestern schon mit Staatssekretär Meißner besprochen. Wir haben verabredet, daß der Reichskanzler morgen den Herrn Reichspräsidenten aufsucht. Hindenburg will keinen Rücktritt des Kabinetts und keine große Koalition. Eben habe ich eingehend mit dem Kanzler, der heute nachmittag von einer Wahlrede zurückgekehrt ist, telefoniert. Wir waren *einer* Meinung.

Nun bin ich gespannt, ob das Ergebnis sehr viel anders sein wird, als ich es eben geschildert habe.

Soeben liest Magda in der Zeitung, daß Exzellenz Dr. Herz, der zehn Jahre Vaters Senatspräsident am Reichsmilitärgericht war, am 9. d. M. verstorben ist. Das geht mir nahe. Mit der Geschichte meines Elternhauses und namentlich mit dem amtlichen Wirken unseres guten Vaters war Exzellenz Herz untrennbar verbunden. Ich werde ihm ein treues Gedenken bewahren.

Dienstag, den 16. September 1930

Die Sonntagnacht, zu deren Beginn ich obige Zeilen *vor* Bekanntgabe der Wahl-nachrichten niederschrieb, blieb ich allein bis halb 3 Uhr am Radio auf und nahm mit ständig steigender Spannung die Wahlnachrichten auf. Das Ergebnis, dessen Gesamttenenz ich vorstehend richtig geschildert habe, ist noch ungünstiger geworden. Die Wahlbeteiligung ist, wie ich erwartet hatte, außerordentlich stark gewesen, rund 90%, so stark wie noch nie nach dem Umsturz. Das Volk ist eben durch die Sanierungsarbeit des Kabinetts Brüning bis in seine Tiefen aufgerüttelt worden. Das Zentrum hat mit der Bayerischen Volkspartei zusammen sehr gut abgeschnitten, Gewinn von 10 Mandaten. Außer diesem Mittelblock haben nur die beiden extremen Flügel gewonnen, die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Erstere haben 75 und letztere die beispiellose Höhe von 107 Mann erreicht. Ein ganz fürchterliches Ergebnis!

Die Sozialdemokraten haben sich nach einem Verlust von 10 Mandaten mit 143 noch leidlich gehalten. Die neue konservative Rechte hat noch etwas schlechter abgeschnitten, als ich oben schätzend niedergeschrieben habe, nämlich nur 43 Abgeordnete. Namentlich die Konservativen des Herrn Treviranus haben miserabel

¹⁵⁹ Gemeint ist der „Christlich-Soziale Volksdienst“.

mit ihren 5 Mann abgeschnitten. Die Deutsche Volkspartei ist von ihren 45 Mann auf 30 Mann herabgerutscht und die neue Staatspartei von 25 auf 20 Abgeordnete.

Die Wahlnachrichten wurden mit größter Bestürzung aufgenommen, im In- und Ausland. Gestern am frühen Morgen rief mich schon Minister Curtius aus Genf an, der natürlich meine Auffassung kennen lernen wollte wegen der großen Rede, die er heute vor dem Völkerbund halten mußte. Gestern vormittag hatten wir dann eine kleine Besprechung beim Herrn Reichskanzler, unter Beteiligung der Minister von Guérard, Stegerwald und Treviranus und des Prälaten Kaas. Letzterer flog nachher in 6 ½ Stunden nach Genf¹⁵⁴, hatte dort gestern abend mit Curtius eine Aussprache und befindet sich seit heute nachmittag wieder in Berlin. Moderner Verkehr! Gestern gegen Mittag hatte dann Reichskanzler Brüning Vortrag beim Herrn Reichspräsidenten. Letzterer war frisch und ruhig, erklärte, eine Demission des Kabinetts werde er nicht annehmen. Es solle weiter ruhig und sachlich gearbeitet werden.

Mittags hatte ich zu vierzehn Gedecken zum Frühstück nach dem Kaiserhof eingeladen, anlässlich der Anwesenheit des Gesandten Rauscher aus Warschau. Anwesend noch Minister von Guérard, die Staatssekretäre Weismann, Meißner, von Bülow¹⁵⁵ und Kempner¹⁵⁶, Herr von Kauffmann¹⁵⁷ und verschiedene Herren meines Amtes. Sehr nett und gemütlich.

Heute vormittag hatten wir die erste Ministerbesprechung nach den Wahlen. Ich bin mit dem Herrn Reichskanzler ganz einig. Wir denken uns die Entwicklung folgendermaßen: Eine Sicherung des Sanierungsprogramms in Erweiterung der parlamentarischen Basis des Kabinetts nach links ist leider nicht möglich. Eine Fühlung nach rechts zu den Nationalsozialisten ist für uns natürlich unmöglich, andererseits aber auch eine Bindung mit den Sozialdemokraten ohne die nötigen Sicherungen. Deshalb wird das Kabinett zunächst einmal in bisheriger Zusammensetzung zusammenbleiben, die sachliche Arbeit fortsetzen und die erforderlichen Vorlagen vorbereiten. Diese werden dann an den Reichsrat und Reichstag gebracht, und bei Beginn dieser sachlichen Beratungen wird sich bald zeigen, ob eine sachliche Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten möglich ist. Ich möchte das glauben und hoffen! Ein Ermächtigungsgesetz mit verfassungsändernder Mehrheit ist leider nicht mehr möglich, da Kommunisten und Nationalsozialisten dies verhindern können.

Heute nachmittag hatte ich eine Aussprache über diese Dinge mit Staatssekretär Schäffer. Nächster Tage verhandeln wir mit Dietrich und Stegerwald.

¹⁵⁴ Zur Mission Kaas' vgl. auch die Schilderung bei J. Curtius, a. a. O. (vgl. Anm. 5), S. 170, die nach der Auffassung Pünders als übertrieben bezeichnet werden muß.

¹⁵⁵ Dr. Bernhard W. von Bülow, geb. 1885, Berufsdiplomat, seit Frühjahr 1930 (als Nachfolger von Schuberts) Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

¹⁵⁶ Franz Kempner, hervorgegangen aus dem Kolonialdienst, trat 1919 als Regierungsrat in die Reichskanzlei ein und war 1925/26 dort Staatssekretär (Vorgänger Pünders). Im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verhaftet und hingerichtet.

¹⁵⁷ Heinrich von Kaufmann, geb. 1882, Berufsdiplomat, seit 1928 Dirigent in der Presseabteilung der Reichsregierung.

Mittwoch, den 17. September 1930

Wenn ich Zeit habe, komme ich zum Schreiben. Gerade dann, wenn nicht viel passiert ist. So eigentlich auch heute. Ich notiere heute aber doch aus einem besonderen Grunde. Heute nachmittag hatten wir drei Staatssekretäre, Meißner, Weismann und ich, eine sehr eingehende und wichtige Besprechung über die kommende politische Entwicklung. Wir waren völlig einig. Der Niederschlag findet sich in einer vertraulichen Aufzeichnung, die ich heute abend diktiert habe und die ich morgen dem Reichskanzler überreichen werde. Man möge sie später nachlesen in den Akten der Reichskanzlei über die Herbstarbeit der Regierung.

Donnerstag, den 25. September 1930

Mit großer Sorge sehe ich in die Zukunft, so wie noch nie. Die gegenwärtigen Tage sind kaum vergleichbar mit irgendeiner Zeit nach dem Kriege. Selbst in der Inflationszeit 1923/24 war es insofern besser, als das Volk von dem vorangegangenen Verlust des Vermögens einen starken Druck verspürte, daß nun etwas Durchgreifendes geschehen müsse, während dies heute nicht der Fall ist. Manch einer, der radikal gewählt hat, ist zwar unzufrieden, aber er ist kaum bereit, unter weiteren eigenen Opfern zur Sanierung beizutragen. Jetzt müßte unser Ziel sein, im Parlament eine breite Basis für ein umfassendes Sanierungsprogramm zu schaffen. Reichskanzler Brüning hat am vergangenen Dienstag hierüber bereits ganz geheim mit seinem Amtsvorgänger Müller bei einer Tasse Tee bei Minister Hilferding verhandelt. Auch zwischendurch haben wir teils direkt, teils indirekt unsere Fühler ausgestreckt, aber die Sache ist sehr schwierig. Die Bereitwilligkeit bei den Sozialdemokraten ist sehr gering, und soweit sie vorhanden ist, wird es den Sozialisten kaum möglich sein, wieder ihre Bedingungen zu stellen. Selbst wenn man mit ihnen wieder einig werden würde, würde nach den bisherigen Feststellungen allein diese Tatsache genügen, daß Teile der Regierungskoalition auf der rechten Seite abspringen würden. So hat Minister Schiele bereits dem Reichskanzler erklärt, daß er zur Zeit keine Möglichkeit sehe, mit Sozialdemokraten zusammen im Kabinett zu sitzen. Wenn es nicht funktionieren sollte, so sehe ich nur die eine Möglichkeit, daß wir mit dem gesamten Reformprogramm an den Reichstag gehen und es – wenn er sich versagt – mit Art. 48 in Kraft setzen. Mag der Reichstag dann hinterher sehen, ob er es wieder außer Kraft setzt.

Zunächst ist natürlich Voraussetzung für alles, daß wir ein gutes und solides, wohl durchdachtes Reformprogramm aufstellen. Hieran arbeiten wir jetzt mit fiebernder Eile und Gewissenhaftigkeit. Gestern Nachtsitzung, heute den ganzen Tag von früh bis spät abends wieder Kabinettsitzung. Morgen Fortsetzung und wahrscheinlich wieder eine Nachtsitzung. Dann Schluß am Sonnabend vormittag. Reichsbankpräsident Luther ist dauernd eingeschaltet und arbeitet sehr ordentlich mit, was sehr wichtig ist aus sachlichen, aber auch aus gewissen politischen Gründen.

Da alles gegenwärtig so unsicher ist, haben wir unseren Einzug in die neue Dienstwohnung verschoben, vielleicht bis 1. 4. 1931. Wer weiß, ob wir dann noch im Amte sind? Aber es ist besser so, als auf einmal auf der Straße zu sitzen.

Gestern waren wir bei Kollegen Weismann zum Mittagessen eingeladen, zu Ehren des scheidenden russischen Botschafters Krestinski. Vorher war er bei uns in der Reichskanzlei, um sich zu verabschieden. Alles in freundschaftlicher Form, aber doch immer ein eigentümliches Gefühl, mit einem so fanatischen Kommunisten so eng zusammenarbeiten zu müssen. Aber aus Staatsklugheit ist es eben notwendig. Ich sagte noch gestern, daß nach meiner Meinung die Rheinlande noch nicht geräumt wären, wenn wir nicht die engen Beziehungen zu Sowjet-Rußland hätten.

Dienstag, den 30. September 1930

Sehr arbeitsreiche Tage – und Nächte – liegen hinter uns. Wir haben das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung Brüning fertiggestellt. Letzten Sonntag war es soweit; über Sonntag wurde dann alles sauber zu Papier gebracht und gestern, Montag abend, bis Mitternacht wurde dann alles endgültig verabschiedet. Hierzu hatte ich in der Reichskanzlei alle Beschlüsse genau niederschreiben lassen und dafür gesorgt, daß auch der Entwurf eines Communiqués vorlag. Nachdem wir dann heute morgen nochmals in einem kleinen Komitee in der Reichskanzlei zusammengesessen hatten, konnte die Veröffentlichung heute nachmittag erfolgen. Es ist ein riesiges Dokument. Wenn es gelingt, es durchzuführen, ist ein großes Stück Arbeit getan. Aber wird es gelingen?

Wie nun alles politisch geschafft werden soll, weiß heute eigentlich noch so recht niemand. Auch der Kanzler und ich nicht. Eine Ergänzung des Kabinetts durch Eintritt von Sozialdemokraten wird leider unmöglich sein, da es rechts nicht geduldet und von links nicht erbeten wird. Was aber vielleicht möglich wäre, ist eine Unterstützung des Kabinetts und seiner Arbeit durch die Sozialdemokratie. Hierzu hatte ich dem Herr Reichskanzler vorgeschlagen, eine Besprechung mit den beiden sozialdemokratischen Parteiführern Wels und Müller ganz unauffällig bei mir in der Gärtnerstraße von Lichterfelde herbeizuführen. Dr. Brüning war sehr einverstanden, und ich habe dann beide heimlich eingeladen. Wir waren nur zu viert zum Kaffee und nachher zum Glas Wein mit Zigarren. Es war eine zweifellos sehr wertvolle Aussprache¹⁵⁸. Ich hatte das Gefühl, daß es sich um historische Augenblicke handelt. Meine Frau, die natürlich nicht dabei war, sagte mir eben noch, ich solle die Zusammenkunft nur ja in diesen Blättern festhalten. Nach der heutigen Aussprache scheint es mir tatsächlich nicht ausgeschlossen, daß zur Vermeidung einer Rechtsdiktatur die Sozialdemokratie das Kabinett Brüning unterstützt. Die nächsten Wochen werden das Ergebnis zeigen.

Hitler hat versucht, am vergangenen Sonntag eine Besprechung mit dem Reichskanzler zu haben. Nach Rücksprache mit mir hat Brüning erklären lassen, er sei einstweilen hierzu noch nicht in der Lage, könne aber nächsten Sonntag abend zur Verfügung stehen. Eine schwierige Geschichte, die nicht bekannt werden darf¹⁵⁹!

¹⁵⁸ Vgl. hierzu die Darstellung bei E. Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 105 f.

¹⁵⁹ Eine gewisse Initiative zu einer Begegnung mit Hitler ist dabei auch von Brüning aus-

Freitag, den 3. Oktober 1930

Heute vor einem Jahr ist mein großer Freund, der deutsche Staatsmann Gustav Stresemann gestorben. Bei seinem Tode habe ich dieses Tagebuch begonnen. Meine Zuneigung und Verehrung, die schon darin einen wenn auch zufälligen Ausdruck fand, ist noch heute unverändert. Heute haben wir dem Verstorbenen auf dem Luisenstädtischen Friedhof das Denkmal eingeweiht. Ein schlichtes, prächtiges Werk des Professors Lederer. Ich war mit dem Reichskanzler dort. Minister Wirth hielt die Weiherede, nach ihm noch der evangelische Pastor, das Ganze eingerahmt durch Musikstücke. Frau Stresemann mit ihren beiden Söhnen war auch da, ziemlich gefaßt und sehr würdig und sympathisch. Wir drückten uns die Hand.

Der Nachmittagskaffee in meinem bescheidenen Hause in der Gärtnerstraße mit den beiden sozialdemokratischen Führern wird vielleicht noch einmal berühmt werden. Manche Pressenotizen zeigen dies etwas. Die Presse orakelt viel herum, wo die Zusammenkunft wohl gewesen sei!

Inzwischen hat sich nicht viel ereignet. Der Reichskanzler hat die verschiedenen Parteiführer zu sich kommen lassen und ihnen das Regierungsprogramm vorgelesen. Unser Ziel geht zunächst dahin, eine Arbeitsgemeinschaft der Mitte aus den bisherigen Regierungsparteien herzustellen, die immerhin 210 Abgeordnete stark wäre. Die beiden Sozialdemokraten haben wir gestern nochmals in der Reichskanzlei gesprochen. Das Ziel geht dahin, das Mißtrauensvotum der Kommunisten durch einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung totzuschlagen und bei der Notverordnung dem Aufhebungsantrag durch Zulassung von Abänderungsanträgen zu begegnen, so daß die eigentlichen Schwierigkeiten erst bei der Erledigung unseres Regierungsprogramms beginnen würden. Dementsprechend haben die Sozialdemokraten heute in der ersten Fraktionssitzung einen recht verständigen Beschluß gefaßt, durch den sie sich nicht festlegen. Anders die Wirtschaftspartei, die trotz ihres Charakters als Regierungspartei gestern ganz blödsinnige Dinge beschlossen hat über Revision des Youngplanes, Moratorium, Reichsreform usw. Gestern abend hatte ich eine Besprechung mit Ministerpräsident Braun¹⁶⁰, der – zwar etwas verklausuliert – der Meinung Ausdruck gab, wer A gesagt habe, müsse auch B sagen, d. h. wer mit der Notverordnung angefangen habe, könne mit diesem Reichstag auch nichts anderes tun, als auf dem Wege fortzufahren. Ich möchte auch glauben, daß es so kommt. Aber nicht im Streit mit dem ganzen Reichstag, nur in stillschweigendem Einvernehmen mit einer Mehrheit könnte die Regierung erneut vom Art. 48 Gebrauch machen. Morgen haben wir über diese Dinge eine wichtige Ministerbesprechung, für deren Zweck ich eine sorgfältige Aufstellung über die jetzt zu ergreifenden Maßnahmen gemacht habe bzw. habe machen lassen.

gegangen. Vgl. A. Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP, Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 30 und 140.

¹⁶⁰ Dr. Otto Braun, geb. 1872, sozialdemokratischer Politiker, seit 1902 Parlamentarier, 1911 im Parteivorstand der SPD. Seit 1920 (mit zwei geringen Unterbrechungen) preußischer Ministerpräsident. Vgl. auch sein Memoirenwerk: Von Weimar zu Hitler, 2. Aufl., New York 1940.

Alles in allem sehe ich nach wie vor mit sehr großer Sorge in die Zukunft, wie noch nie seit 1918. Zwischendurch hatten wir zwei sehr interessante Tage. Die Staatlichen Museen in Berlin feierten ihr 100jähriges Jubiläum, seitdem 1830 Schinkel das Alte Museum am Lustgarten baute und einrichtete. Am ersten Tage ein Festakt in der Aula der Universität mit vielen feierlichen Reden, abends „Rosenkavalier“ in der Staatsoper. Herrliche Aufführung und ein farbenprächtiges Bild in den Logen und Rängen. Am zweiten Tage morgens die feierliche Eröffnung des Pergamon-Museums, des Vorderasiatischen und des Deutschen Museums. Wir hatten Glück, indem ihr Baumeister uns gern herumführte, unvergeßlich, namentlich der herrliche Pergamon-Altar. Gestern abend waren wir dann in den „Weißen Saal“ des Berliner Schlosses geladen, wohl das erste Mal seit der Staatsumwälzung, daß diese Räume zu solchen Veranstaltungen gebraucht werden, eine schöne Idee und namentlich eine schöne Synthese zwischen Gegenwart und Vergangenheit, was ich immer so liebe. Die Gegenwart, die Republik, ist so gefestigt, daß sie ohne Kampf gegen die Monarchie deren alte Stätten besuchen darf. Ministerpräsident Braun war der Hausherr; weit über 1000 Gäste, die in den vielen herrlichen Sälen sich verließen. Das ganze diplomatische Korps mit dem Nuntius an der Spitze! Wir hatten einen sehr netten Tisch mit den Geschwistern Dormmüller, Exzellenz Boden und verschiedenen Staatssekretären und Universitätsrektoren. Etwas wehmütig war es mir, als ich mir die alten begeisterten Schilderungen des guten toten Vaters vergewärtigte, der dort zusammen mit anderen hohen Beamten und Offizieren im Schmucke ihrer Orden vor dem Thron vorbeidefilirt ist! Nun war ich auch einmal dort, aber wie hatten sich die Zeiten geändert, und ich war selbst ein Exponent der neuen Zeit, die auch ihr Gutes hat.

Sonntag, den 5. Oktober 1930

Die politischen Besprechungen haben bis gestern nachmittag ihren Fortgang genommen. Heute am Sonntag abend empfängt der Reichskanzler Brüning die Herren Hitler und Minister Frick¹⁶¹ von den Nationalsozialisten und morgen vormittag die Deutschnationalen. Die Klärung hebt sich langsam ab, nur steht natürlich noch gar nicht fest, ob es auch so funktioniert, wie man sich die Lösung denken kann. Die Sozialdemokraten haben vorgestern nachmittag in ihrer Fraktion einen sehr staatsmännischen Entschluß gefaßt, der nichts verbaut. Danach kann man hoffen, daß die Sozialdemokraten einen Sturz der Regierung zu verhindern suchen und leidlich mitmachen werden. Die Entscheidungen drängen auch außerordentlich, weil die Kassen- und Devisenkreditlage von Tag zu Tag beängstigender wird. Hoffentlich können wir übermorgen den großen Überbrückungs-Kredit abschließen.

¹⁶¹ Dr. Wilhelm Frick, geb. 1877, Verwaltungsjurist, beteiligte sich 1923 am Hitler-Putsch in München, seit 1924 Mitglied des Reichstages (NSDAP), zuletzt Fraktionsvorsitzender. Seit Januar 1930 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister. Auf seine späteren hohen staatlichen Funktionen im Dritten Reich soll hier nicht eingegangen werden.

Dienstag, den 7. Oktober 1930

Die Ehe zwischen Demokraten und Jungdeutschem Orden ist heute wieder auseinandergegangen. 14 Demokraten stehen 6 Volksnationalen gegenüber. Die ganze Gründung der Staatspartei war offenbar eine verfehlte Sache. Hoffentlich finden im neuen Reichstag nun wenigstens unsere Zusammenschlüsse statt: Demokraten + Volkspartei und Volksnationale + Christlich-Nationale.

Heute hatten wir abschließende Kabinettsitzung über Genf. Wie üblich war es aber sehr schwer, Übereinstimmung für ein allseitig gebilligtes Kommuniqué zu finden. Die Billigung stellte man schließlich auf den „Vortrag“ des Ministers Curtius ab, dagegen nicht auf die „Haltung“ der Delegation in Genf¹⁶². Feine Unterschiede! Der lächerliche Vorgang zeigt aber, wie gering eigentlich die sachliche Übereinstimmung im Kabinett in diesen überaus wichtigen Fragen ist. Wie das noch werden will, weiß kaum einer.

Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern sind heute zu Ende gegangen. Heute abend der bayerische Prälat Leicht, gestern die Deutschnationalen und vorgestern am Sonntag die Nationalsozialisten. Letztere Besprechung war die wichtigste. Sie zeigte a) die allerdings nur grundsätzliche Bereitwilligkeit der Nationalsozialisten zur aktiven Mitarbeit¹⁶³, b) aber die gegenwärtige *Unmöglichkeit* solcher Zusammenarbeit, da nämlich die außenpolitischen Ziele nicht auf einen Nenner zu bringen seien. Die Herren schieden in der Erkenntnis gegenseitiger *Hochachtung*, zunächst aber *absoluter Opposition* und mit der entfernten Möglichkeit, *nach Scheitern* des Kabinetts durch die Haltung der Sozialdemokratie erneut zusammenzukommen, und in der grundsätzlichen Feststellung gemeinsamer Kulturideale. An dieser Besprechung hatte ich nicht teilgenommen, wohl aber an der mit den Deutschnationalen. Erschienen waren die beiden Abgeordneten Oberföhren und Dr. von Winterfeld¹⁶⁴. Sie waren recht friedfertig, es zeigte sich aber, daß sie recht wenig orientiert waren und namentlich keinerlei Verbindung mit den Nationalsozialisten hatten, was aus mehreren Fragen klar hervorging¹⁶⁵.

Übermorgen Donnerstag kommen Reichskanzler Brüning, Bischof Schreiber¹⁶⁶ und noch einige prominente Gäste zu uns. Bischof Schreiber hatte den Wunsch,

¹⁶² Vor allem die Minister Treviranus und Schiele hatten zu verstehen gegeben, daß sie das Verhalten der Deutschen Delegation in Genf nicht „billigen“ könnten. Protokoll der Ministerbesprechung vom 7. Oktober 1930, Akten Reichskanzlei, Bd 1447.

¹⁶³ Nach einem Briefe Brünings an K. Frhr. von Hammerstein (Schleicher, Hammerstein und die Machtübernahme 1933, in: Frankf. Hefte 11 [1956], S. 15) hat Hitler (bei dieser oder einer späteren Gelegenheit) das Angebot gemacht, „die NSDAP mit drei Mitgliedern an der Regierung zu beteiligen“, was der Reichskanzler entschieden ablehnte.

¹⁶⁴ Dr. Friedrich von Winterfeld, Fraktionsvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei im preußischen Landtag, Landesdirektor von Brandenburg.

¹⁶⁵ Diese Besprechung wird erwähnt in einer späteren Sammelaufzeichnung Pünders vom 4. Dezember 1930 über die Politik der DNVP. Durchschlag im Nachlaß Schleicher, Bd 17/III (Bundesarchiv Koblenz).

¹⁶⁶ Dr. Christian Schreiber, geb. 1872, seit 1921 Bischof von Meißen, seit 1930 Bischof von Berlin.

einmal mit dem Kanzler am dritten Ort gemütlich zusammenzukommen. Hoffentlich verläuft alles gut. Viel Betrieb.

Freitag, den 10. Oktober 1930

Unsere Gesellschaftsabende liegen wieder hinter uns, einer im Zusammenhang mit einer der üblichen Präsidententagungen im Preußischen Ministerium des Innern. Gestern abend waren der Bischof von Berlin, Dr. Schreiber, der Herr Reichskanzler, der Altreichskanzler Marx, Herr Prälat Leicht und noch verschiedene andere hohe Persönlichkeiten und Prälaten anwesend. Wir hatten es etwas einfacher als sonst gehalten, alles hat bestens geklappt. Der Herr Bischof und der Herr Reichskanzler haben sich besonders gut unterhalten. Der Herr Bischof war mit am Bett unserer drei Kinderchen und gab ihnen seinen Segen.

Politisch ist noch alles recht unklar. Der Überbrückungskredit ist immer noch nicht da. Augenblicklich sind große Schwierigkeiten bei der Deutschen Volkspartei, wo Bestrebungen laut wurden, den Außenminister Curtius aus dem Kabinett zurückzuziehen. Es ist aber noch einmal gut gegangen. Der Reichskanzler und ich empfingen heute nachmittag in der Reichskanzlei nochmals meine „Kaffee Gäste“, die sozialdemokratischen Unterhändler Müller und Wels, die diesmal in Begleitung des Fraktionsführers Dr. Breitscheid erschienen. Eine günstige Aussprache! Ich glaube, mit einem Tolerieren seitens der Sozialdemokratie ist zunächst durchaus zu rechnen, so daß Mißtrauensvotum, Aufhebungstendenzen betr. Notverordnung und Überbrückungskredit ganz in unserem Sinne erledigt werden dürften. Dann kann der Reichstag am besten noch einen Monat in die Ferien gehen, um dem Reichsrat Zeit für die Bearbeitung des Sanierungsprogramms zu geben. Am kommenden Montag wird erste Sitzung des Ältestenrats dieses neuen Reichstags sein, wo ich die Pläne der Reichsregierung offiziell vortragen werde.

Mittwoch, den 15. Oktober 1930

Heute der Vorabend der Regierungserklärung, die morgen von Reichskanzler Brüning abgegeben wird. Den wesentlichsten Anteil an ihrer Fertigstellung habe ich, wie ich in diesem privaten Tagebuch mitteilen darf. Ich stehe in solchen Dingen gern im zweiten Gliede und habe um so mehr Befriedigung, wenn meine Mitarbeit fruchtbar wird. Wir hatten für vorgestern die Beiträge der Ressorts erbeten. Vorgestern abend bis 10 Uhr habe ich dann die Regierungserklärung diktiert, so daß sie gestern in eingehender Ministerbesprechung beraten werden konnte. Der allgemeine Eindruck war, wie ich zu meiner Befriedigung mitteilen kann, sehr gut. Heute morgen hat auch Herr Reichspräsident von Hindenburg zu Staatssekretär Meißner nach genauester Durchsicht gesagt, daß das „wieder mal eine sehr gute Arbeit“ sei. Eigentlich sollten wir heute abend noch eine Ministerbesprechung haben. Da aber das Plenum zu lange dauerte, machen wir sie morgen ganz früh. Hoffentlich liest nun der Kanzler die Erklärung morgen auch gut vor.

Dies war meine Hauptarbeit in den letzten Tagen. Vorgestern war große Aufregung, weil die verehrliche Wirtschaftspartei beschlossen hatte, ihren Minister

Dr. Bredt¹⁶⁷ aus dem Kabinett herauszuziehen¹⁶⁸. Diesen Zwischenfall haben wir schnell erledigt. Ich verweise auf mein amtliches Pressecommuniqué, wonach Reichspräsident von Hindenburg einen Appell an Minister Bredt gerichtet hat, um zu bleiben. In Wirklichkeit hat der Herr Reichspräsident den Minister überhaupt nicht empfangen. Die ganze Sache haben Meißner und ich hinter den Kulissen besprochen und nach außen so dargestellt. Die Wirkung war fabelhaft; denn es zeigte sich, daß der Reichspräsident nicht gewillt ist, sich von Fraktionsbeschlüssen imponieren zu lassen.

Heute war Reichstagspräsidiumswahl. Sehr dramatisch! Die Nationalsozialisten hatten den Plan ausgeheckt, Herrn Dr. Scholz von der Volkspartei zum Präsidenten zu lancieren, ein törichter Plan, der viel Mißstimmung erregte und schließlich ganz scheiterte.

Das Stimmenverhältnis war 269 Stimmen für Löbe und 209 für Scholz. Als erster gratulierte Scholz sehr ostentativ dem Sieger! Weitere Vizepräsidenten wurden Stöhr von den Nationalsozialisten und die bisherigen Vizepräsidenten Esser und Graef¹⁶⁹. Herr von Kardorff fiel hinten herunter.

Sonntag, den 19. Oktober 1930

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, 1.15 Uhr. Ich komme soeben aus dem Reichstag. Zwar erschöpft, aber alles gut gegangen. Trotz dieses fürchterlichen Reichstages alle vier Punkte gut erledigt: Mißtrauensvotum nicht angenommen. Notverordnung *nicht* aufgehoben, Schuldentilgungsgesetz angenommen und Reichstag bis zum 3. 12. vertagt. Ein ganz großer Erfolg. Dazwischen das Rededuell von Oldenburg–Reichskanzler¹⁷⁰.

¹⁶⁷ Dr. Dr. Johann Viktor Bredt, geb. 1879, Professor der Rechte an der Universität Marburg, Parlamentarier seit 1911. Ursprünglich Anhänger der Freikonservativen, gehörte er später der sog. „Wirtschaftspartei“ (Reichspartei des deutschen Mittelstandes) an. Reichsjustizminister im Kabinett Brüning.

¹⁶⁸ Der Führer der Wirtschaftspartei, Drewitz, war in einem Briefe bei Brüning vorstellig geworden, „dem Ergebnis der Wahl vom 14. September durch Umbildung oder Neubildung des Kabinetts“ Rechnung zu tragen. Es schein notwendig, „die Zahl der Ministerien zu verringern und die Vollmachten der im besonderen die Wirtschaft beeinflussenden Ministerien, in der Hand von Fachleuten, zu vergrößern“. Zur „Erleichterung“ dieser vorgeschlagenen Maßnahmen beschloß die Fraktion der Wirtschaftspartei, ihren Minister Prof. Bredt zu ersuchen, sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen, hatte aber nichts gegen einen Wiedereintritt Bredts in ein neugebildetes Kabinett, sofern es „dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes in höherem Maße“ entspräche und sofern diese Regierung nach den grundlegenden Gesichtspunkten der Wirtschaftspartei vom 26. September und 3. Oktober handeln würde. Schreiben vom 13. Oktober 1930 (Akten Reichskanzlei, Bd 1308).

¹⁶⁹ Walter Graef, geb. 1875, Landgerichtsdirektor, Mitglied des Reichstages 1907–1912 und seit 1920 (Deutschnationale Volkspartei). Seit 1925 Vizepräsident des Reichstages.

¹⁷⁰ Elard von Oldenburg, geb. 1855, Kammerherr und Rittergutsbesitzer in Januschau/Westpr., seit dem 14. 9. 30 Reichstagsabgeordneter der DNVP, hatte in der Sitzung einen Vorstoß zugunsten der vom Reichsgericht in Leipzig verurteilten Ulmer Offiziere unternommen und dabei die Reichswehr und ihre Führung scharf angegriffen. Zum Wortlaut der Rede vgl. Oldenburgs „Erinnerungen“, Leipzig 1936, S. 225 ff.

Sonntag, den 26. Oktober 1930

Obige kurze Notizen sind der frische knappe Niederschlag eines tatsächlichen großen Ereignisses. Wider alles Erwarten der Allgemeinheit ist alles so gut gegangen mit dem jungen Reichstag. *Ich* hatte es allerdings so erwartet und mit Zähigkeit vorbereitet. Daß dies das Ergebnis sein würde, hatte ich in einer Pressekonferenz schon reichlich vorher als Anfang für die künftige Regierungsarbeit mitgeteilt. Diese Sicherheit wirkte natürlich auf die Pressevertreter. Mit diesem ersten guten Ergebnis im neuen Reichstag sind wir natürlich nicht über dem Berg. Die vergangene Woche stand stark unter dem Zeichen des Berliner Metallarbeiter-Konfliktes. Vor drei Tagen hatten wir die Metallindustriellen in der Reichskanzlei. Ich hatte dies mit ihrem Geschäftsführer, dem früheren Regierungspräsidenten Brauweiler, vorbereitet. Außer ihm waren die Großindustriellen von Borsig, Köttgen, von Siemens usw. erschienen.

Das Ziel der Regierungsarbeit ist es, entweder ein Schiedsgericht zwischen den beiden Parteien zu vereinbaren, oder aber eine bündige Erklärung der Arbeitgeber, daß die Lohnsenkung erst im neuen Jahre Platz greift. Von dem Regierungsprogramm als solchem, das absolut auf eine Senkung der Selbstkosten, also auch der Löhne usw. ausgeht, kann die Regierung natürlich unter keinen Umständen abgehen. Ich nehme an, daß morgen oder übermorgen die Lösung gefunden wird. Daneben die landwirtschaftliche Notlage! Das Landvolk wollte den Reichstag vorzeitig wieder zusammengerufen wissen, was die Regierung natürlich nicht zulassen kann. Dann kam der Gedanke einer Notverordnung, aber davon kann vorerst keine Rede sein. Jedenfalls haben wir zunächst einmal gestern im Kabinett materiell das Notwendige beschlossen. Die nächste Entwicklung muß zeigen, wie die Dinge erledigt werden sollen. Auch der Haushaltsplan 1931 ist vom Kabinett verabschiedet worden. Nächster Tage kommen all die anderen Gesetze an die Reihe, die zum Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung gehören. Am 4. November, Dienstag nächster Woche, sollen dann die offiziellen Beratungen mit dem Reichsrat beginnen. Vorher noch einige Besprechungen mit einzelnen Landesregierungen.

Zwei schreckliche Bergwerksunfälle haben sich in dieser Woche zugetragen. In Alsdorf bei Aachen kamen 262 arme Bergknappen ums Leben, und gestern im Saargebiet bei Saarbrücken wieder über 100. Zu traurig! Die armen Leute und noch gar die armen Hinterbliebenen. Man kann gar nicht mehr froh werden.

Der Neubau der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße schreitet rüstig seinem Ende entgegen. In einem Monat wird die Behörde umziehen.

Gestern hatte ich ein sehr nettes Frühstück bei Exzellenz Groener zusammen mit Reichskanzler Brüning, Vizekanzler Dietrich, Meißner, Planck¹⁷¹ und mir.

¹⁷¹ Erwin Planck, Sohn des bekannten Physikers Max Planck, ursprünglich Offizier, während des Ausnahmezustands 1923-24 Rittmeister und Verbindungsoffizier des Reichswehrministeriums zur Reichskanzlei, später Oberregierungsrat in der Reichskanzlei, 1932 Nachfolger Pünders als Staatssekretär unter den Kanzlern Papen und Schleicher. In Verbindung mit dem 20. Juli 1944 verhaftet und im Januar 1945 hingerichtet.

Anwesend war die gesamte Generalität und Admiralität der Reichswehr¹⁷². Der Kanzler sprach sehr wirksam.

Mittwoch, den 29. Oktober 1930

Gestern abend spät ist der Metallarbeiterstreik beigelegt worden. Ein sehr großer Erfolg unserer Regierungsarbeit. Die beiden Parteien haben sich auf den Vorschlag der Regierung geeinigt, den Streitfall einem beiderseitigen Schiedsgericht zu unterbreiten, dessen drei Mitglieder die Regierung ernennt und dessen Schiedsspruch unanfechtbar sein wird. Dadurch wird die Frage politisch entgiftet. Persönlich wissen wir, daß der Vorsitzende, für welchen Posten der frühere Reichsarbeitsminister Brauns vorgesehen ist, es im wesentlichen bei dem Schiedsspruch des Schlichters Dr. Völkers bewenden lassen wird, so daß den Notwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen wird. Somit haben wir für Anfang Dezember mit keinem Mißtrauensvotum zu rechnen.

Ein wichtiger weiterer Punkt war heute die Tagung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages. Mehrere sehr unangenehme Anträge zur Reparationspolitik von den Rechtsparteien lagen vor. Heute ganz früh hatten Reichskanzler Brüning und ich im Reichstag Einzelbesprechungen mit ziemlich allen Parteivertretern des Ausschusses, um wenigstens eine Vertagung der Anträge zu erzielen. Würden sie nämlich angenommen, so wäre ein Hereinkommen des 500-Millionen-Kredites am 8. November mehr als zweifelhaft geworden. Alles schien gut zu stehen und eine Vertagung mit 16 gegen 12 Stimmen wahrscheinlich. Nach 10stündiger Debatte sah es heute abend aber doch anders aus. Die Vertagung wurde mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Große Panne! Es drohte jetzt die Annahme der üblen Anträge. Doch nun bekam es eine Anzahl dieser tapferen Volksvertreter selbst mit der Angst und stimmte zum Teilselber gegen ihre Anträge, da sie die Wirkung einer solchen Annahme selbst nicht verantworten wollten. So kam es, daß mit wechselnden Mehrheiten schließlich sämtliche Anträge abgelehnt wurden. Ein merkwürdiges Ergebnis! Außenpolitisch wäre es nicht ungünstig gewesen, wenn die Anträge noch in der Schwebe geblieben wären, um gegebenenfalls im Ausland darauf hinweisen zu können. Innenpolitisch ist dieses heutige Abendergebnis aber natürlich ein großer Erfolg der Reichsregierung, die diesem Reichstag wieder einmal ihren Willen aufgezwungen hat. Ein Sieg, den wir – offen gesagt – nicht erstrebt und auch nicht erwartet hatten. Aber man muß halt Mut haben.

Am Sonnabend, dem Allerheiligen-Tage, startet der Reichskanzler mit mir zum Staatsbesuch nach Dresden. Heute war noch ein sehr unangenehmer Punkt, nämlich die Erörterung der bayerischen Postabfindung mit dem Gesandten von Pre-

¹⁷² Aus Anlaß einer vom Reichswehrministerium einberufenen Besprechung der Befehlshaber der Gruppen, Wehrkreise usw. Vgl. Th. Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in: Vjh. Zeitgesch. 2 (1954), besonders S. 400 ff.

ger¹⁷³. Alles Nähere darüber ergibt meine amtliche Aufzeichnung vom heutigen Tage in den Akten der Reichskanzlei¹⁷⁴.

Freitag, den 31. Oktober 1930

Gestern haben wir unsere Kabinettsarbeit zum Wirtschafts- und Finanzplan beendet. Wir hatten wieder mal eine Nachtsitzung mit einem eingeschobenen bescheidenen Imbiß. Gegen Mitternacht war die Arbeit fertig.

Heute vormittag hatten wir in der Reichskanzlei die große Aussprache mit den Ministerpräsidenten der acht deutschen Mittelländer, Thüringen, Braunschweig usw., am Nachmittag mit den drei Hansastädten. Letztere Aussprache stand auf einem viel höheren Niveau. Der Hanseatengeist bedeutet gottlob immer noch etwas, auch der Reichsgedanke steht dort im Vordergrund. Einen Streitfall zwischen Minister Wirth und Braunschweig¹⁷⁵ haben wir beigelegt. Ich hatte Wirth einen Brief geschrieben, worin ich gemäß Art. 56 I der Reichsverfassung die Reichskanzlei einschaltete: die Polizeigelder sind ausgezahlt worden. Wirth ist böse auf mich. Morgen nach Dresden.

Montag, den 3. November 1930

Vorgestern am Sonnabend waren wir in Dresden: der Reichskanzler, Minister Dietrich, Ministerialdirektor Zarden, mein Ministerialrat Vogels und ich. Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer begleitete uns. Die Reise ist sehr gut verlaufen. Vormittags bald vier Stunden Verhandlungen im Staatsministerium, dann ein einfaches, aber feines Frühstück im Hotel Bellevue, wozu auch die Spitzen der örtlichen Reichsbehörden eingeladen waren, insbesondere Gen.Lt. von Stülpnagel vom Wehrkreis¹⁷⁶ und Gen.Lt. Schubert¹⁷⁷ als Landeskommandant. Dann ein kurzer Spaziergang durch den Zwinger und den Großen Garten. Nachher Teestunde in dem rei-

¹⁷³ Dr. Konrad von Preger, geb. 1867, Verwaltungsjurist, seit 1919 bayerischer Gesandter in Berlin (beim Reich, Preußen und Sachsen) und Bevollmächtigter zum Reichsrat.

¹⁷⁴ Es handelte sich allerdings um mehr als nur um die noch immer ungelöste Frage der „bayerischen Postabfindung“. Im Grunde ging es um die Schwierigkeiten, die Bayern und andere Länder dem neuen „Wirtschafts- und Finanzplan“ der Reichsregierung bereiteten, indem man eine „finanzielle Aushöhlung der Länder“ befürchtete. Die Besprechung blieb ohne Ergebnis: Aufzeichnung Pünders vom 29. Oktober 1930, Durchschlag im Nachlaß, Bd 134. Zum Gesamtproblem vgl. W. Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933, Stuttgart 1959, S. 166f.

¹⁷⁵ Da gegen den nationalsozialistischen braunschweigischen Innen- und Volksbildungsminister Dr. Franzen ein Strafverfahren wegen Vergehens der Begünstigung eröffnet werden sollte, hatte Reichsinnenminister Dr. Wirth beabsichtigt, sich „die Entscheidung über die weitere Auszahlung des bisher auf Braunschweig entfallenden Anteils an dem Reichsbeitrage für Zwecke polizeilichen Schutzes“ zunächst vorzubehalten. Akten Reichskanzlei, Bd 2267.

¹⁷⁶ Edwin von Stülpnagel, Generalleutnant, Befehlshaber im Wehrkreis IV (Dresden) und Kommandeur der 4. Division.

¹⁷⁷ Generalleutnant Schubert war Artillerieführer IV und Landeskommandant in Sachsen.

zenden Familiensitz des Ministerpräsidenten Schieck¹⁷⁸, nach 7 Uhr abends Rückfahrt nach Berlin. Die sächsische Staatsregierung ist eine sehr sympathische Beamtenregierung, die an sich gestürzt ist, aber als geschäftsführendes Ministerium die Geschäfte leitet. Ich kannte – merkwürdigerweise – Dresden noch gar nicht, so daß auch insofern die Reise für mich sehr nett war. Die starke Fühlungnahme mit den Landesregierungen, ein Gedanke von mir, war sicher sehr zweckmäßig. So gut sind die Länder noch nie behandelt worden¹⁷⁹, hoffentlich wird es seine Wirkung im Reichsrat haben. Besitzen wir erst ein positives Votum des Reichsrates, dann stehen wir dem Reichstag ganz anders gegenüber. Morgen Dienstag beginnt die Reichsratsschlacht. Heute nachmittag fand in der Wohnung des Reichskanzlers zur Vorbereitung noch eine Teestunde zwischen Brüning, Dietrich, Zarden und mir statt.

Sonnabend, den 8. November 1930

Trotz der Nöte und Schwere der Zeit muß ich sagen, daß wir diese Woche eine „Glücksträhne“ gehabt haben. Die Vollsitzung des Reichsrates am Dienstag, die ich inszeniert hatte, war ein Erfolg. Vor den versammelten Staats- und Ministerpräsidenten der Länder und sozusagen der ganzen Öffentlichkeit, dargestellt durch die zahlreichen Pressevertreter, legten Reichskanzler Brüning sowie die Minister Dietrich und Stegerwald den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung dar. Die Wirkung, namentlich der Rede des Kanzlers, war ungeheuer. Seit der Zeit sind nun die Verhandlungen mit dem Reichsrat im Gange. Wir haben mit den Herren fest vereinbart, daß am 20. d. M. die Vollsitzung zur Verabschiedung sämtlicher Vorlagen stattfinden soll. Ob das ganz genau auf den Tag geraten wird, ist nicht sicher, aber auch gleichgültig. Jedenfalls müssen wir vor dem Zusammentritt des Reichstages am 3. Dezember einige Zeit haben zur Prüfung der Erledigung der Vorlagen im Reichstag. Einstweilen glaube ich, daß die Regierung kurz vor dem Zusammentritt des Reichstages den ganzen Wirtschafts- und Finanzplan durch Notverordnung in Kraft setzen wird. Aber nicht im Kampfe mit dem Reichstag, sondern nach Absprache mit der Mehrheit, die wir auch neulich im Reichstag hatten.

Zwischendurch hatten wir viele Besprechungen über Sonderwünsche einzelner Länder, mit Bayern über die Postabfindung, mit Mecklenburg und Oldenburg über den berühmten § 35 und die Notlage der Landwirtschaft usw. Wir legen Wert auf gute Stimmung der Länder, da die große Mehrheit im Reichsrat für den Wirt-

¹⁷⁸ Walther Schieck, geb. 1874, Verwaltungsjurist und der Deutschen Volkspartei nahestehend, 1923 Präsident des Sächsischen Staatsrechnungshofes, seit Mai 1930 sächsischer Ministerpräsident.

¹⁷⁹ Zu den damaligen Bestrebungen Brünings und Pünders, die Länder an der Verantwortung für die umfassenden Sanierungsmaßnahmen zu „beteiligen“ und die sachliche Diskussion mehr im Reichsrat (dem „Ersatzgesetzgeber“) als in dem offensichtlich wenig geeigneten Reichstag stattfinden zu lassen, vgl. die ausführlichen Darlegungen bei W. Besson, a. a. O. (vgl. Anm. 174), S. 195 f.

schafts- und Finanzplan natürlich für alle weiteren Entwicklungen von großem Wert ist. Vorher haben wir die ganzen Herrschaften zu Mittwoch abend zum einfachen Abendessen in die Reichskanzlei eingeladen, rd. 120 Gäste, das Gedeck – der Not der Zeit entsprechend – zu 5 Mark. Mittags war ein entsprechendes Frühstück in kleinerem Kreise bei Ministerpräsident Braun, an dem auch ich teilgenommen habe.

Außenpolitisch haben wir einem mir vom französischen Botschafter de Margerie empfohlenen Pariser Redakteur Burges [Sonderkorrespondent des *Petit Parisien*] ein Interview des Reichskanzlers gegeben, das ganz klotzig gewirkt hat¹⁸⁰, aufgesetzt von dem Grafen Saurma in der Presseabteilung. Im Zusammenhang ist zu vermerken, daß das Schiedsgericht im Metallarbeiterstreik seinen Spruch gefällt hat. Vorsitz: der frühere Arbeitsminister Brauns¹⁸¹, Beisitzer: Oberbürgermeister Jarres¹⁸² für die Arbeitgeber und Professor Sinzheimer¹⁸³ für die Arbeitnehmer.

Großer Erfolg: Mit sofortiger Wirkung Senkung um 3% und ab Anfang Januar die bereits damals vom Schlichter festgesetzten 8%. Politisch ist die Regierung aus der Sache heraus, wenngleich ich in diesen Zeilen vertraulich festlegen kann, daß dieses Ergebnis natürlich von vornherein feststand und sozusagen verabredet war. Aber nun können uns im Reichstag keine politischen Schwierigkeiten gemacht werden, trotzdem ist das, was die Wirtschaft notwendig braucht, durchgesetzt. Ein feiner Streich!

Heute mittag war Oberbürgermeister Adenauer aus Köln ganz allein bei uns zu Tisch. Sehr gemütlich, ein echter Rheinländer und tüchtiger Mann. Er kommt öfters zu mir in die Reichskanzlei und läßt seine Sonderwünsche für Köln gern bei mir ab. Ich brachte ihn nachher zur Bahn an den Zoo.

Gestern Reichskanzler und ich Besprechungen mit Luther über die Wirtschaftslage. Ich deutete ihm nachher an, ob er nicht in das Kabinett eintreten wollte, was er dankend ablehnte. Meine Anregung hatte ihm aber doch sehr gut getan, und er versprach besonders herzlich weitere Mitarbeit vom „Nebengleis“ aus.

Donnerstag, den 15. November 1930

Die politische Lage erscheint nach wie vor gelockert. Die Verhandlungen im Reichsrat laufen nach wie vor recht gut. Die letzten Entscheidungen stehen jedoch noch aus. Vor drei Tagen hatten Minister Dietrich und ich eine schwere Schlacht im preußischen Staatsministerium, wo wir für die Annahme unserer Vorlagen eintraten. Gestern haben sie ebendort über unseren Haushaltsplan 1931 beraten. Gewisse Schwie-

¹⁸⁰ Zum Inhalt vgl. C. Horkenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 127), S. 352.

¹⁸¹ Dr. Heinrich Brauns, geb. 1868, Theologe und Jurist, Politiker der Zentrumspartei, seit 1920 Mitglied des Reichstages, 1920–1928 Reichsarbeitsminister.

¹⁸² Dr. Karl Jarres, geb. 1874, Jurist und Kommunalpolitiker, Oberbürgermeister von Duisburg, 1923–1925 Reichsinnenminister, Reichspräsidentenkandidat der Rechten im 1. Wahlgang 1925.

¹⁸³ Dr. Hugo Sinzheimer, geb. 1875, Professor, Abgeordneter der SPD in der Nationalversammlung, Spezialist für Probleme des Arbeitsrechts.

rigkeiten sind beim Marine-Etat zu erwarten. Zwischendurch haben die Verhandlungen im Haushalts-Ausschuß über die Notverordnung begonnen. Schließlich wird alles zu einer einzigen großen Entscheidung zusammenwachsen, d. h. ob alles dies im Rahmen einer neuen Notverordnung in Kraft gesetzt werden soll. Einstweilen denkt Reichskanzler Brüning daran, diese Entscheidung noch vor dem 3. Dezember vorzunehmen. Aber Sicheres kann man noch nicht sagen.

Schwierig, sehr schwierig ist noch die Frage des Agrarprogramms; die Landwirte und Minister Schiele drängen sehr auf gesonderte und sofortige Erledigung in einer Notverordnung. Gestern abend hierüber Besprechung beim Herrn Reichspräsidenten mit Reichskanzler und Ernährungsminister. Herr von Hindenburg ist sehr ruhig und drängt nicht. Er sieht durchaus ein, daß Brüning sehen muß, seine verschiedenen „Bonbons“ *zusammen* auszuteilen, damit das *Ganze* gerettet wird.

Die Preissenkungsaktion ist in ein neues Stadium getreten. Im letzten Communiqué hatte ich das Wort vom „Kabinettsausschuß“ gewählt, der gebildet worden sei, um die Arbeit zusammenzufassen. Nun verspricht man sich goldene Berge von unserer Aktion. Heute tagte zum ersten Mal dieser Ausschuß bei uns in der Reichskanzlei, zusammen mit Reichsbankpräsident Luther und [dem preußischen] Handelsminister Schreiber¹⁸⁴. Hoffentlich kommen wir zu leidlichen Ergebnissen. Ich habe fast Angst vor der großen Reklame.

Freitag, den 14. November 1930

Heute mittag in der Reichskanzlei großes Frühstück zu Ehren des Luxemburger Staatsministers Bech¹⁸⁵, des dortigen Landtagspräsidenten, eines Oberkammerherrn und des hiesigen Geschäftsträgers. Feine gebildete Menschen, die verschiedene wirtschaftliche Dinge hier zu regeln hatten. Näheres bei meinen Dienstakten¹⁸⁶. Gar mancher würde mich um solche Dinge, Empfänge usw., beneiden. Mir macht es nur Arbeit und raubt mir einen Mittag. Meine wichtigste dienstliche Arbeit war heute die Verlautbarung des Kabinettsausschusses für Preisfragen. Ich glaube, sie ist meinem Ministerialrat Feßler und mir gut geraten. Bin gespannt auf die Wirkung.

Sonnabend, den 15. November 1930

Heute hatten Reichskanzler Brüning und ich eine über zwei Stunden dauernde politische Aussprache mit den drei sozialdemokratischen Unterhändlern Müller, Hilferding und Hertz¹⁸⁷. Es handelte sich selbstredend um die eben beginnende

¹⁸⁴ Dr. Walter Schreiber, geb. 1884, Jurist und liberaler Politiker, seit 1919 bzw. 1921 Mitglied der preußischen Landesversammlung bzw. des Landtages (DDP), seit 1925 preußischer Minister für Handel und Gewerbe.

¹⁸⁵ Josef Bech, Jurist, Staatsminister und Präsident der luxemburgischen Regierung seit 1926.

¹⁸⁶ Bei dem Besuche Bechs ging es hauptsächlich um Fragen der Besteuerung und Veräußerung des Großherzoglich-Luxemburgischen Fideikommißbesitzes in Deutschland. Akten Reichskanzlei, Bd 86.

¹⁸⁷ Dr. Paul Hertz, geb. 1888, sozialdemokratischer Politiker, Mitglied des Reichstages seit 1920, Sekretär der SPD-Fraktion.

Beratung der Notverordnung und die demnächstige Beratung des Wirtschafts- und Finanzplanes im Reichstag. Die Verhandlungen verliefen an sich sehr harmonisch. Nur sind noch sehr viel Schwierigkeiten. Ich betonte, daß es zweckmäßig wäre, die entscheidenden Punkte der Notverordnung zu den entsprechenden Punkten des Wirtschafts- und Finanzplanes zusammen beraten zu lassen. Ich nehme an, daß es so wohl auch laufen wird. Daß alles zu Ende des Jahres fertig sein soll, wollte namentlich Herrn Dr. Hertz noch nicht recht einleuchten. Gestern hat sich Ministerpräsident Braun dem Kanzler gegenüber vernünftiger und entgegenkommender geäußert. Wenn wir bloß mit ihm zu tun hätten, würden wir alles mit Art. 48 machen können¹⁸⁸. Große Schwierigkeiten macht auch die Frage der agrarischen Maßnahmen, da die Landwirtschaft diese Regelung nach wie vor absolut vorweg genommen sehen will. Heute nachmittag sprach ich hierüber mit Minister Schiele; Dienstag werden wir den Reichslandbund empfangen müssen. Mit dem Kanzler sprach ich heute auch über die allerletzten Möglichkeiten, wo die Verfassungstreue in einer Linie wie ein spitzes Kirchendach verläuft. Wenn der Reichstag unsere etwaigen neuen Notverordnungen aufheben sollte, was dann? Auflösung aber mit neuem Wahlrecht auf Grund einer weiteren Notverordnung und vielleicht auch Hinausschiebung des Wahltermins. *Ich* bin ziemlich soweit, aber der Reichskanzler – ich muß das hier ihm zu Ehren festhalten – noch nicht. Er würde, glaube ich, lieber vorher doch zurücktreten. Aber wir werden klarer sehen, wenn in *einer* Woche der Reichsrat den ganzen Wirtschafts- und Finanzplan verabschiedet hat.

Mittwoch, den 19. November 1930

Heute ist gesetzlicher Feiertag, Bußtag. Fast hätte heute den ganzen Tag der Reichsrat getagt; so blieb er schließlich aber doch frei. Nur heute nachmittag war eine Veranstaltung, an der ich teilgenommen habe: Allerseelen-Gedenkfeier der Katholischen Aktion im Sportpalast. Sehr feierlich und würdig, erfreulicherweise ganz besetzt. Ich war mit Reichskanzler Brüning hingegangen. Erich Klausener gibt sich wirklich mit großem Erfolg redliche Mühe mit unserer Sache. In der Politik geht einstweilen noch alles recht glatt. Der Reichsrat hat vorgestern den Haushaltsplan 1931 nebst den Gesetzentwürfen über die Realsteuersenkung und die Wohnungsgesetze angenommen. Die preußischen Anti-Marine-Anträge¹⁸⁹ wurden abgelehnt. Jetzt steht nur noch das Steuervereinfachungsgesetz und der Finanzausgleich aus, deren Generaldebatte auch bereits stattgefunden hat, Fortsetzung und

¹⁸⁸ Vgl. oben S. 65.

¹⁸⁹ Dem Reichsetat 1931 war ein Schiffsbauersatzplan der Reichsmarine beigelegt, wonach das Panzerschiff A (Ersatz Preußen) bis 1932 fertig werden sollte (Gesamtkosten 75 Millionen RM); das Panzerschiff B (Ersatz Lothringen) sollte 1931 auf der Marine-Werft begonnen und 1934 fertiggestellt werden (Gesamtkosten 73 Millionen RM). Für 1931 war außerdem die Fertigstellung des Kreuzers Leipzig, für 1932 der Baubeginn des Panzerschiffes C (Ersatz Braunschweig) vorgesehen. Die Anträge der preußischen Regierung im Reichsrat betrafen drastische Kürzungen dieser Marinepositionen im Wehretat. Sie wurden am 17. November mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller abgelehnt.

Schluß nächste Woche bis Donnerstag. *Diesen* Donnerstag, also morgen, ist Voll-sitzung über all die anderen bisher in den Ausschüssen erledigten Gesetze.

Wir werden die Gelegenheit benutzen, um auch etwas Außenpolitisches zu sagen. Die letzte Rede von Tardieu¹⁹⁰ bedarf dringend der Erwiderung, wenn auch zu berücksichtigen ist, daß seine Rede nach Mitternacht und unmittelbar vor einer sehr unsicheren Kammer-Abstimmung gehalten wurde. Die Idee, für diese Entgeg-nung das morgige Plenum des Reichsrats zu benutzen, stammt von mir, auf die Brüning und Curtius sehr gern eingingen. Wir haben gestern den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held eine entsprechende Bitte äußern lassen. Morgen vor-mittag beginnt nun auch endgültig die Beratung der Notverordnung aus dem Som-mer; es schien geraten, bis morgen den Haushaltsausschuß mit dieser Arbeit zu verschonen. Nun aber geht es los. Ich habe die Kollegen Joel¹⁹¹ und Zweigert¹⁹² dazugebeten, da vor allem zunächst staatsrechtliche Fragen zur Sprache kommen. Gestern abend war sehr geheim Generaldirektor Vögler¹⁹³ beim Kanzler. Er hat mir als einzigem hinterher den Verlauf des Gespräches erzählt: acht der ersten Bank- und Industriegrößten aus ganz Deutschland hätten gestern acht Stunden lang mit Herrn Hugenberg zusammengesessen, um ihm die ungeheure Schwere der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage auseinanderzusetzen. Wenn weitere Kündi-gungen ausländischer Kredite erfolgten, sei die völlige Pleite da. Sie müßten daher Hugenberg dringendst ersuchen, unter allen Umständen das Kabinett Brüning zu unterstützen, das auf dem richtigen Wege sei. Er, Vögler, schlage daher vor, Herrn Hugenberg zu bestellen zu einer Rücksprache, zu der er bereit sei. Brüning hat das zugesagt, Hugenberg soll Donnerstag abend kommen. Er sagte aber gleich, daß er die preußische Koalition ihm nicht gleich als Opfer bringen könne. Brüning und ich besprachen dann gestern abend zusammen noch ganz vertraulich die möglichen Entwicklungen, wobei wir uns gegenseitig strengstes Stillschweigen versprochen. Viel-leicht käme dann ein Ermächtigungsgesetz von Sozialdemokraten bis Deutschna-tionalen mit verfassungsändernder Mehrheit zusammen, gegen das dann nur Kom-munisten und Nationalsozialisten stimmen würden¹⁹⁴! Der Inhalt dieser Ermäch-

¹⁹⁰ Kurze Hinweise auf den Inhalt dieser Rede (vom 19. Oktober) geben Schulthess' Europ. Gesch. Kal. 1930, S. 313f., und J. Curtius, a. a. O. (vgl. Anm. 5), S. 176.

¹⁹¹ Dr. Carl Walter Joel, geb. 1865, seit 1908 in wichtigen Positionen des Reichsjustiz-amtes, 1920 Unterstaatssekretär, seit 1922 Staatssekretär im Reichsjustizministerium. 1931 Justizminister im 2. Kabinett Brüning.

¹⁹² Erich Zweigert, seit 1923 Staatssekretär und Vertreter des Ministers im Reichsinnen-ministerium.

¹⁹³ Dr. Albert Vögler, geb. 1877, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, seit 1916 auch Präsident des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute. 1919–1924 Mitglied der National-versammlung bzw. des Reichstages (Deutsche Volkspartei).

¹⁹⁴ Die Besprechung Brüning-Hugenberg kam allerdings erst am 26. November zustande. Angesichts der Absicht des Kanzlers, den Gedanken eines Ermächtigungsgesetzes von SPD bis DNVP (zunächst unverbindlich) zu erörtern, glaubte Hugenberg offensichtlich, daß Brüning „mit seiner Politik nunmehr endgültig festsetze und absolut auf die deutschnationale Zu-stimmung und Bedingungen angewiesen sei“. Die unnachgiebige Haltung Brünings in der Frage der preußischen Koalition führte schließlich zu der Feststellung Hugenbergs, „daß die

tigung würde dann der mittlerweile vom Reichsrat verabschiedete Wirtschafts- und Finanzplan sein. Außerordentlich bedeutsame Fragen und Entwicklungen, in denen wir augenblicklich stehen.

Die agrarischen Fragen sind auch noch nicht gelöst. Morgen soll nun endlich der Reichslandbund empfangen werden. Um noch etwas Zeit zu gewinnen, habe ich vorgeschlagen, noch den Reichsrat in einer vertraulichen Sitzung einzuschalten.

Donnerstag, den 20. November 1930

Schnell eine Bleistiftnotiz: Heute großer Erfolg. Schlußsitzung im Reichsrat mit Annahme des Wirtschaftsplanes. Spät abends bei von Kardorff.

Sonntag, den 23. November 1930

Daß der Abschluß der Reichsratsdebatte am Donnerstag abend für die Regierung ein sehr großer Erfolg war, wird fast nirgends bestritten. Die politischen Erörterungen, wie die Sache nun im Reichstag gehen soll, haben natürlich gleich begonnen. Zu morgen, Montag, habe ich die Sozialdemokraten durch den früheren Reichskanzler Müller gebeten. Die Sozialdemokraten sind, unter Führung des letzteren, augenblicklich sehr verständig. Sie wissen natürlich, daß beim Scheitern des Kabinetts Brüning im Reiche das Fallbeil über die preußische Koalition sofort herabfällt. Die Verhandlungen im Haushaltsausschuß plätschern langsam weiter, ohne daß bisher ein erwähnenswerter Schaden eingetreten wäre. In etwa einer Woche werden wir endgültig klar sehen, ob nicht *noch vor* dem Zusammentritt des Reichstages am 3. Dezember der ganze Wirtschafts- und Finanzplan im Wege einer neuen Notverordnung in Kraft gesetzt werden muß und wird. Herr Reichspräsident von Hindenburg macht dies mit, wenn Brüning es ihm vorschlagen sollte.

Gestern morgen haben wir lieben Besuch auf dem Anhalter Bahnhof abgeholt, den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen¹⁹⁵. Letzterer ist der Doyen der europäischen Regierungschefs, seit über zehn Jahren führt er die Geschicke seines Landes. Die Ungarn sind prächtige Leute, ich habe ihre Führung schon oft auf den internationalen Konferenzen beobachten können¹⁹⁶.

Gestern abend gab der Reichskanzler den hohen Gästen im altherwürdigen Kongreßsaal der Reichskanzlei ein Festmahl zu 75 Gedecken, nur Herren. Einfach, aber in sehr würdiger Form. Wir saßen nachher im kleinen Kreise mit dem Reichskanzler noch lange und sehr gemütlich zusammen.

Am heutigen Sonntag haben Magda und ich Exzellenz Groener und seiner jungen Frau Gegenbesuch gemacht. Der neue Ehegatte ist gestern 63 Jahre alt geworden, die man ihm allerdings nicht ansieht; seit fünf Jahren war er Witwer.

deutsch-nationale Opposition nunmehr in noch verstärkterer Form in Erscheinung treten müsse“. Signierter Durchschlag einer Aufzeichnung Pünders vom 26. November 1930 im Nachlaß, Bd 136.

¹⁹⁵ István (Stephan) Graf Bethlen, geb. 1874, seit 1921 ungarischer Ministerpräsident.

¹⁹⁶ Der Durchschlag einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes über die Besprechung mit Bethlen vom 22. November 1930 befindet sich im Nachlaß Schleicher, Bd 27/I (Bundesarchiv Koblenz).

Freitag, den 28. November 1930

Unsere Entscheidung steht jetzt unmittelbar bevor. Ich stehe in außerordentlich ereignisreichen Tagen, schrecklich viel Arbeit. Ich habe die feste Überzeugung, daß es in wenigen Tagen zur neuen Notverordnung kommt. Sie wird dreierlei enthalten: Gewisse Änderungen der alten Verordnung hinsichtlich Bürgersteuer, Krankenschein, Arbeitslosenversicherung, sodann die agrarischen Maßnahmen und den Wirtschafts- und Finanzplan ohne den Etat 1931. Der Reichskanzler und ich haben die ganze Woche hindurch dauernd mit Parteiführern verhandelt, so insbesondere auch mit den Sozialdemokraten¹⁹⁷. Letztere sind nach wie vor recht verständig, aber immerhin ist die Sache doch so, daß eine Erledigung auf dem herkömmlichen Wege unmöglich erscheint. In kleinem Kreise der Staatssekretäre erörterten wir heute die Pläne von Herrn Poetzsch-Heffter¹⁹⁸. Ministerpräsident Braun hat gestern eine vielbeachtete Rede gehalten, in der er ganz deutlich auf die einzige Möglichkeit der Notverordnung hingewiesen hat.

Dienstag, den 2. Dezember 1930

Die Würfel sind gefallen! Gestern abend, gegen 8 Uhr, hat Herr Reichspräsident von Hindenburg unsere Notverordnung unterzeichnet. Als er in unserer Gegenwart seinen Namen schrieb, sagte er zunächst bedächtig: „Der Herrgott im Himmel möge seinen Segen dazu geben“, und fügte beim letzten Schnörkel aber noch hinzu: „Der Teufel soll aber alle holen, die dagegen anstinken!“

Die letzten Entwicklungen waren folgende: Der Umschwung war so um die Wende vom vergangenen Freitag zum Sonnabend erfolgt. Ab Sonnabend bereiteten wir die einzelnen Teile der Notverordnung vor, eine Besprechung jagte die andere. Die entscheidende Kabinettsitzung hatten wir für Sonntag nachmittag angesetzt. Sie dauerte von 4 Uhr nachmittags bis 3 Uhr nachts! Dazwischen ein bescheidener Imbiß wie üblich in der Reichskanzlei. Schwierigkeiten gab es eigentlich gar nicht, bis auf die Agrarwünsche des Herrn Ministers Schiele, der plötzlich allerlei neue Dinge reinmogeln wollte, was natürlich abgelehnt wurde. Am gestrigen Montag wurde die Notverordnung auf Grund der Kabinettsbeschlüsse formell zusammengestellt; diese Arbeit leistete mustergültig mein Kollege Zweigert als zuständiger Staatssekretär des Reichsministeriums des Innern, mit Unterstützung meiner Mitarbeiter von Hagenow und Vogels. Die fleißigen Leute haben in dieser Nacht wieder bis 3 Uhr nachts gearbeitet. Der Erfolg besteht aber auch darin, daß das

¹⁹⁷ Die genannten Veränderungen der alten Notverordnung erfolgten im wesentlichen in der Form, wie sie seitens der sozialdemokratischen Gesprächspartner Breitscheid, Hertz und Hilferding erbeten worden waren. Durchschlag einer Aktennotiz Pünders vom 29. November 1930 im Nachlaß, Bd 136.

¹⁹⁸ Dr. Fritz Poetzsch-Heffter, geb. 1881, sächsischer Ministerialdirektor und stellvertretender Bevollmächtigter zum Reichsrat. – Die „Pläne“ Poetzsch-Heffters bezogen sich auf eine sog. „Deflationsgesetzgebung“ und standen in Zusammenhang mit dem von der Reichsregierung geplanten Ausgabensenkungsgesetz. Schreiben des Staatssekretärs Zweigert an Pünder vom 26. November 1930, Akten Reichskanzlei, Bd 1870.

90 Seiten starke Gesetzgebungsbuch bereits heute früh dem Reichspräsidenten zur Verteilung im Reichstag vorlag! Eine geradezu bewundernswerte Leistung unserer so viel geschmähten Bürokratie. Am gestrigen Tage saß dann Reichskanzler Brüning noch einer Reichsratssitzung vor, wo er die Länder über die Kabinettsbeschlüsse orientierte. Schwierigkeiten gab es noch erheblich mit den Bayern, die vier Mann hoch bei uns antraten: Ministerpräsident Held, Parteiführer Schäffer¹⁹⁹, Prälat Leicht und Reichsminister Schätzel. Sie wollten noch gegen die Steuervereinfachungsbestimmungen Sturm laufen und drohten mit politischen Schwierigkeiten²⁰⁰, was aber auf Brüning, Dietrich, Zarden und mich, die wir die Gegenseite vertraten, keinerlei Eindruck machte. Geändert wurde nichts mehr.

Nachmittags 5 Uhr fand dann der Vortrag des Reichskanzlers beim Herrn Reichspräsidenten statt, der sehr glatt und friedlich verlief. Fortsetzung siehe oben!

Heute morgen erschien der bisher erkrankte Justizminister Bredt wieder bei uns. Die Behandlung seines Rücktrittsgesuches ist aber noch zweifelhaft. Vielleicht gelingt es, noch die Fassade zu wahren²⁰¹. Auch Minister Schiele schrieb dem Reichskanzler wieder einen Brief, wo er mit Rücktrittsabsichten drohte. Ich antwortete in einem Brief an Herrn Heukamp, meinen Kollegen im Ernährungsministerium²⁰². Beinahe hätte es gestern auch noch Schwierigkeiten mit Herrn Schätzel gegeben. Wenn die Öffentlichkeit wüßte, wie bröckelig in Wirklichkeit die Fassade dieses Kabinetts ist! Drei Minister nur halb bei der Sache. Aber wir bemühen uns, die Fassade in Ordnung zu halten. Das ist die Hauptsache. Hinter dieser Fassade entwickelt sich die alles beherrschende Energie des Reichskanzlers Brüning, der seit langer Zeit wieder mal ein leitender Staatsmann in des Wortes edelster Bedeutung ist.

Noch eine wichtige Begebenheit muß ich eintragen: Am vergangenen Mittwoch besprachen sich Reichskanzler Brüning, meine Wenigkeit, Ministerpräsident Braun und Zentrumsführer Dr. Heß über die politische Lage. Braun gab sehr beruhigende

¹⁹⁹ Dr. Fritz Schäffer, geb. 1888, Politiker der Bayerischen Volkspartei, seit 1920 Mitglied des bayerischen Landtages, seit 1929 Vorsitzender der BVP, seit 1931 Staatsrat und Leiter des bayerischen Finanzministeriums (bis 1933).

²⁰⁰ Die bayerische Staatsregierung hat acht Wochen später, am 30. Januar 1931, wegen der Aufnahme des sog. Steuervereinfachungsgesetzes in die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 Klage beim Staatsgerichtshof in Leipzig erhoben. Sie sah darin einen Eingriff in die Lebensrechte der Länder, zumal – nach ihrer Auffassung – „dieses Gesetz durch die Zeitverhältnisse und die Finanz- und Wirtschaftsnot des Deutschen Reiches in keiner Weise veranlaßt war“. Akten Reichskanzlei, Bd 2226.

²⁰¹ Die Wirtschaftspartei, welcher Bredt angehörte, erlebte seit Anfang November erneute innere Auseinandersetzungen und hatte „ihren“ Minister veranlaßt, dem Kabinett endgültig den Rücken zu kehren. Vgl. dazu eine Formulierung aus dem Beschluß des Reichsausschusses dieser Partei: „Die Ereignisse der letzten Zeit bewiesen aber, daß die Reichsregierung Brüning ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versucht.“ Augsburger Postzeitung vom 26. November 1930.

²⁰² Entwurf im Nachlaß Pünder, Bd 134. In diesem Schreiben wird allerdings mehr die Plötzlichkeit der wie „Feuerüberfälle“ wirkenden, im Kabinett zu später Nachtstunde vortragenen neuen agrarpolitischen Anträge (vgl. oben S. 77) in aller Freundschaftlichkeit gerügt.

Erklärungen ab. Näheres darüber habe ich in einer amtlichen Aufzeichnung niedergelegt. Danach war eigentlich die Entscheidung klar: Notverordnung²⁰³.

Donnerstag, den 4. Dezember 1930

Heute war der zweite Tag der großen politischen Aussprache im Reichstag. Bisher gestern und heute sehr ruhig, beinahe langweilig. Eingeleitet gestern durch eine große Etatrede des Finanzministers. Brüning wollte heute während der Debatte reden. Es war aber nicht nötig, vielleicht morgen. Die politischen Schwierigkeiten haben sich jedoch als erheblicher herausgestellt als zuerst angenommen. Die Wirtschaftspartei und die Landvolkpartei stimmen ziemlich sicher gegen die Regierung, wie allerdings anzunehmen war. Aber auch bei den Christlich-Nationalen und der Bayerischen Volkspartei ist noch nicht alles glatt. Mit letzterer hatten wir heute wieder mal eine lange Besprechung über das Steuervereinfachungsgesetz, anscheinend mit Erfolg. Auf wie lange? Jetzt kommen die Gastwirte und wollen wieder Brötchen in den Gastwirtschaften feihalten dürfen, sonst machen sie nicht mit usw. An sich ist geplant, daß bis Sonnabend der ganze Spuk vorbei ist. Zeitlich wird es wohl sicher geraten, hoffentlich auch mit dem Erfolg, der nötig. Das Gegenteil wäre geradezu grauenhaft. Über die möglichen Folgen sprach ich heute ganz vertraulich mit Exzellenz Groener unter vier Augen. Reichstagsauflösung und *Nichtwiederwahl*? Groener ist dafür und sagt, nur Reichskanzler Brüning könne das machen. Reichspräsident von Hindenburg werde sicher mitmachen. General von Hammerstein²⁰⁴ sei für alle Fälle ein ganz vortrefflicher Inhaber der vollziehenden Gewalt. Nicht zuletzt deswegen habe er ihn auch gerade ausgesucht, besser als General von Stülpnagel²⁰⁵, was ich durchaus bestätigen muß. Hoffentlich bleiben aber solche Gespräche Theorie. Einstweilen hoffe ich auf den Erfolg. Spitz gerechnet sind für die Regierung 307 Abgeordnete und 270 dagegen. Auf beiden Seiten werden einige fehlen, so daß ich immerhin mit einer geringen, aber doch recht sicheren Mehrheit von 25 bis 35 Stimmen rechne.

Montag, den 8. Dezember 1930

In vorstehender Prophezeiung habe ich recht behalten. Vorgestern, Sonnabend, hat die Regierung im Reichstag gesiegt, und zwar bei der entscheidenden Abstimmung mit einer Mehrheit von 38 Stimmen. Die Größe der Mehrheit ist diesmal – wie ich dauernd betone – an sich ganz gleichgültig. Denn wir wollen ja gar

²⁰³ Laut Aktennotiz vom selben Tage (Nachlaß Pünder, Bd 136) fand die Besprechung mit Braun und Heß am *Sonnabend*, den 29. November, statt.

²⁰⁴ Kurt Frhr. von Hammerstein-Equord, geb. 1878, General der Infanterie, aus dem Generalstab hervorgegangen, 1929 Chef des Truppenamtes, seit 1. Dezember 1930 Chef der Heeresleitung.

²⁰⁵ Joachim von Stülpnagel (vgl. Anm. 90). Stülpnagel hatte ursprünglich – auch in den Augen Groeners – als designierter Nachfolger des Generalobersten Heye im Amt des Chefs der Heeresleitung gegolten. Die schließliche Ernennung Hammersteins ging zum größten Teil auf das Betreiben Schleichers zurück.

nicht mit dem arbeitsunfähigen Reichstag arbeiten, sondern verlangen nur, daß er der Regierung nicht in den Arm fällt. Ob er nun letzteres mit viel oder wenig Stimmen ablehnt, ist gleichgültig.

Der Sieg ist eine große Erleichterung und seelische Entspannung. Aber wie es so ist! Wenn eine solche Spannung überwunden ist, dann wird von ihr nicht mehr gesprochen, sondern neue Schwierigkeiten stehen sofort wieder im Vordergrund. Diese sind diesmal allerdings reichlich vorhanden. Der Reichstag ist nämlich noch nicht vertagt. Vorgestern habe ich mich dafür bemüht, vor allem in Gesprächen mit dem früheren Reichskanzler Müller, sich für eine sofortige Vertagung bis Anfang Februar einzusetzen. Das wäre zweifellos für unsere ganze Wirtschaft das Beste gewesen. Es war aber nicht zu erreichen. Nun droht infolgedessen ab Mittwoch dieser Woche eine ganz große außenpolitische Debatte mit allen möglichen Wechselfällen.

Hierzu zähle ich vor allem ein sicher zu erwartendes Mißtrauensvotum gegen Minister Curtius. So wie die Stimmung im Reichstag ist, ist seine Annahme nicht ganz unwahrscheinlich. Was kommt dann? Sicher der Rücktritt des Ministers Curtius, vielleicht auch der des ganzen Kabinetts. Brüning würde dann natürlich wieder neu betraut, aber neue Erschütterungen wären sicher die Folge. Heute besuchte mich der General von Schleicher, um mit mir die möglichen Entwicklungen zu besprechen: Reichskanzler Brüning zugleich Außenminister und Wehrminister Groener (anstelle des nach seiner Meinung gleichfalls überfälligen Ministers Wirth) zugleich Innenminister. Selbst wenn jetzt diese Personalschwierigkeiten überwunden werden, im neuen Jahr, spätestens Anfang Februar, sind sie akut. *Wenn* die beiden Minister ausscheiden müssen, wäre mir die vorgenannte Lösung die sympathischste²⁰⁶. Das Problem der Nationalsozialisten spielt dabei natürlich auch hinein. Am Sonnabend besprachen ganz geheim Reichskanzler Brüning, Staatssekretär Meißner, Prälat Kaas und ich diese Dinge.

Zu gestern abend hatten wir den Herrn Reichskanzler, Herrn Prälaten Kreuz, den Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes, Herrn Professor Muckermann²⁰⁷ und nahe Verwandte eingeladen. Es war wunderbar! Eine einfache gemütliche Gastfreundschaft und eine außerordentlich hochstehende Unterhaltung. Kreuz und Muckermann sind ja sozusagen die Verkörperung zweier Weltanschauungen im gleichen katholischen Lager. Kreuz tritt für die Schwachen und Kranken ein, während Muckermann als der moderne Apostel der Eugenik und Rassenkunde das übertrieben findet und für starke Förderung der erbgesunden Familien eintritt. Herrliche Synthesen brachten wir zusammen. Brüning äußerst interessiert und entspannt.

²⁰⁶ Bekanntlich ist diese von Schleicher schon jetzt vorgeschlagene Ressortverteilung ein knappes Jahr später bei der Bildung des zweiten Kabinetts Brüning Anfang Oktober 1931 tatsächlich verwirklicht worden.

²⁰⁷ Dr. Hermann Muckermann, geb. 1877, katholischer Priester und Professor am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem.

Sonntag, den 14. Dezember 1930

In dieser vergangenen Woche ist schließlich doch wieder alles nach Wunsch gegangen. Vorgestern Freitag nachmittag hat sich der Reichstag auf unseren Wunsch, den man aber nicht zu deutlich aussprechen durfte, vertagt, und zwar auf den weiten – von uns erbetenen – Termin vom 3. Februar 1931. Am Dienstag abend war die gefährliche Geschäftsordnungsdebatte, wo darüber entschieden wurde, ob noch eine außenpolitische Debatte sein sollte. Auch diese Anträge wurden abgelehnt, damit auch die Mißtrauensanträge gegen die Minister Curtius, Wirth und Treviranus einstweilen illusorisch gemacht. Mit diesem Reichstag ist eben nur so zu arbeiten, daß die Regierung mit Art. 48 arbeitet, dann die verfassungsmäßige Debatte über Aufhebungsmöglichkeit stattfindet, und nach deren Erledigung das hohe Haus wieder verschwinden muß. Ich möchte es nicht für unmöglich halten, daß auf diese Weise noch eine längere Zeit regiert werden kann. Ähnlich schrieb auch gestern der Vorwärts in bemerkenswerter Weise. Aber Anfang Februar wird es gewiß sehr hoch hergehen. Ich habe das feste Empfinden, daß dann zum mindesten das Kabinett umgebildet werden müßte. Doch ein Kabinett Brüning muß es bleiben, da der gegenwärtige Reichskanzler wohl unstreitig augenblicklich und in der nächsten Zukunft der wohl einzig mögliche Reichskanzler ist und sein wird.

Vor einigen Tagen sah ich mit Magda die Regierungsaufführung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ an. Erschütternd und doch wahr. Trotzdem bin ich letzten Endes doch auch für Verbot des Filmes. Denn Ruhe und Ordnung würden durch seine Aufführungen gestört, außerdem soll in Amerika ein längerer Film laufen, in dem sich angeblich deutschhetzerische Teile befinden. Einige Teile in ihrer starken Hervorhebung wirken entgegen der Wirklichkeit geradezu typisierend und erwecken dadurch einseitige Eindrücke. Jetzt ist er verboten, und das Feuer der Erregung muß erst ausbrennen.

Jetzt steht uns noch eine sehr arbeitsreiche Woche vor Weihnachten bevor, da viele Arbeit durch den blöden Reichstag liegen geblieben ist: Abrüstung²⁰⁸, Preissenkung und viele Kabinettsachen.

Donnerstag, den 18. Dezember 1930

Nur wenige Zeilen! Unser Gesandter Rauscher in Warschau ist heute nacht gestorben. An Kehlkopfkrebs oder -tuberkulose. Ich habe ihn gut gekannt. Ich werde ihm die Treue bewahren. Eine umstrittene Persönlichkeit wegen seiner Polenpolitik und als November-Sozialist.

²⁰⁸ Im Bereiche des „Abrüstungs“-Problems stand damals der gerade zustandegekommene sog. „Abkommens-“ oder „Konventions-Entwurf“ der Vorbereitenden Abrüstungskommission im Vordergrund der Betrachtung und – Kritik. Die Reichsregierung hatte dem Entwurf, der auf der großen Genfer Abrüstungskonferenz von 1932 beraten werden sollte, vor allem deswegen ihre Zustimmung versagt, weil der Artikel 53 ausdrücklich die weitere Gültigkeit der Versailler Entwaffnungsbestimmungen als Bestandteil allgemeiner Abrüstungsbestrebungen guthieß und damit die deutsche Forderung nach gleicher Behandlung aller beteiligten Staaten von vornherein nicht anerkannte.

In der französischen Kammer ist das neue Kabinett Steeg mit einer Mehrheit von nur 7 Stimmen soeben zum Siege gekommen! Heute wichtige Besprechung mit Reichsgerichtspräsident Bumke wegen Beilegung des Polizeikonfliktes mit Thüringen²⁰⁹. Diese letzten Tage vor Weihnachten sind gräßlich. Ich komme bald nicht mehr durch. Jeder will noch schnell seine Sachen erledigen.

Sonntag, den 21. Dezember 1930

Die Besprechungen mit Reichsgerichtspräsident Bumke sind zunächst zu einem guten Ende geführt worden. Zweigert und ich haben einen Vergleichsvorschlag gemacht, der mit ganz kleinen Abänderungen von Thüringen angenommen worden ist. Hatte dieserhalb mit Herrn Bumke abermals ein langes Telefongespräch aus Weimar. Wir haben dann verabredet, daß morgen, Montag, 12 Uhr mittags der Vergleich formell zum Abschluß gebracht werden soll, im Reichsgerichtsgebäude. Zum ersten Mal, daß ich das Reichsgericht besuche, und zwar in solcher Mission! Die Unterhändler des Reiches sind Wirth, Zweigert und ich. Die Beilegung ist deshalb so wichtig, weil das Reich den Prozeß wahrscheinlich verlieren würde und damit die Nationalsozialisten einen Stempel für ihre Legalität erhalten hätten, und zwar vom höchsten Gericht Deutschlands. Der Prozeß war wirklich eine Torheit erster Klasse²¹⁰.

In diesen Blättern muß ich festhalten, daß ab morgen die Reichskanzlei im neuen Dienstgebäude nebenan ihre Arbeit verrichten wird. Eine offizielle Feier möchten der Reichskanzler und ich nicht veranstalten wegen der Not der Zeit. Vielleicht gelegentlich der 60-Jahr-Feier des Reiches am 18. Januar 1931. Zunächst werde ich zwischen den Feiertagen eine Presseführung veranstalten.

Gestern abend war ich sehr gemütlich und ganz privat mit Minister Treviranus und Köpke bei Herrn und Frau Gesandten Exzellenz Frank²¹¹ eingeladen; hinterher habe

²⁰⁹ Neben anderen Streitpunkten, die seit 1929 zwischen Thüringen und dem Reich bestanden, hatte im Mai 1930 Reichsinnenminister Wirth die Berufung von Nationalsozialisten auf führende Posten der thüringischen Polizei durch Innenminister Frick zum Anlaß genommen, die Reichszuschüsse für Polizeizwecke an Thüringen zu sperren. Das Reich und auch die meisten Länder vertraten die Ansicht, daß die NSDAP verfassungsfeindlich sei und daß die Ernennungen den Grundsätzen für die Gewährung dieser Reichszuschüsse zuwiderliefen. Bemühungen der thüringischen Staatsregierung um eine einstweilige Verfügung des Staatsgerichtshofes waren erfolglos geblieben.

²¹⁰ Aus dem Vergleichsvorschlag vom 22. Dezember 1930: „. . . Die Parteien sind sich darüber einig, daß die Frage, ob und inwieweit die NSDAP umstürzlerische oder sonst strafbare Ziele verfolgt, im Rahmen des gegenwärtigen Verfahrens nicht ausgetragen werden kann und soll . . . Die Parteien gehen davon aus, daß die grundsätzliche Frage demnächst in einem anderen vor dem Reichsgericht schwebenden Verfahren einer Klärung zugeführt werden wird. Das Reich hebt die Sperrung der Polizeizuschüsse auf; die bisher einbehaltenen Beträge werden nachgezahlt. Das Land Thüringen nimmt seinen Antrag vor dem Staatsgerichtshof zurück . . . und erkennt wiederholt die Verpflichtung an, dafür Sorge zu tragen, daß der unpolitische Charakter der Schutzpolizei als Ganzes wie auch das unpolitische Verhalten des einzelnen Beamten im Dienst unbedingt gewährleistet wird . . .“ Akten Reichskanzlei, Bd 2316.

²¹¹ Dr. Felix Frank, geb. 1876, Jurist und Politiker, 1922–1924 österreichischer Vizekanzler, seit 1925 a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister der Republik Österreich in Berlin.

ich noch bis $\frac{1}{2}$ Uhr nachts in meinem alten Dienstzimmer gearbeitet und dann dort Abschied genommen. Etwas wehmütig! Ab 1. Januar wird nun dort Herr Minister Treviranus als [Leiter der] Oststelle einziehen.

Mittwoch, den 24. Dezember 1930

Vorgestern war ich in Leipzig im Reichsgericht. An der Vergleichssitzung nahmen teil Reichsgerichtspräsident Bumke als Vorsitzender, von uns: Reichsminister Wirth, Staatssekretär Zweigert mit Ministerialdirektor Menzel und ich, von Thüringen: der leitende Staatsminister Baum²¹² mit meinem Regimentskameraden Ministerialrat Guyet, der in Weimar Leiter der Polizeiabteilung ist. Zeitweilig stand alles etwas kritisch, nachher einigten wir uns aber doch auf den Vergleichsvorschlag Bumkes, den in Wirklichkeit Zweigert und ich vorher entworfen hatten! Schwierigkeiten machte noch eine Personalfrage wegen der schwebenden Disziplinarverfahren, wo sich Herr Menzel und sein Mitarbeiter Häntzschel²¹³ auch nachher noch wieder mal unglaublich benommen haben. Die Einzelheiten sind so ärgerlich, daß ich sie gar nicht mal niederschreiben will.

Gestern und heute waren dann noch sehr betriebsame Tage, besonders erschwert dadurch, daß wir gerade in das neue Gebäude eingezogen sind; es macht sich aber langsam alles und gut. Der Bau ist auch technisch ganz großartig konstruiert. Heute führte ich Herrn Dr. Osborn und meinen Vorgänger Kempner durch die Räume, die beide begeistert waren.

Reichskanzler Brüning dankte mir reizend für alle ihm im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und sprach die freudige Hoffnung auf ebensolche Zusammenarbeit im neuen Jahre aus, das zweifellos sehr schwer werden wird. Zunächst wird Herr Brüning einige Tage nach Badenweiler fahren und bald darauf für eine Woche in den deutschen Osten. An sich wäre ich gern mitgefahren, ich bin aber sehr ruhebedürftig und ganz froh, dann hoffentlich etwas ruhige Tage zu haben.

Montag, den 29. Dezember 1930

Reiches harmonisches Weihnachtsfest, in Gesundheit und Frohsinn verlebt im Kreise der engeren und weiteren Familie. Gestern abend spät ist Brüning für eine Woche nach Badenweiler auf Urlaub gefahren. Vielleicht habe ich jetzt bald mal etwas Ruhe. Ich kann sie dringend brauchen. Ich bin recht herunter. Heute morgen bei Sanitätsrat Skutsch großes Unglück durch Entzünden eines Benzinfünkchens. Ich fast wie durch ein Wunder völlig unversehrt geblieben. Magda und ich haben dem armen Sanitätsrat mächtig geholfen; ohne uns lebte er wahrscheinlich nicht mehr. Brachten ihn ins Stubenrauch-Krankenhaus, wo er jetzt liegt. In der Presse schon große Aufregung dieserhalb.

²¹² Erwin Baum, geb. 1868, Landwirt und Agrarpolitiker, Mitglied der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei. Seit 1920 Mitglied des thüringischen Landtags, seit Januar 1930 thüringischer Staatsminister.

²¹³ Dr. Kurt Häntzschel, geb. 1889, Verwaltungsjurist, seit 1929 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung I A (für Politik) im Reichsinnenministerium.

Dienstag, den 30. Dezember 1930

Heute ein schöner Erfolg! Großer Empfang der Presse in der neuen Reichskanzlei durch mich. Das Echo daraufhin durchweg ganz ausgezeichnet. Nachmittags Rundfunkreportage von Dr. Osborn im Neubau. Hierbei sprach auch ich erstmalig im Rundfunk. Wie ich hörte, mit bestem Erfolg. Herrn Dr. Skutsch scheint es trotz schwerer Brandwunden leidlich zu gehen.

Mittwoch, den 31. Dezember 1930

Eigentlich habe ich heute nicht viel mitzuteilen. Aber ich habe eben nachgelesen, daß und was ich heute vor einem Jahr am Silvesterabend niedergeschrieben habe, und sehe daraus, daß an solchen Zeitabschnitten auch die Mitteilung zunächst belanglos scheinender Vorkommnisse hinterher lesenswert erscheint. Darum! Gottlob habe ich ich seit drei Tagen etwas Ruhe, zumal mein verehrter Chef in Badenweiler weilt. Täglich telefoniere ich mit ihm; heute sandte ich ihm ein Telegramm namens der Reichskanzlei. Die Wünsche kamen mir und allen Angehörigen der Reichskanzlei diesem Manne gegenüber wirklich vom Herzen. Der gestrige Tag mit der Führung der Presse durch die neue Reichskanzlei und nachmittags mein Rundfunkdebut war offensichtlich ein schöner Erfolg. Das Echo der Presse zum Neubau ist durchweg sehr gut, entgegen allen miesmachenden Angstmachern. Heute morgen empfing ich den neuen russischen Botschafter Chintschuk²¹⁴. Ich habe ihn jetzt schon mehrfach gesprochen. Er gefällt mir recht gut, besser als sein undurchsichtiger Vorgänger. Er ist offenbar ein treuer Anhänger der deutsch-russischen Zusammenarbeit. In diesem seinem Ziel geht er offensichtlich weiter als wir hier oder jedenfalls ich. Durch die ganze Presse geht noch die Nachricht von unserem wenig schönen Erlebnis in der Sprechstunde beim armen Dr. Skutsch. In vielen Zeitungen wird – mir unangenehm – fast über Gebühr mein Lob gesungen, während doch meine Frau auch ihre sehr großen Verdienste hatte. Dem guten Doktor soll es leidlich gehen. Ich habe heute meinen schwarzen Rock der Versicherungsgesellschaft übergeben, da auch er Brandlöcher davongetragen hat. Vielleicht bekomme ich 30 Mk dafür.

Heute abend halten wir uns ganz ruhig und gemütlich zu Hause auf. Ich habe einen kräftigen leckeren Punsch gebraut, mit dem wir auf das neue Jahr anstoßen. Jetzt – um 10 Uhr abends – sitze ich allein hier in meinem Amtszimmer und schreibe diese Zeilen nieder. Morgen früh ist die übliche Neujahrs-Gratulation beim Herrn Reichspräsidenten. Auf Wiedersehen, altes Jahr 1930. Ich danke Gott, daß er unsere liebe Familie in diesem schlimmen Jahr gnädig behütet hat, und erhoffe und erbitte von ihm schon jetzt ein Gleiches für das neue Jahr 1931.

Donnerstag, den 1. Januar 1931

Noch gestern abend schrieb ich in diesem Tagebuch. Welch kurze Spanne und doch welch scharfe Zäsur, gestern noch „1930“ und jetzt schon das neue Jahr, dem

²¹⁴ Leo Chintschuk, geb. 1868, seit dem Studium in der russischen revolutionären Arbeiterbewegung tätig, 1917 Vorsitzender des Moskauer Sowjets, danach in verschiedenen hohen Staatsstellungen, 1930 Botschafter der USSR in Berlin.

man allgemein mit Sorge entgegenseht! Was mag es uns wirtschaftlich und politisch bringen? Vielleicht die große politische Konferenz der internationalen Regierungschefs in Amerika, an der wir so insgeheim arbeiten. Hoffentlich kommt es so, wie Friedrich der Große einstmals sagte: Nicht so gut, wie die Optimisten erhoffen, aber auch nicht so schlecht, wie die Pessimisten befürchten.

Heute morgen der übliche feierliche Neujahrsempfang bei Reichspräsident von Hindenburg, den ich nun schon manches Jahr mitgemacht habe. In Frack und Orden. Der alte Herr unverändert in Frische und Form. Nach dem Wechsel der Reden das übliche Abschreiten der Front der Minister und Staatssekretäre. Bei dem einen sagt er was, bei dem anderen nicht. Meine Hand hält er besonders lange und sagt: „Ich danke Ihnen auch sehr herzlich für die kleine Schrift über Ihren Neubau. Das hat mich sehr interessiert, ich hab's schon ganz gelesen und komme mir nächstens mal alles ansehen!“ Als der Rundgang beendet war, machte der alte Herr wieder seinen ganz inoffiziellen persönlichen Schlußsatz, indem er etwa sagte: „Ich danke Ihnen allen in diesem Jahre besonders für Ihre wertvolle Mitarbeit und nun, wie immer alle zusammen, weiter mit Gott vorwärts, dann wird's schon werden. Nochmals Prost Neujahr, guten Morgen, meine Herren!“ Nachher in der Reichskanzlei noch schnell einige Korrespondenz und namentlich Glückwünsche erledigt, vorher in der Clemenskirche.

Freitag, den 9. Januar 1931

Am 3. 1. war Reichskanzler Brüning vorübergehend hier, vom Urlaub in Badenweiler kommend und am Sonntag zur großen Ostreise weiterfahrend. Letztere habe ich nicht mitgemacht, da ich mich unbedingt mal etwas schonen muß. Statt meiner fuhr – strahlend – Herr Feßler²¹⁵ mit. Eine strapaziöse Reise. Ich wollte eigentlich nur einige Nachmittagsstunden im Büro verbringen, aber ganz so schön wurde es nicht. Doch immerhin! Gestern erste Kabinettsitzung im neuen Hause. Wieder eine Notverordnung, um dem Kohlenstreik an der Ruhr ein Ende zu machen, und heute vom Reichspräsidenten bereits unterzeichnet. Die Unterschrift des Reichskanzlers wurde im Salonwagen zwischen Schneidemühl und Küstrin eingeholt – moderne Zeiten!

Dienstag, den 13. Januar 1931

Auf Grund der Notverordnung ist der Schiedsspruch im Ruhrgebiet mittlerweile ergangen und bereits für verbindlich erklärt. 6% Lohnkürzung ist das Ergebnis, das von der Öffentlichkeit völlig ruhig angenommen wurde. Man sieht auch hier wieder, wenn energisch zugegriffen wird, fügt sich das Volk, das sehen will, daß regiert wird. Der Reichskanzler ist mit Begleitung inzwischen von der Ostreise zurückgekehrt²¹⁶. Brüning ist erkältet und sehr erschöpft wiedergekommen. Heute

²¹⁵ Ministerialrat Dr. Feßler gehörte als Referent der Reichskanzlei an.

²¹⁶ Die „Ostreise“ führte Brüning und Treviranus nach Ostpommern, Ostpreußen und Schlesien. Eine Zusammenfassung der „Feststellungen, die getroffen, und Anträge, die gestellt wurden“ vom 21. Januar 1931 befindet sich in Abschrift bei den Pünder-Papieren, Bd 111.

mußte er mit Grippe im Bett bleiben, was natürlich alle unsere Dispositionen über den Haufen wirft. Gestern abend hatten wir noch ein nettes einfaches Diner bei ihm zu 13 Gedecken, außer dem Gastgeber die Minister Dietrich, Groener und Curtius, die Staatssekretäre Meißner, von Bülow und ich, die Generäle und Admirale von Hammerstein, Raeder²¹⁷ und von Schleicher, und von der Reichskanzlei noch von Hagenow und Planck und Reichsbankpräsident Luther. Eine sehr interessante Aussprache hinterher im Gartensaal über die militärische und außenpolitische Lage und die Reparationen. Heute hatten wir nachmittags 120 Teegäste in der neuen Reichskanzlei: Minister, Staatssekretäre, Ministerialdirektoren und -dirigenten und die entsprechenden Offiziere. Nachher führte ich die Gäste durch die neuen Räume; alles fand großen Anklang.

Der arme Herr Dr. med. Skutsch ist gestorben! Am Sonnabend. Ich kann gar nicht sagen, wie mich dieser Tod zermartert. Oft – meist natürlich nachts – denke ich darüber nach, ob ich auch alles zu seiner Rettung getan hatte. Ich habe aber ein völlig gutes Gewissen, meine Frau auch. Aber daß ich die traurige Veranlassung dieses Todes war, ist mir ein schrecklicher Gedanke. Heute wurde er begraben, Beteiligung war dankend verboten, aber wir beide haben uns der armen Witwe doch besonders angenommen. 31 Jahre lang Hausarzt der Familie!

Sonntag, den 18. Januar 1931

Es ist gleich Mitternacht. Aber doch noch schnell einige wenige Worte über den heutigen denkwürdigen Tag: 60-jähriger Erinnerungstag an die Reichsgründung in Versailles 1871. Gestern abend haben meine Frau und ich in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ und auch in Hindenburgs Buch die Daten uns nochmals genau vorgelesen. Heute waren wir beide zusammen auf der herrlichen Feier im Reichstag. Ich auf der Regierungsbank, die Damen in der Reichsratsloge. Oben in der Hauptloge der Herr Reichspräsident, der damals als Leutnant die Feier in Versailles mitgemacht hat. Noch nie war mir so eigentümlich zu Mute, wie von dieser für uns schon lange verklungenen Epoche noch dieser Zeuge fast wie ein Mythos in unsere Tage hineinragt. Geheimrat Kahl, gleichfalls Zeuge von 1871, hielt eine herrliche Festrede. Nachher das übliche militärische Schauspiel vor dem Reichstag.

Nachmittags Eisenbahnspiel mit den Kindern. Diese Gegensätze!

Sonnabend, den 24. Januar 1931

Gestern abend das alljährliche große zivile Spitzenessen beim Reichspräsidenten. Wie immer sehr feierlich, nicht üppig, aber natürlich mit der erforderlichen Repräsentation. Der Reichspräsident sehr frisch. Sonst ist gesellschaftlich nicht viel los, das Wenige sage ich meist sogar noch ab, so daß ich möglichst jeden Abend

²¹⁷ Dr. h. c. Erich Raeder, geb. 1876, Admiral, 1925 Chef der Marinestation der Ostsee, seit 1928 Chef der Marineleitung im Reichswehrministerium. Raeder behielt diese Stellung (seit 1935: Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) auch im Dritten Reich bis 1943 bei. Für den Werdegang in der Republik vgl. den ersten Band seines Erinnerungswerkes: Mein Leben, Tübingen 1956.

gemütlich zu Hause sitze. Ich kann es auch gut brauchen. Ich bin gesundheitlich noch nicht ganz in Ordnung und nach wie vor recht erschöpft. Und dabei wird die Arbeit eigentlich immer noch mehr. Bald beginnt der Reichstag, am 3. Februar. Vor mehreren Tagen habe ich den Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei im Haushaltsausschuß vertreten, öfters habe ich reden müssen. Mit gutem Erfolg, der Etat ist unverändert angenommen worden. Im Vordergrund unserer jetzigen Erörterungen stehen Osthilfe, Reparationsproblem, usw. Alles ungewöhnlich bedeutungsvoll. Gestern sprach ich telefonisch mit Präsident Schacht, der ein gefährlicher Gegner ist und augenblicklich ganz falsch und schlecht liegt. Nächste Woche müssen der Reichskanzler und ich ihn einmal zu einer Teestunde empfangen.

Montag, den 16. Februar 1931

Wieder ist eine Anzahl Wochen vergangen ohne einen Strich im Tagebuch, und wieder ist leider der Grund der, daß nicht nichts, sondern umgekehrt viel passiert ist und ich gerade dadurch nicht zum Niederschreiben gekommen bin. Der Wert dieses Buches wird dadurch natürlich sehr beeinträchtigt. Ich will es aber doch nicht aufgeben, da es trotz allem den Grundriß meiner Arbeit darstellt.

Der Reichstag hat am 3. d. M. begonnen. Die erste große Frage war, ob der Reichskanzler eine politische Rede halten und damit die Etatberatungen beginnen sollte. Er war dagegen, ich mit Entschiedenheit dafür. Dank unserem ganz reizenden Verhältnis hatte ich bei den Vorverhandlungen durchaus das Gefühl, im Endeffekt seine Zustimmung zu erhalten. So legte ich ihn im Ältestenrat durch die Zusage der Reichsregierung auf eine solche Einführungsrede fest. „Zur Strafe“ übernahm ich es deshalb auch, ihm diese Rede auszuarbeiten. Dies führte zwar zu einer großen inneren Befriedigung, aber welche Last und Verantwortung für mich! Während mehrere Tage vorher in den Zeitungen stand, der Reichskanzler verhandele fortgesetzt mit den Parteiführern über den Entwurf seiner Rede, war das nicht nur nicht richtig, sondern ich wußte leider zu genau, daß er wegen Arbeitsüberlastung meinen Entwurf bis zum Abend vorher überhaupt noch nicht durchgelesen hatte! Dann aber widmete er sich der Sache, schlief morgens etwas länger, ging dann durch den Garten und überlegte und memorierte. Der Erfolg war am frühen Nachmittag eine freie Rede im Plenum des Reichstages, die sich aber im ganzen Aufbau, *allen* Gedanken und teilweise wortwörtlich eng meinem Konzept, das er dauernd vor sich hatte, anschloß. Diese Rede am 5. 2. 1931 war ein *riesiger* Erfolg für ihn²¹⁸. Einzelheiten brauchte ich nicht niederzuschreiben, da ich die Rede in meiner Sammelmappe aufgehoben habe. Sie gipfelte im Endeffekt in dem Verlangen an den Reichstag auf parlamentarische Erledigung des Etats 1931. Dies war notwendig wegen des Vertrauens des Auslandes in die Solidität unserer politischen Verhältnisse und damit vor allem wegen der Kredit hingabe. Der parlamentarische Erfolg blieb dann auch nicht aus: in Gestalt einer großen Mehrheit für den Etat des Reichskanzlers, von den Sozialdemokraten bis zum Landvolk einschließlich. Der zweite Schlag, an dem ich stark beteiligt gewesen bin,

²¹⁸ Grundzüge der Rede bei C. Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Jahresband 1931, Berlin 1932, S. 49 ff.

war die Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages, mit dem Ziel, trotz der starken radikalen Opposition rechts und links ein parlamentarisches Arbeiten des Reichstages zu ermöglichen. Wochen vorher hatten wir drei Staatssekretäre, Joel, Zweigert und ich, mit je einem Referenten auf Grund meiner Einladung den Entwurf hierzu ausgearbeitet. Als dann alles soweit war, luden wir den Reichstagspräsidenten Löbe und die vorgenannten Parteien in die Reichskanzlei in den neuen Ländersitzungssaal, wo die Sache dann festgemacht wurde. Wenige Tage darauf wurden in einer furchterlichen Nachtsitzung bis nach 3 Uhr morgens die Anträge trotz stärkster Obstruktionsversuche im Reichstag durchgebracht²¹⁹.

Die Antwort erhielten wir im Reichstag am vorigen Dienstag, als der mittlerweile berühmt gewordene Exodus der Nationalsozialisten und Deutschnationalen erfolgte. Großer Theater-Donner! Mancher freute sich der Tatsache. Richtig ist, daß jetzt tatsächlich ein ruhiges Arbeiten des Reichstages begann. Ich hatte trotzdem gleich Sorgen. Denn die Sozialdemokraten, die an sich gern die Regierung Brüning, der Not gehorchend, unterstützen möchten, bilden jetzt ganz gegen ihren Willen eine rote Abwehrfront mit *Mehrheit* im Reichstag, die ihnen und uns noch unangenehm werden kann, zumal wegen Wehretat und Agrarfragen. Es besteht aber doch die Hoffnung, daß in einigen Tagen die Deutschnationalen zurückkehren. Jedenfalls sagte mir vorgestern der deutschnationale Kammerherr von Oldenburg: „Lassen Sie mal erst die Karnevalstage vorbei sein, dann sehen die Dinge schon anders aus!“

Mitterweile haben wir im Kabinett schwere und gute Arbeit geleistet. Am vergangenen Sonnabend haben wir nach undenklichen Schwierigkeiten die neuen Osthilfegesetze verabschiedet, und zwar in Übereinstimmung mit Landwirtschaft und Industrie einerseits und dem Preußischen Staatsministerium andererseits. Sehr staatsmännisch hat sich mal wieder Ministerpräsident Braun gezeigt, der im Interesse der Stützung des Kabinetts Brüning manche unbequemen Vorschläge mitmachte²²⁰. Unsere preußischen *nicht*-sozialdemokratischen Minister und Vertreter waren über dieses Entgegenkommen ihres Chefs nicht immer glücklich, aber es hilft ihnen alles nichts.

Ferner haben wir nach langwierigen Verhandlungen mit der „Grünen Front“ und weiteren Vorarbeiten mit dem Reichsernährungsministerium jetzt die Agrarvorlagen ausgearbeitet, die morgen erstmalig im Kabinett beraten werden. Heute

²¹⁹ Wortlaut des Antrages bei C. Horkenbach, ebenda, S. 47. Über den Verlauf der Sitzung vom 9. Februar 1931 ebenda, S. 53.

²²⁰ Am 26. Januar hatten Besprechungen der beteiligten Reichs- und preußischen Minister mit den „stimmberechtigten Mitgliedern der Generallandschaftsdirektion der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg i. Pr.“ stattgefunden, am 6. Februar auch eine Unterredung zwischen dem Industriellen Dr. Paul Silverberg und Ministerpräsident Braun. Sie erbrachte „völlige Übereinstimmung auf der mit dem Herrn Reichskanzler vereinbarten Linie“ (Pünder-Nachlaß, Bd 111 bzw. 112). Die Zuziehung Silverbergs erfolgte, weil nach dessen Plan die „Bank für deutsche Industrieobligationen“ (Industriebank) der ostdeutschen Landwirtschaft eine großzügige Kreditgewährung sicherstellen sollte. Zur Orientierung und Vorgeschichte vgl. E. Topf, Die grüne Front, Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933, S. 257 ff.; ferner H. Graf von Borcke-Stargardt, Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik, Würzburg 1957, S. 40 ff.

nachmittag hatte ich mit Minister Schiele auf dessen Wunsch noch über letzte Punkte eine Vorbesprechung; ich hoffe und glaube, daß wir zu einer vollen Einigung im Kabinett kommen.

Während der Abwesenheit der Rechtsopposition rollte im Reichstag der außenpolitische Film ab, der gleichfalls eine Mehrheit – wenn auch eine geringere – für Minister Curtius brachte. Dort wurde auch über die Reparationspolitik gesprochen, die allmählich in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen und politischen Erörterungen rückt. Die Behelfe des Youngplanes sind nicht viel wert, deshalb soll man sie nicht anwenden, aber trotzdem sie als Kugeln in der Flinte oder als Pappschwert in der Metallscheide politisch auswerten. Eine schwierige Sache! Am Mittwoch mittag findet in Gestalt eines Frühstücks endlich die Zusammenkunft zwischen Brüning und Schacht statt, die ich vermittelte habe und an der ich natürlich teilnehme²²¹. Wirtschaftlich sieht es augenblicklich noch nicht die Spur besser aus, aber immerhin sind die kurzfristig geliehenen ausländischen Kapitalien von mehreren Milliarden Mark, die meist nur bis zum 5. 2. verlängert waren, jetzt durchweg um mehrere weitere Monate verlängert.

Am Sonntag voriger Woche war große Verlobungsfeier meines Schwagers Leo Statz²²² in Düsseldorf im Elternhause. Alles ist harmonisch verlaufen, das Brautpaar wird gewiß sehr glücklich. Ich mußte Montagabend wieder umfahren, in derselben Nacht, in der im Reichstag die Geschäftsordnungsdebatte stattfand. In den letzten Tagen habe ich über Langeweile nicht zu klagen gehabt. Nur heute war ich zu Hause, wo ich die Niederschrift fertige. Sonst war ich abends leider immer und mittags manchmal eingeladen. Vor einigen Abenden war das große Reichspräsidentendiner beim Doyen des Diplomatischen Korps, Nuntius Orsenigo²²³. Immer eine sehr feierliche Veranstaltung, woran teilzunehmen seit langen Jahren für mich eine große Ehre bedeutet. Dann war ich noch bei Staatssekretär Weismann, Vogels und gestern bei Geheimrat Wangemann in der Alsenstraße. Morgen abend beim holländischen Gesandten Graf Limburg²²⁴.

Freitag, den 20. Februar 1931

Gestern abend waren wir Gäste bei Herrn und Frau Gesandten Köster²²⁵ in deren entzückender Wohnung in der Nähe des Reichskanzlerplatzes im Westen. Ein kleiner Kreis, sehr nett und gemütlich. Ich führte die Hausfrau. Jetzt ist mit den Gesellschaften gottlob aber mal Schluß, nächste Woche nur noch ein einfaches Zusammensein bei Zweigerts.

²²¹ Vgl. dazu auch H. Schacht, a. a. O. (vgl. Anm. 28), S. 349.

²²² Fabrikdirektor Leo Statz gehörte im Dritten Reich der Widerstandsbewegung an, wurde vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und enthauptet.

²²³ Dr. Cesare Orsenigo, geb. 1873, Monsignore, Erzbischof von Ptolemais, seit April 1930 Apostolischer Nuntius beim Deutschen Reich in Berlin.

²²⁴ Dr. John Graf Limburg-Stirum, geb. 1873, Berufsdiplomate und vormals Generalgouverneur von Niederländisch-Indien. Seit 1925 niederländischer Gesandter in Berlin.

²²⁵ Dr. Roland Köster, geb. 1883, Ministerialdirektor, 1929 Gesandter in Oslo, 1930 als Leiter der Abteilung I ins Auswärtige Amt berufen.

Politisch hat sich nicht viel geändert. Gestern hatte ich eine wichtige und vertrauliche Besprechung mit dem Reichstagspräsidenten Löbe. Ich machte ihm schmackhaft, die zweite Lesung des Etats bis zum 8. März zu erledigen und dann für die zweite Märzwoche noch die dritte Lesung des Etats, die Agrarvorlagen und das Osthilfegesetz vorzusehen. Löbe ist noch nicht ganz so weit, daß man den Reichstag nur so knapp beschäftigen solle. Ich hoffe aber trotzdem, daß wir ihn über das Frühjahr und den Sommer vertagen können.

Augenblicklich stehen wir im Zeichen der Kabinettsberatungen über die Agrarvorlagen. Heute sollte Fortsetzung sein, was aber nicht möglich war, da Reichskanzler Brüning leider bettlägerig wurde. Morgen ist er aber wieder so weit. In der Reichskanzlei hatten wir eine wichtige *und lehrreiche* Besprechung mit dem Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften unter Leitung des früheren Reichsministers Hermes²²⁶. Wir müssen eben sehen, daß, wenn durch Zölle und ähnliche Maßnahmen der Landwirtschaft höhere Ertragsätze beschafft werden, gleichzeitig der arme Konsument in der Stadt nicht höhere Preise zahlen muß. Das bedeutet Zusammenbringen der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Konsumvereinen und ähnliche schwierige Fragen.

Mittwoch, den 25. Februar 1931

Es ist wieder allerlei passiert. Tagelang haben wir im Kabinett beraten, vorgestern sind wir am späten Abend zu einem guten Ende gekommen. Darauf hat gestern Minister Schiele seine große Etatrede im Reichstag halten können. Es war mehrfach nahe daran, daß eine Kabinettskrise durch eventuellen Austritt von Stegerwald die Folge gewesen wäre, – natürlich untragbar. Brüning sagte mir mit Recht, Wirth und von Guérard könnte er beide ohne jeden politischen Mißklang austreten lassen, nicht aber Stegerwald. Gottlob, daß alles erledigt ist.

Wegen der gesamtpolitischen Lage habe ich mit meinem früheren verehrten Chef, Reichskanzler a. D. Müller, engen Kontakt. Er schrieb mir vor einigen Tagen einen persönlichen Brief, worin er um eine nochmalige Aussprache im engsten Kreise bat. Ich arrangierte dann beim Herrn Reichskanzler ein kleines Abendessen für vorgestern abend, an dem außer dem Reichskanzler der Vizekanzler Dietrich, Exzellenz Groener, Arbeitsminister Stegerwald, General von Schleicher und ich von der Regierung, und die Abgeordneten Müller, Breitscheid, Hilferding, Hertz und Aufhäuser²²⁷ von der Sozialdemokratischen Partei teilnahmen. Es war eine sehr bedeutungsvolle Abendveranstaltung, zunächst ein einfaches Abendessen und dann Politik.

Exzellenz Groener verteidigte meisterhaft seinen Etat, in einer Rede, wie ich sie

²²⁶ Dr. Andreas Hermes, geb. 1878, Volkswirt und Agrarpolitiker, Vizepräsident der internationalen Agrarkommission in Paris. 1920–1922 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1922–1923 Reichsfinanzminister. Vgl. auch die Biographie von F. Reichardt, Andreas Hermes, Neuwied 1953.

²²⁷ Siegfried Aufhäuser, geb. 1884, sozialdemokratischer Politiker und Vorsitzender des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes, Mitglied des Reichstages seit 1921.

eigentlich noch nie von ihm gehört habe. Die Sozialdemokraten sind natürlich in einer sehr üblen Lage. Sie haben *ganz gegen ihren Willen* mit den Kommunisten zusammen mit insgesamt 220 Abgeordneten die Mehrheit gegenüber allen anderen Parteien nach dem Exodus der Rechten mit 206 Stimmen. Die Sozialdemokraten müssen daher, wenn kein großes Malheur passieren soll, manche Sache nächstens mitmachen, die ihnen sehr unbehaglich ist, so z. B. Panzerschiff B, dessen Streichung sie absolut an diesem Abend forderten. Brüning hat ihnen dieses aber strikt abgelehnt, und mit dieser Sachlage werden sich die Sozialdemokraten jetzt in Fraktionsitzungen dieser Tage befassen müssen.

Der große Staatsbesuch bei der österreichischen Regierung in Wien steht bevor. Reichskanzler Brüning, der eigentlich mit sollte, möchte nicht recht und kann tatsächlich auch nicht gut abkommen. Deshalb besteht die Delegation seitens der Regierung nur aus dem Außenminister Curtius und meiner Wenigkeit als Vertreter des Reichskanzlers, und einigen weiteren Beamten des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei. Am kommenden Montagabend fahren wir ab, für drei Tage. *Sehr* gern fahre ich nicht mit, da ich mich eigentlich für unabkömmlich halte, immerhin ist es mal wieder eine kleine Abwechslung.

Montag, den 9. März 1931

Eine ereignisreiche Woche liegt hinter mir. Heute vor acht Tagen verließ ich mit großen Sorgen im Reichstag eine intime Besprechung, die Reichskanzler Brüning, Dietrich und ich mit den sozialdemokratischen Führern Müller, Breitscheid, Hilferding, Wels und Hertz hatten. Eigentlich konnte ich garnicht weg; der Reichskanzler erwog, ob ich nicht bereits am nächsten Tage auf telegraphischen Ruf seinerseits zurückkehren sollte. Große Schwierigkeiten wegen der parlamentarischen Erledigung des Etats durch die Sozialdemokraten, die absolut ein äußeres Zeichen eigenen Erfolges einheimsen möchten. Wir können ihnen immer nur wieder sagen: wir verlangen alles und versprechen nichts! Fast nur Unpopuläres wird gefordert gegen die gewisse Sicherheit, daß dann in einem anderen Kriege Deutschland insgesamt leidlich gerüstet dastehe. Mit großen Sorgen fuhr ich also weg nach Wien.

Auf dem Anhalter Bahnhof der übliche Abschiedszauber. Nun begann der dreitägige Aufenthalt im vergoldeten Käfig, der von außen so herrlich aussieht, und dem ich so gern und so oft als einfacher Hermann Pünder entspringen möchte! Delegation: Curtius, Pünder, Ritter²²⁸, Kaufmann, v. Heeren²²⁹, Planck und Adjutant Reinebeck. Der dreitägige Aufenthalt wird mir unvergessen bleiben: der Empfang am folgenden Morgen auf dem Bahnhof, das herrliche altertümliche Hotel Imperial, in dessen Zimmer mich sogar der Altbundeskanzler Schober brachte, die offiziellen Besuche, der Beginn der politischen Gespräche, Empfang und Frühstück beim Bundesprä-

²²⁸ Dr. Karl Ritter, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt und besonderer Beauftragter für Wirtschafts- und Reparationsfragen.

²²⁹ Viktor von Heeren, Vortragender Legationsrat in der Abteilung II des Auswärtigen Amtes und Referent für Süd- und Südosteuropa.

sidenten Miklas²³⁰, das altherwürdige Staatsarchiv mit den unvergänglichen Urkunden, nachmittags Fortsetzung der politischen Gespräche, abends Diner beim Bundeskanzler Dr. Ender²³¹ mit anschließendem Empfang, auf dem ich famose Typen der Wiener Gesellschaft kennenlernte, Künstler, Offiziere, hohe Geistliche usw. Am zweiten Tage der Ausflug nach Kreuzenstein als Gäste vom Grafen Wilczek, abends Galaoper mit anschließendem Souper im Foyer. Am dritten Tage vormittags Schluß der politischen Besprechungen und anschließend ein Empfang von Presse, Handelskammer, Konsularakademie, Bünden und Deutschen Vereinen. Um 6 Uhr nachmittags Abfahrt, voller Dankbarkeit gegen die Gastgeber, die in Bundeskanzler Ender und Vizekanzler Schober zum Bahnhof kamen, aber todmüde und froh, nun einmal nicht mehr schwätzen zu brauchen.

Für mich als einzigen, der auch vor drei Jahren den Staatsbesuch mit Marx und Stresemann mitgemacht hatte, insofern ein großer Unterschied, als das Gefühl der österreichischen Herzlichkeit noch erheblich größer war als damals. Das gemeinsame politische Ziel ist jetzt ein sehr großes, nicht ein nebelhafter „Anschluß“, sondern eine solide Zollunion²³². Am kommenden Sonnabend werden wir darüber im Kabinett berichten. Am Freitag früh auf dem Anhalter Bahnhof wieder großer amtlicher Auftrieb.

Gleich an diesem Freitagnachmittag, kaum nach Berlin zurückgekehrt, hatte ich dem Reichskanzler wieder eine sehr wichtige Besprechung arrangiert. Zum Frühjahr brauchen wir mindestens eine halbe Milliarde Kredite. Die Reichsbank vermittelt sie nur dann, wenn energische weitere Maßnahmen der Reichsregierung

²³⁰ Dr. Wilhelm Miklas, geb. 1872, österreichischer Politiker (Christlich-Soziale Volkspartei), seit 1928 österreichischer Bundespräsident.

²³¹ Dr. Otto Ender, geb. 1875, christlich-sozialer Politiker, 1918 Landeshauptmann von Vorarlberg, seit 1930 österreichischer Bundeskanzler.

²³² Im Dezember 1930 hatte die neue österreichische Regierung Ender in Berlin mitteilen lassen, die bereits früher eingeleiteten Fühlungnahmen wegen einer deutsch-österreichischen Zollunion (J. Curtius, Bemühung um Österreich, Das Scheitern des Zollunionsplanes von 1931, Heidelberg 1947, S. 23 ff.) möchten doch bald zum Abschluß gebracht werden (J. Curtius, Sechs Jahre Minister, S. 189). Die auf streng geheimer Basis geführten Verhandlungen setzten sofort ein. Mitte Januar 1931 trafen sich der österreichische Außenminister Schober und Curtius in Genf und vereinbarten zur Vorbereitung der Zollunion „eine Zusammenkunft der Regierungschefs bzw. der Außenminister“. In einer Aufzeichnung Bülowes vom 17. Januar 1931 heißt es, daß „für die diplomatische Behandlung der Zollunionsfrage der Augenblick noch nicht opportun sei“, und weiter: „Herr Curtius hat bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß nicht Deutschland die anderen Mächte, etwa Frankreich, zuerst unterrichten könne, um nicht den Anschein zu erwecken, daß die Anschlußfrage aufgeworfen werden solle. Die Initiative müsse daher von Österreich ausgehen. Es würde sich empfehlen, die Aktion in den Rahmen Paneuropas zu stellen. Da bei den paneuropäischen Verhandlungen Schober zuerst den Gedanken regionaler Zusammenschlüsse ausgesprochen habe, sei es nur natürlich, wenn er unter Ausführung dieser allseits gebilligten Gedanken den beteiligten Mächten Mitteilung mache, Herr Schober hat sich diesem Standpunkt angeschlossen . . .“, Original der Aufzeichnung mit Paraphe Brünnings im Nachlaß Pünder, Bd 58. Zur Vorgeschichte des Zollunionsprojektes vgl. jetzt die erstmals auf Grund deutscher Akten gefertigte Arbeit von F. G. Stambrook, The German-Austrian customs union project of 1931, A study of German methods and motives, in: J. Centr. Europ. Aff. 21 (1961/62), S. 15-44.

hinsichtlich Sanierung und Ersparnis sichtbar werden. Darüber keine Einigungsmöglichkeit, deshalb Besprechung in meinem Zimmer im Reichstag: Reichskanzler mit Pünder, Dietrich mit Schäffer und Krosigk²³³, Luther mit Dreyse. Der Reichskanzler formulierte abschließend, daß er keineswegs gegen solche weiteren Sparmaßnahmen sei, sie aber nur verantworten könne bei *gleichzeitiger* Inangriffnahme der Reparationsreform. Großes ängstliches Erstaunen bei Luther und Schäffer! Aber auch sie schienen doch schließlich einzusehen, daß es so nicht weiter geht. Immer weiter drosseln, ohne Reparationsreform, das zerreißt unser armes Volk völlig. Außerdem ist aber diese Inangriffnahme auch rein tatsächlich absolut notwendig. Als Ersparnismaßnahmen kommen voraussichtlich nur weitere Gehaltssenkungen in Frage. Alles das geht aber erst, wenn der Reichstag sich vertagt hat. Wir haben also für diese Dinge etwa Ende April, Anfang Mai in Aussicht genommen. Nähere Überlegungen alsbald noch in dieser Woche nach Rückkehr Luthers aus Basel. Ich habe diese Freitagbesprechung deshalb so genau festgehalten, da sie vielleicht noch einmal von historischer Bedeutung gewesen sein wird. Ich bin in ihrem Ergebnis sehr beteiligt und billige es in vollem Maße. Es war am 6. März 1931.

Am folgenden Sonnabend berichteten Reichsaußenminister Curtius und ich eingehend dem Reichskanzler über Wien, was durch die Zeitungen bekanntgegeben wurde. Am Schluß orientierten Brüning und ich den Außenminister über unsere Reparationspläne vom Tage vorher. Dieser war sehr überrascht, aber völlig einverstanden. Am Sonnabend abend reizende Freundesfestlichkeit im eigenen Hause in Lichterfelde, sechzehn Gäste. Die vorletzte Festlichkeit im alten Hause, in einer Woche sind wir in der Reichskanzlei! Es ist zum Schwermütigwerden.

Mittwoch, den 1. April 1931

Wieder sind drei Wochen ins Land gegangen, wie immer bei längerem Schweigen sehr ereignisreiche Tage. Heute will ich die Feder wieder aufnehmen, heute an meinem Geburtstage. 43 Jahre. Viel liebe Glückwünsche, vor allem der Familie, Gedichtchen der Kinder, Kuchen und Blumen von den Mädchen. Reichskanzler eigens im Cut in meinem Arbeitszimmer. Hagenow, Bürodirektor, Referenten usw. Gestern abend eine kleine Familienfeier erstmalig im neuen Heim in der Reichskanzlei! Vor zehn Tagen sind wir umgezogen, schrecklicher Brassel. Fiel uns allen sehr schwer, unser Winfried wollte am ersten Abend „nach Hause“! Jetzt fühlen wir uns aber schon sehr wohl. Es ist alles herrlich, bloß schwer und teuer zu bewirtschaften.

Reichskanzler Müller, mein früherer verehrter Chef, ist gestorben. Nach kurzer Krankheit am alten Leiden, nachdem erste Operateure Heilung in einer erneuten Operation gesucht hatten. Fast königliches Leichenbegängnis. Von der Reichskanzlei aus schloß sich die Reichsregierung, Reichsrat und Diplomatisches Korps an, bis zum Reichstag. Die Beisetzung fand am vergangenen Donnerstag just an dem-

²³³ Lutz Graf Schwerin von Krosigk, geb. 1887, Verwaltungsjurist, 1924 Ministerialrat, seit 1929 Ministerialdirektor und Leiter der Etatsabteilung im Reichsfinanzministerium. K. wurde 1932 Reichsminister der Finanzen in den Kabinetten Papen und Schleicher. Diese Stellung behielt er auch unter Hitler bis 1945 bei.

selben Tage statt, an dem der Reichstag die letzte Abstimmung vornahm und sich dann bis zum 13. Oktober vertagte. Als Müller einige Tage vorher operiert wurde, war dies der Tag, an dem der Reichstag das Panzerschiff B annahm! All dies wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht Müller in staatsmännischer Weise seine Partei geführt hätte. Ein wahrer Jammer, daß dieser Mann so früh dahingehen mußte. Mir ist sein Tod auch sehr nahe gegangen.

Innenpolitisch haben wir überhaupt eine Periode größter Erfolge hinter uns. Der ganzen Öffentlichkeit im In- und Ausland ist gezeigt worden, daß diese Regierung auch diesem Parlament ihren Willen aufzwingen kann. Was fast noch nie gelungen ist, ist diesmal gelungen: der Etat ist pünktlich vor dem 1. April verabschiedet worden. Daneben noch Ostgesetze und Agrar-Ermächtigungsgesetz. Und dann der „freie“ Entschluß des Reichstages auf eigene Vertagung bis zum 13. Oktober! All das hat zweifellos zur Beruhigung unserer politischen Verhältnisse beigetragen.

Hinzukommt, daß es bei den Nationalsozialisten bedenklich anfängt zu rumoren. In Thüringen ist heute ein Mißtrauensvotum gegen ihren Minister Frick angenommen worden, trotz energischen Eingreifens von Hitler selber. Ferner sollte in Berlin der Führer der nationalsozialistischen Sturmtruppen, Hauptmann Stennes, abgelöst werden, was offenbar nicht ohne schwere Erschütterungen möglich sein wird.

Außenpolitisch haben wir dagegen augenblicklich recht große Schwierigkeiten. Der Zollunionsvertrag mit Österreich ist auf große Schwierigkeiten gestoßen. Briand ist erbost, daß er nicht zuvor unterrichtet wurde²³⁴. Ferner ist es für ihn ein schwerer Schlag, daß sein Pan-Europa-Bäumchen als bisher einzige kümmerliche Blüte diese deutsch-österreichische Zollunion treibt. Demarche des englischen Außenministers in Berlin und Wien. Scharfe Reden in der französischen Kammer, worauf gestern Curtius im Reichsrat antwortete. Es scheint, daß sich die Stimmung allmählich etwas beruhigt. Jedenfalls wird im Mai im Völkerbund über diese Dinge diskutiert werden.

Von englischer Seite liegt eine Einladung für Brüning und Curtius zum 1. Mai nach England (Chequers) vor, wo vornehmlich über Abrüstungsfragen gesprochen werden soll, dann aber auch über Reparationsprobleme²³⁵. Sehr bemerkenswerter

²³⁴ Aus dem Telegramm Nr. 349 des Botschafters von Hoesch vom 28. März 1931: „Was Einstellung Briands anlangt, so ergibt sie sich aus seiner heutigen Senatsrede, deren maßgebende Stellen ich heute in vorläufigem Auszug und morgen im Wortlaut, sobald dieser vorliegt, drahten werde. Bemerken möchte ich, daß nach Angaben von zuverlässiger Seite Briand, wie das ja auch in seiner Rede zum Ausdruck kommt, sich von Deutschland unaufrichtig behandelt fühlt und deshalb ernstlich verstimmt und gekränkt ist. Die durch die Vorgänge unzweifelhaft geschaffene starke Erschütterung seiner Position, zum mindesten in den rechtsgerichteten Kreisen, mag nicht wenig zum Aufkommen dieser Stimmung beitragen . . .“ Nachlaß Pünder, Bd 59.

²³⁵ In einer Aufzeichnung vom 24. März 1931 vermerkte Pünder, als Gesprächsthema sei von England „nur die Abrüstungsfrage angegeben worden“, und fährt fort: „Der Herr Reichsaußenminister wird aber in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler bei den nunmehr einzuleitenden Verhandlungen darauf dringen, daß alle beide Länder interessierenden Fragen, insbesondere auch die Reparationen, zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden sollen . . .“ Abschrift in den Akten der Reichskanzlei, Bd 310.

Schritt der englischen Regierung. Wir haben lange hin und her überlegt, ob ja oder nein. Bald stand dann aber fest, daß eine Absage völlig unmöglich.

Jetzt zieht langsam etwas Ferienstimmung ein. Morgen fährt endlich auch Reichskanzler Brüning für zwei Wochen auf Urlaub nach Badenweiler. Die meisten Minister sind schon weg. Bald werde ich ziemlich allein auf weiter Flur sitzen. Ich fürchte mich aber nicht davor und hoffe auf einige ruhige Tage.

Sonntag, den 12. April 1931

Heute froher Tag bei der Familie in Lichterfelde. Gegen 7 Uhr abends wieder zu Hause. Eben auf der Wilhelmstraße trafen wir Minister von Guérard, der sehr interessant von Rom erzählte. War beim Papst und bei Mussolini.

Dienstlich ist jetzt etwas Ruhe, doch habe ich natürlich dauernd meine große Verantwortung. Preußen hat die Stahlhelmzeitung verboten, was den Reichskanzler in seinem Urlaub ziemlich erbost hat. Ich habe ihn etwas beruhigt, nur die lange Verbotsdauer war vielleicht ein taktischer Fehler.

Dienstag, den 14. April 1931

Soeben teilt das Radio mit, daß König Alfons von Spanien auf Grund des demokratisch-republikanischen Ergebnisses der gestrigen Wahlen heute nachmittag für sich und seine Familie dem Thron entsagt habe! Ein schwerer Schlag für den Gedanken der Monarchie. Alfons war ein moderner Mann. Er hatte nie an eine noch lange Dauer der spanischen Monarchie geglaubt. Mich interessieren diese Vorgänge in Spanien sehr, da ich mit Stresemann 1929 in Madrid die dortigen Verhältnisse etwas kennengelernt habe.

Ich habe wieder sehr viel zu tun. Als Mädchen für alles habe ich sie alle am Hals. Heute Empfang der Landvolkpartei wegen Zollmaßnahmen²³⁶, dann $\frac{3}{4}$ stündiges Telefongespräch mit Reichskanzler Brüning, danach bei Minister von Guérard, nachher Besuch des lippischen Staatspräsidenten Drake²³⁷ usw. usw. Das Ganze heißt Osterruhe!

Freitag, den 24. April 1931

Gestern morgen 7.45 Uhr habe ich Herrn Reichskanzler Brüning am Anhalter Bahnhof abgeholt. Wir haben dann zusammen im neuen Speisezimmer, dem alten Arbeitszimmer, gemütlich gefrühstückt. Nachher habe ich ihm dann in Ruhe $1\frac{1}{2}$ Stunden lang alles vorgetragen, so daß er einen guten Überblick über unsere Gesamtlage

²³⁶ Pünder empfing in Abwesenheit Brünings. Die Vertreter der Landvolk-Partei brachten jedoch zunächst „Beschwerden über das Vorgehen preußischer Polizeibehörden gegen das Volksbegehren auf Grund der Notverordnung vor, insbesondere die Aufhebung der Versammlung in Dortmund, wo Hugenberg sprechen sollte, das Redeverbot für Duesterberg, Halle, und das Verbot der Stahlhelmzeitung auf drei Monate“. Aufzeichnung vom 14. April 1931, Akten Reichskanzlei, Bd 1021.

²³⁷ Heinrich Drake, geb. 1881, sozialdemokratischer Politiker und Vorsitzender des lippischen Landespräsidiums.

hatte. Um 11 Uhr wurde von ihm der amerikanische Botschafter, der abends nach Amerika fuhr, empfangen. Am Nachmittag war die erste Ministerbesprechung über das Arbeitsprogramm der Reichsregierung. Zu dieser Besprechung hatte ich ein eingehendes Rundschreiben verfaßt, das die Grundlage der Erörterung bildete. Wir stehen vor sehr schwerwiegenden Eingriffen, einschl. weiterer Besoldungskürzung. Heute war keine Sitzung. Morgen wieder Fortsetzung, diesmal Agrarsachen. Der Drehpunkt aller Arbeit wird darin bestehen, ob alle solche Dinge gemacht werden können, *ohne gleichzeitig* das Reparationsproblem anzupacken. Die „Zünftigen“ sind sehr dagegen, tatsächlich wird aber nichts anderes übrig bleiben. Heute mittag nettes Frühstück bei Herrn und Frau Minister Curtius zu Ehren des englischen Völkerbund-Generalsekretärs Drummond. Nachher ein kurzer Spaziergang durch den Tiergarten; die neue Dienstwohnung hat eben auch ihre Vorzüge. Langsam kommt alles in Ordnung. Die Kinder spielen gemütlich auf dem Dachgarten und im Park.

Sonntag, den 3. Mai 1931

Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus! Tatsächlich stimmt es diesmal. Das Frühjahrswetter war bisher sehr schlecht, rauh, kalt und naß. Pünktlich mit dem 1. Mai ist aber der Frühling eingezogen. Der Park in der Reichskanzlei ist in wenigen Tagen ganz grün geworden. Die Kinder haben mit der Dachterrasse eine riesige Freude. Heute haben wir auf dem Neuen See im Tiergarten, wohin wir zu Fuß gegangen waren, gerudert. Große Begeisterung!

Die Kabinettsarbeit ist schon ein Stück vorwärts gegangen, indem wir die Agrarfragen erledigt haben. Diese nehmen insofern eine Sonderstellung ein, als sie nicht im Wege einer Notverordnung, sondern auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vor Ostern durch einfache Verordnung gelöst werden können. Es hat einigen Stunk gegeben; rechts war es natürlich zu wenig und links zuviel. Die Butterfrage ist noch nicht gelöst. Diese Frage wird noch einen dicken und schwierigen Bissen abgeben. Nachdem die Agrarfragen erledigt sind, kommen jetzt die Fragen der Finanz- und Sozialpolitik an die Reihe. 578 Millionen fehlen im Reich, 400 bei den Ländern und 775 bei den Gemeinden. Schwindelnde Summe! Ich habe die Sache so vorbereitet, daß wir zunächst nur im Kreise der beiden beteiligten Minister Dietrich und Stegerwald und ihrer ersten Mitarbeiter an die Dinge herangingen und erst bei völliger Einigung in diesem Kreise das Kabinett damit befassen. So wird die kommende Woche mit diesen wichtigen Dingen wahrscheinlich hingehen, ohne daß nach außen hin das Kabinett in Erscheinung tritt. Gestern haben die Schlichtungsverhandlungen zwischen Reich und Bayern über die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 betr. Steuervereinfachungsgesetz stattgefunden und sind leider völlig gescheitert²⁸⁸. Diese Sache kann noch sehr unangenehm werden.

²⁸⁸ Der Widerstand Münchens gegen das Gesetz zur Steuervereinfachung hatte nicht nur zu der oben erwähnten (Anm. 200) Feststellungsklage vor dem Staatsgerichtshof geführt, sondern auch zu der vertraulich ausgesprochenen Drohung, „das Mitglied der Bayerischen Volkspartei aus dem Reichskabinett zurückzuziehen“, falls es in dieser Frage zu keiner Eini-

Freitag, den 8. Mai 1931

Heute unser 11 jähriger Hochzeitstag. Keine große Feier, aber größte Harmonie und Glück in der Familie. Abends behaglich im Herrenzimmer, wo ich diese Zeilen schreibe.

Dienstlich schwere Arbeit. Gestern abend Sitzung bis nach Mitternacht. In dem kleinen Kreise der drei nächstbeteiligten Kabinettsmitglieder Kanzler, Finanz und Arbeit, dazu noch Reichsbankpräsident Luther. In diesem Kreise sind wir ziemlich einig geworden. Die Notverordnung wird wahrscheinlich in den ersten Tagen des Juni herauskommen, kurz vor Chequers²³⁹. War vorgestern abend beim evangelischen Oberkirchenrat zu Ehren des ungarischen Generalinspektors von Radwensky.

Donnerstag, den 14. Mai 1931

Heute Christi Himmelfahrt. Vormittags Grundsteinlegung vom neuen Frauenbundhaus draußen am Lietzensee. Sehr nett und stimmungsvoll. Ohne jede Vorbereitung wurde ich auch zum Hammerschlag aufgerufen. Ich sagte: „Möge dieser Bau, dessen Grundstein wir heute legen, zur Ehre und zum Segen gereichen: unserer Heiligen Kirche, unserem lieben Vaterlande und unseren deutschen Frauen!“ Nachher noch Imbiß. Meine Schwester war auch da und mußte ebenfalls hämmern.

Gestern Abfahrt der deutschen Delegation nach Genf. Es ist mir gelungen, einstweilen noch hier zu bleiben. Hoffentlich werde ich nicht noch abberufen. Wir bereiten jetzt intensiv die Notverordnung vor, die am 3. Juni vom Reichskanzler gegengezeichnet werden muß. Soweit habe ich mich durchgesetzt. Gestern in Paris Wahl des neuen Staatspräsidenten. Briand ist unterlegen! Doumer ist gewählt. Wer gewählt ist, ist jetzt Nebensache; das Entscheidende ist die Niederlage von Briand, die sehr bedauerlich und unbequem ist. Trotz allem verkörpert eben Briand ein Programm europäischer Zusammenarbeit, losgelöst von übertriebenem Nationalismus. Seine Niederlage wird nun zweifellos uns Deutschen in die Schuhe geschoben werden, wegen der Zollunion. Die internationale Lage wird dadurch jedenfalls immer gespannter.

Donnerstag, den 21. Mai 1931

Nur wenige Worte, um sie wenigstens heute niedergeschrieben zu haben.

Heute ist unserer lieben Mutter 75. Geburtstag, den sie in größter Frische strahlend vor Freude begeht. Gott Dank für dieses Himmelsgeschenk. In der vergan-

gung mit Berlin kommen würde. Vgl. W. Besson, a. a. O. (vgl. Anm. 174), S. 170, nach einem Schreiben Helds an den württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz vom 4. März 1931. (Wortlaut ebenda, S. 382ff.)

²³⁹ Am 8. Mai wurde auch Braun durch Brüning über die Juni-Notverordnung einschließlich des vorgesehenen Zeitpunktes informiert. Braun zeigte große Einsicht und fügte hinzu, man solle gleich „weit genug“ gehen, denn etwa vier Monate später oder gar im Winter sei eine neue Notverordnung dann „unerträglich“. „Für eine solche zweite Notverordnung im laufenden Jahre im Winter würde er dann die Zustimmung seiner Partei nicht mehr bekommen.“ Abschrift eines Vermerks Pünders vom 8. Mai 1931 im Nachlaß Bd 137.

genen Nacht bis 1 Uhr gearbeitet. Chefbesprechung zur Vorbereitung der Notverordnung. Wir kommen nun doch langsam, aber sicher weiter. Morgen Fortsetzung. Vorgestern unvergeßlicher Tag: Stapellauf des Panzerschiffes „Deutschland“ in Kiel. Ich war in Begleitung des Reichskanzlers auch hingefahren. Herrliches Wetter! Reichspräsident von Hindenburg in der Uniform des Generalfeldmarschalls nahm die Taufe vor, Reichskanzler Brüning hielt die Taufrede, die allgemein sehr gefallen hat. Ich war nicht ganz unschuldig an ihrem Inhalt. Das Schiff lief einige Minuten zu früh vom Stapel, was ein kleiner Schönheitsfehler war und natürlich von der Berliner Presse weidlich ausgeschlachtet wurde. Abends waren wir wieder zurück, und am nächsten Morgen war ich wieder früh um 7.30 Uhr auf meinem Schimmel, den ich jetzt täglich im Tiergarten reite.

Freitag, den 29. Mai 1931

Mittlerweile ist Pfingsten vorbei. Meine Frau und ich waren drei Tage in Neuglobsow in der Mark bei Rheinsberg. Ich habe nach Herzenslust viermal geschwommen und gerudert. Herrlich am Stechlin-See gelegen. Unterkunft im „Hotel Seeterrasse“ urgemütlich, so angenehm einfach und doch sauber und ordentlich. Wenn irgend möglich, gehen wir in einer Woche nochmals hin. Hier in Berlin ist jetzt eine ganz drückende Hitze. Ich reite aber täglich, morgens früh um diese Stunde – 7.30 Uhr – ist es im taufrischen Tiergarten ganz herrlich.

Der „Klub“ oder, wie es auch heißt, das „Triumvirat“ des Kabinetts, Brüning-Dietrich-Stegerwald, wozu aber auch meine Wenigkeit und noch einige andere Beamte gehören, ist gestern Nacht fertig geworden mit den Vorbereitungen für die Notverordnung. Heute war die erste Ministerbesprechung²⁴⁰, wo wir den ersten Aufguß vorlegten. Morgen und die nächsten Tage geht es weiter; bis Mittwoch nächster Woche muß alles fertig sein, da an diesem Abend Reichskanzler und Außenminister nach England abfahren. Ich komme aus den Sorgen und Arbeiten nicht heraus. Aber diese Verantwortung und Arbeit, vorerst im zweiten Glied, ist gerade mein Element.

Donnerstag, den 4. Juni 1931

Eine fürchterliche Woche an Arbeit liegt hinter mir. Wohl jede Nacht Arbeit oder Sitzung bis 1 oder 2 Uhr nachts. Gestern am 3. sind wir nun endlich fertig geworden, genau zu dem Termin, den ich von vornherein in Aussicht genommen hatte. Kurz vor Mitternacht sind dann Brüning und Curtius nach Chequers vom Lehrter Bahnhof abgefahren; ich habe sie noch an die Bahn gebracht. Über die Erledigung der Notverordnung bin ich sehr befriedigt. Es wird natürlich einiges Hallo geben. Am Sonnabend mittag geben wir sie heraus. Ich arbeite jetzt noch tüchtig an der „Mantel-Note“²⁴¹.

²⁴⁰ Unter dem Begriff „Ministerbesprechung“ ist grundsätzlich eine Sitzung des *gesamten* Kabinetts zu verstehen.

²⁴¹ „Mantel-Note“: Gemeint ist wahrscheinlich eine offizielle Verlautbarung der Reichsregierung zu Inhalt und Begründung der Notverordnung.

Sonnabend, den 15. Juni 1931

Nach Veröffentlichung der Notverordnung war ich zu kurzer Erholung fünf Tage bis diesen Mittwoch in Rheinsberg im Fürstenhof. Es war eine entzückende Zeit. So wohltuend diese Ruhe und die Mischung zwischen Kultur, Geschichte und herrlicher Natur. Ich bin viel spazierengegangen und habe jeden Tag gebadet und gerudert.

Pünktlich zur Minute kam ich am Mittwoch nachmittag zurück. Das „Hallo“ über die Notverordnung war mittlerweile zu einem Orkan angewachsen. Um 5 Uhr nachmittags holte ich den Reichskanzler auf Bhf. Friedrichstraße von seiner England-Reise ab. Diese Reise war für den, der sich wie wir offiziell keinen Illusionen hingegeben hat, recht befriedigend. Zunächst weil erstmalig nach dem Kriege höchste deutsche Würdenträger wieder nach London eingeladen und dort festlich empfangen wurden, dann aber auch vor allem deshalb, weil jetzt die Notwendigkeit für uns, baldigst ein Moratorium zu erklären und damit die Reparationsfrage erneut aufzurollen, in der ganzen Weltöffentlichkeit unbestritten ist.

Soweit ist alles ziemlich in Ordnung. Nun aber die Gefahr der Einberufung des Reichstages wegen der Notverordnung. Eine halbe Stunde vor Ankunft des Zuges war ich in der Ältestenratssitzung, die sich auf kommenden Dienstag vertagte, da noch die Fraktionen tagen wollten. Am Donnerstag waren dann Fraktionsführer-Besprechungen bei uns in der Reichskanzlei. Am gestrigen Freitag mußte Reichskanzler Brüning zum Reichspräsidenten nach Neudeck fahren, um ihn zu orientieren. Die Parteiführer-Besprechungen wurden dann heute Sonnabend nachmittag bis 2.30 Uhr fortgesetzt.

Gesamtergebnis: Die Lage ist *sehr* schwer. Ich fühle einen fürchterlichen Druck und die Wucht der Verantwortung auf mir. Die wenigsten Menschen wissen wieder mal, was droht. Der Medio- und der Ultimo-Juni stehen erschreckend vor uns. Solange nicht *Gewißheit* besteht, daß die mühsam gefundene Grundlage einer stabilen Staatswirtschaft in Gestalt der Notverordnung erhalten bleibt, ist eine Überbrückung des Ultimo unmöglich. 950 Millionen Devisen sind mittlerweile schon wegen dieser Ungewißheit abgezogen worden, daher heute Erhöhung des Diskontsatzes um ganze 2%. Volkspartei und Sozialdemokraten machen ihre etwaige Ablehnung der Einberufung des Reichstages im Ältestenrat von Bedingungen teils materieller, teils personeller Art abhängig²⁴². Ich bin fieberhaft fast buchstäblich Tag und Nacht tätig, um ein günstiges Ergebnis am Dienstag zu erzielen. Auf meinen Vorschlag hat Reichskanzler Brüning eingewilligt, zu kommenden Montagnachmittag eine Art „National-Konvent“ einzuberufen, in verschiedenen Gruppen von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten einschließlich. Wir werden dort unseren letzten Trumpf ausspielen. Wenn der Ältestenrat dennoch Einberufung beschließen sollte, ist der Bruch mit der Regierung da²⁴³. Wir stehen vor ungewöhnlich

²⁴² Es war vor allem die Deutsche Volkspartei unter Dingeldey (Parteivorsitzender seit Dezember 1930), die jetzt eine Umbildung der Regierung verlangte.

²⁴³ Schon am 11. Juni hatte Brüning im Kabinett seine Entschlossenheit bekundet, die Einberufung des Reichstages mit seiner Demission zu beantworten. Protokoll der Ministerbesprechung, Akten Reichskanzlei, Bd 1450.

schweren Entscheidungen; Entscheidungen und Tage, wie selbst ich mit einer jetzt doch auch schon recht langen Erfahrung und Praxis sie noch nicht erlebt habe.

Dienstag, den 16. Juni 1931

Ein Tag von ungeheurer Bedeutung geht eben zu Ende. Gleich ist es Mitternacht. Aber ich muß noch wenige Eindrücke zu Papier bringen. *Wir haben gesiegt!* Ein starker Druck ist von uns Regierenden genommen. Draußen ging das Leben seinen Gang, und nur die Wenigsten wußten oder ahnten, daß sich vielleicht der Bürgerkrieg anbahnte. Jedenfalls hätten wir ohne das heutige Ergebnis in 14 Tagen die Gehälter, Pensionen, Kriegsrenten usw. nicht mehr gezahlt. Doch wir haben gesiegt!

Der „National-Konvent“, den ich vorgeschlagen hatte, hat gestern stattgefunden. Ein Großkampftag²⁴⁴. Von 4 Uhr nachmittags ab wurden teils zusammen, teils einzeln die Parteien des Reichstages unter allerstärksten Druck gesetzt. Es war ein guter Schachzug von mir, auch Herrn Präsidenten Löbe, Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing zu der Sitzung miteinzuladen. Sie setzten sich in stärkster Weise für Nichteinberufung des Reichstages ein und legten somit die Sozialdemokraten in gewisser Weise fest. Die Verhandlungen mit diesen selber verliefen – wie zu erwarten – im übrigen sehr schwierig. Sie wollen zwar keine Krise, können aber auch nicht über ihren eigenen Schatten springen. Bis Mitternacht haben Reichskanzler Brüning und ich dann noch in verschiedenen kleineren Gruppen verhandelt. Der Tag verlief aber im Endergebnis noch recht trüb.

Heute früh wurde in der Ministerbesprechung auf Vorschlag des Kanzlers beschlossen, im Falle der Einberufung des Reichstages oder auch nur des Haushaltsausschusses die Demission zu geben²⁴⁵. Der Vorschlag, das jetzt schon zu beschließen, stammte von mir, da ich mir für die Beratungen des Ältestenrates, die um 12 Uhr begannen, von dieser Tatsache eine günstige Wirkung versprach. Um 12 Uhr war ich natürlich der einzige Regierungsvertreter, der den Parteien im Ältestenrat gegenüberstand. Ich gab eine feierliche Erklärung ab, die ich morgens diktirt und die Brüning sofort Wort für Wort gebilligt hatte. Schwierigkeiten gab es dann noch wegen des eventuellen Antrages der Sozialdemokraten, wenigstens den Haushaltsausschuß einzuberufen. Auch hierzu erklärte ich die Absicht der Reichsregierung zur Demission. Es folgte Vertagung bis 6 Uhr. Stunden schwerster Spannung, teilweise ausgefüllt mit erneuten Beratungen mit den Sozialdemokraten. Endergebnis: große Mehrheit zusammen mit den Sozialdemokraten, auch die Einberufung des Haushaltsausschusses zu unterlassen. Großer Sieg. Brüning dankte mir von ganzem Herzen und nachher noch viele andere mündlich und telefonisch.

²⁴⁴ Vgl. hierzu die 20seitige Niederschrift in den Akten der Reichskanzlei, Bd 1021. Abdruck im Auszug bei E. Matthias, a. a. O. (vgl. Anm. 158), S. 211ff.

²⁴⁵ Protokoll der Ministerbesprechung vom 16. Juni 1931, ebenda, Bd 1450. Zur Begründung seiner Haltung hatte Brüning u. a. hervorgehoben, daß die Möglichkeit der „ruhigen Weiterführung einer zweckmäßigen Außenpolitik“ gesichert werden müsse. Groener argumentierte, es sei „unter der Würde der Reichsregierung, sich in der jetzigen Lage mit dem Reichstag herumzuschlagen“, ein Sturz der Regierung aber sei „gleichbedeutend mit dem Ende des Parlamentarismus“.

Mittwoch, den 24. Juni 1931

Dadurch, daß der Reichstag wieder nach Hause geschickt war, war die Gefahr noch nicht gebannt. Die Reichsbank mußte Stützung erfahren, außerdem mußte ein Überbrückungskredit für Ultimo von 250 Millionen geschaffen werden. Statt dessen lehnte die Bank von England die Stützung glatt ab, und statt Bewilligung des Überbrückungskredits mußte zu Restriktionen geschritten werden. Zwar waren die Devisenabzüge sehr viel geringer geworden: 9 Millionen am Tage gegen 216 am schlimmsten Tage. So war von Rückfluß vorerst keine Rede. Schließlich aber steigerte es sich sogar wieder auf 70 Millionen am Tage. Warum die Bank von England den sogenannten Rediskontkredit ablehnte, wurde bald klar. Der alte Montagu Norman wollte auf eine politische Gesamtrevision heraus; er wollte nicht Gefahr laufen, daß das von ihm gepumpte Geld doch nur wieder zur Zahlung von Reparationen und ähnlichem verwandt werden sollte. Der Besuch in Chequers und seine eingehenden Aussprachen mit Reichskanzler Brüning hatten diesen ganz entscheidenden Mann halsstarrig gemacht. Im großen natürlich zu unseren Gunsten, aber im Augenblick konnte uns über diese klar durchgehaltene Linie die Luft ausgehen!

In diesen Stunden höchster Spannung teilte mir am vergangenen Sonnabend frühnachmittags der amerikanische Botschafter mit, daß er gleich ein sehr wichtiges Gespräch mit seinem Präsidenten Hoover und Staatssekretär Stimson haben werde und alsdann gleich den Herrn Reichskanzler sprechen müsse. Unser Kabinettsauschuß für Reparationen war sowieso für den Nachmittag eingeladen worden, da wir unmittelbar vor den letzten Entscheidungen standen, das Moratorium schon für die nächsten Tage zu erklären. Reichsbankpräsident Luther sollte evtl. in der Nacht zum Sonntag nach London zu Montagu Norman fliegen, um sofortige Hilfe zu erbitten. Es kam anders. Der amerikanische Botschafter hatte von Stimson gehört und teilte dies gegen 6 Uhr am Sonnabend dem Reichskanzler mit, daß Präsident Hoover am folgenden Sonntag früh mit einem großen Reparations-Appell an die Weltöffentlichkeit wegen eines Freijahres herantreten werde. Hierzu bedürfe er noch eines Beitrages in Gestalt eines Telegramms des Reichspräsidenten von Hindenburg. Die folgenden Besprechungen waren ganz dramatisch. Da Hindenburg in Neudeck weilte, war das alles sehr schwierig. Schließlich war aber der Reichspräsident einverstanden, und wir haben in ganz kleinem Kreise ein sehr würdiges Schriftstück zurechtgemacht, das dann gegen 10 Uhr abends von Staatssekretär von Bülow dem amerikanischen Botschafter übergeben wurde, der sehr zufrieden war.

Unter dem Aufhorchen der ganzen Welt erging dann am vergangenen Sonntag der große Appell des Präsidenten Hoover an alle Staaten mit dem Verlangen eines freien Jahres für alle Reparationen *und* Kriegsschulden. Von uns aus gesehen ein ganz großer Erfolg der Politik Brünings: durch zähe und eventuell auch unpopuläre Arbeit nach Möglichkeit im *eigenen* Hause Ordnung zu schaffen und gleichzeitig ohne unwürdiges Betteln die Welt davon zu überzeugen, daß *unser* Schaden nicht *ihr* Vorteil sei und daß z. B. für Amerika der Verlust im Etat von etwa einer Milliarde an Einnahmen aus Zinsen für Kriegsschulden viel weniger

bedeutungsvoll sei als der wirtschaftliche Schaden als Folge der Weltwirtschaftskrise und der Reparationen.

Da am Sonnabendnachmittag bis in den späten Abend alles zu furchtbar schnell gehen mußte, konnte das Kabinett nicht zusammengerufen werden. Ich habe daher am Sonntagmorgen in einem Rundschreiben an die Kabinettsmitglieder den Tatbestand festgehalten, damit diese nicht böse wurden. Der Montag brachte dann die öffentliche Bekanntgabe all dieser bedeutsamen Ereignisse. Fiebernd wurde überall nach dem Echo gefragt. Gestern, Dienstag früh, hatten wir eine Kabinettsitzung, wo selbstverständlich das Verhalten des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten völlige Billigung fand. Sorge machte uns die bevorstehende Entscheidung des französischen Kabinetts. Aus vielerlei Einzelerörterungen über Möglichkeiten der Einflußnahme oder Stellungnahme gegenüber den Franzosen entstand dann schließlich bei uns – nicht zuletzt bei mir – der Gedanke einer großen Rundfunkrede des Reichskanzlers, möglichst noch an diesem Abend. Der Plan wurde verworfen, für gut geheißsen, dann wieder offengelassen, bis wir uns schließlich im kleinsten Kreise – Reichskanzler, Dietrich, Curtius, Bülow und Zechlin, meine Wenigkeit und zeitweise Prälat Kaas – einig wurden, daß um 11 Uhr die Rundfunkrede steigen sollte. Dramatische Arbeit und Hetzerei! Bis zur letzten Minute war das Gelingen zweifelhaft. Mit verteilten Rollen wurden die einzelnen Passagen zusammengestellt und gleichzeitig von der Reichsrundfunkgesellschaft nach vielem Gerede und Schimpferei die erforderliche Leitung zum Reichskanzlerhaus gelegt. Schließlich war doch pünktlich 11 Uhr *beides* fertig. Die Rede Brüning's wurde zu einem ganz großen Erfolg und ein Schuß ins Schwarze! Ich saß während dieser Rede direkt neben ihm als einziger, die anderen verfolgten im Nebenzimmer den Empfang. Nachher saßen wir – stark erschöpft, aber auch entspannt – noch ein halbes Stündchen bei einem Glase Wein zusammen, dazu auch Reichsrundfunkkommissar Bredow²⁴⁶ und Intendant Flesch²⁴⁷.

Am heutigen Mittwoch stand die ganze Weltöffentlichkeit unter dem ungeheuren Eindruck dieser Rundfunkrede des deutschen Reichskanzlers. Das Echo ist überall glänzend. Selbst die liebe deutsche Rechtspresse weiß nichts rechtes zu sagen. Die Auswirkung auf den französischen Ministerrat wird nicht ausgeblieben sein. Immerhin sind wir noch nicht über den Berg. Die Erklärung Frankreichs steht noch aus und wird trotz allem nicht hundertprozentig sein. Immerhin möchte ich so viel Optimismus haben, daß Frankreich seine völlige Isolierung nicht gut verantworten kann. Am Freitag wird die französische Kammer sich mit dem Problem befassen. Ich stehe augenblicklich mal wieder mitten drin in wichtigster Arbeit, bin andererseits aber

²⁴⁶ Dr. Hans Bredow, geb. 1879, war 1919–1926 Staatssekretär im Reichspostministerium, schuf die organisatorischen und technischen Grundlagen des deutschen Rundfunks; Reichskommissar für das Rundfunkwesen. Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, daß seit dem Sommer 1931 ein verstärktes Bemühen der Reichsregierung nachweisbar ist, den Rundfunk zur Erläuterung und Propagierung ihrer politischen Bemühungen zu benutzen. Zur Stellung des Rundfunks im damaligen öffentlichen Leben vgl. neuerdings H. Bausch, *Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923–1933*, Tübingen 1956.

²⁴⁷ Dr. Flesch war Intendant der Berliner Funkstunde AG. in Berlin-Charlottenburg.

auch müde und erholungsbedürftig. Ich kann nicht zählen, in wievielen Nächten ich erst gegen 2 Uhr ins Bett gekommen bin und trotzdem tagsüber wieder frisch sein mußte. Hauptsache ist aber, daß sich schließlich in diesen schlimmen Wochen doch noch alles zum Guten wenden möchte.

Dienstag, den 30. Juni 1931

Gut eine Woche ist seit der letzten Aufzeichnung verstrichen. Eine Woche voller dramatischer Arbeit. Politisch stehen wir noch fast auf demselben Fleck wie vor einer Woche. Frankreich hat sich noch nicht entschließen können, dem Hoover-Plan zuzustimmen. Mellon²⁴⁸ verhandelt in Paris, und man versucht, uns als dritten Skatbruder in die Verhandlungen einzuschalten. Das tun wir aber nicht, wenn wir auch dauernd bereit sind, mit dem amerikanischen Botschafter zu verhandeln. Noch heute abend war er bei uns in der Reichskanzlei. Die Aussichten stehen recht schlecht, möglich, daß morgen alles scheitert. Die große Tat von Hoover bleibt aber auch dann erhalten, nämlich der Satz, daß unser Schaden nicht der anderen Vorteil ist. Wenn doch bald einmal etwas Ruhe eintreten wollte!

Mittwoch, den 8. Juli 1931

Der Hoover-Plan ist endgültig angenommen. Vorgestern nacht fiel die Entscheidung²⁴⁹. Man möchte es kaum noch glauben. Die Verhandlungen der letzten Wochen waren ganz entsetzlich. So scheußliche Tage habe ich kaum je erlebt. Leider ist es aber so wie immer: an solchen Tagen komme ich nicht zum Schreiben. Vielleicht hole ich morgen etwas im Zusammenhang nach. Augenblicklich bin ich noch zu erschöpft. Heute haben wir eine neue Notverordnung machen müssen wegen des Garantie-Syndikats²⁵⁰. Gestern abend wußte noch kaum ein Mensch etwas davon. Heute steht es schon im Reichsgesetzblatt und der Herr Reichspräsident sitzt in Neudeck! Nur der Eingeweihte kann ermessen, was solche Daten für Arbeit bedeuten.

Augenblicklich weilt unsere liebe Mutter für zwei Tage bei uns. Sehr gemütlich. Ich möchte fast die schreckliche Wirtschafts- und politische Lage Deutschlands darüber vergessen. Aber leider geht es nicht ganz. Ich sagte öfters in den letzten Tagen:

²⁴⁸ Andrew W. Mellon, geb. 1865, amerikanischer Industrieller, seit 1921 Finanzminister.

²⁴⁹ In bezug auf das Hoover-Moratorium machte Frankreich als einziges der beteiligten Länder durch die Erörterung von Abänderungsvorschlägen ernste Schwierigkeiten. Die zähen amerikanisch-französischen Verhandlungen konnten erst am 6. Juli beendet werden: der ungeschützte Teil der für Paris bestimmten Annuität sollte aufrechterhalten bleiben und in Garantiebons für die deutsche Reichsbahn verwandelt werden.

²⁵⁰ Auf Grund einer Anregung, die in einem gemeinsamen Briefe von Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft an Reichsbankpräsident Luther erfolgte, wurde durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Juli 1931 die Reichsregierung ermächtigt, ein Ausfallgarantie-Syndikat zu Gunsten der Golddiskontbank zu organisieren, um dem inzwischen ins Unerträgliche gesteigerten Abfluß von Devisen zu steuern. Die Wirtschaftskräfte hatten sich bereit erklärt, eine Ausfallbürgschaft von 500 Millionen RM zur Verfügung zu stellen. Zu Einzelheiten vgl. die Aufzeichnung Pünders im Anhang, S. 154 ff.

„Hoffentlich kommt es nicht so wie bei den tüchtigen Ärzten: die Operation ist gut verlaufen, aber der Patient ist gestorben.“

Sonntag, den 19. Juli 1931

Über all meinen großen Sorgen um unser armes Vaterland darf ich heute nicht unterlassen, in dieses Buch zu schreiben. Heute mittag 1 Uhr wurde unser prächtiges Töchterlein Magda geboren! Uns war es diesmal wirklich völlig gleich, ob Brüderlein oder Schwesterlein. Nun sind wir glücklich, zwei Söhne und zwei Töchter zu haben. Die Mutter ist auch ganz selig.

Gottlob war heute in der Reichskanzlei ein völlig ruhiger Tag. Die Deutsche Delegation ist in Paris²⁵¹. Heute vor einer Woche sah es in der Reichskanzlei schlimmer aus: von 9 Uhr früh bis 2¹/₄ Uhr in der tiefen Nacht hatte ich in meinem Büro und im Kabinettsaal zu tun. Eine genaue amtliche Aufzeichnung von mir über diese greulichen Vorgänge liegt in den Akten der Reichskanzlei²⁵². Sie wird einmal Geschichte werden. Als vorgestern abend Reichskanzler Brüning recht sorgenvoll nach Paris abfuhr, sagte er mir beim Abschied in seinem Abteil: „Daß in Berlin alles gut gehen wird, das weiß ich.“ Was er damit sagen wollte, wußte ich natürlich zu genau.

Donnerstag, den 23. Juli 1931

Gestern war meiner beiden lieben Magdalenchen Namenstag. An diesem seinem ersten Namenstag haben wir das kleine Schwesterlein getauft. Im letzten Augenblick mußten wir eine Haustaufe veranstalten, da das Schwesterlein infolge einer schweren Gelbsucht zu schwach geworden war. Abends wurde der Zustand von unserem kleinen lieben Täufling und Namenstagskindchen zusehends schwächer. Wir brachten es dann zum Säuglingskinderheim nach Weißensee. Eine bange Nacht verlebten wir. Heute früh, bald nach 6 Uhr, rief ich dort an. Der Oberarzt und die Oberschwester machten mir keine Hoffnung mehr. Es werde wohl bald sterben.

Freitag, den 24. Juli 1931

Gestern früh 8.30 Uhr ist Schwesterlein gestorben. Einzelheiten brauche und kann ich nicht schreiben. Ich werde sie auch ohne schriftliche Aufzeichnungen nicht vergessen. Dienst kann ich augenblicklich nicht tun. Es ist sowieso augenblicklich eine Atempause. Die Londoner Konferenz ist nicht ganz befriedigend gestern zu Ende gegangen, und morgen kommt der Kanzler zurück.

²⁵¹ Als Auftakt zu der nach London zum „weiteren Ausbau der Grundgedanken des Hoover-Planes“ einberufenen Sieben-Mächte-Konferenz (21.–23. Juli) fanden an diesem Wochenende Vorbesprechungen in Paris statt.

²⁵² Diese wichtige, um den 10. August abgeschlossene Zusammenfassung von aneinandergereihten Niederschriften unter der Überschrift „Gestaltung der außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Lage seit Sonntag, den 5. Juli 1931“ befindet sich als Durchschlag auch bei den Pünder-Papieren, Bd 139, und ist der vorliegenden Edition als Anhang beigegeben.

Sonnabend, den 25. Juli 1931

Heute haben wir Schwesterlein beerdigt. Viel zu schreiben brauche ich darüber nicht. Ich werde die Einzelheiten nie vergessen.

Vorher hatte ich schon Dienst getan und morgens 8 Uhr den Herrn Reichskanzler in Charlottenburg abgeholt. Gleich nach der Beerdigung machte ich die erste Kabinettsitzung um 12 Uhr mit, wo über Paris und London berichtet und beraten wurde²⁵³. Nachmittags von 4 bis 7 Uhr wieder Sitzung, da wir jetzt ohne Hilfe für die nächsten Monate durchzukommen versuchen müssen. Ich bin froh, wieder im Dienst zu sein. Das hilft mir etwas über meinen Kummer, der größer ist, als ich es offen eingestehen mag, hinweg.

Dienstag, den 4. August 1931

Der Niederschlag des politischen Geschehens dieser Woche findet sich in einem getippten Protokoll von 60 Seiten, das ich laufend diktiert habe und mehr enthält, als ich hier niederschreiben könnte²⁵⁴. Es sind fürchterliche Wochen, aber es hat sich jetzt etwas aufgehellt. Morgen werden die Schalter der Banken wieder geöffnet, nachdem wir mit den Sanierungsarbeiten am vergangenen Sonnabend zu einem gewissen Abschluß gekommen sind²⁵⁵. Morgen abend fährt nun Reichskanzler Brüning mit Minister Curtius für zwei Tage nach Rom.

Heute abend hat der Reichskanzler über alle deutschen Sender und mit Übertragung nachher in englischer Sprache nach Amerika eine halbstündige Rundfunkrede gehalten. Ich habe die große Genugtuung, daß ich diese Rede ganz allein konzipiert und diktiert habe. Es wurde natürlich noch den ganzen Tag über von verschiedenen Seiten an meinem Machwerk gefeilt. Aber es blieb doch eigentlich bis auf nicht entscheidende Nuancen bei meinem Text²⁵⁶.

Sonntag, den 1. November 1931

Ganze drei Monate hat meine Feder in diesen Wochen geruht. Auch heute wird sicher nicht viel niedergeschrieben. Ich will mir nur für die Zukunft zeigen, daß ich wieder mit meinem Buch zusammen bin. Was ist alles in den drei Monaten passiert! Ich kann es leider nicht alles mehr nachtragen.

Bis Anfang September waren wir in Swinemünde. Im September nahm ich meine Arbeit sehr energisch auf; Mitte September brachten wir dann die zwei großen Notverordnungen heraus; Mitte Oktober tagte für fünf Tage der Reichstag. Vorher war

²⁵³ Auf der Londoner Konferenz hatte Brüning von sich aus das Versprechen abgegeben, von einer Inanspruchnahme des im Young-Plan vorgesehenen Moratoriums abzusehen. Dieser kluge Verzicht trug mit zu dem Hauptergebnis der Konferenz bei: einem Übereinkommen über Stillhaltung der noch in Deutschland verbleibenden Kredite.

²⁵⁴ Vgl. Anm. 252.

²⁵⁵ Vgl. auch die Aufzeichnung Pünders im Anhang, S. 173.

²⁵⁶ Zum Inhalt: C. Horkenbach, a. a. O., Jahrgang 1931, S. 269.

Genf schlecht zu Ende gegangen²⁵⁷. Der Rücktritt von Minister Curtius folgte. Kurz vor Zusammentritt des Reichstages deshalb Gesamtrücktritt des Kabinetts. Die beiden Zentrumsminister von Guérard und Wirth schieden aus. Die übrigen Änderungen sind bekannt^{257a}. Die Umbildung brachte nicht die Erfolge wie erhofft. Immerhin wäre ohne Umbildung das Kabinett im Reichstag *bestimmt* gestürzt worden. So erangen wir nochmals einen Sieg. Natürlich wieder tolle Arbeitstage für mich. Ich genoß in hohem Maße das Vertrauen des Reichskanzlers, dem ich, glaube ich, eine sehr starke Stütze war. Trotzdem wurde natürlich in diesen Zeiten der Hetze auch tüchtig gegen mich gehetzt. Stört mich aber nicht sehr. Einstweilen sitze ich voll Ruhe fest auf meinem Stuhl und kann meinen Einfluß entwickeln.

Nach Auseinandergang des Reichstages kam ein neuer Film: das große Wirtschaftsprogramm der Regierung, zu dessen Ausarbeitung ein besonderer Wirtschaftsbeirat von dem Herrn Reichspräsidenten einberufen wurde²⁵⁸. Ein mühseliges Geschäft, wobei man es natürlich niemandem ganz recht machen kann. Die Generalaussprache hat inzwischen in der vergangenen Woche stattgefunden. Der alte Herr saß selbst vor und eröffnete im schwarzen Gehrock stehend im großen Saal seines Palais die Tagung mit einer Art Thronrede, an der ich natürlich tüchtig mitgearbeitet hatte. Jetzt wird die Arbeit in mehreren Ausschüssen weitergehen. Das Wichtigste wird die Zinsfrage werden. Einen Ausschuß haben wir sofort einberufen: für die Stillhaltungsfragen²⁵⁹. Auch am gestrigen Samstag haben wir stundenlang getagt. In wenigen Tagen hoffen wir mit einem Plan an die internationale Öffentlichkeit treten zu können. Das ist deshalb erwünscht, um auf diesem Wege durch Verschiebung der privaten Schulden vor die politischen Schulden letztere, nämlich die Reparationen, etwas in den Hintergrund treten lassen zu können.

Letzteres ist deshalb besonders erwünscht, weil der Laval-Besuch in Washington nicht gerade zu unseren Gunsten ausgelaufen ist. Daß die Reparationen auch anderswo schon aus den Gedankengängen gestrichen worden wären, ist leider

²⁵⁷ Diese knappe Angabe bezieht sich (1) auf die jeweiligen Erklärungen Curtius' und Schobers vom 3. September, das Projekt der Zollunion nicht weiter verfolgen zu wollen, (2) auf das Gutachten des Haager Gerichtshofes, die Zollunion sei mit dem die Unabhängigkeit Österreichs betreffenden Genfer Protokoll Nr. 1 vom 4. Oktober 1922 nicht zu vereinbaren, und (3) die Rede Curtius' vom 12. September vor der Vollversammlung des Völkerbundes, welche besonders in Frankreich ein ungünstiges Echo gefunden hatte.

^{257a} Brüning übernahm neben seiner Kanzlerschaft das Auswärtige Amt; Groener wurde zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsinnenministers beauftragt (vgl. dazu die Eintragung Pünders vom 8. Dezember 1930 [oben S. 80], wo eine schon frühzeitige Erörterung dieser Regelung festgehalten wird). Treviranus erhielt als Nachfolger von Guérards das Reichsverkehrsministerium; das Wirtschaftsministerium übernahm das Vorstandsmitglied der I.G. Farben-Industrie, Prof. Dr. Warmbold. Im Reichsjustizministerium rückte Staatssekretär Dr. Joel zum Minister auf.

²⁵⁸ Zur Vorgeschichte und Charakterisierung des Wirtschaftsbeirates vgl. K. D. Bracher, a. a. O. (vgl. Anm. 129), S. 438f.

²⁵⁹ Diesem Ausschuß gehörten von Regierungsseite Dietrich, Bülow (für Brüning), Trendelenburg und Luther, von seiten der Wirtschaft Direktor Dr. Pferdenges, Dr. Silverberg, Generaldirektor Dr. Schmitt und Kommerzienrat Dr. Schmitz an, Nachlaß Pünder, Bd 91.

unrichtig. Vorher hatten wir Ende September den französischen Staatsbesuch (Laval und Briand) und dann vor einer Woche den italienischen (Grandi). Interessante Tage und wichtige Sitzungen, sämtlich in der Reichskanzlei und jeweils ein großes Staatsbankett mit den öffentlichen Tischreden. Alles in allem bedeutsame Tage für den ruhigen Weiterablauf der internationalen Politik.

Mittwoch, den 18. November 1931

Heute ist Buß- und Betttag, gesetzlicher Feiertag. Im Sportpalast fand die alljährliche große katholische Kundgebung statt. Es sprachen Pater Ortsiefer aus Köln, mit dem ich vor Jahren auf dem Katholikentag in Lichtenberg zusammengetroffen war, woran er sich noch erinnerte, und außerdem heute der Bischof. Erich Klausener macht seine Sache glänzend. Ich saß vorne beim Reichskanzler a. D. Marx.

Was sich alles zuträgt, ist gar nicht alles hübsch, und zum Niederschreiben habe ich eigentlich keinen Abend Lust. Die Zeiten sind wirklich sehr unerfreulich, und die Menschen erschöpft, überreizt und überlastet. Viele Jahre bin ich froher an die Arbeit gegangen. Reichskanzler Brüning schenkt mir sicher alles Vertrauen, aber die Arbeit mit ihm im täglichen Einerlei ist nicht immer ganz leicht. Fast täglich gibt es Ärger zum fast Krankwerden. Im Vordergrund der Arbeit stehen nach wie vor zwei Dinge: die Vorbereitung der Konferenz des Beratenden Sonderausschusses²⁶⁰ und der nachfolgenden Regierungskonferenz und die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates der Regierung über das Wirtschaftsprogramm, beides Dinge von großer Tragweite! Als drittes Problem, das sich allerdings zu Arbeiten der Reichskanzlei noch nicht verdichtet, sind die Hessen-Wahlen vom vorigen Sonntag zu nennen, mit ihrem mich zwar nicht überraschenden, aber doch überwältigenden Anwachsen der Nationalsozialisten²⁶¹. Das Zentrum steht dort erstmalig vor der entscheidenden Frage, was tun? So stark die Nationalsozialisten angewachsen sind, regieren können sie nur bei unmittelbarer oder doch jedenfalls mittelbarer Unterstützung des Zentrums. Heute früh rief mich Minister Kirnberger²⁶² aus Darmstadt an; er wird mit dem Führer des dortigen Zentrums Hoffmann morgen nachmittag bei uns in der Reichskanzlei sein. Den Herrn Reichskanzler habe ich heute abend von diesem wichtigen Besuch in Kenntnis gesetzt.

²⁶⁰ Einen Tag später, am 19. November, beschloß die Reichsregierung, den Antrag auf Einberufung des im Neuen Plan des Haager Abkommens vom 20. Januar 1930 (Young-Plan) vorgesehenen Beratenden Sonderausschusses zu stellen. Der Antrag wurde der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel und den Regierungen der Gläubigerländer in Form eines Memorandums übergeben, Nachlaß Pünder, Bd 91.

²⁶¹ Die NSDAP hatte in Hessen ihre Stimmen seit der Reichstagswahl 1930 mehr als verdoppeln können, statt bisher mit nur einem war sie jetzt mit 27 Abgeordneten im Landtag vertreten (SPD: 15 statt bisher 24). Die bürgerlichen Parteien waren zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

²⁶² Ferdinand Kirnberger, geb. 1875, Verwaltungsjurist und Mitglied der Zentrumsparterie, hessischer Staatsminister seit 1927.

Montag, den 23. November 1931

Heute war Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung. Die Arbeiten mit diesem Beirat waren sehr schwer. Vielleicht wäre es besser gewesen, ihn nicht einzuberufen. Aber es war ein Lieblingsgedanke vom Herrn Reichspräsidenten, der den Wunsch hatte, in diesem Beirat nach der nicht ganz gelungenen Verlängerung des Reichskabinetts nach rechts eine Art Wurmfortsatz nach rechts zu erblicken. Auf Herren wie Reinhart²⁶³, Brandes²⁶⁴ und Krupp von Bohlen²⁶⁵ legte er großen Wert. Letzterer sagte aber sofort ab, da seit einiger Zeit Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Herr Reinhart konnte erst gar nicht sein Amt antreten, da er in die Schultheiß-Angelegenheit arg verwickelt war. Herr Brandes sagte sich vor einigen Tagen mit seinen zwei anderen landwirtschaftlichen Kollegen von der Arbeit des Wirtschaftsbeirates ohne triftigen Grund los. Und dann waren auch sachlich die Probleme sehr schwer, so daß eine Einigung schier unmöglich war. Dennoch ist etwas erreicht worden! Nach schlafloser Nacht habe ich vergangenen Sonnabend früh in fürchterlicher Hetze, gestört durch tausenderlei andere Dinge, rund zwölf Seiten Schreibmaschine über das „Ergebnis“ herunterdiktirt. Ich war nachher selbst erstaunt, was alles erreicht war. Es folgten dann noch Ministerbesprechungen und Ausschuß-Sitzungen und heute die feierliche Schlußsitzung; im wesentlichen, von Kleinigkeiten abgesehen, ist alles bei meinem Diktat geblieben.

Den Herrn Reichspräsidenten holte ich hinten „an der Grenze des Grundstücks“, wie er sagte, ab und führte ihn durch die Garage zum Aufzug, wo Reichskanzler Brüning bereitstand. Dann Begrüßung der Mitglieder des Beirates und Schlußsitzung im Länder-Sitzungssaal. Diesen Saal und die benachbarten Räume zeigten der Reichskanzler und ich ihm nachher, wofür er sehr viel Interesse hatte und manche treffende Bemerkung machte. Am Fenster meines Arbeitszimmers stehend, erzählte er eine mir bis dahin ganz unbekannte Geschichte, daß nämlich der Wilhelmsplatz zur Zeit des Prinzen Friedrich Karl eine Reitbahn für dessen Pferde gewesen sei und er den Platz noch gut in dieser Gestalt in Erinnerung habe. Nachher brachte ich den alten Herrn, der von Herrn Meißner begleitet war, wieder durch den Garten bis zum Auswärtigen Amt zurück. Dieser Tag wird mir durch diesen Besuch und vor allem durch den Abschluß der Arbeiten des Wirtschaftsbeirates unvergessen bleiben. Morgen beginnen die Arbeiten des Kabinetts zur Fertigstellung des Wirtschaftsprogramms.

Mit dem hessischen Fraktionsführer des Zentrums Hoffmann hatte ich eine eingehende Besprechung. Wir werden gute Fühlung miteinander halten. Einstweilen liegt noch nichts vor; alles hat auch keine Eile, der neue Staatspräsident wird sicher nicht vor Anfang des kommenden Jahres gewählt. Das Zentrum wird abwarten,

²⁶³ Friedrich Reinhart, Direktor und Vorstandsmitglied der Commerz- und Privatbank.

²⁶⁴ Dr. Ernst Brandes, Rittergutsbesitzer und Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates.

²⁶⁵ Dr. Gustav (Krupp) von Bohlen und Halbach, geb. 1870, ursprünglich Berufsdiplomat, infolge seiner Vermählung mit der Erbin Bertha Krupp zur Führung auch dieses Namens ermächtigt, seit 1906 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Kruppschen Werke in Essen.

ob und wer an es herantritt. *Verhandlungen* mit den Nazis werden sie zwar nicht ablehnen. Ob diese aber in Hessen selber an die Macht wollen, oder nicht lieber warten, bis die Entscheidungen im Reich und in Preußen reifen, ist noch sehr die Frage²⁶⁶.

Donnerstag, den 31. Dezember 1931

Über einen Monat habe ich wieder nichts ins Buch geschrieben. Im neuen Jahre will ich mich wieder mal bessern. Drum muß ich den guten Vorsatz gleich noch im alten Jahr zu Papier bringen. Der heutige letzte Tag verlief in gemütlicher häuslicher Harmonie ohne geräuschvollen Klimbim usw. Durch meine anstrengende Tätigkeit nun schon während des ganzen Jahres habe ich geradezu eine gewisse Menschenfurcht. Ich weiche Gesprächen, die nicht unbedingt nötig sind, aus und so besonders auch allen Gesellschaften. Ich bin selig, daß dieses Jahr wegen der schlechten Zeiten die sogenannte Geselligkeit fast vollständig ruht.

Meine dienstliche Arbeit ist enorm. Oft möchte sie mich trotz meiner guten Nerven und gesunden Konstitution schier niederdrücken. Wenn mal der Tag des endgültigen Ausscheidens kommen sollte, werde ich ihn nicht schmähen, da diese jahrelange Hetze und Verantwortung auf die Dauer wirklich fast unerträglich wird. Ich bedauere sehr, daß ich in den letzten Monaten so wenig Tagebuch geschrieben habe. Es waren äußerst schicksalhafte Wochen. Zu Weihnachten habe ich einen langen Artikel in der Vossischen Zeitung über die „Deutsche Weihnacht 1931“ geschrieben, auf den ich hier verweisen möchte. Er ist sehr beachtet worden. Außerdem habe ich letzthin im „Heimatsdienst“ und in der „Juristischen Wochenschrift“ über die 4. Notverordnung vom 8. 12. 31 geschrieben. Letztere war der größte Schlag und Erfolg der Reichsregierung Brüning. Ihre Lage ist dadurch zweifellos stark gebessert. Der Baseler Bericht der Sachverständigen liegt auch schon vor²⁶⁷, die Stillhalte-Leute tagen aber noch²⁶⁸. Der Januar wird entscheidende Verhandlungen bringen. Darüber hoffentlich in den nächsten Tagen mehr. Morgen zunächst einmal der übliche Neujahrsempfang beim Herrn Reichspräsidenten. Nun Schluß mit 1931! Reichskanzler Brüning weilt in Trier beim Prälaten Kaas. Heute nachmittag telefonierte er mit mir.

²⁶⁶ Die Regierungsbildung in Hessen scheiterte später, nachdem auch ein zweiter Wahlversuch zu einem ähnlichen unklaren Ergebnis geführt hatte. Die Regierung Adelung blieb bis 1933 geschäftsführend im Amt.

²⁶⁷ Der Bericht des Sonderausschusses der BIZ (sog. „Beneduce“-Bericht) wurde am 23. Dezember erstattet. Er besagte vor allem, daß ein Festhalten am „Neuen Plan“ Deutschland in eine uferlose Verschuldung treiben würde; es sei schon jetzt vorzusehen, daß das Reich nach Ablauf des Hoover-Feierjahres nicht in der Lage sein werde, die Reparationszahlungen wieder aufzunehmen, genauer: den aufschiebenden Teil der Jahresraten zu transferieren. Notwendig sei die Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden (Reparationen und andere Kriegsschulden) an die gegenwärtig zerrüttete Lage der Welt.

²⁶⁸ Hiermit sind die Bemühungen gemeint, die noch im Dezember parallel zu den Arbeiten des Sachverständigenausschusses von seiten Englands und Frankreichs erfolgten, eine große Wirtschafts- und Reparationskonferenz nach Möglichkeit noch im Januar 1932 zustande zu bringen. Überdies liefen die Stillhalte-Abkommen mit dem 29. Februar ab.

Donnerstag, den 7. Januar 1932

Der Neujahrsempfang am 1. ist wie üblich verlaufen. Auch ich im Frack morgens beim Empfang der Reichsregierung durch den Reichspräsidenten. Nur drei Minister und sechs Staatssekretäre waren anwesend. Reichspostminister Schätzel verlas die im wesentlichen von mir verfaßte Rede. Unsere drei Kinder waren begeistert, als sie den festlichen Betrieb in der Wilhelmstraße sahen. Das war für sie mal was Neues in der Gegend unserer neuen Dienstwohnung.

Der erste Tag des neuen Jahres war verhältnismäßig ruhig, nur für mich etwas schwierig, als ich wieder mal ziemlich allein auf weiter Flur stand. So machte ich für die deutsche Reichsregierung Lausanne als Konferenzort fest, was uns nicht ganz angenehm, aber kaum zu verhindern war. Am Sonntag nachmittag kam Reichskanzler Brüning, aus Trier und Köln kommend, hierher zurück. Ich holte ihn am Bahnhof ab. Da seine Haushälterin noch verreist war und er keinen Hausschlüssel hatte, kam er zunächst zu uns in die Wohnung, wo gerade unsere gute Mutter zum Wochenende bei uns weilte. Wir saßen gemütlich bei einer Flasche Wein ein Stündchen zusammen und plauderten.

Für Dienstag hatte ich, nachdem der Montag ruhig verlaufen war, die berühmte Besprechung zwischen Reichspräsident und Reichskanzler verabredet über die etwaige Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten²⁶⁹. Ich habe hierüber eine eingehende amtliche Aufzeichnung gefertigt, auf die ich verweise²⁷⁰. Daraufhin habe ich auf Grund des Einverständnisses des Reichspräsidenten Exzellenz Groener gebeten, Herrn Adolf Hitler aus München herzubitten. Zuvor hatte der Reichskanzler mit mir überlegt, ob wir das [direkt] tun sollten oder über Groener. Letzteres schien uns besser. Die erste Besprechung Groener/Hitler hat dann gestern abend, Mittwoch, stattgefunden. Gegen Mitternacht rief Groener bei uns in der Reichskanzlei an und teilte mit, daß seine Besprechung nicht ganz befriedigend verlaufen sei, das es nicht ausgeschlossen erscheine, daß die Nationalsozialisten gewisse Bedingungen stellen würden. Es wurde dann die Besprechung zu dritt für heute, Donnerstag, 4 Uhr nachmittags, bei Groener verabredet. Sie verlief tatsächlich nicht sehr befriedigend. Beide Teile trauten sich offenbar nicht. Hitler und Brüning sind ja auch zu verschiedene Naturen. Was bei Brüning trockene und nüchterne Sachlichkeit ist, hält Hitler offenbar für frostige Unnahbarkeit und Abneigung. Dem Kanzler schien [es] wahrscheinlich, daß Hitler gleichzeitig die Auflösung des Reichstages verlangen werde. Das ist natürlich ganz ausgeschlossen, da die Wiederwahl Hindenburgs ganz bedingungslos angeboten werden muß. Wird sie mit dem Verlangen der Reichstagsauflösung verknüpft, so kann hinterher Hindenburg vorgeworfen werden, er habe seine Wiederwahl mit unsachlichen Gesichtspunkten erkaufte. Ich habe dann

²⁶⁹ Da an eine volle, sieben Jahre währende zweite Amtsperiode des jetzt 84jährigen Reichspräsidenten kaum zu denken war, hatte Brüning, hierin von der Reichswehrführung unterstützt, beabsichtigt, im Reichstag eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit zu gewinnen, welche die Amtszeit um ein oder zwei Jahre zu verlängern imstande sein würde.

²⁷⁰ Durchschlag einer Aufzeichnung Pünders vom 8. Januar 1932 (im Nachlaß, Bd 97), die später durch undatierte Fortsetzungen bis etwa zum 15. Januar erweitert worden ist.

hinterher spät abends noch mit General von Schleicher gesprochen, der daraufhin morgen vormittag erneut mit Adolf Hitler sprechen wird. Ich hoffe, daß Hitler morgen wohl bedingungslos zustimmen wird. Den Herrn Reichspräsidenten habe ich durch den Vertreter des abwesenden Staatssekretärs Meißner orientiert und auch eine Einwirkung auf die Deutschnationalen versucht, daß diese die Reichstagsauflösung nicht forcieren.

Geheimrat Quatz²⁷¹ hat mir soeben erklärt, daß er sehr *für* den Plan und daher gegen gleichzeitige Reichstagsauflösung sei. In diesem Sinne wolle er sofort auch mit Geheimrat Hugenberg sprechen. Dieser hat daraufhin noch am Spätabend mitgeteilt, daß er morgen aus Westfalen nach Berlin zurückkehren werde. Heute abend, während ich dieses schreibe, spricht der Reichskanzler mit den sozialdemokratischen Führern Wels und Breitscheid, die ich gestern hierher gebeten habe. Ab morgen werden dann die weiteren Verhandlungen stattfinden. Die Sache eilt sehr, da am kommenden Dienstag in der Sitzung des Ältestenrates über Einberufung des Reichstages beraten wird.

Währenddessen finden die Vorbereitungen für die Reparationskonferenz statt. Unsere drei Botschafter von Hoesch (Paris), von Schubert (Rom) und von Neurath (London)²⁷² haben wir hierher gebeten. Wir haben im engsten Kreise mit ihnen heute nachmittag verhandelt. Die Lage ist noch sehr unklar. Fest steht für uns nur, daß wir *bestimmt nie mehr* die Reparationszahlung aufnehmen werden. Aber wie setzen wir das in Szene? Eine offizielle Streichung ist *jetzt* in Lausanne bestimmt noch nicht zu erreichen. Daher am besten vielleicht Vertagung um vier Monate bis Juli unter Verlängerung des jetzigen tatsächlichen Zustandes bis Ende 1932. Im Juli sind die französischen Wahlen vorbei, und die Wirtschaftskrise hat bis dahin bestimmt auch die Franzosen stärker erfaßt. Oder sollen wir ein sehr langes neues Provisorium von fünf oder vielleicht mehr Jahren durchzusetzen suchen? Dann hat sich die ganze Welt auf *Nichtempfang* von Reparationszahlungen eingestellt. Es ist jetzt schon ausgeschlossen oder doch so gut wie ausgeschlossen, daß die Reparationszahlungen wieder mal aufleben²⁷³. Morgen früh setzen wir die Verhandlungen im kleinsten Kreise mit den Botschaftern fort.

Montag, den 11. Januar 1932

Unsere Reparationsvorbesprechungen sind zu Ende gegangen. Ihren starken Niederschlag haben sie in dem Wochenend-Interview gefunden, das am vergangenen Sonnabend Reichskanzler Brüning herausgegeben hat²⁷⁴. Auf diesen Gedanken war

²⁷¹ Dr. Reinhold Georg Quatz, geb. 1876, Verwaltungsjurist und deutschnationaler Politiker, Mitglied des Reichstages seit 1920.

²⁷² Constantin Frhr. von Neurath, geb. 1873, Berufsdiplomate, 1921 Botschafter in Rom (Quirinal), seit 1930 Botschafter in London. N. wurde im Juni 1932 Reichsaußenminister und blieb es auch unter Hitler bis zum Februar 1938. Nach Besetzung der sog. Rest-Tschechoslowakei fungierte er bis 1943 als Reichsprotektor von Böhmen und Mähren.

²⁷³ Diese Gedankengänge entsprechen im großen und ganzen einer Aufzeichnung Pünders vom 8. Januar 1932, Durchschlag im Nachlaß, Bd 92.

²⁷⁴ C. Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Jahresband 1932, Berlin 1933, S. 29.

ich in einer Besprechung mit dem früheren Minister Moldenhauer gekommen, der gern für die morgige Ältestenratssitzung eine amtliche Kundgebung der Regierung über die Reparationen gehabt hätte. Ich hatte nur die Sorge, ob nicht außenpolitische Bedenken bestehen könnten, wenn man schon *vor* der Lausanner Konferenz so mit der Wahrheit herausrücke. In einer vertraulichen Besprechung beim Reichskanzler meinte aber Staatssekretär von Bülow, daß Überraschungen nie gut täten und deshalb eine baldige deutsche Äußerung außenpolitisch gut sei. Ich habe daraufhin die „Pastete“ gebacken, die Bülow mit dem außenpolitischen „Frikassee“ füllen sollte. Diese Formulierung von mir liegt mit allen Vorgängen bei den Akten. In einer Schlußbesprechung beim Reichskanzler mit den drei Botschaftern am gestrigen Sonntag mittag waren Schubert und Neurath völlig einverstanden, nur Hoesch (allerdings der Botschafter aus Paris!) äußerte Bedenken. Er hält für möglich, daß die Franzosen die Konferenz von Lausanne nicht beschicken würden. Mit dieser Besorgnis hat Hoesch jedoch schon gleich am ersten Tage nicht recht behalten, denn eine gegenteilige französische amtliche Äußerung liegt vor. Allerdings ist die französische Erregung über die Reichskanzler-Erklärung ungeheuer. Trotzdem war sie m. E. richtig; die deutsche Presse liegt auch ganz einheitlich gut und zustimmend. Die Brücken nach rückwärts sind allerdings abgebrochen und können nicht wieder aufgebaut werden. Mit unserem Standpunkt, *daß wir nie wieder Reparationen zahlen können*, werden wir uns nun in Lausanne noch nicht durchsetzen können. Wenn unsere Gegner nur Zahlungsaussetzung für drei Jahre bewilligen wollen, so können wir das nicht hindern, sondern nur unter Protest hinnehmen.

Die Bemühungen, Hindenburg durch verfassungsänderndes Gesetz „wiederzuwählen“, laufen schief. Alle Phasen dieser bedeutsamen politischen Verhandlungen habe ich in amtlichen Vermerken festgehalten²⁷⁵. Morgen früh werden wir die Absagen der Harzburger Front wohl in Händen haben²⁷⁶. Hoffentlich gelingt es aber, Hindenburg durch Volkswahl alsbald wiederzuwählen. Wieder einmal ungemein bedeutsame Tage. Die Zusammenarbeit mit Reichskanzler Brüning ist augenblicklich außerordentlich harmonisch. Gestern abend war ich bis nach Mitternacht allein mit ihm zusammen bei einer Flasche Wein.

Sonntag, den 24. Januar 1932

Politisch sieht es nicht sehr schön aus. Hindenburgs Wahl durch verfassungsänderndes Gesetz ist mißraten. Jetzt wird versucht, die Volkswahl möglich zu machen²⁷⁷. Erfolg aber noch sehr zweifelhaft. Die Reparationskonferenz in Lausanne

²⁷⁵ Vgl. Anm. 270.

²⁷⁶ Hitler operierte am 12. Januar mit „verfassungsrechtlichen Bedenken“ gegen den Brüning-Plan und schlug vor, die „parlamentarische Lösung“ durch einen neugewählten Reichstag vornehmen zu lassen.

²⁷⁷ In einer längeren Aufzeichnung aus dem Februar 1932 (Durchschlag im Nachlaß Pünder, Bd 97) heißt es: „Die Vorbereitung der Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten im Wege der Volkswahl war zunächst so versucht worden, daß die beiden vaterländischen Ver-

ist zunächst einmal vertagt worden²⁷⁸. Unser Interview war den Franzosen zu sehr in den Magen geschlagen. Dafür sind aber gestern abend die Stillhalteverhandlungen gut zu Ende gegangen.

Vorgestern, Freitag, waren wir beim Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg zum feierlichen Regierungssessen eingeladen. Wie üblich war es sehr interessant, aber immer noch etwas üppig. Der alte Herr war sehr frisch und hat dann hinterher allerhand Schnurren erzählt. Hoffentlich war es nicht das letzte Diner, das er als Reichspräsident gegeben hat und an dem *wir* teilnehmen dürfen.

Freitag, den 12. Februar 1932

Wir leben in ereignisreichen Wochen. Das wichtigste Problem ist die Reichspräsidentenwahl. Alle wichtigen Phasen dieser Angelegenheit habe ich in meinen amtlichen Vermerken niedergelegt²⁷⁹, so daß ich hier nichts wiederholen brauche. Nach vielem Hin und Her, bangem Hoffen, scheint morgen die Entscheidung im positiven Sinne zu fallen, so daß am Sonntag Hindenburg seine Proklamation erlassen kann. Zwischendurch manch unangenehmes Intermezzo mit Mißtrauen untereinander, wobei die Herren von Schleicher und Meißner im Vordergrund standen, manchmal ich vielleicht auch. Die Hauptsache bleibt aber der Erfolg. Gelingt die Wiederwahl Hindenburgs, so kann sich bei dieser Wahl vielleicht der Übermut Hitlers brechen.

Gestern war die übliche feierliche Jahreseinladung beim Herrn Nuntius Orsenigo, wo auch der Herr Reichspräsident war, dazu verschiedene Botschafter und Gesandte, mehrere Minister und Staatssekretäre, an der Spitze Reichskanzler Brüning, mit dem ich zusammen gekommen war. Stets ein sehr feierlicher Abend. Der Reichspräsident war erfreulich frisch und gesprächig, die Wiederwahl lohnt sich. Heute war dann anschließend das feierliche Pontifikalamt zu Ehren der 10jährigen Thronbesteigung des gegenwärtigen Papstes. Da die Hedwigskirche noch nicht fertiggestellt ist, war die Veranstaltung in der prächtigen Michaelskirche, die sich außerordentlich gut für solche Festlichkeiten eignet.

bände ‚Kyffhäuser-Bund‘ und ‚Stahlhelm‘ als Betreiber der Aktion in den Vordergrund treten sollten, um welche Verhandlungen sich im Einverständnis des Herren Reichskanzlers vor allem General von Schleicher bemühte. Am Sonnabend, den 23. Januar, stand so gut wie fest, daß diese Aktion nicht zum Ziele führen konnte. Die beiden Verbände waren an sich wohl geneigt, fürchten aber angesichts der negativen Einstellung von Herrn Hugenberg schließlich Schwierigkeiten in ihren eigenen Reihen . . .“

²⁷⁸ Auf den 16. Juni 1932.

²⁷⁹ Vgl. Anm. 277. Dort auch bzw. in einem besonderen Vermerk Pünders vom 6. Februar 1932 die Angaben, daß Brüning zweimal, am 27. Januar und am 6. Februar, zur Klärung der Verhältnisse auf der nationalen Rechten seinen und der Regierung Rücktritt angeboten habe. Am 27. 1. habe Hindenburg gesagt: „Lieber guter Freund, das dürfen Sie mir nicht antun!“ (mit feuchten Augen), am 6. 2. den Gedanken des Rücktritts „mit deutlichen Handbewegungen“ energisch abgelehnt.

Montag, den 15. Februar 1932

Nur wenige Worte: Hindenburg hat sich heute mittag zur Annahme der Reichspräsidenten-Kandidatur bereit erklärt! Ein Tag schicksalhafter Bedeutung für Deutschland. An der Wiederwahl dürfte kaum zu zweifeln sein. Hoffentlich gleich im ersten Wahlgang am 13. März. Ich schätze 17 Millionen Stimmen für ihn, gegen 10 Millionen der Rechtsopposition und 6 Millionen Thälmann²⁸⁰. Ob ich recht behalte? Wir müssen natürlich tüchtig Werbearbeit leisten; heute nachmittag habe ich mich bereits darum bemüht. Namentlich erscheint mir nötig, den Herrn Reichspräsidenten in diesen Tagen und Wochen mehrfach zu filmen und im Tonfilm einige Worte sprechen zu lassen, damit das Volk sich von seiner gottlob noch großen körperlichen und geistigen Frische überzeugen kann.

Sonntag, den 21. Februar 1932

Heute Heldengedenktag. Wieder die herrliche und ergreifende Feier im Reichstag. Der Reichskanzler und ich standen wie üblich zum Empfang des Reichspräsidenten am Portal des Reichstages. Hindenburg gottlob sehr frisch. Ich freute mich, daß wieder mal Tausende und Abertausende den hohen Herrn in seiner noch immer großen körperlichen Frische sehen konnten. Nachher die erhebende Parade vor dem Bismarck-Denkmal.

Morgen ist Ältestenrat, wo ich wieder als Vertreter der Reichsregierung auftreten muß und dafür zu sorgen habe, daß das hohe Haus sich nach wenigen Tagen wieder verduftet, nachdem es den Termin für die Reichspräsidentenwahl beschlossen und die Mißtrauensvoten abgelehnt hat. Hoffentlich geht alles gut. Über die übrigen großen Fragen der Politik, insbesondere Reichspräsidentenwahl, mache ich laufend Aufzeichnungen in meinen amtlichen Akten, wo später alles nachgelesen werden kann. Ich bin leidlich guter Hoffnung.

Donnerstag, den 25. Februar 1932

Heute großer Tag im Reichstag. Seit Dienstag tagt das hohe Haus, um den Wahltermin für den Reichspräsidenten zu bestimmen²⁸¹. Damit ist eine politische Debatte mit den üblichen Mißtrauensanträgen usw. verbunden worden. Sonstige Dinge gelangen nicht zur Erledigung; im Ältestenrat habe ich wie üblich als Vertreter der Reichsregierung mit dafür gesorgt. Die erste Rede der Regierung hält rein technisch der Reichsinnenminister Exzellenz Groener. Auf die Angriffe des Nationalsozialisten Goebbels²⁸² gegen den Reichspräsidenten hielt Groener gestern noch

²⁸⁰ Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte die Kandidatur Ernst Thälmanns bereits am 12. Januar bekanntgegeben.

²⁸¹ Zur Orientierung vgl. C. Horkenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 274), S. 59 ff.

²⁸² Dr. Paul Joseph Goebbels, geb. 1897, nationalsozialistischer Politiker, ursprünglich Mitarbeiter Gregor Strassers, 1926 Gauleiter der NSDAP in Berlin, Herausgeber des „Angriff“, Reichspropagandaleiter seiner Partei. Mitglied des Reichstages seit 1928. Zur Information: H. Fraenkel und R. Manvell, Goebbels, Eine Biographie, Köln und Berlin 1960.

mals eine sehr wirksame Rede zum Schutze des Reichsoberhauptes. Dann kamen gestern die Angriffe gegen die Regierung und namentlich den Reichskanzler durch die Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven und Rosenberg²⁸³. Darauf heute die große Abrechnung durch Brüning. An der Beisteuer des Materials habe ich tüchtig mitgeholfen. Es war aber diesmal eine freie Rede und daher *außerordentlich wirksam*. Ein ganz unvergeßlicher Tag. Heute abend hörten wir die Rede nochmals auf Schallplatten im Rundfunk. Der Eindruck der Rede im Reichstag war ganz enorm. Morgen sind die Abstimmungen. Wir haben eine sehr kleine, aber ebenso sichere Mehrheit von wohl im ganzen 20 Stimmen.

Sonnabend, den 27. Februar 1932

Gestern ist die große Schlacht im Reichstag zu Ende gegangen. Vorstehender Vorhersage entsprechend mit 24 Stimmen Mehrheit für die Reichsregierung. Entsprechend unserem Vorschlage wird der Reichstag bis nach endgültiger Reichspräsidentenwahl vertagt. Am Schluß, als es auf die sachliche Stellungnahme zu den rund 200 materiellen Anträgen ankam, verschwanden die Nationalsozialisten unter lautem Lärm erneut. Demagogen! Alles in allem für uns ein sehr großer Erfolg. Abends saß ich noch ziemlich lange mit Reichskanzler Brüning zusammen, wo er mit mir sehr intime Gespräche über die ganze politische Lage und die vielen politischen Persönlichkeiten führte. Einzelheiten interessieren hier nicht. Ich habe aber die tiefe Befriedigung, das volle Vertrauen meines verehrten hohen Chefs zu besitzen. Gegen 11 Uhr abends rief er mich nochmals an und teilte mir mit, daß er bis Montag wegfahre. Er benutzte die Gelegenheit, mir hierbei nochmals mit überaus herzlichen und sicher ganz ehrlich gemeinten Worten seinen Dank für meine wertvolle und für ihn unersetzliche Mitarbeit vor allem in den vergangenen Wochen auszusprechen. Das war die schönste Anerkennung für mich.

Sonntag, den 6. März 1932

Die gegenwärtige Zeit steht stark unter dem Zeichen der Reichspräsidentenwahl. Ich glaube fest an einen Sieg Hindenburgs und halte auch einen Sieg im ersten Wahlgang für sehr möglich. Die Relation sehe ich folgendermaßen: Hitler 9, Duesterberg 1½–2, Thälmann²⁸⁴ 6–7, Hindenburg 18,5 Millionen. Ist die Wahlbeteiligung stärker, erhöhen sich die Zahlen allgemein. Wir arbeiten fieberhaft mit, namentlich auch, was den Geldpunkt anlangt.

Zwischendurch viel sonstige bedeutsame Arbeit. Die Botschafter Nadolny²⁸⁵ und

²⁸³ Alfred Rosenberg, geb. 1893, nationalsozialistischer Politiker, Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachter“ und der „Nationalsozialistischen Monatshefte“. Mitglied des Reichstages seit 1930.

²⁸⁴ Ernst Thälmann, geb. 1886, kommunistischer Politiker, seit 1903 in der Arbeiterbewegung tätig, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands. Parlamentarier seit 1919 (hamburgische Bürgerschaft) bzw. 1924 (Reichstag).

²⁸⁵ Rudolf Nadolny, geb. 1873, Berufsdiplomat, 1920 Gesandter in Stockholm, 1924 Botschafter in Ankara, seit Februar 1932 deutscher Delegierter auf der Genfer Abrüstungskonferenz. Sein Erinnerungswerk: Mein Beitrag, Wiesbaden 1955.

von Hoesch sind hier, heute nachmittag zum Reichskanzler mit diesen beiden und den Kollegen von Bülow eingeladen. Wir blieben noch bis gegen 5 Uhr nachmittags zusammen und besprachen Abrüstungs- und Reparationsfragen. Die Lage sieht im allgemeinen sehr düster aus. Reparationen werden wohl nie mehr gezahlt werden können, aber an einer Abschlußzahlung wirtschaftlicher Art kommen wir wohl nicht vorbei. Dies ist meine Überzeugung schon lange. Heute sprach sich auch der Reichskanzler dahin aus, allerdings noch sehr vertraulich. Wir sprachen auch über die innenpolitischen Verhältnisse im Reich. Brüning bezeichnete es als einen Fehler, daß er im vergangenen August Hindenburg geraten habe, Hitler zu empfangen²⁸⁶.

Sonntag, den 13. März 1932

Wahnacht! Es ist gleich zwei Uhr nachts, also eigentlich schon Montag. Ich sitze allein an meinem Schreibtisch in meinem Arbeitszimmer. Eben haben uns unsere Besucher verlassen. Es war wie in einer Redaktionsstube oder auch in einer Kabinettsitzung. Um ½8 Uhr hatten wir den Herrn Reichskanzler und den Herrn Prälaten Kaas zum einfachen Abendessen hier zu Gast, nachher kamen noch Exzellenz Groener und Reichsminister Treviranus, beide mit ihren Frauen. Das Radio und die Presseabteilung brachten fortgesetzt in kürzesten Abständen die letzten Nachrichten.

Die Stunden waren aufregend. Zunächst schien es, als ob Hindenburg einen kleinen Vorsprung von etwa ½ Million Stimmen behalten würde. Nachher verflüchtigten sich aber diese einigen hunderttausend Stimmen, so daß nach jetzigen Ergebnissen anscheinend 150–250 000 Stimmen unserem Reichspräsidenten an der absoluten Mehrheit fehlen. Überaus bedauerlich! An sich sind die Wahlen keineswegs schlecht ausgefallen, ziemlich genau so, wie ich sie geschätzt hatte. Bei einer Gesamtstimmenzahl von etwa 38 Millionen ist die letzte halbe Million kaum genau zu bestimmen, da dafür das Wetter, der Bierpreis, die Größe der Brötchen oder ähnliche „Bedeutsamkeiten“ den Ausschlag geben können. Im ersten Wahlgang ist es also nicht geraten. Wenngleich der *zweite* Wahlgang *absolut sicher* für Hindenburg liegt, sind die vier Wochen Zwischenzeit ziemlich unangenehm, namentlich in wirtschaftlicher und außenpolitischer Hinsicht. Einstweilen möchte ich annehmen, daß im zweiten Wahlgang alle Kandidaten wieder aufgestellt werden. Hugenberg und Duesterberg²⁸⁷ werden natürlich versuchen, in der Zwischenzeit ein politisches Geschäft zu machen. Da sie aber – wie ich nie mehr angenommen habe – nur 2½ Millionen Stimmen bekommen haben, ist dafür der etwaige Zuwachs natürlich gleich Null. Man kann ihnen natürlich auch gar nicht entgegenkommen, da dann die Linke, die sich sehr brav gehalten hat, abspringen würde.

Am Nachmittag hatte ich in meinem Dienstzimmer den Besuch von Herrn Dr.

²⁸⁶ Ein Empfang Hitlers bei Hindenburg hat jedoch erst am 10. Oktober 1931 stattgefunden.

²⁸⁷ Theodor Duesterberg, geb. 1875, Oberstleutnant a. D., Zweiter Bundesführer des „Stahlhelm“, dem er bereits 1919 beitrug. Vgl. auch seine Erinnerungen: Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel und Hannover 1949.

Goebbels wegen angeblicher Attentatsgefahr für den Reichskanzler. Ein plumper Anbiederungsversuch^{288!}

Mittwoch, den 23. März 1932

Vorgestern mit dem Reichskanzler nach Weimar zur Goethe-Feier anlässlich dessen gestrigen 100. Todestages. Zwei unvergeßliche, herrliche Tage. Gestern vormittag in der Fürstengruft. Nachmittags Torquato Tasso und anschließend große Feier in der Weimar-Halle. Morgens herrlicher Vortrag des Präsidenten der Goethe-Gesellschaft, Professor Petersen. Abends fuhr der Kanzler auf Urlaub nach Badenweiler. Ich heute morgen mit Kollegen Meißner und Admiral von Waldeck²⁸⁹ nach dem Heldenhain von Berka. Herrlich, prachtvolles Winterwetter. Nachmittags – erfreulicherweise – ganz allein zurück nach Berlin. Abends wieder gemütlich zu Hause.

Zu Ostern treten jetzt etwas ruhigere Zeiten ein. Die Vorbereitungen für die Wahl des Reichspräsidenten sind jetzt nach allgemeiner Auffassung so gut wie beendet. Der zweite Wahlgang ist von selbstverständlichem Ergebnis. Hoffentlich und vielleicht erhält Hindenburg 20 Millionen Stimmen.

Sonntag, den 10. April 1932

Heute zweiter Wahlgang Reichspräsident. Diese Zeilen schreibe ich *vor* Bekanntgabe des Ergebnisses am Spätnachmittag. Die Wahl geht für Hindenburg bestimmt gut. Die Wahlbeteiligung wird geringer sein, vor allem, weil die Kommunisten mangels Propaganda und Aussichtslosigkeit Stimmen von mindestens einer Million verlieren werden. Die 2,5 Millionen Duesterberg werden wohl zu einem sehr großen Teil auf Hitler übergehen, während dieser andererseits aus anderen Gründen von seinen bisherigen Wählern etwas verlieren wird. Hindenburg wird – gemessen an der Wahlbeteiligung – an Stimmen gewinnen.

Heute nachmittag hatten wir gleich nach Rückkehr des Herrn Reichskanzlers eine geheime Besprechung: Reichskanzler, Exzellenz Groener, Justizminister Joel, die Staatssekretäre Meißner, Zweigert und Pünder, sowie General von Schleicher. Thema: Aufhebung der SA; nächster Tage wird die Entscheidung in positivem Sinne fallen.

Gestern abend Attentat auf Präsident Luther! In der Nacht habe ich Vorsichtsmaßnahmen für die Rückkehr des Herrn Reichskanzlers getroffen, den ich heute früh auf dem Bahnhof Friedrichstraße abholte. Es ist alles aber ganz glatt und ruhig verlaufen, wie auch der heutige Wahlsonntag, soweit vom Regierungsviertel zu beobachten, ganz ruhig verlaufen ist.

Montag, den 11. April 1932

Die Wahlen sind vorbei, Hindenburg gewählt. Meine Auffassung habe ich in einer Sprachregelung für die Presse niedergelegt, die in den Akten vorhanden ist.

²⁸⁸ Vgl. dazu auch J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 61 f.

²⁸⁹ Konteradmiral Heusinger von Waldeck war Chef des Allgemeinen Marineamtes in der Marineleitung.

Die Voraussagen von uns stimmten, wenn auch vorher nicht zu übersehen war, daß so stark sich die deutschnationalen Stimmen auf die Seite von Hitler schlugen würden. *Eigenen* Stimmenzuwachs hat jedenfalls Hitler nicht erfahren.

Trotzdem haben wir unsere großen Sorgen. Die SA soll aufgehoben werden. Gestern die Geheimbesprechung, heute Fortsetzung, wo General von Schleicher fehlte! Statt dessen stiftete er seinen Freund, den Sohn Hindenburg an, seinem Vater die Unterschrift zu widerraten²⁹⁰! Ein ungeheurer Vertrauensbruch gegenüber seinem Chef Exzellenz Groener! Außerdem fiel dem Reichskanzler in seinem heutigen Vortrag beim Herrn Reichspräsidenten allerlei auf. Auf das an sich formelle Rücktrittsangebot des Kanzlers²⁹¹ ging er nämlich *doch* etwas ein, mit dem Hinweis, daß nach den Preußenwahlen²⁹² einige Minister ausgewechselt werden müßten und die Trennung von den Sozialdemokraten vollzogen werden müßte. Der Kanzler ist begreiflicherweise hierüber sehr beunruhigt. Er fährt nicht nach Genf²⁹³, wenn er nicht über diese Dinge bis übermorgen Klarheit hat.

Montag, den 9. Mai 1932

Wieder ist ein Monat ohne Aufzeichnung verflossen. Zwischendurch habe ich aber in den Akten der Reichskanzlei viele bedeutsame Aufzeichnungen niedergelegt. Ich werde das jetzt anders machen. Um sie jederzeit zur Hand zu haben, werde ich sie künftig in diesem Buche niederlegen. Das Tagesbild wird dann etwas plastischer und die Zusammenhänge treten vielfach vielleicht in den Hintergrund. Aber das Tagebuch gewinnt an akuter Bedeutung. Ich will mit diesem Verfahren gleich heute beginnen.

Heute mittag teilte mir Staatssekretär Meißner mit, daß der Herr Reichspräsident jetzt nach seiner Wahl beabsichtige, aus seiner Reserve mehr herauszutreten, und die Parteiführer aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten morgen und übermorgen empfangen werde. Zuvor solle dies dem Kanzler mitgeteilt werden.

²⁹⁰ Über die Vorgeschichte liegt eine spätere Aufzeichnung Pünders vom 30. Mai 1932 vor, die in Abschrift im Nachlaß Groener (Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA-2, Stück 231) erhalten ist. Auch in dieser Niederschrift kehrt der Eindruck wieder, als habe Schleicher, um seine bezüglich der Taktik gegenüber Hitler abweichende Ansicht durchzusetzen, über den Sohn eine massive Einwirkung auf den Feldmarschall vorgenommen, ein Vorwurf, den der General, am 11. April abends zu Groener befohlen, weit von sich wies. Vgl. auch die heftige Ablehnung der Anschuldigung in Schleichers Schreiben an Groener vom 13. April 1932, bei G. A. Craig, in: *Welt als Gesch.* 11 (1951), S. 131. Erst auf Grund nachdrücklicher Vorstellungen gelang es Brüning und Groener schließlich am 12. April, die Zustimmung Hindenburgs für die Verordnung über das Verbot der SA zu erlangen.

²⁹¹ Aus Anlaß der Reichspräsidentenwahl, die den Beginn einer neuen siebenjährigen Amtsperiode (mit dem 6. Mai 1932) Hindenburgs zur Folge hatte.

²⁹² Die Landtagswahlen in Preußen waren auf den 24. April festgesetzt worden.

²⁹³ Die Genfer Reise des amerikanischen Außenministers Stimson, welche auf den Wunsch Hoovers nach Intensivierung der Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz zurückging, wollte auch Brüning zur Gelegenheit nehmen, sich in zwanglosen Zusammenkünften mit MacDonald, Tardieu, Stimson und Grandi über Abrüstungs- und Reparationsfragen auszusprechen.

Ich war von dieser Mitteilung aufs äußerste betroffen. Heute tritt der Reichstag nach Monaten wieder zu einer Tagung zusammen. Wenn in demselben Augenblick der Reichspräsident diese wichtigen Empfänge veranstalte, werde dies bestimmt so ausgelegt, daß eine Kabinettsumbildung usw. beabsichtigt sei. Meißner bestritt dies und betonte, daß nur eine Information seitens des Herrn Reichspräsidenten beabsichtigt sei. Am Donnerstag will er dann nach Neudeck fahren. Ich blieb bei meiner Auffassung, daß es bestimmt anders gedeutet werden würde. Wir kamen überein, daß – falls der Kanzler Bedenken hätte – er selber sie dem Herrn Reichspräsidenten vortragen solle.

Den Kanzler sprach ich dann kurze Zeit später, der tatsächlich ebenso wie ich äußerst betroffen war. Ich konnte erfreulicherweise betonen, daß Herr Meißner mir mitgeteilt hätte, daß die Anregung diesmal *nicht* von ihm stamme, sondern daß der Herr Reichspräsident sie ihm heute morgen „aus dem Notizbuch mitgeteilt“ hätte. Der Kanzler war bereit, persönlich zum Herrn Reichspräsidenten zu gehen. Ich verabredete Vortrag mit Herrn Meißner für heute 5.30 Uhr. Gleich nach dem Vortrag erzählte mir der Herr Reichskanzler alles. Die Sache sei recht schwierig gewesen, obschon Meißner und ich zwischendurch den Vortrag schon etwas vorbereitet hatten. Wir beide waren nämlich übereingekommen, daß *gelegentlich der ersten Tagung des Preußenparlaments der Herr Reichspräsident* vielleicht solches mit einer gewissen Berechtigung unternehmen könne. Der Kanzler war auf diesen Vorschlag sofort sehr gern eingegangen. Entsprechend wurde dann heute auch zwischen ihm und dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen. Meißner teilte mir eben als Datum den 25. bis 27. Mai mit. Der Reichspräsident hatte zunächst auf die Bedenken des Kanzlers erwidert, er wolle sich die Sache bis morgen früh noch einmal überlegen. Darauf hatte der Kanzler erwidert, daß er aber im Falle der Aufrechterhaltung der ursprünglichen Absicht bitte, zuvor nochmals empfangen zu werden, da er in diesem Falle nicht mehr länger glaube, die Verantwortung seines Amtes tragen zu können. Sehr deutlich! Der Reichspräsident hat dies gut verstanden, wie mir vorhin Herr Meißner bestätigte. Der Kanzler sagte aber andererseits dem Reichspräsidenten auch, daß *gelegentlich der Preußentagung auch er persönlich* solche Empfänge durchaus fördern werde und für seine Person – zwar ohne Festlegung des Zentrums – für eine Änderung des Kurses in Preußen wohl zu haben sein werde. Personelle Auswirkungen auf das Reich dürften jedoch auch in diesem Falle keineswegs *vor Abschluß der Lausanner Konferenz* eintreten²⁹⁴.

Wenn damit auch diese Episode fürs erste erledigt ist, bleibt ein unangenehmer Beigeschmack zurück. Der Reichskanzler hat den Prälaten Kaas und die Minister Groener und Joel von dem Vorgefallenen unterrichtet. Joel betrachtete in meinem Beisein dieses starke Hervortreten des Reichspräsidenten sehr ernst und kaum noch mit der Reichsverfassung vereinbar, wonach der Reichskanzler und nur er die Richtlinien der Politik bestimmt.

²⁹⁴ Diese Vorgänge finden in großen Zügen ihre Bestätigung durch eine Aufzeichnung aus dem Büro des Reichspräsidenten vom 10. Juni 1932 über die „Entwicklung der Krise und Demission des Kabinetts Brüning“. Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Dingeldey, Mappe 38.

Der amerikanische Sachverständige der Bank von England Sprague war dieser Tage in Berlin. Er sieht die Lage in der angelsächsischen Welt als sehr ernst an. Wenn die Lausanner Konferenz kein Ergebnis brächte, würde England in diesem Sommer ganz bestimmt seine Zahlungen einstellen müssen. Um so wichtiger ist, nicht durch innerpolitische Experimente diese Konferenz erheblich zu gefährden.

Dienstag, den 10. Mai 1932

Nachmittags sprach im Plenum zur Verteidigung der letzten innenpolitischen Maßnahmen (Aufhebung der SA usw.) Exzellenz Groener sehr unglücklich. Ein Manuskript lag nicht vor. Der ungeübte Redner war den fortgesetzten Zwischenrufen in keiner Weise gewachsen und hat trotzdem dauernd versucht, auf sie einzugehen und zu antworten²⁹⁵. Nach Abschluß der $\frac{3}{4}$ stündigen Rede war der Eindruck ganz katastrophal. Hervorgehoben muß allerdings werden, daß auch der amtierende Vizepräsident Esser sehr schlecht präsierte. Schließlich löste sich im Anschluß an die Groener-Rede die Sitzung vorübergehend auch tatsächlich auf.

Mit dem Kanzler besprach ich auf seinen Wunsch sofort die Situation. Ich riet ihm dringend, nicht persönlich sofort zu sprechen, da das Unerträgliche weniger in dem sachlich Gesagten als in der Art des Auftretens gelegen hätte, was durch die Rede eines anderen nicht verbessert werden könnte. Dem schloß sich der Kanzler durchaus an, und wir beschlossen, zunächst zuzuwarten. Andere Abgeordnete leidlich wohlmeinender Einstellung, wie Graf Westarp und Herr von Lindeiner, meldeten sich beim Kanzler und drangen auf sofortige Klarstellung wie Rücktritt oder etwas ähnliches²⁹⁶. Wir beruhigten sie leidlich. Der katastrophale Eindruck der Rede war aber allgemein, so z. B. auch bei sehr ruhig und loyal denkenden Männern auf der Ministerbank, wie den Ministern Joel, Schätzel und Schlange²⁹⁷, bei den Staatssekretären Schlegelberger²⁹⁸, Zweigert und eigentlich bei *allen* anderen. Abends gegen $\frac{1}{2}$ 10 Uhr rief mich in der Angelegenheit Staatssekretär Meißner an. Beim Büro des Reichspräsidenten hatte sich, wie nicht anders zu erwarten ist, schon eine Fülle von Leuten telefonisch gemeldet, um die Niederlage der Regierung und von Exzellenz Groener dort zu verkünden und möglichst breitzutreten. Ich teilte Meißner die Auffassung des Kanzlers, daß er zunächst zuwarten wolle, mit, was er einsah und dem Herrn Reichspräsidenten mitteilen wollte.

Mittwoch, den 11. Mai 1932

Als ich heute frühmorgens aufs Büro kam, hatte schon General von Schleicher nach mir verlangt. Zwischendurch hatte er Herrn Planck bereits mitgeteilt, daß,

²⁹⁵ Grundzüge der Rede Groeners bei C. Horkenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 274), S. 144.

²⁹⁶ Vgl. auch die Aufzeichnung des Grafen Westarp vom 1. Juni 1932, bei W. Conze, Zum Sturz Brüning's, in: Vjh. Zeitgesch. 1 (1953), S. 282.

²⁹⁷ Hans Schlange-Schöningen, geb. 1886, Rittergutsbesitzer und Agrarpolitiker, früher DNVP, seit 1930 bei der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, seit November 1931 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für die Osthilfe.

²⁹⁸ Dr. Franz Schlegelberger, geb. 1876, 1927 Ministerialdirektor, 1931 Staatssekretär im Reichsjustizministerium.

wenn Groener jetzt nicht abgehe, er und die übrigen Spitzen der Generalität des Reichswehrministeriums sofort ihren Abschied einreichen würden. Ich rief dann sofort Schleicher an, wobei er dann zunächst mich um Mitteilung über den Stand der Sache und meine Auffassung bat. Ich konnte natürlich mit meiner Auffassung über die Unzulänglichkeit der Groenerschen Rede nicht zurückhalten, betonte aber dann doch sofort die Notwendigkeit, nach meiner Meinung sich zunächst zurückzuhalten, bis man abschließend den Stand der Reichstagsdebatte übersehe. Parlamentarisch hielte ich seit gestern die Lage eher für gebessert als verschlechtert. Schleicher sagte mir dann auch, daß der Rücktritt der Generale bevorstünde, wenn Groener bliebe. Ich riet dann auf Befragen, ob nicht zunächst eine längere Beurlaubung des Ministers absolut genüge, was Schleicher für möglich hielt. Ich versprach ihm, mir die Sache zu überlegen und ihn in einer halben Stunde nochmals anzurufen. Ich ging dann zum Kanzler und erzählte ihm von meinem Gespräch, auch von meinem Vorschlag etwaiger Beurlaubung, wenn überhaupt etwas geschehen müsse. Der Kanzler war mit meiner Einstellung durchaus einverstanden, und ich teilte dies Schleicher so gleich telefonisch mit.

General von Schleicher kam dann bald in den Reichstag und nahm zunächst neben mir auf der Ministerbank Platz, um sich nochmals zu vergewissern, daß unsere Auffassung nicht auf Rücktritt, sondern zunächst auf mehrwöchigen Urlaub ginge. Er setzte sich dann neben Exzellenz Groener auf die Ministerbank, und beide besprachen offensichtlich in Herzlichkeit die Lage, gingen dann aber bald heraus und haben eine Stunde im Ministerzimmer konferiert. Gleich hinterher kam Schleicher zu mir und teilte mit, daß Groener nur ausscheiden wolle als Kabinettsmitglied, wenn er durch Abstimmung gestürzt werde oder wenn er nicht mehr das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten oder des Herrn Reichskanzlers hätte. *Aber auf politischen Urlaub ginge er nicht*, er halte seine Stellung hier im Reichstag nicht für erschüttert und warte die Dinge ab. Als dann er, Schleicher, von dem etwaigen Rücktritt der Generale gesprochen hätte, habe sich Groener schließlich geäußert, daß er sich allerdings in den letzten Tagen schon schlüssig geworden sei, als Reichswehrminister seinen Abschied zu nehmen, aber Innenminister werde er unter vorgenannten Bedingungen bleiben wollen. Er, Schleicher, habe den Auftrag erhalten, von dieser Rücktrittsabsicht dem Chef der Heeresleitung gleich Mitteilung zu machen und alles entsprechende bereits vorzubereiten. Ich äußerte mich dahin, daß ich ein Verbleiben Groeners *allein* im Innenministerium für eine etwas bedenkliche Maßnahme ansähe, aber mir einstweilen nicht denken könne, daß sich der Herr Reichskanzler so leichten Herzens von Exzellenz Groener trennen werde. Schleicher orientierte in gleicher Weise auch Kollegen Meißner. Dieser rief mich gegen 2 Uhr mittags an und fragte nach der Einstellung des Kanzlers. Ich erwiderte, daß dieser gleich seine große Rede halten werde und ich ihn nur kurz hätte informieren können. *Er* teilte *mir* mit, daß der alte Herr auf etwaigen Wunsch des Kanzlers auch bereit sein würde, sich überhaupt von Groener zu trennen! Ich äußerte gleich Bedenken hiergegen, und wir verabredeten, daß nicht der Kanzler heute zum Reichspräsidenten, sondern Meißner am Nachmittag einmal zum Reichstag kommen solle. Diese Besprechung

fand 5.30 Uhr zwischen Reichskanzler, Meißner und mir statt. Ergebnis: Kanzler übt keinerlei Druck auf Groener aus. Wenn Groener als Wehrminister ausscheiden will, mit Berufung von Schleicher einverstanden. Im übrigen trenne er sich gegen den Wunsch von Groener nicht von diesem. Vielleicht ein anderes Ressort als das Innenministerium? Morgen soll Vortrag beim Reichspräsidenten stattfinden. Der Reichskanzler will dort aber auch über *seine* Bitternisse berichten und erneut seinen Rücktritt anbieten, wenn dieses gewünscht würde. Er habe das Empfinden, daß im Endeffekt doch auch sein Rücktritt gefordert werde. Lange hielte seine Partei das nicht mehr aus. Schließlich müßte der Herr Reichspräsident sich stets auch überlegen, wer ihn denn überhaupt wiedergewählt habe²⁹⁹!

Ich habe auf Wunsch des Reichskanzlers nachher noch Herrn Prälaten Kaas über unsere heutigen Gespräche orientiert. Völlige Solidarität. Ich sagte beiden Herren, daß der alte Herr doch – im allerstrengsten Vertrauen gesprochen – im Laufe der Zeit sehr kaltschnäuzig geworden sei. Kaas stimmte ebenso wie Brüning zu und meinte noch, das hinge wohl mit dem hohen Alter und auch mit dem Umstand zusammen, daß dieser Mann vordem doch Tausende und Abertausende auf seinen Befehl habe in den Tod schicken müssen.

Freitag, den 13. Mai 1932

Reichstag gestern zu Ende gegangen. Aber wie? Infolge von Prügeleien durch die Nazis abends stundenlang Ältestenratssitzung, wo ich die Reichsregierung in schwieriger Lage vertrat. Näheres darüber in einer besonderen Aufzeichnung in den Akten.

Exzellenz Groener hat gestern morgen den Herrn Reichskanzler von sich aus gebeten, ihn im Wehrministerium zu entlassen, aber im Innenministerium zu belassen. Wenn letzteres der Kanzler nicht wolle, würde er gern das Mißtrauensvotum in der Abstimmung so beeinflussen, daß es gegen ihn ausfiele. Letzteres hat der Kanzler abgelehnt. Der Kanzler hat daraufhin mit General von Schleicher gesprochen und mit ihm so quasi den Eintritt ins Kabinett verabredet. Schleicher bittet aber dringend, die Sache nicht zu überstürzen; daher vorher das Kommuniqué über den *bevorstehenden* Rücktritt³⁰⁰, das gestern abend herausgegeben worden ist. Da noch kein endgültiges Ergebnis heute vorliegt, geht heute die Orakelei los: Schleicher wolle sich dem Kanzler entziehen, bis zur endgültigen Umbildung, bis [die] Nazis kommen usw. Habe eben darüber mit Schleicher gesprochen. Die Sache ist doch erfreulicherweise anders. General von Schleicher hat mich eben angerufen. Er bittet den Herrn Reichskanzler, ihm zu glauben, daß er seit gestern überhaupt *noch mit keinem* Menschen über den neuen Reichswehrminister usw. gesprochen habe. Alles, was heute in den Zeitungen stünde über seine angeblichen Pläne, sei sämtlich Kombination. Allerdings biederten sich schon Dutzende von Anwärtern für den

²⁹⁹ Parallelquellen hierzu sind: die Aufzeichnung aus dem Büro des Reichspräsidenten vom 10. Juni 1932 (vgl. Anm. 294) sowie eine „Chronologische Darstellung“ Groeners aus dem Oktober 1932, überliefert in dessen Nachlaß (vgl. Anm. 290), Stück 224.

³⁰⁰ C. Horkenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 274), S. 148.

Posten bei ihm an, und zwar ausschließlich Parlamentarier! Auf *meine ausdrückliche Frage* erklärte Schleicher mir soeben ganz klar, daß er dem Herrn Reichskanzler absolut zur Verfügung stehe, allerdings solle man – wenn man seinen Rat hören wolle – die Entscheidung nicht zu sehr überstürzen. Der Herr Reichskanzler hätte ihm ja auch selber gestern eine Bemerkung gemacht, wonach wohl auch der Herr Reichspräsident sich noch die Neubesetzung überlegen wolle³⁰¹. Auf meine Antwort, daß eine zu lange Verzögerung Kombinationen in der Presse und Öffentlichkeit zur Unerträglichkeit steigern würde, wenn man bis nach der Lausanner Konferenz warten wolle, sagte Schleicher sofort, daß ein *so* langes Warten natürlich nicht in Frage komme. Als ich dann sagte, daß nach meiner Meinung doch bald nach Pfingsten, jedenfalls aber vor Beginn der Preußentagung am 24. Mai, der Herr Reichskanzler seinen neuen Wehrminister und auch den neuen Wirtschaftsminister³⁰² haben müßte, hielt dies Schleicher für sehr richtig. Abschließend sagte ich ihm, daß ich glaubte, daß der Herr Reichskanzler gern mit ihm am kommenden *Dienstag* nach Pfingsten diese Dinge besprechen würde. Schleicher steht gerne zur Verfügung und sagte am Schluß, *er mache alles, was der Herr Reichskanzler befehle*: „Brüning ist doch der Einzige, der die Dinge in Deutschland für absehbare Zeit meistern kann.“

Sonntag, den 15. Mai 1932

Wir erleben dieses Jahr Pfingsten bei herrlichem Frühlingswetter. Nach dem schrecklichen Durcheinander der letzten Zeit tut die Ruhe bei dem Sonnenschein besonders gut. Gestern morgen mit der Familie nach Wildpark und Werder. Nachmittags ruhig im Park. Zwei große Deutsche sind in diesen Tagen gestorben, der alte Geheimrat Riesser³⁰³ vom Hansabund und Professor Kahl, der Ehrenvorsitzende der Deutschen Volkspartei. Schade, daß wieder zwei von der alten Garde dahingegangen!

Politisch sieht es wenig schön aus. Brüning fühlt sich nicht stark genug gegenüber der vielen Maulwurfsarbeit seiner geheimen und offenen Gegner. Er hat nicht unrecht, wenn ich die Dinge auch nicht *ganz* so tragisch sehe. Namentlich ist die Stellung des Herrn Reichspräsidenten nicht ganz klar. Man gewinnt manchmal den Eindruck, daß er *das Unangenehme noch mit und durch Brüning* erledigt wissen wolle und *dann* aber nach *rechts* gehen werde. Vor allem die Stellung des Sohnes Hindenburg ist alles weniger als sympathisch. Solche Dinge machen naturgemäß etwas flügelahm, wenn wichtige und unpopuläre Dinge zu veranlassen sind. Ob wir unter diesen Vorzeichen in den nächsten Tagen unsere neue Notverordnung über Arbeits-

³⁰¹ In der Aufzeichnung vom 10. Juni 1932 (vgl. Anm. 294) heißt es, Hindenburg habe sich entschlossen, „das in Aussicht gestellte Rücktrittsgesuch zunächst zu erledigen und eine weitere Entscheidung zu vertagen“.

³⁰² Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold war am 3. Mai wegen Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftspolitischen Fragen von seinem Amt zurückgetreten.

³⁰³ Dr. Jacob Riesser, geb. 1853, nationalliberaler Politiker und Honorarprofessor für Wirtschafts- und Finanzwissenschaft, Mitglied des Reichstages seit 1916 (später Deutsche Volkspartei).

losenreform, Siedlung, Arbeitsdienst usw. fertigstellen, weiß ich nicht genau. *Ich* würde es ganz bestimmt tun und gleichzeitig Goerdeler³⁰⁴ und Schleicher zu Ministern bestellen. Mit ersterem habe ich vorgestern eingehend gesprochen. Er würde meines Erachtens wohl bereit sein.

Mittwoch, den 18. Mai 1932

Gestern, gleich am ersten Werktag nach Pfingsten, die von mir vorbereiteten Besprechungen des Reichskanzlers mit Schleicher und Goerdeler. Beides einstweilen noch ohne rechten Erfolg. Schleicher hat eigentlich schon so gut wie definitiv abgelehnt, scheint nunmehr sich für spätere Stellen aufsparen zu wollen. Äußerlich begründet er die Ablehnung damit, daß er nicht der Nachfolger von Groener werden könne, da sonst die Hetze gegen ihn als angeblichen Ministerstürzer noch größer werde. Da der Kanzler ihm das Amt im wesentlichen nur unter dem Gesichtspunkt, daß der Bock zum Gärtner gemacht werden müsse, angeboten hatte, hat er nicht sehr gedrängt. Jetzt werden verschiedene andere Kandidaten ventiliert, General Hasse³⁰⁵, General von Winterfeldt³⁰⁶ usw. Ich möchte empfehlen, über den alten Herrn einen starken Druck auf Schleicher auszuüben, da sonst keine Ruhe kommt. Goerdeler möchte nicht gern das *Wirtschaftsministerium* übernehmen, das *Innenministerium* dagegen sofort. Letzteres ist allerdings nicht frei, da man das Groener nicht antun kann. Heute morgen hatte deshalb der Kanzler mit mir erwogen, ob nicht Goerdeler das Wehrministerium übernehmen solle. Aber ob der alte Herr das mitmacht? Heute nachmittag wird der Kanzler das mit Goerdeler besprechen³⁰⁷.

Zwischendurch gingen unsere sachlichen Arbeiten an Etat, Arbeitslosenreform, Siedlung und Freiwilligem Arbeitsdienst [weiter]. Hoffentlich werden wir diese Woche fertig.

Sonntag, den 22. Mai 1932

Die Lage spitzt sich jetzt bald entscheidend zu. Zum heutigen Sonntag habe ich ein viel beachtetes Kommuniké über die Kabinettsarbeiten herausgebracht³⁰⁸. Wir haben in den letzten Tagen ganz fieberhaft gearbeitet. Jetzt sind wir bald fertig. Der Reichskanzler kann aber diese Dinge, zum Teil sehr unpopulärer Art, nur beantworten, wenn er genau weiß, wohin die Reise geht. Deshalb will er den Entwurf

³⁰⁴ Dr. Carl Goerdeler, geb. 1884, Jurist und Kommunalpolitiker, seit 1930 Oberbürgermeister von Leipzig, seit Dezember 1931 zugleich Reichskommissar für Preisüberwachung. Vgl. auch Anm. 307.

³⁰⁵ General der Infanterie Hasse war Befehlshaber des Gruppenkommandos I in Berlin.

³⁰⁶ Gen.Maj. a. D. von Winterfeldt, 1918/19 Angehöriger der deutschen Waffenstillstandskommission, 1928 schon einmal als Nachfolger Geßlers im Reichswehrministerium in Betracht gezogen, zuletzt stellvertretender preußischer Bevollmächtigter zum Reichsrat in militärischen Angelegenheiten.

³⁰⁷ Vgl. dazu G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 449, Anm. 16 (zu S. 52). Nach der Tagebucheintragung Pünders scheint allerdings das bei Ritter zitierte Zeugnis Meißners wieder stärker an Gewicht zu gewinnen.

³⁰⁸ Schulthess' Europ. Gesch. Kal. 1932, S. 89.

der neuen Notverordnung persönlich dem Herrn Reichspräsidenten vorlegen, um im Zusammenhang damit die politische Lage mit ihm zu besprechen. Er muß wissen, wohin auch nach Ansicht des Herrn Reichspräsidenten die Reise gehen soll.

Dienstag, den 24. Mai 1932

Was ich am Sonntag Meißner gesagt habe, hat gestern morgen die volle Billigung des Reichskanzlers gefunden. Er ist nicht geneigt, unpopuläre Dinge mit der Notverordnung jetzt noch zu verantworten und nach vierzehn Tagen vielleicht abtreten zu dürfen. Auf meinen Wunsch hat er das auch selber nochmals Herrn Meißner gesagt. Eine Reise des Reichskanzlers nach Neudeck soll nun nicht stattfinden, sondern der entscheidende Vortrag findet am Sonnabend oder Sonntag in Berlin nach Rückkehr des Herrn Reichspräsidenten statt. Zur Vorbereitung startet heute abend Herr Meißner nach Neudeck. Ich habe ihm zwar das Material mitgegeben, aber nochmals vorhin in aller Deutlichkeit gesagt, daß das Technische der Fertigstellung der Notverordnung *nicht das Ausschlaggebende* sei, sondern entscheidend nur die Frage, ob Reichskanzler *selber* eine solche Notverordnung dem Herrn Reichspräsidenten vorlegen wolle. Herr Meißner sieht die Dinge ganz klar. Eine Schwierigkeit scheint sich anzubahnen, da der Herr Reichspräsident nicht geneigt scheint, Exzellenz Groener eine neue Bestallung zum Reichsinnenminister auszustellen³⁰⁹.

Heute morgen Herrn Dr. Graß³¹⁰ vom Landtagszentrum hergebeten, kurze Besprechung zu dritt beim Kanzler. Das Landtagszentrum wird den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten morgen mit wählen und nicht den Sozialdemokraten. Sehr gut! Niemand soll dem Zentrum vorwerfen können, daß es die demokratischen Spielregeln über Bord geworfen habe. Aber mehr nicht.

Vorhin Besuch des Geschäftsführers des Stahlhelms, Hauptmann a. D. Ausfeld. Kam, wenn auch nicht im Auftrage von Bundesführer Seldte³¹¹, so aber doch mit dessen Vorwissen. Seldte ist geneigt, in ein Kabinett Brüning einzutreten, und zwar möglichst als Wehrminister. Würde gern mit dem Kanzler nächster Tage politische Besprechungen haben, kommt eigens für eine Woche ab morgen nach Berlin. Hat ferner den Wunsch, mit General von Schleicher und mir zusammen eine Flasche Wein zu trinken.

³⁰⁹ Bei der Neubildung der Regierung Brüning im Oktober 1931 war Groener in seinem Amt als Reichswehrminister bestätigt, in bezug auf das Reichsinnenministerium jedoch nur „mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt“ worden. Seine Eigenschaft als „Reichsminister“ gründete sich also lediglich auf die Führung des Wehrministeriums. So konnte es sich streng genommen jetzt auch nicht um eine „neue Bestallung“, sondern allenfalls um eine endgültige Berufung in das Amt des Innenministers handeln.

³¹⁰ Dr. Fritz Graß, Mitglied des preußischen Landtags seit 1925, Geschäftsführer der Fraktion der Zentrumspartei.

³¹¹ Franz Seldte, geb. 1882, Fabrikant und Hauptmann a. D., gründete 1918 den „Stahlhelm“ (Bund der Frontsoldaten), Erster Bundesführer, später unter Hitler 1933–1945 Reichsarbeitsminister.

Donnerstag, den 26. Mai 1932

Heute Fronleichnam. Große Prozession vor St. Hedwig. Noch feierlicher als sonst. Diesmal erstmalig am Tage selbst, dazu noch etwa fünfzig Pfarrgeistliche des Bistums. Vorher Pontifikalamt in der neuen herrlichen Kathedrale. Reichskanzler Brüning auch dabei. Er hätte gern gefehlt, da ihm die zu betonte Zurschaustellung des Katholizismus in Berlin nicht liegt, namentlich auch nicht das viele Photographieren.

Nachher Gespräch mit Meißner. Er ist die Nacht vom Reichspräsidenten in Neudeck zurückgekehrt. Er berichtete heute mittag dem Herrn Reichskanzler in meinem Beisein. Er hat gestern 2 1/2 Stunden lang dem Herrn Reichspräsidenten alle Einzelheiten der neu geplanten Notverordnung vorgetragen. Der alte Herr sei äußerst rüstig und interessiert. Mehrere sachliche Änderungswünsche, nicht sehr erheblich, die aber zeigen, wie klar der alte Mann noch ist. Dann kam die Politik: Nach wie vor Verehrung für den Herrn Reichskanzler und dringender Wunsch, wenn irgend möglich, ihn zu halten. Daneben aber dringender Wunsch, Kabinett umzubauen, und zwar nach rechts. Aber keine Nationalsozialisten. Leute wie Goerdeler und Schleicher sehr genehm. Reichspräsident denkt sich die Sache so, daß in Preußen eine Koalition mit den Nationalsozialisten zustande kommen müsse und sie deshalb zur Tolerierung eines Rechtskabinetts im Reiche gebracht werden könnten. Große Schwierigkeiten wegen Exzellenz Groener, den er überhaupt nicht mehr im Kabinett haben will, d. h. also auch nicht als Innenminister. Reichskanzler und ich haben anschließend mit Meißner lange gesprochen. Daß in Preußen eine Lösung mit den Nazis zustande komme, sehr zweifelhaft, kann sich zum mindesten noch Monate hinziehen. Solange Lösung im Reich nicht hinausschieben, siehe auch Lausanner Konferenz! Wenn aber keine Lösung in Preußen, dann natürlich auch keine Unterstützung im Reich möglich.

Nachher Reichskanzler mit mir allein. Er erwägt stark, völlig zurückzutreten und der Rechten die Sache zu überlassen. Dann auch nicht als Außenminister. Weiß auch noch nicht, ob er Notverordnung vorlegen soll. Will zunächst mal darüber schlafen. *Sonntag* sein entscheidender Vortrag beim Reichspräsidenten.

Sonnabend, den 28. Mai 1932

Nur wenige Zeilen. Morgen ist der Sonntag, von dem alle Welt große politische Entscheidungen in Deutschland erwartet. Der Vortrag des Reichskanzlers um 11 Uhr vormittags beim Reichspräsidenten. Ob es wirklich so entscheidend wird?

Ich möchte nach wie vor an eine günstige Lösung glauben. Ich halte es für ausgeschlossen, daß sich Hindenburg von Brüning trennen will oder auch nur kann. Brüning ist der einzige Mann, der die Dinge in Deutschland jetzt meistern kann. Deshalb wird und muß Hindenburg ihm folgen, wobei mir auch noch sehr zweifelhaft ist, ob er selber überhaupt so große Schwierigkeiten machen wird. Das Meiste, was um die große Gestalt des Reichspräsidenten herum in den letzten Wochen orakelt worden ist, ist nach meiner festen Überzeugung mehr Dichtung als Wahr-

heit. Gestern abend hatte ich noch eine lange telefonische Besprechung mit General von Schleicher. Wir waren eigentlich in allem einer Meinung. Ich halte es vorerst für ausgeschlossen, daß er der Schrittmacher des neuen Systems ohne und gegen Brüning ist. Daß mit den Nazis kaum zu regieren sein wird, sieht er auch. Schwierig ist natürlich die Frage der Beibehaltung von Groener. Als ich dem Kanzler gestern spätabends das günstige Ergebnis dieser Besprechung mitteilte, meinte er nur, er ließe sich nicht mehr hinter das Licht führen. Er traut nicht und sieht deshalb dem morgigen Sonntag sehr skeptisch entgegen. Auch innerlich hat er nicht mehr viel Lust.

Sonntag, den 29. Mai 1932

Es ist etwa 11 Uhr morgens. In diesem Augenblick beginnt der denkwürdige Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten, der heute früh aus Neudeck zurückgekehrt ist. Die Presse ist voll von Nachrichten über dieses Ereignis. Im allgemeinen glaubt die Presse und die weitere Öffentlichkeit an einen positiven Ausgang der Besprechung. Ich bis gestern mittag auch. Augenblicklich bin ich aber doch sehr skeptisch. Die Auffassung, daß Brüning versäumt hätte, den Anschluß nach rechts zeitig zu finden, scheint sich beim alten Herrn doch sehr festgesetzt zu haben. Gestern nachmittag war Meißner noch einmal beim Kanzler und hat ihm stimmungsmäßig allerlei Einzelheiten erzählt, wie es insbesondere im Kopf des Sohnes Hindenburg aussieht. Letzterer ist eine recht gefährliche Figur, wohl kein Intrigant, aber recht töricht und von ziemlichem Einfluß auf den Vater. Er hält offensichtlich nichts von den „Gewerkschaftlern“ Brüning und Stegerwald³¹². Es sind auch zu wenig Adelige im Kabinett. Ihm schwebt anscheinend ein Kabinett mit dem Grafen Westarp³¹³ oder dem früheren Landrat von der Osten³¹⁴ als Kanzler vor. In diesem Kabinett soll Herr von Hassell³¹⁵ als Außenminister, Herr von Krosigk als Finanzminister und Schleicher als Wehrminister sitzen. *Angeblich* soll mit Krosigk schon diesbezügliche Fühlung genommen worden sein, was kein angenehmes Licht auf Krosigk werfen würde. Durch solche Nachrichten war der Kanzler sehr deprimiert und wurde nur noch bestärkt in der Auffassung, daß er keine Basis mehr habe. *Er hat es eben satt* und will dann auch von sich aus Schluß machen. Eben vor wenigen Minuten war ich nochmals zur Vorbereitung seines Vortrages beim Reichspräsidenten bei ihm. Er geht *wenig angriffsfreudig* und wenig zuversichtlich in diese entscheidende Besprechung. In einigen Stunden werden wir vielleicht schon Sichereres wissen.

³¹² Am 27. Mai hatte Reichsarbeitsminister Stegerwald in einem Schreiben an Brüning gegen die Abänderungswünsche Hindenburgs bezüglich der Notverordnung Stellung genommen: Niederschrift vom 10. Juni 1932 (vgl. Anm. 294).

³¹³ Vgl. hierzu auch die Aufzeichnung des Grafen Westarp vom 1. Juni 1932 bei W. Conze, a. a. O. (vgl. Anm. 296), besonders S. 284.

³¹⁴ Oskar von der Osten-Warnitz, geb. 1862, früherer Landrat des Kreises Königsberg (Neumark), Freund des Hauses Hindenburg.

³¹⁵ Ulrich von Hassell, geb. 1881, Berufsdiplomat, 1926 Gesandter in Kopenhagen, 1930 Gesandter in Belgrad, 1932 Botschafter in Rom (Quirinal).

4 Uhr. Der Vortrag hat stattgefunden. Das *Spiel ist aus!* Nach dreiviertel Stunden kam Reichskanzler Brüning zurück und berichtete das Ergebnis sofort Herrn Prälaten Kaas, der gleichfalls hergekommen war, und mir. Offiziell wird morgen mittag um 12 Uhr die Besprechung beim Reichspräsidenten fortgesetzt. In Wirklichkeit ist aber die Trennung heute schon vollzogen. Das Gespräch scheint sich ungefähr folgendermaßen entwickelt zu haben: Zunächst berichtete der Reichskanzler auf Wunsch des Herrn Reichspräsidenten über die gesamte politische Lage nach außen und innen. Dieser Vortrag nahm den längsten Teil der ganzen Aussprache ein. Auf Einzelheiten des Vortrages ging der alte Herr anscheinend überhaupt nicht ein, sondern zog unvermittelt ein Blatt Papier aus der Tasche, auf dem (anscheinend von seiner eigenen Hand) zwei Punkte notiert waren. Er sagte ungefähr, zunächst wollten sie also feststellen, was jetzt zu geschehen habe. Zunächst solle dieses Kabinett überhaupt keine Notverordnung mehr vorlegen und zweitens sollte an der personellen Zusammensetzung dieses Kabinetts nichts mehr geändert werden. Als der Reichskanzler darauf erklärte, daß damit also ganz deutlich die von ihm für nötig gehaltenen Garantien verweigert seien³¹⁶, soll der Reichspräsident wohl den Kopf in die Hand gestützt und mit Tränen in den Augen gesagt haben: „Ich muß jetzt endlich nach rechts gehen, die Zeitungen und das ganze Volk verlangen es. Aber Sie haben es ja immer abgelehnt.“

Der Kanzler bestritt dies unter Hinweis darauf, daß er noch vor wenigen Wochen dem Herrn Reichspräsidenten seine Auffassung über die Entwicklung in Preußen dahin entwickelt habe, daß Oberbürgermeister Goerdeler Ministerpräsident einer von ihm gebildeten und geförderten Rechtskoalition werden solle und daß auf dieser Grundlage schon sehr wertvolle Vorbesprechungen im Gange seien. Ferner wies er den Präsidenten darauf hin, daß er doch in den zwei Jahren mehrfach mit Hitler und den übrigen Führern der Rechtsopposition Verhandlungen eröffnet habe, aber stets ergebnislos. Der Reichspräsident scheint hierauf recht schroff geantwortet zu haben: „Das wird aber von den anderen anders dargestellt.“ Auf den Hinweis auf Goerdeler als Kandidat für den Ministerpräsidenten antwortete er überhaupt nicht; das hatte er offensichtlich vergessen! Hieran scheint sich die Äußerung des Wunsches des Reichspräsidenten angeschlossen zu haben, Brüning sollte in dem kommenden Rechtskabinett das Auswärtige Amt übernehmen. Brüning lehnte dies unter Darlegung verschiedener außen- und innenpolitischer Gründe sofort ab. Der Reichspräsident drängte dann auch in gar keiner Weise nach, schien diese Ablehnung erwartet und sich schon vorher durchaus damit abgefunden zu haben! Auf die Bedenken Brünings, daß ein solches Kabinett es sehr schwer habe, eine gute Außenpolitik zu treiben, antwortete er bloß mit dem Hinweis, das würde gar nicht so

³¹⁶ Nach der Niederschrift vom 10. Juni 1932 (vgl. Anm. 294) hatte sich Brüning in dieser Unterredung über die gegen ihn und das Kabinett geführten „Quertreibereien“ beklagt und Garantien „für eine ungehinderte Weiterarbeit“ seiner Regierung verlangt. Das „Gegenarbeiten gewisser Stellen“ müsse daher aufhören; weiterhin könne „die Ernennung neuer Reichsminister für die offenen Ressorts“ einen wirkungsvollen Vertrauensakt des Reichspräsidenten darstellen.

schwierig werden, man müsse nur fest bleiben. (O Welt, wüßtest du, mit welchem Unverstand du regiert wirst! Jetzt wird auch mal unser armes deutsches Volk Objekt dieses Satzes!) Anknüpfend sagte der Reichskanzler noch, daß er *nie* gegen eine Rechtsentwicklung im Reiche gewesen wäre, er hätte sich bloß für *seine* Person die Teilnahme vorbehalten müssen. Einstweilen sei für ihn eine solche Beteiligung auch schon im Hinblick auf die *Wähler des Reichspräsidenten* ein Ding der Unmöglichkeit. Er sagte, die Treue und Dankbarkeit gegen diese Wählerschaften dürfe sich nicht schon nach wenigen Wochen in dieser Weise zeigen. Diesen *recht deutlichen* Hinweis schien der Reichspräsident völlig zu überhören. Die nicht sehr lange, etwa halbstündige Aussprache endete schließlich damit, daß sie formell morgen mittag fortgesetzt werden sollte, wobei der Reichspräsident so leichthin abschließend bemerkte: „Sie können mir dann ja das Demissionsgesuch des Kabinetts mitbringen.“

Ich brauche in diesen Zeilen kaum darauf hinzuweisen, daß der Reichskanzler, ohne sich das deutlich merken zu lassen, über diese kaltschnäuzige Art des Präsidenten mit Recht innerlich äußerst empört war. Nachher orientierte er dann noch in meinem Beisein den Staatssekretär von Bülow und mußte dann noch ein diplomatisches Frühstück geben.

Montag, den 30. Mai 1932

Gut und lange geschlafen. Gestern nachmittag und abends bis heute früh war meine gute Mutter aus Lichterfelde herübergekommen, weil ihr die Dinge doch auch sehr nahe gehen. Der Reichskanzler hat auch gut geschlafen und ist friedlich und ruhig.

Im Palais des Reichspräsidenten scheint großes Durcheinander zu herrschen. Angeblich hatte der alte Herr doch die Hoffnung, Brüning als Reichskanzler zu halten und *mit ihm* die Linie nach rechts zu verlegen. Meißner hat er heute früh gleich gesagt: „Ich hatte ihm doch seine Front stärken wollen, gerade auch für Lausanne, und nun entzieht er sich mir.“ Ich konnte nur erwidern, daß Hindenburg mit keinem Worte dem Reichskanzler die Fortführung dieses Amtes gestern angeboten hätte. Schleicher sagte mir auch heute früh, daß er nicht wisse, was Hindenburg jetzt machen solle. Einen neuen Kanzler sehe er auch nicht.

Inzwischen habe ich sehr eingehend mit Oberbürgermeister Goerdeler Fühlung gehabt, gestern in einem langen Telefongespräch nach Leipzig, und dann war er heute früh eine halbe Stunde bei mir. Zunächst ist nötig, daß der Reichspräsident auch von ihm hört, wie weit die Dinge in Preußen schon gediehen sind. Der deutschnationale Parteiführer von Winterfeld hat sich mittlerweile für morgen, Dienstag, bei Goerdeler angesagt, und alles scheint in bestem Fluß. Ferner – sehr wichtig – ist gestern abend Goerdeler von der deutschnationalen Parteileitung (Schmidt-Hannover³¹⁷) ge-

³¹⁷ Otto Schmidt-Hannover, geb. 1888, Hauptmann a. D. und deutschnationaler Politiker, Mitglied des Reichstages seit 1924.

fragt worden, ob er als Reichskanzlerkandidat präsentiert werden dürfe. Er hat nicht nein gesagt; wahrscheinlich wird er in folgedessen sowieso bald zum Reichspräsidenten kommen. Er sagte mir eben aber, daß sein Kandidat und sein Vorschlag unter allen Umständen *Brüning* heißt.

Er würde es für eine Ideallösung halten: Im Reich Brüning, in Preußen Goerdeler. Aber die Nazis müßten in Preußen praktisch eingeschaltet werden, sonst ginge die Welle immer weiter. Ich habe dem Reichskanzler das vorhin alles erzählt, worauf er nur sagte: „Zu spät“. Ich redete dann noch stark auf ihn ein und habe den Eindruck, daß das nicht sein letztes Wort sein würde. Vielleicht ist auch ein Reichskanzler Goerdeler mit einem Außenminister Brüning möglich³¹⁸? Das ist aber nur mein innerer geheimer Gedanke!

Um 12 Uhr war Fortsetzung und Abschluß der Aussprache des Reichspräsidenten und Reichskanzlers. Letzterer übergab das Demissionsgesuch, das Hindenburg auf den Tisch legte und nicht las. Vielmehr fuhr er gleich fort, der Reichskanzler müsse es doch verstehen, daß er jetzt ein Rechtskabinett bilden müsse. Die Zeit der Notverordnungen sei doch wohl vorbei, und das Volk wolle das nicht mehr. Die Trennung von ihm falle ihm sehr schwer. Er *hätte* ihn sehr gern „am Portepée gefaßt“ und als Außenminister behalten. (Diese Aufforderung wiederholte er ausdrücklich aber in keiner Weise mehr und namentlich sagte er nichts davon, daß er mit dem Kanzler selber eine Rechtsschwenkung machen wolle. Entgegen der Vermutung von Meißner hatte er das offenbar überhaupt nicht vor.) Der Reichspräsident sagte noch, alles Gerede über Beeinflussung seiner Person in Neudeck sei reiner Unsinn. Er hörte sich – aber sehr uninteressiert – die nochmalige Bemerkung des Reichskanzlers an, daß dieser in Preußen ja gerade die Kandidatur Goerdeler betrieben habe. Goerdeler soll nochmals zum Reichspräsidenten kommen, das ist gut so. Die Aufforderung des Reichspräsidenten an Brüning bezog sich abschließend bloß auf die Fortführung der Geschäfte, was dieser annahm mit dem Vorbehalt, wenn er zu stark angegriffen oder belästigt würde, werde er auch schon vorher um seine persönliche Entlassung bitten. Für diesen Fall schlug er die Geschäftsführung durch den Vizekanzler Dietrich für die Reichsregierung und [durch] Staatssekretär von Bülow für das Auswärtige Amt vor, womit der Reichspräsident einverstanden gewesen sei.

Ab heute nachmittag empfängt der Reichspräsident die Parteiführer, angefangen um 5 Uhr den Reichstagspräsidenten Löbe, den ich auf seinen Wunsch soeben orientiert habe. Mit welchem Unverstand und mit welcher Überhetzung diese Krise vom Reichspräsidenten betrieben worden ist, dazu ein Beispiel: Luther war, nach vorheriger Orientierung durch mich, beim Reichspräsidenten und hat ihm die katastrophale Entwicklung der Finanzen, Währung pp. vor Augen geführt, wenn nicht die Notverordnung des Etat-Ausgleichs bald komme. Darauf habe der Reichspräsident gesagt, das habe er gar nicht so gewußt, dann sei er durchaus bereit, diesen

³¹⁸ Der Gedanke an eine Kanzlerschaft Goerdelers klingt auch in der Aufzeichnung des Grafen Westarp (vgl. Anm. 313), S. 286 an.

Teil der Notverordnung über die Streichungen und Kürzungen der Renten usw.³¹⁹ noch zu unterzeichnen. Herr Meißner habe *ich* das sofort abgelehnt. Das sei ja gerade einer der Hauptgründe für eine *Gesamtlösung* gewesen, worauf der Kanzler hätte bestehen müssen. Die unpopulären Dinge *ohne* die übrigen, wirtschaftsantreibenden allein in Gang zu setzen, sei eben ganz ausgeschlossen. Der Kanzler hat mir nachher darin völlig recht gegeben, und ich habe Herrn Meißner die endgültige Ablehnung am Abend mitgeteilt.

Im übrigen sind die Empfänge beim Reichspräsidenten am Nachmittag in Gang gekommen. Zunächst Präsident Löbe, dann Wels und Breitscheid und nachher noch Hitler mit Frick. Morgen früh Prälat Kaas. Der Reichspräsident denkt sich ein Kabinett ohne Nazis mit starkem Rechtseinschlag, das von den Nazis toleriert wird. Meines Erachtens eine unmögliche Lösung ohne jede Erfolgsaussicht!

Abends netter Abend (mit Schleicher und Planck!) als Gast beim Stahlhelm im Esplanade. Anwesend Bundesführer Seldte, Major a. D. von Stephani³²⁰, Dr. Brauweiler³²¹ und Hauptmann a. D. Ausfeld.

Dienstag, den 31. Mai 1932

Jeder Tag soll jetzt eine kurze Notiz bringen. Die Zeiten sind zu wichtig. Gestern eine Stunde Hitler mit Hauptmann a. D. Göring³²² beim Reichspräsidenten und Meißner. Letzterer hat mir heute früh das Ergebnis mitgeteilt. Der Reichspräsident habe einleitend seine Pläne dahin entwickelt, ein Präsidialkabinett aus rechtsgerichteten, christlich und national gesinnten Männern zu bilden, die nicht notwendigerweise Parlamentarier zu sein brauchten. Namen habe er nicht genannt und auch deutlich erkennen lassen, daß er an Nationalsozialisten nicht denke. Möglich sei diese Kombination natürlich nur, wenn die Nationalsozialisten sie im Reichstag stützten. Personell habe der Reichspräsident auch einfließen lassen, daß ihm die Beteiligung des Zentrums unerlässlich erschiene und er noch immer die Hoffnung nicht aufgebe, den bisherigen Reichskanzler Brüning als Außenminister halten zu können. Hitler habe dauernd genickt und abschließend gesagt, daß der

³¹⁹ Gerade die vorgesehene Kürzung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen war aber Gegenstand der Kritik Hindenburgs gewesen, als Meißner am 25. Mai in Neudeck den Inhalt der Notverordnung vortrug! Vgl. Niederschrift aus dem Büro des Reichspräsidenten vom 10. Juni 1932 (vgl. Anm. 294).

³²⁰ Major a. D. von Stephani war Führer des Landesverbandes Groß-Berlin des „Stahlhelm“. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß in diesen Wochen nicht nur Seldte (vgl. oben S. 125), sondern auch Stephani bereit gewesen ist, als Nachfolger Groeners in ein Kabinett Brüning einzutreten: Schreiben Stephanis an Schleicher vom 13. Mai 1932 im Nachlaß Schleicher (Bundesarchiv Koblenz), Bd 17/III.

³²¹ Dr. Heinz Brauweiler war Schriftleiter der Wochenzeitung „Der Stahlhelm“ und in der Bundesleitung tätig, Verfasser des Buches: Generäle in der deutschen Republik, Groener, Schleicher, Seeckt, Berlin 1932.

³²² Hermann Göring, geb. 1893, Hauptmann a. D. und nationalsozialistischer Politiker, 1923 Führer der SA, Mitglied des Reichstages seit 1928. Görings weiterer Werdegang darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Präsident auf ihn rechnen könne. Er werde diese Kombination mitmachen, ob ausgesprochenermaßen durch Stützung oder Tolerierung müsse er sich noch überlegen. Personelle Bedingungen habe er nicht gestellt, wohl dagegen zwei sachliche. Die diffamierenden Bestimmungen müßten sofort verschwinden, wobei er offensichtlich die SA-Notverordnung im Auge gehabt habe. Als zweiten Punkt habe er Reichstagsneuwahl erwähnt, ohne aber ultimativ hierbei zu verlangen, daß sie sofort stattfinden müßte³²³.

Der Reichspräsident, sagte mir Meißner, sei durch diese Aussprache sehr gestärkt und beruhigt und erwarte vom heutigen Tage die Lösung. Sehr viel komme natürlich auf die Besprechung mit dem Prälaten Kaas an, die für ½11 Uhr in Aussicht genommen war. Vorher rief mich Prälat Kaas an, den ich sofort informierte, und der dann den dringenden Wunsch hatte, noch vor seinem Präsidenten-Empfang mit dem Reichskanzler und mir zu sprechen. Das geschah gegen 10 Uhr. Ich hörte hierbei, daß der Parteivorstand des Zentrums gestern abend eine personelle Beteiligung an einem solchen Kabinett *abgelehnt* habe.

Im Gespräch mit Meißner hörte ich dann auch etwas über Namen. Er sagte mir, daß er heute früh vom Sohn Hindenburg auf den Namen des Herrn von Papen angesprochen worden wäre. Er bittet mich um meine Meinung zu dieser Kandidatur, sowie um eine Äußerung, ob ich glaube, mit einem solchen Kanzler arbeiten zu können. Ich habe diese Frage mit größter Zurückhaltung beantwortet. Mit Kanzler und Kaas besprach ich die Kandidatur Papen. Kanzler hält dies für absolut sicher; Kaas ist ebenso bestimmt der Auffassung, daß Papen es unter keinen Umständen tun werde.

Mittags kam Kaas vom Reichspräsidenten zurück und erzählte mir den ganzen Ablauf. Der Reichspräsident habe fast nichts gesprochen. Ihn habe er aufgefordert, seine Ansicht zur Lage zu äußern. Das hat er eingehend getan und betont, daß das Zentrum eine Mittelpartei sei und in keiner Weise etwa für die Dauer an die Sozialdemokratie gebunden und ebenso in keiner Weise grundsätzlich gegen eine Beteiligung der Rechten eingestellt sei. Besonders auch er persönlich neige durchaus dem Rechtskurs zu, und in Preußen seien ja gerade unter Beteiligung des Zentrums wertvolle Vorfühler bereits erfolgt. Im Reich wäre aber der bruske Abbruch des bisherigen Kurses ein *schwerer Fehler*. Erst *nach* der Lausanner Konferenz mit ihren etwaigen Folgewirkungen, wobei er an einen Zeitraum bis einschließlich Herbst dieses Jahres denke, sei solches in Betracht gekommen. Auch Neuwahlen halte er

³²³ Über den Empfang Hitlers bei Hindenburg liegt auch eine Aktennotiz Meißners vom 31. Mai 1932 vor (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Bd 47). Danach sprach sich Hitler, um seine Meinung gefragt, für eine „starke innerpolitische Basis“ aus; solches könne nur durch eine „alsbaldige Neuwahl des Reichstages“ geschehen, die es einer „nationalen Regierung“ ermöglichen würde, „auf längere Sicht kraftvoll und erfolgreich“ zu arbeiten. Auf dieser Grundlage sei er zur Mitwirkung bereit, Bedingungen für die personelle Zusammensetzung der neuen Regierung stelle er nicht. Neben der „möglichst raschen“ Reichstagsauflösung erwarte er jedoch als weitere Voraussetzung „für eine ersprießliche Zusammenarbeit“, daß die seine Partei „diffamierenden Verordnungen“, insbesondere das SA-Verbot, aufgehoben würden.

augenblicklich nicht für opportun, wenngleich das Zentrum sie nicht zu fürchten habe. Im Auftrage des Reichspräsidenten habe dann Herr Meißner die Pläne des Reichspräsidenten entwickelt, worauf er, Kaas, geantwortet hätte, daß eine personelle Beteiligung des Zentrums oder auch nur eines Zentrumsmannes an einem solchen Kabinett überhaupt nicht in Betracht komme. Das Zentrum werde einem solchen Kabinett mit kühlem Mißtrauen gegenüberstehen. Es werde nicht in Opposition treten, jedoch jede Vorlage sachlich prüfen und danach sie annehmen oder ablehnen. Der Reichspräsident und Meißner seien über diese kühle Distanzierung wohl etwas betroffen gewesen³²⁴.

Kaas sagte mir dann (es war gegen ½2 Uhr in meinem Arbeitszimmer), er käme eigentlich zu mir aus einem rein persönlichen Grunde. Die sachlich vorgezeichnete Stellungnahme des Zentrums habe mit meiner Person ja nicht das Mindeste zu tun. Er bitte mich geradezu, für mich hieraus keinerlei Schlüsse zu ziehen. Er könne sich sehr wohl vorstellen, daß ich auch weiterhin wertvollste Arbeit als Chef der Reichskanzlei leisten könne. Wenn dann etwa von unberufener Seite Vorwürfe gegen mich erhoben werden sollten, dann würden die Parteileitung und er persönlich mich unbedingt decken. Auf meine Frage bestätigte er sogar, daß, vertraulich gesagt, ich der Partei vielleicht einen Gefallen durch Verbleiben im Amt täte, da ein solcher Verbindungsmann von großem Wert sein könnte, ich andererseits doch einen „ruhenden Pol der Vernunft“ darstellte. Ich dankte dem Prälaten sehr herzlich für seine freundschaftlichen Erklärungen, wobei ich mir meine Stellungnahme allerdings durchaus vorbehalten müsse. Er bestätigte nochmals nachdrücklich, daß ich mich aber nach dieser Richtung hin völlig beruhigt halten könnte. Niemand werde mir einen Vorwurf machen. Er werde absolut für mich eintreten.

Am Nachmittag bestätigte sich die Nachricht, daß Herr von Papen Reichskanzler werden solle. Um 7 Uhr ist er zum Reichspräsidenten bestellt, um 8 Uhr geht er zum General von Schleicher, der hierzu sich meinen Oberregierungsrat Planck bestellt hat. Dieser hat mir dies gleich offen gesagt und auf meine Frage mir bestätigt, daß man ihm vermutlich meine Nachfolge anbieten werde.

Donnerstag, den 2. Juni 1932

Zu vielen Notizen habe ich heute keine Zeit und keine Muße. Es ist 9 Uhr abends. Das neue Kabinett ist gebildet. Vor zwei Stunden habe ich feierlich den neuen Reichskanzler in sein Amt eingeführt, nachdem Herr Dr. Brüning, der erschöpft im Bett liegt, hierzu nicht bereit und physisch und psychisch hierzu auch wohl nicht in der Lage war. Eben habe ich mein Pult geräumt. Ich verlasse gleich meinen alten, lieb gewordenen Arbeitsplatz.

³²⁴ Nach einer Aktennotiz Meißners vom 31. Mai 1932 (vgl. Anm. 323) hat sich Kaas darüber hinaus gegen jede „Zwischenlösung“ gewandt; die nationale Opposition müsse „zur Verantwortung“ herangeholt werden und auch mit der Außenpolitik in Kontakt kommen. Einer solchen (die Nationalsozialisten mit einschließenden) Regierung würde man dann in Opposition, einem bloßen Präsidialkabinett unbeteiligt und abwartend gegenüberstehen; Neuwahlen fürchte man nicht.

Dienstag, den 7. Juni 1932

Die Würfel sind gefallen! Zunächst muß ich für später für mich, meine Familie und die Nachwelt festhalten, daß ich ganz selig bin, nichts mit den neuen Machthabern zu tun zu haben. Ich habe meines Erachtens den richtigen Riecher gehabt. Die Zusammenarbeit wäre mir unmöglich und unerträglich geworden.

Zunächst muß ich aus der Vergangenheit noch etwas nachtragen: In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni kam gegen 11 Uhr Planck von dem Abendessen bei Schleicher mit Papen zurück und erzählte mir (ich glaube, ziemlich wörtlich), was sie zu dritt besprochen hatten. Offenbar wurde mir hierbei, daß Schleicher der alleinige Drahtzieher der ganzen Aktion war und ist. Mein Posten war bereits Planck angeboten. Ich sollte in den einstweiligen Ruhestand treten; einen Ministerposten hat man wohl nicht für mich vorgesehen wie damals vor zwei Jahren. Ich hatte aber bereits vorher mit meinen nächsten Angehörigen besprochen, daß ich unter keinen Umständen mich einem Regime Papen zur Verfügung stellen würde. Persönlich erklärte ich Planck, daß ich keinen Groll gegen ihn haben würde, wenn er mein Nachfolger würde. Viele sagen, ich sei zu anständig und gutmütig. Ich halte aber solange alle Menschen für gut, bis mir das Gegenteil nachgewiesen wird. Nachher ging ich dann mit Planck in der Nacht noch zu Brüning, wo er noch zwei Stunden lang blieb. Mich wollte Herr von Papen gleich am nächsten Morgen sehen, und ich ließ ihm durch Planck sagen, daß ich ihm um 10 Uhr morgens am nächsten Tage in meinem Arbeitszimmer in der Reichskanzlei zur Verfügung stünde.

Die Besprechung unter vier Augen fand am Mittwoch, dem 1. Juni, um 10 Uhr wie verabredet statt. Sie ist für mein weiteres Lebensschicksal natürlich von großer Bedeutung. Ich will sie daher festhalten. Herr von Papen fing mit großem Überschwang an, daß und warum er sich dem Herrn Reichspräsidenten nicht habe entziehen können, sprach vom Verhältnis zu Brüning und der Tragik, die in der nach außen in Erscheinung tretenden Dissonanz liege. Ich konnte das alles nicht gut mit anhören, da mir solche Schlagworte unsympathisch sind. Ich unterbrach ihn daher in aller Höflichkeit und sagte, wenn er mir nachher, was ich allerdings nicht glaube, eine weitere Verwendung meiner Person anbieten sollte, so könnte ich ihm erklären, daß ich ihm leider *nicht eine halbe Minute zur Verfügung stehen würde*. Auf seinen Wunsch begründete ich eingehend meine Haltung. Ich bezeichnete den Regierungssturz als eine *ganz frivole Handlung*, die er nicht in erster Linie zu verantworten habe, wie er überhaupt nach meiner Meinung eine *Mariottenfigur* in dem scheußlichen Spiel sein werde. Vor allem wies ich auf zwei Gründe hin: die Kugel müsse bis nach dem Lausanne-Komplex in der Flinte bleiben. Die Regierung müsse auf dieser Konferenz auf die große nationale Welle in ihrem *Hintergrund* hinweisen können. Wenn erst einmal die Kugel aus der Flinte heraus sei, sähen unsere Gegner, daß wir nur eine Luftbüchse in der Hand hielten. Der zweite Grund sei meines Erachtens die Art und Weise der Einschaltung der Nazis. Wenn man sich schon über die Bedenken wegen des Zeitpunktes hinwegsetzen wolle, müsse man auch wirklich aufs Ganze gehen. Das ginge nur durch die personelle Einschaltung, durch Berufung von etwa fünf Nazi-Ministern, oder

durch eine Art notarieller Erklärung von Hitler, wonach er tatsächlich dieses Kabinetts für vier Jahre als sein Kabinetts ansehe und alle Handlungen dieses Kabinetts für die Nationalsozialisten als verbindlich ansehe. Papen verwies demgegenüber nur auf die Aufzeichnung, die Herr Meißner über die Besprechung bei Hindenburg angefertigt habe, worauf ich erwiderte, daß eine *solche* Aufzeichnung auch vom 8. Dezember 1931 existiere, wo Hitler erklärt habe, „daß meine 107 Mann im Reichstag dem verfassungsändernden Gesetz über die Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten zustimmen werden“. Diese Zusicherung sei aber trotz dieser Aufzeichnung nach kaum vierzehn Tagen Schall und Rauch gewesen. Herr von Papen konnte mir hierauf nicht viel antworten. Ich verwies dann noch auf die schlimmen Folgen an der Börse, die bereits eine Inflation befürchte, und auf das unglückliche Echo aus dem Ausland, wo mich besonders die besonders friedliche Aufnahme bei einem Teil der französischen Presse sehr bedenklich stimme. Ich halte es überhaupt für unwahrscheinlich, daß die neue Regierung die hundertprozentige Reparationspolitik Brünnings durchhalten kann.

Anschließend besprachen wir dann noch den Fall Luther. Planck hatte mir in der vergangenen Nacht mitgeteilt, daß Papen und Schleicher ganz vor allem auch die Beseitigung von Luther beabsichtigten, der keine Basis im Ausland habe und durch Schacht ersetzt werden müsse. Er werde morgen zum Reichspräsidenten bestellt und „am Portepée gefaßt“ werden. Ich hatte schon Planck auf das Reichsbankgesetz hingewiesen, wonach die Verabschiedung des Präsidenten nur mit Zustimmung des Generalrats möglich sei. Von diesem Gesetz hatten die tapferen Soldaten natürlich keinerlei Kenntnis. Luther hatte mir am späten Abend noch gesagt, ich solle doch darauf hinwirken, daß sein Empfang bei Hindenburg *nicht* stattfinde, da er dem Herrn Reichspräsidenten gerne eine peinliche Stunde ersparen wolle. Diesen Antrag hatte ich gern ausgeführt. Mit eigentümlichem Erfolg: Herr von Papen erklärte mir in unserer denkwürdigen Besprechung, daß er nie daran gedacht habe, Herrn Luther zu entfernen! Die Einzelheiten habe ich in einem amtlichen Vermerk niedergelegt. Nachher fragte ich Planck, woher dieser Gesinnungswechsel und diese völlig andere Darstellung [komme]. Planck war etwas betreten und erklärte, daß Papen auf Grund meiner Hinweise und auf Grund seines Vortrages entsprechend umgefallen sei und die Sache jetzt anders darstelle! Wieder mal ein klarer Beweis dafür, daß ich mit meiner schon jahrelangen kritischen Einstellung gegenüber Herrn von Papen durchaus recht hatte.

Kanzler Brüning und Prälat Kaas waren natürlich über das Verhalten ihres Parteifreundes von Papen ganz außerordentlich betroffen. Letzterer mußte sich ins Bett legen und ist erst gestern wieder aufgestanden. Er war einem Schlaganfall nahe. Das Tischtuch zwischen dem Zentrum und Herrn von Papen ist absolut durchschnitten.

An diesem ersten Kabinettsstag gelang Herrn von Papen die Kabinettsbildung nur halb. Wichtigste Kandidaten hatten abgesagt, und zwar gerade wegen der *zwei Bedenken*, die ich am Vormittag Herrn von Papen vorgetragen hatte. Am frühen Morgen des 2. Juni rief ich bei Herrn Goerdeler an, der sich noch Bedenkzeit aus-

erbeten hatte. Mein Anruf war für ihn äußerst wichtig. Wir sprachen dann noch mehrfach am Tage miteinander, und zwar mit der Wirkung, daß Goerdeler endgültig absagte³²⁵. Ein schwerer Schlag für die Freunde der neuen Regierung! Sie kam übrigens am zweiten Tage, also am 2. Juni, bis zum Nachmittag zustande. Nach 7 Uhr abends übergab ich in feierlicher Weise die Geschäfte anstelle des erkrankten Reichskanzlers Dr. Brüning an Herrn von Papen. Er fand natürlich sehr freundliche Worte auch für mich, worauf ich nicht viel gebe. Meine Ansprache habe ich schriftlich in den Akten niedergelegt.

Die neue Regierung begab sich am Freitag, den 3., und Sonnabend, den 4., gleich an die Arbeit für die Regierungserklärung. Zunächst lag ein ganz abscheulicher Entwurf vor, der der giftigen Feder von General von Schleicher entstammte³²⁶. Er fiel mir „zufällig“ in die Hände, und ich konnte rechtzeitig am Sonnabend früh Kanzler Brüning und die wohlmeinende Presse auf dieses bevorstehende Pamphlet aufmerksam machen. Herr von Papen hat den Text dann etwas gemildert, und er wurde dann nach *seinem* Diktat am Sonnabend Nachmittag veröffentlicht³²⁷. Immer noch ein tolles Stück! Die Erregung darüber war sehr groß; unerhört, hinter einer abgetretenen Regierung noch herzuschimpfen. Planck sagte mir, Herr von Papen hätte ihm gesagt, es sei ihm jetzt ganz egal, wenn noch mehr Öl ins Feuer gegossen würde.

Am Montag Vormittag, den 6. Juni, fand im Generalsekretariat der Zentrums-
partei in der Brückenallee eine Besprechung statt, zu der auch ich gebeten wurde. Brüning, Stegerwald, Treviranus und einige Herren des Zentrums, darunter der Generalsekretär Dr. Vockel³²⁸, waren anwesend. Ich entwarf eine Gegenerklärung, die nachher noch von Joos³²⁹ sauber zusammengestellt wurde. Sie stand heute früh früh in der Zeitung, sehr wirksam³³⁰.

Währenddessen gingen die Bemühungen der neuen Reichsregierung dahin, Preußen aufs Trockene zu setzen³³¹ und damit Platz für einen Reichskommissar zu schaffen.

³²⁵ Näheres auch bei G. Ritter, a. a. O. (vgl. Anm. 307), S. 55f. Daß Goerdeler später seine Ablehnung bedauert hat, bezeugt K. Frhr. von Hammerstein: Schleicher, Hammerstein und die Machtübernahme 1933, in: Frankf. Hefte 11 (1956), S. 18.

³²⁶ Schon in der ersten Ministerbesprechung am 2. Juni hatte Papen hinsichtlich der Regierungserklärung geäußert, daß in ihr „eine geistige Bilanz“ gezogen werden müsse. Besonders sei auf die „moralische Zerrüttung des Volkes“ und die „Verbolschewisierung des Landes durch die tragische Schuld der Mittelparteien“ hinzuweisen. Akten Reichskanzlei, Bd 1456.

³²⁷ Zum Text der Regierungserklärung vgl. C. Horkenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 274), S. 169f.

³²⁸ Dr. Heinrich Vockel, geb. 1892, Generalsekretär der Deutschen Zentrumspartei seit 1922, Mitglied des Reichstages seit 1930.

³²⁹ Joseph Joos, geb. 1878, Schriftleiter und Zentrumspolitiker, stellvertretender Parteivorsitzender, Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstages seit 1919. Seine Erinnerungen: Am Räderwerk der Zeit, Augsburg 1950.

³³⁰ Auszüge bei C. Horkenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 274), S. 174.

³³¹ Es handelte sich um eine Entschädigung von 100 Millionen RM, die Dietrich der preußischen Regierung als Gegenwert für die Abtretung der preußischen Anteile an der Siedlungs-

Heute Besprechung bei Papen mit Hirtsiefer³³² usw. Völlig ergebnislos. Die Herren der Reichsregierung waren überaus betroffen, als sie hörten, daß nun Preußen sich selbst helfen werde. Morgen soll die neue preußische Notverordnung herauskommen, d. h. Schlachtsteuer und Zwangssparkasse für die Beamten³³³. Dann ist alles gedeckt für 1932, und das Reich hat keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten. Ich habe heute abend dauernd mit Hirtsiefer verhandelt.

Mittwoch, den 15. Juni 1932

Ich habe nicht viel Neues zu berichten; lediglich will ich mich mal wieder im Tagebuch bemerkbar machen. Vor allem, um auch hier nochmals festzulegen, daß ich frohgemut bin und mich innerlich froh und frei fühle. Es wäre mir ein gräßlicher Gedanke, mit der Arbeit dieser Regierung etwas gemein zu haben. Heute ist die erste Notverordnung der neuen Regierung herausgekommen³³⁴, nachdem es zunächst hieß, „keine Notverordnungen und keine neuen Steuern“. Man kann nur sagen „sauber abgeschrieben“, und wegen der verlorenen Wochen kam noch manches Unbequeme dazu. Die deutsche Delegation ist gestern abend nach Lausanne abgefahren.

Reichskanzler Brüning hat heute still und unbemerkt die Reichskanzlei verlassen. Er fährt zunächst nach Hause, um sich dort am Wahlkampf zu beteiligen. Vor einigen Tagen gaben Magda und ich ihm ein kleines Abendessen, an dem einige Herren der Reichskanzlei mit ihren Damen und als weiterer einziger prominenter Gast noch Reichsbankpräsident Luther teilnahmen.

Es ist erstaunlich, daß ich nicht gleich niedergeschrieben habe, daß mich vor vier Tagen Herr Reichspräsident von Hindenburg in Abschiedsaudienz empfangen hat. Eigentlich doch nicht; denn ich habe etwas den Respekt vor ihm verloren. Dennoch war seine Wiederwahl nicht falsch. Zu mir war der alte Herr sehr freundlich. Er begrüßte mich gleich sehr herzlich mit der Bemerkung, daß ich ja gar nicht so böse aussehe und ihm anscheinend nicht grolle. Das bestätigte ich auch und betonte, daß ich als langjähriger Inhaber meines hohen Amtes natürlich selbst Verständnis habe, wenn und wann man abtreten müsse. Er fragte nach meinen Plänen. Ich sprach vom Ischias, wozu er mir baldige Erholung wünschte. Er betonte dann stark, daß meine bewährte Arbeitskraft unbedingt bald wieder dem Staate dienstbar gemacht werden müsse. Ich erklärte mich hierzu bereit, betonte aber, daß ich einstweilen noch keine Arbeitsmöglichkeit sähe. Von den preußischen Plänen des Ober-

bank in Aussicht gestellt hatte. Inzwischen hatten Papen und Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk erklärt, das Reich sei im Augenblick zu einer Zahlung nicht imstande, sich jedoch bereit gefunden, die Summe ab 1933 in fünf Jahresraten zu begleichen. C. Horkenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 274), S. 175.

³³² Dr. Heinrich Hirtsiefer, geb. 1876, Zentrumspolitiker und preußischer Minister für Volkswohlfahrt. Da Braun am 6. Juni „mit der festen Absicht, nicht mehr in das Amt zurückzukehren“, einen Urlaub angetreten hatte, war der Vorsitz in der geschäftsführenden preußischen Regierung auf Hirtsiefer übergegangen.

³³³ Zur Sache auch C. Severing, a. a. O. (vgl. Anm. 31), Bd 2, S. 359.

³³⁴ C. Horkenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 274), S. 183 ff.

landesgerichtspräsidenten in Köln sagte ich ihm mit Absicht nichts. Wir trennten uns nach einer halben Stunde mit beiderseitigen Wünschen um Gottes Segen. Ich werde dem alten Herrn wohl kaum nochmals so intim begegnen.

Sonntag, den 7. August 1932

Nur diese eine Zeile. Rund fünf Wochen sind wir mit Kind und Kegel hier in Wildbad gewesen, wo ich mein Ischias kuriert habe. Wir haben uns köstlich erholt. Die lange Jahre entbehrte wirkliche Ausspannung hat herrlich gut getan. Morgen fahren wir ab. Viel wollte ich in diesen Wochen schreiben, bin aber nicht dazu gekommen vor lauter Erholung. Auf Wiedersehen in Berlin.

Sonnabend, den 13. August 1932

Nun bin ich schon seit einigen Tagen wieder (und noch) in meiner Dienstwohnung in der Wilhelmstraße 78. Durch den dazwischen gelegten Urlaub hat sich die Trennung von den Amtsgeschäften auch seelisch für mich sehr glatt gestaltet. Ich habe mir jetzt meinen Schreibtisch im Herrenzimmer zum Arbeiten zurechtgemacht, worauf ich auch jetzt diese Zeilen schreibe.

Einstweilen stockt politisch überhaupt alles, da alles überschattet wird von der Frage der Haltung der künftigen Reichsregierung und ihrer Unterstützung im neuen Reichstag. Jetzt muß sich zeigen, ob der jähe Kabinettssturz vom 30. Mai überhaupt eine Spur von Sinn gehabt hat. Viel Unheil ist dadurch bisher schon angerichtet worden. Ruhe und Ordnung ist mehr denn je gefährdet. Jedenfalls war es zur Zeit der Regierung Brüning erheblich ruhiger im deutschen Land. Mit dem bisherigen Kanzler Brüning habe ich enge und harmonische Fühlung. Er hat oft Neigung und Sehnsucht, sich mit mir zu besprechen. Manches wäre vielleicht anders gelaufen, wenn es immer so gewesen wäre und er früher nicht so sehr auch auf meinen jetzigen Nachfolger gehört hätte.

Papen hat vor zwei Tagen begonnen, die Parteiführer der Rechten und des Zentrums zu empfangen. Zunächst Hugenberg und dann vorgestern Joos und Bolz³³⁵ vom Zentrum³³⁶. Hitler sollte gestern kommen, hat aber abgesagt. Gegen Mittag – 2 Uhr – fuhr ein Nazi-Auto an der Reichskanzlei vor mit dem Stabschef Röhm³³⁷ und dem Grafen Helldorf³³⁸ in Uniform, die die Absage Hitlers überbrachten. Ich sah das alles aus meiner Wohnung kopfschüttelnd mit an. Das Personal der

³³⁵ Dr. Eugen Bolz, geb. 1881, Zentrumspolitiker, Mitglied des Reichstages seit 1912, des württembergischen Landtages seit 1913. Staatspräsident von Württemberg. Vgl. auch die Biographie von M. Miller, Eugen Bolz, Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951.

³³⁶ Vgl. R. Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 316f.

³³⁷ Ernst Röhm, geb. 1887, nationalsozialistischer Politiker, 1920–1923 Hauptmann im Stabe der 7. (bayer.) Division in München und während dieser Zeit entscheidender Förderer Hitlers und der NSDAP, 1923 aus dem Heere ausgeschieden und Teilnehmer am Hitler-Putsch, später als Instrukteur bei der bolivianischen Armee, seit Anfang 1931 Stabschef der SA.

³³⁸ Wolf Heinrich Graf von Helldorf, geb. 1896, ehemaliger Offizier, seit 1931 Führer der SA in Berlin und Brandenburg.

Reichskanzlei unten im Portal usw. schüttelt auch die Köpfe. So war es früher nicht! Hitler kommt nun heute zum Reichskanzler und dann zum Reichspräsidenten. Gerade während ich diese Zeilen schreibe, um 10.45 Uhr, hat Hitler in der Reichskanzlei vorgesprochen. Zuvor war er schon in der Bendlerstraße beim Reichswehrminister Schleicher! Es dreht sich im Endeffekt darum, ob Hitler bei dem Verlangen bleibt, selbst Reichskanzler zu werden, was Hindenburg unter allen Umständen vermieden wissen möchte. Ist ja auch tatsächlich sehr gefährlich. Man braucht auch nur daran zu denken, daß im Falle des Ausscheidens des Herrn Reichspräsidenten der amtierende Reichskanzler den Präsidenten vertritt und damit die Reichswehr in der Hand hat. Jedenfalls ist heute ein ereignisreicher Tag. Die Entscheidung soll heute fallen, da sowohl der Reichspräsident wie auch Hitler heute abend wieder abfahren wollen. Tatsächlich muß auch die unerträgliche Spannung sich bald lösen. Kommt keine Einigung mit Hitler zustande, so kann es noch zu sehr erheblichen Zusammenstößen zwischen der SA und der Staatsmacht kommen!

Ein theatralischer Tag! Vor der Reichskanzlei Hunderte von Menschen, die irgend etwas von den denkwürdigen Besprechungen Hitlers mit Reichskanzler und Reichspräsidenten miterleben wollen. Erstere Besprechung hat zwei Stunden gedauert und war erst gegen Viertel vor 2 Uhr zu Ende. Hitler und Röhm auf der einen Seite, Papen und Planck auf der anderen Seite. Äußerlich sehr höflich und österreichisch. Hitler verlangt aber in der Sache die hundertprozentige Macht. Daher sieht die Reichsregierung keine Möglichkeit der Einigung. Sie will daher bleiben, wie sie ist. Hitler hat bestritten, daß er sich jetzt mit dem Zentrum einigen wolle. Auf die konkrete Frage, ob das auch für Preußen gelte, äußerte er sich angeblich zurückhaltend. Einen Marsch auf Berlin stritt er auf das Entschiedenste ab³³⁹. Die Besprechungen werden heute nachmittag beim Reichspräsidenten zu Ende gehen, und zwar bereits 3.30 Uhr, und beide fahren heute abend ab. Meißner erwägt bereits, was jetzt mit dem Reichstag zu tun ist, vielleicht Auflösung und dann *nicht* Neuwahl! Dieser glatte Verfassungsbruch soll natürlich bemäntelt werden: das Recht der Bürger zur Wahl dürfe unter keinen Umständen beeinträchtigt werden, und gerade deshalb sei eine Verschiebung der Neuwahlen bis zu ruhigeren Zeiten nötig. Schöne Aussichten!

Sonntag, den 14. August 1932

Heute ist das Ergebnis des gestrigen Tages politisch noch klarer zu übersehen: völliger Abbruch der Verhandlungen und offenbar auch der Beziehungen zwischen Reichsregierung und Nationalsozialisten. Das offizielle Kommuniqué über das Ergebnis³⁴⁰ steht heute in allen Zeitungen. Vetter Erich Klausener hörte noch von

³³⁹ Für die Begegnung Papen-Hitler sind zu vergleichen: die Ausführungen Papens vor dem Reichskabinett, Protokoll der Ministerbesprechung vom 15. August 1932, Akten Reichskanzlei, Bd 1457, ferner der Bericht des offenbar gut informierten E. von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht, Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin 1933, S. 108.

³⁴⁰ Der Text bei C. Horkenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 274), S. 285 f.

seinem politischen Pressereferenten, der enge Beziehungen zum Reichswehrministerium hat, daß insbesondere auch zwischen Schleicher und Stabschef Röhm jetzt stärkste Verschnüpfung herrsche. Immer klarer tritt in Erscheinung, daß der Zweck, der mit der Berufung des Kabinetts von Papen Anfang Juni verfolgt wurde, nämlich die Einschaltung der Nazis, weniger als je zuvor erreicht ist. Die Sorge der Reichsregierung besteht jetzt vornehmlich darin, daß sich nun die Nazis mit dem Zentrum in Preußen einigen könnten. In Preußen beruft nämlich der *Landtag* seine neue Regierung, ohne daß es einen Staatspräsidenten gibt.

Hitler soll beim Verlassen des Reichspräsidenten von Hindenburg am Sonnabend Nachmittag gesagt haben: „Nun, dann wird eben meine Bewegung bis zur endgültigen Machtübernahme im Reiche abzuwarten wissen, bis *Sie* nicht mehr sind.“ Sehr taktvoll! Aber verständlich und nicht unwahrscheinlich. Der Katzenjammer der jetzigen Regierungsleute scheint sehr groß zu sein, namentlich die Sorge, daß die Nazis sich mit dem Zentrum, vor allem in Preußen, einigen könnten. Solche Versuche werden sicherlich unternommen. Ich glaube aber nicht an den Erfolg.

Donnerstag, den 18. August 1932

Heute vor 62 Jahren die blutige Schlacht von Gravelotte. Ich gedenke in kindlicher Liebe und Treue meines tapferen seligen Vaters. Gestern vor 14 Jahren unser Verlobungstag. Wir beide waren harmonisch zusammen zu den Zelten gewandert, wo wir bei Musik der alten lieben Husaren und einer Brauselimonade nett zusammensaßen. Zurück durch den Tiergarten, alles zu Fuß.

Gestern mittag war mein Nachfolger Planck bei uns zum Mittagessen. Ich habe sehr interessant mit ihm die gesamte politische Lage durchgesprochen. Er gibt zu, daß nach der völligen Absage der Nazis und dem großen Krach mit einer der wesentlichsten Gründe der Bildung der Reichsregierung von Papen illusorisch geworden ist. Er hob allerdings mit Recht hervor, daß jetzt im Gegensatz zur Zeit Brünnings, der nur für sich allein die Ergebnislosigkeit aller Bemühungen zwecks Heranziehung der Nazis zu aktiver Mitarbeit erlebt hatte, jetzt das ganze Volk die Überheblichkeit der Nazis klar und deutlich erkenne, vor allem auch das Heer. In diesem Zusammenhang habe ihm vorgestern der General von Hammerstein gesagt, daß er erst jetzt wieder ruhig schlafen könne, da er jetzt wisse, daß er der Truppe evtl. wieder befehlen könne, auf die Nazis zu schießen. Bei der Armee herrsche jetzt seit Sonnabend eine außerordentliche Wut gegen die Nazis. Insofern habe die jetzige Regierungspolitik noch ihr Gutes gehabt. (Aber wohl nur insofern!)

Die Wahl Brachts³⁴¹ zum [stellvertretenden] Reichskommissar in Preußen ist Plancks Werk. Er habe ihn empfohlen. Bracht hätte ihm schon vor einem halben Jahr (!) einmal gesagt, wenn der General von Schleicher mal entscheidend die Reichspolitik zu beeinflussen haben werde, dann solle und könne er, Planck, ihn

³⁴¹ Dr. Franz Bracht, geb. 1877, Verwaltungsjurist, 1919 Ministerialdirektor im preußischen Wohlfahrtsministerium, 1923–1924 Staatssekretär in der Reichskanzlei unter Marx, 1924–1932 Oberbürgermeister von Essen, seit dem 20. Juli 1932 stellvertretender Reichskommissar in Preußen, 1932/33 Reichsinnenminister in der Regierung Schleicher.

rufen. General von Schleicher traue er Großes zu, und einem solchen Manne stelle er sich gern zur Verfügung. Daran habe er gedacht und sofort unseren Vorgänger, Staatssekretär Kempner, im *Flugzeug* nach Essen geschickt, um sofort Bracht mitzubringen. Das sei erfolgreich gewesen.

Schleicher ist nun obenauf und tatenfroh. Im Kabinett habe er manchmal Krach gehabt mit den Ministern von Neurath und von Gayl³⁴². Kein Wunder, da ja gerade diese beiden eventuell den Nazis hätten geopfert werden sollen. Jetzt nach der Absage der Nazis saßen aber alle fest. Planck sagte mir ganz im Vertrauen, daß sie am Samstag nachmittag aus der amtlichen Verlautbarung eine „Emser Depesche“ gemacht hätten³⁴³. Tatsächlich hätte Hitler beim Reichspräsidenten „die gesamte Staatsgewalt im vollen Umfange“ nicht verlangt, da es dort zu einer großen sachlichen Aussprache überhaupt nicht mehr gekommen sei. Der Reichspräsident hätte eben absolut nicht gewollt, den Nazi den Kanzlerposten zu lassen. Vor dem „böhmischen Gefreiten“ hätte er keinerlei Respekt, und es sei ihm geradezu widerlich gewesen, jetzt auch noch seinerseits dem „Hinterlader“ (Hauptmann Röhm) die Hand geben zu müssen.

Im übrigen hat die Besprechung nicht nur 10 Minuten gedauert und hat nicht stehend stattgefunden, sondern sitzend am Tisch eine halbe Stunde im alten Bismarckzimmer. Das Angebot der Regierung an Hitler war: Vizekanzler für Hitler mit gleichzeitiger Ministerpräsidentenschaft in Preußen, Strasser³⁴⁴ als Reichs- und preußischer Innenminister und Frick als Kultusminister und gleichzeitig Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Selbst wegen des Vizekanzlers sei es noch gar nicht ganz sicher gewesen, ob der alte Herr das schließlich auch getan hätte. Auf meine Frage, ob Hitler sich bei etwaigem Angebot des *Kanzler*-Amtes und einiger anderer Ressorts zufrieden gegeben hätte, meinte Planck, daß dies wohl wahrscheinlich gewesen wäre. Aber aus anderen Bemerkungen in der Besprechung bei Papen und einigen anderen Erörterungen wäre doch ganz klar hervorgegangen, daß die Nazis an die *volle* Gewaltübernahme gedacht hätten. So hätten sie im Falle der Kanzlerschaft Hitler vorgehabt, die SA um den Reichstag zu massieren und dann die „Marxisten“ gewaltsam aus dem Reichstag zu entfernen. Ferner hätte man laut Graf Helldorf der SA Berlin für einige Tage „überlassen“, wobei wohl an die 5000 auf Listen eingetragene marxistische Gegner „unschädlich“ gemacht werden sollten. Ob das alles stimmt? Manchen Nazis ist allerdings wohl alles zuzutrauen.

Große Sorge hat die Regierung jetzt wegen der Verhandlungen zwischen Nazis und Zentrum, die sie vermutlich wohl zu hintertreiben sucht. Jedenfalls sucht man dem Zentrum Angst und Bange vor den etwaigen neuen Volksgenossen zu machen.

³⁴² Wilhelm Frhr. von Gayl, geb. 1879, Direktor der Ostpreußischen Landgesellschaft, Bevollmächtigter zum Reichsrat (für die Provinz Ostpreußen), seit Juni 1932 Reichsinnenminister.

³⁴³ Die besondere Schärfe des Kommuniqués ging auf das Anraten Schleichers zurück, vgl. auch F. von Papen, a. a. O. (vgl. Anm. 73), S. 224.

³⁴⁴ Gregor Strasser, geb. 1892, nationalsozialistischer Politiker und zu dieser Zeit noch als Reichsorganisationsleiter der zweitmächtigste Mann im Gefüge der NSDAP, Mitglied des Reichstages seit 1924.

Wenn trotzdem wirklich zwischen beiden eine Einigung zustande käme, bedeutete das nach Plancks Mitteilung bestimmt den Rücktritt der Regierung von Papen. Scheint mir sehr glaubwürdig zu sein. Sonst macht sich die Regierung vor dem Reichstag keine großen Sorgen. Zunächst sagte Planck, bei Mißtrauensvoten würde eben immer wieder aufgelöst und neu gewählt. Nachher gab er mir aber zu, daß der Innenminister von Gayl augenblicklich allerlei Pläne erwäge wegen etwaiger Einberufung einer neuen Nationalversammlung, Hinausschiebung der Neuwahl, neues Wahlrecht durch Artikel 48 und ähnliche andere glatte Verfassungsbrüche.

Meinen Freund Zweigert sprach ich vorhin am Telefon. Er war offenbar sehr bedrückt und deutete an, daß er wohl nicht mehr lange im Amte bleibe. Die bisherigen Gerüchte hätte man ja anstandshalber dementieren müssen! Die Rechtslage wegen Preußen³⁴⁵ hält Zweigert übrigens für das Reich für günstig. Entscheidung werde aber allerfrühestens in der zweiten Hälfte September fallen. Die Berufung des Majors Marcks³⁴⁶ zum Pressechef ist das Werk von Planck, der ja sein Freund ist. Mit von Kaufmann sei es nicht gut gegangen, da er für Innenpolitik zu wenig Verständnis habe. Man sei in großem Frieden geschieden, da von Kaufmann die schöne Gesandtschaft Buenos Aires erhalte. Zechlin geht nach Mexiko. Meine Berufung nach Köln als Oberlandesgerichtspräsident soll gut stehen, vielleicht fällt die Entscheidung sogar schon am morgigen Freitag. Abwarten, einstweilen bin ich sehr skeptisch.

Sehr interessant waren noch Plancks Mitteilungen wegen Reichsbankpräsident Luther. Gerade einige Stunden vorher hatte Reichskanzler von Papen Herrn Luther erklärt, daß das Kabinett seinen Rücktritt wünsche. Luther habe aber einstweilen sehr sauer reagiert. Der Streit besteht hauptsächlich zwischen Minister Warmbold³⁴⁷ und ihm. Von der Regierung ist ein großes zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm geplant mit einer großen Zwangsanleihe von 3% aller Vermögen über 50 000 RM. Das soll 2½ bis 3 Milliarden ergeben, die dazu dienen sollen, ganz große Steuererleichterungen auf verschiedenen Gebieten durchzuführen. Damit will man dann die Kanäle für *eigene* lebendige Wirtschaftsimpulse freimachen. Dieser Weg ist vielleicht richtiger, als alle möglichen zusätzlichen Arbeiten künstlich zu schaffen. Mit Schacht sei bereits gesprochen worden, der gerne bereit ist, wieder Reichsbankpräsident zu werden. Schacht soll übrigens bei dieser Gelegen-

³⁴⁵ Unmittelbar nach dem am 20. Juli von der Reichsregierung unternommenen Staatsstreich in Preußen, durch den das geschäftsführende Kabinett Braum abgesetzt worden war, hatte die preußische Regierung die Legalität des Papenschen Vorgehens bestritten und einen Prozeß vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig angestrengt. Zusammenstellung des Materials in: Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof, Berlin 1933.

³⁴⁶ Major Marcks, Sohn des bekannten Historikers Erich Marcks, hatte lange Zeit der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium als enger Mitarbeiter Schleichers angehört. Die Berufung zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung war am 13. August erfolgt.

³⁴⁷ Dr. Hermann Warmbold, geb. 1876, Professor für landwirtschaftliche Betriebslehre, 1921 kurzfristig preußischer Landwirtschaftsminister, 1922–1931 Vorstandsmitglied der I. G. Farben-Industrie AG, 1931/32 vorübergehend im Kabinett Brüning II und seit dem 2. Juni 1932 (Kabinett Papen) Reichswirtschaftsminister.

heit äußerst nett von mir gesprochen und die Hoffnung ausgesprochen haben, daß ich doch hoffentlich bald wieder in aktiver und hoher Staatsstellung Verwendung finden werde.

Freitag, den 19. August 1932

Eben mit Planck gesprochen über die politische Lage. Verhandlungen zwischen Nazis und Zentrum in Preußen sind sehr ernstlich; allerdings auf beiden Parteien zwei Lager: im Zentrum sind die eigentlichen Preußenvertreter, also Hirtsiefer und Graß, *für* eine solche Koalition, jedoch die Reichsleitung der Zentrumsparlei, also die Herren Joos, Bolz und Stegerwald, dagegen. Ähnlich bei den Nazis: Kube³⁴⁸, Strasser und Goebbels sind *für* die Koalition, während Reichsleitung, Hitler und Röhm, dagegen sind. Die Angriffe von Kube gegen Bracht seien nur so zu erklären, daß er ihn eben unmöglich und das Feld frei machen wolle für diese Koalition. Die Reichsregierung sehe aber trotzdem ohne große Sorgen diesen Koalitionsverhandlungen zu, was mir Planck nach einigem Zögern seinerseits und Drängen meinerseits damit erklärte, daß „sie“ eventuell den preußischen Landtag auflösen würden. Diese Zuständigkeit liegt bekanntlich bei dem berühmten Drei-Männer-Kollegium³⁴⁹. Ob Herr von Papen hierbei stark hervortreten könnte als Reichskommissar, ist wohl zweifelhaft. Dagegen sind die beiden anderen Mitglieder Kerrl³⁵⁰ und Adenauer absolut handlungsfähig. In dieser Beziehung berichtete mir nun Planck, daß seit einiger Zeit sehr enge und gute Beziehungen zwischen Schleicher und Adenauer bestünden³⁵¹. Letzterer sei absolut der Auffassung, daß jetzt in Preußen keine Koalition zwischen Nazis und Zentrum zustandekommen dürfe. Deshalb habe er sich Schleicher gegenüber einverstanden erklärt, seine Stimme im Drei-Männer-Kollegium gleichfalls für Auflösung einzusetzen. Äußerst interessant, aber ob das stimmt?

³⁴⁸ Wilhelm Kube, geb. 1887, nationalsozialistischer Politiker und Gauleiter, 1924–1928 Mitglied des Reichstages, seit Mai 1928 Fraktionsführer der NSDAP im preußischen Landtag.

³⁴⁹ Nach Art. 14 der preußischen Verfassung von 1920 konnte – neben „eigenem Beschluß“ – eine Auflösung des Landtages auch durch den Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Landtages (Kerrl) und des Staatsrates (Adenauer) bestehenden Ausschusses oder durch Volksentscheid erfolgen. (Der Volksentscheid konnte auch durch Beschluß des Staatsrates herbeigeführt werden.)

³⁵⁰ Hanns Kerrl, geb. 1887, Justizoberrentmeister und nationalsozialistischer Politiker, seit 1928 Mitglied, seit dem 28. Mai 1932 Präsident des preußischen Landtages.

³⁵¹ Vgl. hierzu auch das Schreiben des Frhr. von Lersner an Schleicher vom 7. Juli 1932, in dem es u. a. heißt: „Gestern aß ich in Köln mit Oberbürgermeister Adenauer. Er sagte vertraulich: ‚Wir glauben nicht, daß Kaas Zentrumsvorsitzender bleibt. Er hat sich persönlich zu sehr mit der Reichsregierung festgezogen.‘ Aus allem, was er sagte, ging der Wunsch hervor, das Zentrum möge sich mit der Regierung vertragen. Adenauer behauptete, immer ein Gegner Brünings gewesen zu sein. – Adenauer hat den dringenden Wunsch, Sie kennenzulernen. Ich versprach ihm, das gelegentlich zu vermitteln bei einem Essen bei mir . . .“ Am Rande des Schreibens befindet sich die handschriftliche Zustimmung Schleichers „ja“. Nachlaß Schleicher, Bd 17/III (Bundesarchiv Koblenz).

Sonnabend, den 20. August 1932

Heute 36° im Schatten in Berlin. Wie das Radio mitteilt, wäre heute der heißeste Tag seit 100 Jahren. Wir waren mit den Kindern heute nachmittag in Rangsdorf baden. Sehr schön, aber tatsächlich sehr heiß. Persönlich habe ich heute vormittag von meinen Kollegen Planck und Zweigert günstige Nachricht über meine vielleicht doch bald bevorstehende Berufung nach Köln erhalten. Abwarten!

Mittwoch, den 31. August 1932

Sehr viel mehr, als in den Zeitungen steht, erlebe ich auch nicht. In der großen Politik überschlagen sich die Ereignisse. Wenn ich später einmal „Denkwürdigkeiten“ schreiben sollte, werde ich die Vorgänge dieser Tage am besten in der Vossischen Zeitung nachlesen, die sehr gut orientiert scheint und übrigens offensichtlich einen Gesinnungswechsel hin zur Regierung von Papen vollzogen hat. Gestern ist der Reichstag VI einberufen worden. Meisterliche Regie der Opposition von Nazis und Zentrum. Es sollte sofort schlagend der Nachweis geliefert werden, daß der Reichstag absolut arbeitsfähig ist und damit der Regierung jeder Vorwand zur Auflösung genommen wird. In diesem Sinne auch zu verstehen, daß sich der Reichstag, gleich nachdem er sich das Präsidium gegeben hatte, für unbestimmte Zeit vertagt hat. Währendes sollen die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis weitergehen.

Eben war ich zu 4 Uhr nachmittags nochmals, wie schon so oft, bei meinem früheren verehrten Chef, Reichskanzler Brüning, der mir zugab, daß der gestrige Verlauf absolut sein Werk ist. Ich konnte ihm erzählen, daß ich vorher mit meinem Nachfolger Planck gesprochen hätte, der offensichtlich die Reichstagsauflösung erhoffte. Die Regierung glaubt eine gute Plattform durch ihr Programm gefunden zu haben³⁵² und würde eventuell sofort wiederwählen lassen. Sie würde eine neue Partei gründen³⁵³ und hoffe damit den Nazis und dem Zentrum viel Stimmen abzugeben. Aus diesem Plan wird nun einstweilen nichts. Die Parteien werden sich aber sehr in acht nehmen müssen. Die Regierung sitzt m. E. im Augenblick am längeren Hebelarm. Man kann auch gar nicht bestreiten, daß die sachlichen Arbeiten der Regierung großen Elan haben.

Morgen früh fahre ich für einige Tage zur Katholikenversammlung nach Essen.

³⁵² Gemeint ist das am 28. August auf einer Tagung der westdeutschen Bauernvereine in Münster i. W. durch Papen verkündete Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. C. Horckenbach, a. a. O. (vgl. Anm. 274), S. 296 ff.

³⁵³ Auf einer Besprechung bei Hindenburg in Neudeck am 30. August, an der auch Papen, Gayl und Meißner teilnahmen, hatte Schleicher u. a. ausgeführt, es dürfe nicht dazu kommen, daß – auf parlamentarischem Wege – „Hitler und Brüning“ den Herrn Reichspräsidenten „ins Unrecht“ setzten, daher müsse sofort nach der Reichstagsauflösung durch die Zusammenfassung der „starken Kräfte, die unser Vorgehen billigen“, eine Art Präsidial-Partei, „ähnlich dem früheren Deutschen National-Verein“, aufgezo-gen werden. Niederschrift Meißners im Nachlaß Schleicher, Bd 17/IV.

Freitag, den 9. September 1932

Politisch ist sehr viel los. Der Herr Reichspräsident ist gestern aus Neudeck zurückgekehrt. Am Montag tritt der Reichstag zusammen. Vorvorgestern bin ich vom Katholikentag in Essen zurückgekehrt. Vom 1. bis 5. September, sehr erhebend und unvergeßlich. Nachher war ich am selben Tage mittags beim früheren Reichskanzler Brüning zu Tisch, nachmittags für eine Stunde – auf dessen Wunsch – beim Reichskanzler von Papen unter Teilnahme meines Nachfolgers Planck. Ein ereignisreicher Tag. Beim Reichskanzler von Papen mußte ich mich, um nicht die Loyalität zu verletzen, recht zurückhalten. Ich habe ihm vom Katholikentag erzählt und dann mit ihm auch politisch debattiert. Nach meiner Meinung kann aus den Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis nichts Positives herauskommen. Und wenn doch etwas herauskäme, müsse man auch noch mit dem Reichspräsidenten rechnen, der keinen Hitler zum Reichskanzler machen will. Nachdem die Reichsregierung von Papen nun einmal da ist, hilft es nichts, sie muß auf dem einmal beschrittenen Wege voranschreiten, d. h. sich dem Reichstag stellen, ihn eventuell auflösen und dann auch Neuwahl. Ich halte es für möglich, daß durch etwaige Schaffung einer Präsidialpartei dann den Nazis vielleicht 50 Abgeordnete abgejagt werden könnten. Auch das Zentrum würde vielleicht etwas verlieren. Dann wäre in dem neuen Reichstag zwar noch keine Mehrheit vorhanden, wohl aber vielleicht größere Geneigtheit, auf einer *gesunden* Basis Regierungsverhandlungen zu führen. Solange wird man durchhalten müssen.

Dienstag, den 13. September 1932

Gestern, Montag, der 12. September, ein ereignisreicher Tag. Für die große Politik und für mich. Zunächst Reichstags-Auflösung! Dramatische Vorgänge, von niemandem erwartet. Ich fand die Regie der Regierung schlecht, wenn auch der Reichstagspräsident Göring sich sehr blamiert und verfassungswidrig benommen hat. Als einzige positive Tat steht die ungeheure Mehrheit für das Mißtrauensvotum fest. Wenn auch staatsrechtlich vielleicht unerheblich, ist dies m. E. von großer psychologischer Bedeutung. Besser wäre gewesen, wenn die Regierungserklärung hätte abgegeben und dann eine mehrtätige Debatte hätte folgen können. Dann hätte es sich gezeigt, daß eine Mehrheit zu positiver Arbeit tatsächlich nicht vorhanden ist, und dann wäre die Reichstagsauflösung psychologisch durchaus verständlich gewesen. Aber so? Ich bin wieder einmal glücklich, seit dem 2. Juni mit dieser „Politik“ nichts mehr zu tun zu haben. Wenn man bedenkt, daß die Regierung Brüning zurücktreten mußte, um die Nazis zur Regierungsarbeit heranzuziehen, so kann man nur den Kopf schütteln.

Damals bestand wenigstens zwischen den maßgeblichen Personen, also auch zwischen Brüning und Hitler, ein gegenseitiges Verhältnis der Achtung. Aber jetzt? Wir leben fast im offenen Bürgerkrieg, und das Verhältnis der Nazis zu der Regierung Papen ist so schlecht wie nur irgend denkbar. Stattdessen hat man jetzt den Begriff der Präsidialregierung erfunden. Das Vertrauen des Reichspräsidenten

ist schön und gut und auch notwendig, aber der Reichspräsident ist nur der eine der zwei Träger der deutschen Volkssouveränität. Für *mich* war der heutige Tag von einiger Bedeutung, als er mir wichtige Zustimmungsbriefe von Adenauer und Justizrat Mönning³⁵⁴ brachte. Ich habe sie gestern abend dem Reichskanzler von Papen weitergeleitet. Jetzt ist meine Berufung nach Köln wohl kaum noch gefährdet? Morgens hatte ich den Besuch von Senatspräsident Schetter, der einige Bedenken gegen meine Berufung hat. Er ist aber durchaus maßvoll von mir geschieden.

Sonntag, den 18. September 1932

Gestern nachmittag hatte mich Reichskanzler Brüning zu sich ins Hedwigs-krankenhaus gebeten. Bei ihm war noch Prälat Kaas. Wir haben zu dritt drei geschlagene Stunden zusammengesessen, in allergrößter Harmonie! Die Herren wollten mich gar nicht fortlassen. Kaas war noch recht leidend und spricht meist matt. Manchmal tritt er aber etwas aus sich heraus. Er freut sich außerordentlich, wenn ich nach Köln kommen sollte. Er verspricht sich davon, wie er ausdrücklich sagte, für die Verjüngung der Parteileitung in meiner Person sehr viel. Er denkt daran, mich dann in der Leitung der Zentrumsparlei in die vordere Linie zu schieben. Auch Reichskanzler Brüning ließ sich mit großem Interesse nochmals bestätigen, daß ich in der etwaigen Stellung des Oberlandesgerichtspräsidenten völlig unabsetzbar sei. Ob ich jetzt auf solche Gedankengänge eingehen werde, ist mir aber noch sehr zweifelhaft. Ich habe zwar meinen politischen Standpunkt, aber zum richtigen Parteipolitiker und Volksredner werde ich mich als Freund rein sachlicher Arbeit wohl kaum entwickeln. Immerhin tat mir die Achtung solcher Menschen, die ich sehr hoch schätze, sehr wohl. Wir haben in den drei Stunden natürlich viel über Politik gesprochen. Über Reichspräsident, Reichskanzler und Regierung, Nazis, Zentrum, Verhalten der Juden und Demokraten usw. Alles in allem waren wir uns einig, daß die jetzige Regierung ohne Zweifel vieles Richtige tue und auch sehr geschickt anfangen, daß aber ihre völlig fehlende Basis im Volke etwas Erschreckendes sei. Ich erzählte beiden Herren, daß die Spekulation der jetzigen Machthaber dahin gehe, im kommenden Wahlgang den Nazis und Zentrum insgesamt wenigstens 25 Kandidaten abzujagen, wodurch dann jede Koalitionsmöglichkeit im neuen Reichstag geschwunden sei. Dann sei ja der Weg völlig offen zum neuen „Staatsnotrecht“. Über die Auflösungsorder sprachen wir natürlich auch. Sie ist von Meißner geschrieben, was viele nicht wissen, und zwar erst im allerletzten Augenblick. Die Blankovollmacht mit den Unterschriften von Hindenburg und Papen lag vor³⁵⁵, aber der Text darüber fehlte.

Vorgestern war ich wegen Köln beim Reichskommissar Bracht. Sehr gemütlich und harmonisch. Von seiner Seite äußerst vertrauensselig. Sein Verhältnis zu

³⁵⁴ Justizrat Hugo Mönning war Vorsitzender der Rheinischen Zentrumsparlei.

³⁵⁵ Die Blankounterschrift für die Reichstagsauflösung war am 30. August in Neudeck gegeben worden, vgl. Anm. 353.

General von Schleicher scheint nicht sehr erstklassig zu sein. Auch an dem Reichskanzler von Papen übte er starke Kritik. Die Regie im Reichstag sei miserabel gewesen, namentlich seitens meines Nachfolgers Planck. Nichts sei vorbereitet gewesen. Bracht selbst fühlt sich auf seinem Posten sehr wohl, er will nicht mehr nach Essen zurück. Er hofft – und wohl mit Recht – demnächst Reichsminister ohne Portefeuille zu werden, vielleicht mit der verreichlichten Polizei³⁵⁶.

Vermerken will ich übrigens folgendes noch: Wenn in Preußen zwischen Nazis und Zentrum etwas zustande zu kommen „drohte“, will man den Landtag auflösen, und zwar gegen die Stimme vom Landtagspräsidenten Kerrl durch den Reichskommissar von Papen und den Oberbürgermeister Adenauer. Letzteren glaubt man dafür gewonnen zu haben, er habe eine große Hochachtung vor dem General von Schleicher. Die Herren Otto Wolff³⁵⁷ und Freiherr von Lersner³⁵⁸ waren die Mittelpersonen, letzterer sei sogar zu Adenauer in die Schweiz gefahren. Jetzt scheinen aber doch Bedenken gekommen zu sein, ob sie des Herrn Adenauer so sicher wären. Infolgedessen denkt man an eine Landtagsauflösung nicht mehr und hofft, daß während des Wahlkampfes eine Ehe zwischen Nazis und Zentrum nicht zustande kommt.

Sonnabend, den 24. September 1932

Vorgestern bat mich Oberbürgermeister Adenauer zu sich, zu einem Stündchen in seine Dienstwohnung des Präsidenten des Staatsrates. Ich besitze unverändert sein volles Vertrauen. Er möchte gern zum Frieden mit der gegenwärtigen Regierung kommen. Hierzu schwebt ihm vor allem und zunächst ein Vergleich vor dem Staatsgerichtshof wegen Preußen vor. Rückkehr der preußischen Minister ohne die Sozialdemokraten und Wechsel in der Person von Bracht. Letzteres habe ich ihm gleich für völlig undurchführbar erklärt. Er war dann auch bei Reichskanzler von Papen. Völlig aussichtslos. Nachher Brief an Adenauer von Papen, seinen Vermittlungsvorschlag als erledigt anzusehen!

Mittwoch, den 28. September 1932

Köln ist gescheitert! Gestern nachmittag stand der Kabinettsvorschlag des Reichskanzlers als Reichskommissar von Preußen im Staatsministerium auf der Tages-

³⁵⁶ Eine zweite Blankounterschrift Hindenburgs vom 30. August bezog sich auf die Unterstellung der preußischen Polizei unter den Reichsminister des Innern, falls es in Preußen zu einer Koalition NSDAP-Zentrum kommen sollte, vgl. Anm. 353 (Niederschrift Meißners).

³⁵⁷ Otto Wolff, der bekannte Industrielle in Köln. Über Wolfs Beziehungen zu Schleicher vgl. K. Frhr. von Hammerstein, a. a. O. (vgl. Anm. 163), S. 167 f.

³⁵⁸ Kurt Frhr. von Lersner, geb. 1883, ursprünglich Berufsdiplomat (bis 1920), 1916–1918 Vertreter des Auswärtigen Amtes in der Obersten Heeresleitung, zuletzt Präsident der deutschen Friedensdelegation in Versailles und Paris. Seitdem bekannt mit Schleicher, zuletzt auch mit Papen. Über seine damaligen Missionen vgl. auch Th. Vogelsang, Das Verhältnis Bayerns zum Reich in den letzten Monaten der Weimarer Zeit (Juni 1932–Januar 1933), in: Bayern, Staat und Kirche, Land und Reich, München 1961, besonders S. 469 ff.

ordnung. Die Entscheidung ist *dagegen* ausgefallen. Alles habe sehr nett und auch in höchsten Tönen anerkennend über meine Qualitäten gesprochen, aber der Außenseiter! Laut Hölscher³⁵⁹ würde eine angeblich Jahrhunderte alte Tradition durch meine etwaige Ernennung durchbrochen. Stattdessen wurde Herr Landgerichtspräsident Vollmer aus Essen vorgeschlagen. Ohne Zweifel ein sehr würdiger Kandidat, dem ich stets den Vortritt gelassen hätte, wenn er früher benannt worden wäre. Auf Vorschlag des Kanzlers hat dann das Staatsministerium sich aber einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß unbedingt sofort für mich gesorgt werden müsse. Man hat mir daher das Regierungspräsidium Münster³⁶⁰ angeboten, über dessen Annahme ich mich in wenigen Stunden entscheiden soll.

Sonnabend, den 1. Oktober 1932

Ich erhalte ungeheuer viel Ermunterungserklärungen für Münster: Adenauer, Mönning, Luther, Maus, Stocky, Hamacher³⁶¹, Landeshauptmann Dieckmann³⁶², Freiherr von Oer³⁶³, und gestern abend insbesondere auch seitens des Reichskanzlers Brüning. Ich habe darauf gestern meine Zustimmung erteilt. Am nächsten Dienstag wird die Sache, nun wohl hoffentlich ohne neue Schwierigkeiten, im Staatsministerium entschieden werden. Am 17. Oktober soll sich schon der Provinzialausschuß dazu äußern. Es wird sicher alles gut gehen.

Morgen ist der 85. Geburtstag von Hindenburg. Großer militärischer Klimbim. Mit großer Freude und inniger Anteilnahme bin ich nicht mehr bei der Sache.

Mittwoch, den 5. Oktober 1932

Gott sei Dank! Nicht in der üblichen schlagwortartigen Bedeutung und Gesinnung, sondern wirklich Dank dem lieben Gott: Gestern abend bin ich im Staatsministerium zum Regierungspräsidenten von Münster ernannt worden! Diesmal ohne jede Schwierigkeit und völlig einstimmig. Bracht rief spätabends noch an und plauderte reizend mit mir über die neuen Aufgaben. Nun muß ich nächster Tage Berlin verlassen. Ich tue es ohne Wehmut!

³⁵⁹ Heinrich Hölscher, geb. 1875, seit 1927 Staatssekretär im preußischen Justizministerium. Nach dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 war Hölscher zum Stellvertreter des Reichskommissars für den Geschäftsbereich des Justizministeriums ernannt worden.

³⁶⁰ Der bisherige Regierungspräsident in Münster i. W., Dr. Rudolf Amelunxen (Zentrum), war am 21. Juli im Zuge der mit dem Staatsstreich in Preußen einhergehenden Personalveränderungen in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Seither hatte der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Gronowski, das Regierungspräsidium mitverwaltet.

³⁶¹ Dr. Wilhelm Hamacher, Studienrat und Bevollmächtigter der preußischen Rheinprovinz zum Reichsrat. Generalsekretär der Rheinischen Zentrumspartei.

³⁶² Dieckmann war gleichzeitig Vorsitzender der Zentrumspartei in Münster i. W.

³⁶³ Adolf Frhr. von Oer, geb. 1853, Mitglied des preußischen Staatsrates und des westfälischen Provinziallandtages.

Sonnabend, den 8. Oktober 1932

Wir machen augenblicklich Abschiedsbesuche und sehen viel interessante Menschen: Schleicher, Luther, Papen und Bracht insbesondere. Bei Schleicher war ich vorgestern morgen ungefähr eine Stunde. Er machte mir starke Aussichten auf den Oberpräsidenten in Münster, Gronowski³⁶⁴ sei ein verbrauchter Mann, den ich bald beerben müßte. Im übrigen war Schleicher sehr offen und wie üblich munter und zuversichtlich. Das Regieren ginge sehr gut! Die Hauptaufgabe der Regierung Papen, die Nazis zur Regierung heranzuziehen, sei zwar nicht erreicht, aber wohl die völlige „Entzauberung“ der Nazis. Er betonte dann vor allem die Eigenwilligkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg, auf den in den allerletzten Dingen niemand Einfluß habe. Er – Schleicher – sei vor dem 13. August für eine Kanzlerschaft Hitler gewesen, aber der alte Herr hätte das unter keinen Umständen mitgemacht³⁶⁵. Der größte Erfolg der Regierung sei die Beseitigung der Preußenregierung gewesen. „Das kann kein Staatsgerichtshof mehr rückgängig machen!“ Die bekannte Preußen-Notverordnung vom 20. Juli sei natürlich nicht wegen Gefährdung von Ruhe und Ordnung ergangen, sondern nur, um dem unerträglichen Dualismus zwischen Reich und Preußen ein Ende zu machen. Es müsse nur jemand den Mut zum Handeln finden, Begründungen finde man nachher immer schon. Die Vorbereitung in der Preußenfrage sei sehr theatralisch gewesen. Der Innenminister von Gayl und der Justizminister Gürtner hätten sich im letzten Augenblick *gegen* den Plan ausgesprochen! Schleicher äußerte sich überhaupt nicht sehr warm über diese beiden Minister. Papen, der in solchen Situationen immer erfreulich deutlich sei, habe den beiden Herren einfach erklärt, dann müsse es eben ohne sie beide gehen! Darauf hätten Gayl und Gürtner aber eingeschwenkt und gesagt, wenn der Reichskanzler und der Reichswehrminister mitmachten, seien sie schließlich auch bereit. Über die künftige Regierungspolitik äußerte Schleicher sich dahin, daß der neue Reichstag infolge der Verluste der Nazis und des Zentrums überhaupt keine Mehrheitsbildung mehr zulasse³⁶⁶. Infolgedessen würde der Reichstag zwecks Vermeidung einer nochmaligen Wahl zur Tolerierung der Regierung sich wohl bereit finden. Insbesondere werde das Zentrum dazu bereit sein. Die merkwürdigsten Leute vom Zentrum, von denen man es nicht erwarten sollte, kämen jetzt als Friedenstauben zu ihm. Gleichzeitig müsse dann ein großes Aktionsprogramm über Verfassungsreform usw. an die Öffentlichkeit kommen, mit dem man dann zunächst den Reichsrat befassen müsse. Wenn das nicht gerate, könne nicht neu gewählt werden. Die unsachliche Kontingentspolitik³⁶⁷ mache das Kabinett nur aus politischen Gründen, um den Nazis die Landwirte abzujagen.

³⁶⁴ Johannes Gronowski, geb. 1874, Zentrumspolitiker, Parlamentarier seit 1908 (Preußisches Abgeordnetenhaus bzw. Landtag), seit 1922 Oberpräsident der Provinz Westfalen.

³⁶⁵ Zur Sache vgl. Th. Vogelsang, Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932, in: Vjh. Zeitgesch. 6 (1958), S. 86 ff.

³⁶⁶ Gemeint sind die *erhofften* Verluste beider Parteien bei der *bevorstehenden* Reichstagswahl am 6. November.

³⁶⁷ Die besonders vom Reichsernährungsminister Frhr. von Braun propagierte „Kontin-

Präsident Luther war gestern etwas gedrückt über diese Kontingentspolitik. Er hoffte auf zurückhaltende Haltung der Mehrheit. Die Devisenlage werde sonst sehr schwierig. Die Steuernotscheine³⁶⁸ seien tatsächlich sein Werk. Eine Kursstützung zu hohem Kurse sei ganz ausgeschlossen. Immerhin rechnet er doch mit einem Kurs von wenigstens 70%. Starken Einfluß hat Luther auf das Kabinett Papen offenbar nicht. Er ist nicht sehr glücklich in seiner Stellung.

Heute mittag war ich zu Reichskanzler von Papen gebeten. Er war sehr freundlich, wenn auch das Gespräch der Eilbedürftigkeit wegen sich schnell abwickelte. Einige Tage vorher hatte Papen zu Planck gesprächsweise gesagt, daß er den Münsterer Regierungspräsidentenposten ja eigentlich für seinen Schwiegersohn von Stockhausen³⁶⁹ hätte vorbehalten wollen. Nachher hätte er ihn mir aber doch gern gegeben. Er habe Achtung vor meiner Persönlichkeit und möchte mich nicht zum Märtyrer machen. Er sagte, er hoffe von mir eine loyale Haltung zu seiner Regierung, wenn ich vielleicht auch in vielen Dingen politisch anderer Meinung als er sei. Ich erwiderte, daß viele Maßnahmen zweckmäßig und gut seien, daß ich aber – wenn er schon einmal davon anfangen – auf unser Gespräch vom 1. Juni zurückkommen müsse. Damals hätte ich ihm schon gesagt, daß er sein Ziel, die Nazis zur Regierung heranzuziehen, nicht erreichen werde. Papen antwortete mir schmunzelnd: Trop tard! Ich erwiderte, daß sein Amtsvorgänger sich 2 $\frac{1}{4}$ Jahre lang redlich bemüht hätte, die Rechte an seine Regierung heranzuziehen, daß sie sich ihm aber versagt habe, ebenso, wie es heute auch ihm geschehe. Weiter kamen wir in der heutigen Unterhaltung nicht. Papen bedauerte noch sehr, daß aus Köln nichts geworden wäre, er aber zuversichtlich hoffe, daß Münster mir Freude machen und ich den Posten bestens ausfüllen würde. Ich kritisierte auch die Kontingentspolitik der Regierung, was Papen offensichtlich auch verständlich fand, aber lächelnd bemerkte, die Münsterer Bauern würde ich aber sehr einverstanden finden. Wirchieden gegenseitig mit den besten Wünschen, und ich noch besonders mit dem Ausdruck meines Dankes für Münster.

Abends war ich dann bei Reichskommissar Bracht. Wir saßen eine Stunde in seiner Sofaecke bei einer Zigarre, sehr gemütlich, wie zwei gute alte Freunde. Es ist auch kein Zweifel, daß ich meine baldige Wiederverwendung in erster Linie Bracht zu verdanken habe. Stockhausen als Regierungspräsident bezeichnete er für völlig unmöglich, „nur über seine Leiche“. Auch über den Schwiegervater Papen äußerte sich Bracht sehr skeptisch. Er hat keine rechte Meinung für eine

gentspolitik“ hatte den Zweck, die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte durch Verordnung zu drosseln, und stieß innerhalb des Kabinetts auf manche Gegenerschaft, besonders von seiten des Wirtschaftsministers Warmbold.

³⁶⁸ Mit den „Steuernotscheinen“ meint Pünder offensichtlich das in der Wirtschaftsnotverordnung vom 4. September 1932 vorgesehene System von Steuergutscheinen.

³⁶⁹ Dr. Max von Stockhausen, geb. 1890, Verwaltungsjurist, 1922–1927 Regierungs- und Oberregierungsrat in der Reichskanzlei, 1927 Landrat des Kreises Lüdinghausen in Westfalen, Februar 1933 bis September 1935 Regierungspräsident in Arnshagen. Seine Erinnerungen und Tagebuchnotizen aus der Zeit der Reichskanzlei sind unter dem Titel „Sechs Jahre Reichskanzlei“ von Walter Görlitz herausgegeben worden (Bonn 1954).

lange Dauer dieser Regierung und nannte einen Zeitraum von vier Monaten. Ich müßte unbedingt an der Münsterer Zentrumstagung am 14. Oktober mit Kaas und Brüning teilnehmen. Ich solle die Brücke zum Zentrum unter keinen Umständen abbauen, auf Papen sei für mich wenig Verlaß, was die Zeitdauer angehe. Sehr offen!

Von Schleicher glaubt Bracht nach wie vor, daß er ihn, Bracht, sehr skeptisch beurteile. Die Regierung habe manche Fehler letzthin gemacht, weshalb er froh sei, noch nicht Reichsminister zu sein. Schließlich müsse er es aber wohl annehmen. Nach Essen gehe er unter keinen Umständen zurück. Er wolle sich jetzt in seinen Reformarbeiten einen guten politischen Abgang verschaffen und dann, wenn nötig, endgültig ausscheiden. Die Stellung von Erich Klausener³⁷⁰ hält er nach wie vor für nicht gesichert, zumal er sich nicht zu den politischen Offizieren stellen könne. Es sei richtig, daß die Regierung eine große Verfassungsreform plane und diese gelegentlich des Reichstags-Zusammentritts veröffentlichen wolle. Das sei sein eigener Plan und Vorschlag gewesen. Jetzt hätte man bei einigen Kabinettsmitgliedern aber schon wieder kalte Füße bekommen. Alles in allem war Bracht über dies und ähnliches recht mißmutig.

Mit Freund Zweigert habe ich mich nur telefonisch unterhalten. Der arme Kerl hat jetzt über zwei Jahre keinen Tag Urlaub erhalten! Wir besprachen auch den Plan der Verfassungsreform und ihren zeitlichen Ablauf. Zweigert bestätigte diese Absichten, deutete aber an, daß noch nicht recht viel fertig sei. Wegen des Staatsgerichtshof-Urteils brauche man sich keine Sorgen zu machen. Das Urteil falle ganz bestimmt günstig aus. Das Rad der Geschichte könne nicht rückwärts gedreht werden.

Zu meiner Berufung nach Münster habe ich wieder Dutzende von Glückwünschen erhalten. Die Sonne scheint wieder! Auch Photographen melden sich, die mich täglich neu photographieren. Komisch!

Donnerstag, den 13. Oktober 1932

Montag früh nach Münster. Dort ab nachmittags bis Dienstag nachmittag geblieben. Am Montag beim Landeshauptmann Dieckmann, Dienstag vormittag fast zwei Stunden beim Oberpräsidenten Gronowski, mittags mit Vater und Sohn Freiherr von Oer zusammengesessen. Zwischendurch Münster angesehen. Es verläuft dort offensichtlich alles großartig. Ich bin dort ein sehr willkommener Kandidat. Dienstag spätabends wieder in Berlin.

Gestern und heute wieder sachliche Besprechungen im Ministerium des Innern über die Lage und Sorgen meines Bezirkes. Heute hat bereits der Provinzialausschuß getagt. Bereits nach zehn Minuten hatte ich die Mitteilung, daß der Provinzialausschuß positiv für mich entschieden hatte. Die fünf Stimmen des Zentrums und die fünf Stimmen der Rechten waren für mich, der Christlich-Soziale enthielt sich, die drei Sozialdemokraten waren gegen mich, da sie politisch in Gegnerschaft

³⁷⁰ Als Ministerialdirektor im preußischen Innenministerium.

zu Berlin stünden, und der eine Kommunist war grundsätzlich gegen mich. Die Sozialdemokraten ließen mir aber durch den Landeshauptmann sagen, daß ihre Stimmenabgabe nichts mit meiner Person zu tun hätte, im Gegenteil sei ich ihnen persönlich gleichfalls sehr willkommen. Besser kann ich mir das Ergebnis gar nicht denken!

Heute mittag lange beim Staatssekretär Meißner gewesen. Er fühlt sich nicht sehr glücklich. Solange der Reichspräsident lebe, müsse er auf seinem Posten bleiben. Später wäre ihm ein solches Regierungspräsidium auch einmal sehr recht. An Verfassungsbruch glaubt er nicht, ebenso nicht an Abschaffung des Art. 54 der Verfassung³⁷¹, dagegen Einschaltung einer ersten Kammer. Mit meinem Nachfolger steht er *nicht* sehr gut. Wenn der Reichskanzler einmal wechselt, was er für möglich hält, werde Planck bestimmt nicht bleiben. Das habe er neulich auch schon einmal Herrn von Schleicher gesagt.

Sonnabend, den 15. Oktober 1932

Soeben, 11 Uhr vormittags, hat mich der Herr Reichspräsident von Hindenburg vor meiner morgigen Reise nach Münster in Abschieds-Audienz empfangen. Das war sehr gütig von dem alten Herrn. Nachdem er mich nach meiner Verabschiedung vor einigen Monaten schon empfangen hatte³⁷², brauchte er es nicht. Aber es war ihm ein liebes Bedürfnis, wie ich ja überhaupt oft wahrnehmen konnte, daß er mich und mein streng sachliches Wirken sehr geschätzt hat. Vorgestern hatte ich mich in dem Meldebuch seines Vorzimmers zur Verabschiedung folgendermaßen eingetragen: „Dr. Pünder, bisher Staatssekretär in der Reichskanzlei, meldet sich als zum Regierungspräsidenten in Münster ernannt gehorsamst ab.“ Darauf ließ er mich heute kommen. Der alte Herr war sehr freundlich. Zunächst dankte er in seinem und in Vaterlandes Namen mir eingangs und auch am Schluß sehr herzlich und betonte meine langjährige so treue und erfolgreiche Mitarbeit. Er freute sich, daß ich jetzt einen selbständigen, vielleicht auch etwas ruhigeren Posten erhalte, und erkundigte sich sehr, ob ich auch gern nach Münster ginge. Wir sprachen dann eingehend von Münster, das er aber nicht näher kannte. Er erwähnte nur, daß er ja in Oldenburg als Regimentskommandeur gestanden hätte und daß die dortige Großherzogin Chef des Münsterer Kürassierregiments gewesen sei, wodurch er mancherlei über Münster gehört hätte. In seiner militärischen Denkweise verbleibend fügte er noch hinzu, daß er in Oldenburg ja zum X. Korps gehört hätte, während ja in Münster das Generalkommando VII gestanden hätte. Dann erkundigte er sich auch nach meinen Wohnungsverhältnissen, insbesondere meinte er irrigerweise, daß ich auch im Schloß wohne. Ich wünschte zwischendurch dem alten Herrn weiter Gottes Segen für sein hohes und schweres Amt, was er sehr dankbar annahm. Er meinte dann, er sei ja wohl wirklich vom Himmel noch dazu

³⁷¹ Art. 54 der Reichsverfassung lautet: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.“

³⁷² Vgl. oben S. 137 f.

berufen, für den inneren Frieden zu sorgen, namentlich dafür, daß nach den Wahlen alle staatstreuen politischen Gruppen endlich zusammenständen. Solange der Himmel ihm seine Kraft leihe, werde er sich seiner großen Aufgabe natürlich nicht entziehen, wenn er sich auch natürlich gern einen ruhigeren Lebensabend gewünscht hätte.

Wir sprachen dann noch von dem Zusammenspiel seiner Enkelchen mit unseren Kindern, was er sehr nett fand. Er sähe die Kinder oft. Sie störten ihn keineswegs, da er ja sehr kinderlieb sei. Nach einer solchen sehr herzlichen und warmen Unterhaltung trennten wir uns nach etwa einer Stunde. Es wird wohl die letzte Audienz gewesen sein, die ich beim Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg hatte. Im übrigen war er, was ich jetzt gleich noch in dem lebendigen Eindruck hinschreiben möchte, geistig und körperlich ganz außerordentlich frisch.

Vorher und nachher war ich noch beim Kollegen Meißner. Wir sprachen natürlich auch von der Politik. Meißner sagte, daß ein Regime wie das gegenwärtige sich natürlich nur für eine gewisse Zeitdauer halten könne. Bei noch so guter Regierungsarbeit müsse das Kabinett auf die Dauer natürlich politisch untermauert werden. Der Reichspräsident schätze den gegenwärtigen Reichskanzler von Papen sehr, aber keineswegs mehr als seinen Vorgänger Brüning. Deshalb werde die Möglichkeit einer politischen Einigung bestimmt nicht an der Person des gegenwärtigen Reichskanzlers scheitern. Er, Meißner, habe auch die Überzeugung, daß, wenn eine solche politische Einigung sich nach den Wahlen abheben sollte, Papen sicher der erste sein werde, der den Platz freimachen würde. Man könne diesen dann ja sicher als Außenminister oder auf ähnlichen Posten verwerten. (Vielleicht Botschafter in Paris, wo Köster vielleicht nur Platz halte? [Gedanken von mir.]

Diese Äußerungen von Meißner unterschieden sich sehr von Äußerungen, die mir zwei Stunden vorher heute morgen mein Nachfolger Planck gemacht hatte. Darauf machte ich Meißner aufmerksam, worauf er meinte, daß diese Einstellung von Planck natürlich leicht verständlich sei, weil er seinen Herrn und Meister und damit auch sich gern halten möchte. Die Bemerkung von Planck, die er mir gegenüber gemacht hatte, daß der Reichspräsident bestimmt an der Person von Papen unter allen Umständen festhalten werde, stimme keineswegs für alle Fälle. Für den Reichspräsidenten seien nur die absolut sachlichen Gesichtspunkte entscheidend. Ebenso wie er sich doch sehr schwer von Brüning getrennt habe, werde er gegebenenfalls auch nicht zögern, Papen zu opfern, wenn damit das Ziel der Einigung erreicht werde.

Planck hatte sich, wie gesagt, anders geäußert. Er hat mir auch noch erzählt, daß Papen auf seine Veranlassung vor etwa zwei Wochen einen Freundschaftsbrief an den Prälaten Kaas geschrieben habe, den dieser vor zwei Tagen endlich beantwortet habe. Der Brief sei leider völlig negativ, was „den Reichskanzler und ihn recht verstimmt“ hätte. Kaas hätte geschrieben, daß – jedenfalls während des gegenwärtigen Wahlkampfes – eine Aussprache keinerlei Zweck hätte³⁷³.

³⁷³ Vgl. dazu die Zitate aus dem Briefwechsel Papen–Graf Galen bei R. Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 326 mit Anm. 14.

ANHANG

AUFZEICHNUNG DES STAATSSSEKRETÄRS DR. PÜNDER.

(Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Pünder, Bd 139)

*Gestaltung der außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Lage seit Sonntag,
den 5. Juli 1931*

Seit Sonntag, den 5. Juli, konnte man, nachdem nunmehr seit der großen Hoover'schen Aktion genau zwei Wochen mit langwierigen und schwierigen Verhandlungen in Paris und anderswo dahingegangen waren, die Hoffnung haben, daß die Verhandlungen nunmehr zu einem positiven oder negativen Ergebnis führen würden. Der Sonntag enttäuschte aber. Zwar waren am vorangegangenen Sonnabend nachmittag in Paris letzte Formulierungen versucht worden; diese hatten aber nicht die Billigung des Präsidenten Hoover in Washington gefunden. Präsident Hoover schien sich zwar mit dem Gedanken zu tragen, die letzten Schwierigkeiten unter dem Gesichtswinkel von technischen Einzelheiten in ein Sachverständigen-Komitee zu legen, er wollte aber absolut gesichert haben, daß diese Sachverständigen-Arbeiten im Geiste des Hoover-Planes erledigt würden. Dies brachte neue Verzögerung und die Notwendigkeit erneuter Verhandlungen in Paris am Sonntag nachmittag und am folgenden Montag.

Um diese Pariser Verhandlungen zu einem endgültigen Ergebnis zu führen, suchte gegen Sonntag mittag der amerikanische Botschafter Sackett den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther auf und machte diesem gegenüber Andeutungen, daß trotz aller deutschen Bedenken eine politische Geste der deutschen Reichsregierung notwendig sei. Außerdem hatte Botschafter Sackett den Wunsch nach einer Aussprache mit dem Herrn Reichskanzler, die ich nach Rücksprache mit diesem auf Sonntag 4¹⁵ Uhr nachmittags ansetzte. Kurz zuvor hatte der Herr Reichskanzler nachmittags noch eine Besprechung mit Staatssekretär von Bülow und mir. Über die Besprechung Brüning-Sackett liegt eine besondere Aufzeichnung vor. In Verfolg dieser Besprechung und einer folgenden des Herrn Reichskanzlers mit Staatssekretär von Bülow und mir wurde die einige Tage vorher bereits formulierte kurze politische Erklärung über die Verwendung der Hoover-Ersparnisse in Briefform gebracht. Diesen Brief an Botschafter Sackett unterzeichnete der Herr Reichskanzler noch im Laufe des Spätnachmittags, so daß ich den Brief Sonntag gegen 7 Uhr abends Botschafter Sackett zustellen konnte, der ihn sofort nach Washington weitergab.

Zwischendurch war der Sonntag durch verschiedene kürzere mündliche und telefonische Besprechungen angefüllt, die alle durch die fortgesetzt schwieriger werdende wirtschaftspolitische Lage verursacht waren. Insbesondere wünschte Staatsminister Severing in einem Gespräch mit mir den Herrn Reichskanzler dringend wegen der Notlage der Rheinischen Landesbank zu sprechen.

Am kommenden Montag 9³⁰ Uhr vormittags fand diese Sitzung mit Staatsminister Severing statt, der eine Chefbesprechung beim Herrn Reichskanzler über die Fragen der Rheinischen Landesbank und ähnlicher katastrophaldringendsten wirtschaftspolitischen Angelegenheiten voranging.

Im Verlauf solcher Erörterungen und auch schon am Sonntag vorher war in der Reichsbank und in den Köpfen einiger großer Wirtschaftsführer der Gedanke entstanden, ein großes Garantie-Syndikat der deutschen Wirtschaft zu bilden, das in Anlehnung an die Golddiskontbank eine neue breite Basis zur Aufnahme von Krediten für die deutsche Wirtschaft darstellen solle. Solche Gedanken wurden gegen Mittag in der Reichskanzlei mit den Herren Generaldirektoren Vögler und Silver-

berg³⁷⁴ besprochen, worauf diese dann zusammen mit den Bankdirektoren Wassermann und Kehl³⁷⁵ und den Industrieführern Kastl³⁷⁶, Kremer³⁷⁷ und Hamm³⁷⁸ diese Besprechungen in der Reichsbank bei Reichsbankpräsident Dr. Luther fortsetzten. Am Abend orientierte Präsident Luther in einer Pressekonferenz die Öffentlichkeit in vorsichtiger Form über die in Aussicht genommenen Pläne.

Hinterher bat er dann noch um eine Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler, die in meinem Beisein um 10 Uhr abends stattfand. Präsident Luther teilte mit, daß die Vorarbeiten für die große Kreditaktion der Wirtschaft günstig verliefen, äußerte sich im übrigen aber sehr ungünstig über den Wirtschafts- und Devisenstand. Wir waren zu dritt auf Grund einer Anregung des Herrn Präsidenten Luther gerade bei Erörterung der Frage, ob es nicht notwendig würde, auf die Amerikaner einen Druck dahin auszuüben, daß sie ihren im Interesse Deutschlands gewiß wohlmeinenden Widerstand gegen die letzten französischen Einwände fallen lassen sollten, um ein baldiges Ergebnis der Hoover-Verhandlungen sicherzustellen. Ich hatte mich noch gerade eben dahin geäußert, daß ich hierfür keine politischen Möglichkeiten sähe, als ich gegen 11 Uhr an den Fernsprecher gerufen wurde, wo mir Staatssekretär von Bülow mitteilte, daß Botschafter Sackett soeben den positiven Abschluß der Pariser Verhandlungen gemeldet habe. Durch diese günstige Nachricht wurde die Fortsetzung der vorigen Erörterung zu dritt erfreulicherweise überflüssig.

Da Botschafter Sackett in dieser günstigen Nachtmitteilung gleich davon gesprochen hatte, daß der Dank der Deutschen Reichsregierung in besonderer Form seitens der Amerikaner erwartet werde, wurde für den folgenden Dienstag, den 7. Juli, vormittags eine Reparationsbesprechung über diese Frage angesetzt. Zuvor war im kleineren Kreise noch eine Besprechung mit Präsident Luther über die weiteren Vorarbeiten hinsichtlich des großen Wirtschaftskredits. In der Reparationsbesprechung wurde ein Telegramm des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg an Präsident Hoover festgelegt, ferner eine feierliche Verlautbarung der Reichsregierung sowie schließlich der Tenor einer Presseinformation, die Reichsfinanzminister Dietrich alsdann um ½1 Uhr mittags in der Pressekonferenz abgab.

Der Verlauf der Arbeitsstunden gegen Dienstag mittag war zum Teil sehr aufregend. Plötzlich wollten teils zusammen, teils einzeln die Bankdirektoren Wassermann und Kehl, sodann auch die Industriellen Silverberg, Vögler, Kastl und Bücher³⁷⁹ zum Herrn Reichskanzler kommen wegen der Ausgestaltung des Garantie-Syndikats. Präsident Luther, der dieser Besprechung zunächst zugestimmt hatte, rief mich alsdann mehrfach aus der Reichsbank an und bat dringendst um Verlegung dieser Besprechung in die Reichsbank, da die erwähnten Herren neue Vorschläge hätten, die sie unbedingt zunächst mit ihm besprechen müßten. Auf meine dringende Bitte hin

³⁷⁴ Dr. Paul Silverberg, geb. 1876, Industrieller (Braunkohle), Präsident der Handelskammer Köln, Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

³⁷⁵ Werner Kehl, Bankdirektor in Berlin, Konsul von Norwegen.

³⁷⁶ Dr. Ludwig Kastl, geb. 1878, Geheimrat, 1921 Referent für Reparationsangelegenheiten im Reichsfinanzministerium, seit 1925 Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

³⁷⁷ Dr. Carl Cremer, geb. 1876, Rechtsanwalt und früherer Generaldirektor der Telephon-Union Berlin, als Schriftsteller Spezialist für finanz- und wirtschaftspolitische Probleme.

³⁷⁸ Dr. Eduard Hamm, geb. 1879, Rechtsanwalt, 1919–1922 bayerischer Handelsminister, 1922–1923 Staatssekretär der Reichskanzlei, 1923–1925 Reichswirtschaftsminister, seit 1925 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages.

³⁷⁹ Dr. Hermann Bücher, geb. 1882, Geheimer Legationsrat a.D. und Generaldirektor der A.E.G. Berlin. 1921–1924 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

unterbrach der Herr Reichskanzler die Besprechungen, worauf die Herren sich zu Präsident Luther begaben. Am Nachmittag wurden die etwas quälenden Besprechungen der Sanierung der Rheinischen Landesbank wieder aufgenommen, nachdem der Versuch vom Tage vorher wegen der Hartnäckigkeit der Reichsbank, die an sich aus sachlichen Gründen durchaus verständlich war, zu keinem Ergebnis geführt hatte. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Reichsbank seitens des Herrn Reichskanzlers dringend gebeten werden sollte, ähnlich wie beim verfloßenen Ultimo eine weitere Zahlung von 10 Millionen eintreten zu lassen, wogegen gleichzeitig alle Sicherungen eingeschaltet wurden, die die bisherige Mißwirtschaft bei einigen rheinischen Kommunen abstellen sollen.

Zwischendurch waren in der Reichsbank die technischen Besprechungen über die Ausgestaltung des Garantie-Syndikats zu einem gewissen Abschluß gekommen. Gegen 8 Uhr abends teilte mir Präsident Luther das Ergebnis mit, zugleich mit der ganz neuen Nachricht, daß zur Durchführung dieses Planes nunmehr eine Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten notwendig werde. Wir erörterten die Möglichkeiten am Telephon und setzten uns als Ziel, daß die unterzeichnete Notverordnung bereits zur morgigen New Yorker Börse mit Gesetzeskraft vorliegen müsse. Ein solcher Plan erschien zunächst als undurchführbar, zumal unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Herr Reichspräsident fernab in Neudeck weilte. Hintereinander hatte ich alsdann mehrere Besprechungen, nachdem ich in aller Kürze den Herrn Reichskanzler von der neuen Situation in Kenntnis gesetzt hatte: zunächst teilte ich dem Kollegen Trendelenburg als dem Leiter des federführenden Wirtschaftsministeriums den Sachstand mit, der sich sofort mit seinen Herren zur technischen Ausarbeitung der Notverordnung zusammensetzte. Alsdann sprach ich mit Staatssekretär Meißner, der noch am späten Abend eine Vororientierung des Adjutanten des Herrn Reichspräsidenten in Neudeck vornahm. Schließlich erörterte ich die Einzelheiten der Notverordnung mit Staatssekretär Zweigert, der nicht wenig erstaunt war zu hören, daß sein einstweilen noch völlig unorientierter Chef bereits morgen früh als Verfassungsminister eine Notverordnung mitunterzeichnen müsse.

Schließlich ist aber diese Nacharbeit zu einem guten Ende gekommen. Am folgenden Morgen (Mittwoch, den 8. Juli) 9 Uhr vormittags konnten Staatssekretär Trendelenburg und ich dem Herrn Reichskanzler den Entwurf der Notverordnung vorlegen. Um die Angelegenheit politisch zu erleichtern, war die Notverordnung nur auf eine Ermächtigung der Reichsregierung zu einer Rechtsverordnung ausgestaltet worden, während die technischen Einzelheiten in diese Rechtsverordnung der Reichsregierung gebettet worden waren. Nach einer kurzen weiteren Vorbesprechung mit dem Präsidenten Luther und dem Reichsfinanzminister Dietrich wurde die Notverordnung in einer Ministerbesprechung gegen 10 Uhr vormittags erörtert und alsbald genehmigt. Wegen der Abwesenheit des Herrn Reichspräsidenten wurde die technische Erledigung so gefunden, daß der Text der Notverordnung nach Neudeck durchtelefoniert und dieses Diktat vom Herrn Reichspräsidenten unterzeichnet wurde, während auf einem Durchschlag des Textes das Datum, die Gegenzeichnung des Reichskanzlers und der drei zuständigen Minister vorgenommen wurde. Wenn sich ein solcher Fall des Vollzugs von Gesetzen auch wohl noch nicht ereignet hatte, blieb keine lange Zeit, über etwaige staatsrechtliche Zwirnsfäden zu stolpern. Der Erfolg war jedenfalls der, daß in der Pressekonferenz um 1³⁰ Uhr der erstaunten Öffentlichkeit bereits die Notverordnung als eine vollzogene Tatsache mitgeteilt werden konnte. In der Presse ist mit Recht in den letzten Tagen vielfach darauf hingewiesen worden, daß diese Arbeit der Ministerialbürokratie ein technisches Meisterwerk an Schnelligkeit und guter sachlicher Erledigung gewesen sei. Im weiteren Verlauf des Tages wurde dann die Rechtsverordnung auf Grund der Notverordnung im Kabinett durchgesprochen und beschlossen, so daß auch sie noch an demselben Abend durch Zeich-

nung des Herrn Reichskanzlers in Kraft gesetzt werden konnte. Zwischendurch fand eine wichtige Chefbesprechung über Abrüstungsfragen statt, um nicht nur die Abrüstungskonferenz, sondern auch die damit in Zusammenhang stehenden demnächstigen Ministerbesprechungen mit Macdonald und Henderson vorzubereiten.

Trotz der neuen Notverordnung und der Schaffung des Garantie-Syndikats trat eine Beruhigung der Wirtschaftslage keineswegs ein. Die Devisenabzüge dauerten all die letzten Tage noch unverändert fort. Mal waren es 70, mal 80, mal 60 Millionen am Tage, – ein katastrophaler Zustand. Am Abend des Mittwoch, den 8. Juli, suchte noch Reichsbankpräsident Dr. Luther den Herrn Reichskanzler auf, um mit ihm einige ganz akute Fälle zu besprechen, worauf er sich noch an demselben Abend im D-Zug und teils per Flugzeug zwecks Verhandlungen über den großen Rediskontkredit für die Reichsbank nach London begab.

Für den nächsten Morgen, Donnerstag, den 9. Juli, war eine Kabinettsitzung über verschiedene wichtige laufende wirtschaftspolitische Dinge vorgesehen; sie konnte nur zum Teil zu Ende geführt werden. Ehe die Sitzung begann, rief mich der Erste Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, Jakob Goldschmidt, an mit der Bitte, ganz dringend in eigener Angelegenheit seiner Bank den Herrn Reichskanzler aufsuchen zu können, was ich ihm sofort zusagte. Die Besprechung von $\frac{1}{4}$ -stündiger Dauer fand gegen 12 Uhr mittags statt. Im sofortigen Anschluß hieran beriefen wir eine ganz enge Chefbesprechung ein, an der Reichsbankvizepräsident Dreyse, Minister Dietrich, die Staatssekretäre Trendelenburg, Pünder und Schäffer sowie die Ministerialdirektoren Ernst (Preußen) und von Krosigk teilnahmen.

Diese Besprechungen dauerten in teils erweitertem, teils kleinerem Kreise mit geringen Pausen bis gegen Mitternacht an.

Schlagartig wurde in diesen Stunden die wirtschaftspolitische Lage den Beteiligten restlos klar. Ehe zu Einzelheiten übergegangen werden konnte, wurde von der Börse uns eine Anregung bekannt, die Reichsregierung möchte durch möglichst baldige Rückzahlung des 250 Millionen Schatzanweisungskredits gewisse positive Impulse in die lähmenden Erörterungen bringen. Die Aussprache drehte sich deshalb zunächst um diese Frage. Der Erfolg ist im W.T.B. Nr. 1445 vom 9. Juli niedergelegt, worin nach Überwindung größter Bedenken diese sofortige Rückzahlung zugesagt wurde, obschon die Gefahr des kommenden Ultimo noch nicht überwunden ist.

Die Besprechungen des Tages konnten sich daraufhin dem Sonderfall der Danat-Bank³⁸⁰ zuwenden. Zwischendurch wurde Direktor Wassermann von der DDi-Bank³⁸¹ empfangen, um die Auffassung seiner Bank und der übrigen Bankwelt entgegenzunehmen, sowie nachher auch Direktor Ritscher³⁸² von der Reichs-Kredit-Gesellschaft, dem ein besonders klares Urteil aller einschlägigen Fragen zukommt. Schließlich wurde eine Einzelbesprechung mit Bankier Jakob Goldschmidt für notwendig befunden, worin dieser über den Status seiner Bank genauere Aufschlüsse geben mußte. Herrn Goldschmidt bat ich zu dieser Besprechung auf gegen 7 Uhr abends und stellte ihm die Hinzuziehung einiger Kollegen von der Leitung und namentlich die Vorlage seiner Bücher und Ausweise anheim. Diese intime Besprechung fand im allerkleinsten Kreise statt, an der reichsseitig Vizepräsident Dreyse, Finanzminister Dietrich und Staatssekretär Trendelenburg teilnahmen. Nach den Auskünften der Leitung der Danat-Bank ist diese nicht überschuldet, wohl aber völlig illiquide. Infolge ihres ungünstigen Status waren ihr in ihrem eigenen täglichen Geldverkehr bereits jetzt schon rund 30 Millionen abgezogen. Infolge der Beunruhigung wird die Summe täg-

³⁸⁰ Danatbank = Darmstädter und National-Bank.

³⁸¹ DDi = Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft.

³⁸² Samuel Ritscher, geb. 1870, Bankdirektor, seit 1924 Vorstandsmitglied der Reichs-Kredit-Gesellschaft.

lich steigen. Bankmäßige Deckungen für weitere Wechselziehungen auf die Reichsbank zwecks Beschaffung flüssiger Mittel hat die Danat-Bank nicht mehr. Zu beachten ist, daß ihr Filialnetz außerordentlich entwickelt ist. Die Kundenzahl beträgt 280 000, die positiven Einlagen 1,1 Milliarden, von denen 860 Millionen sofort oder mit kurzfristiger Kündigung abgezogen werden können. Die Lage ist daher außerordentlich bedrohlich und nicht mehr Tage zu halten.

Im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler verabredete ich mit den Beteiligten eine weitere Sitzung in dem kleineren amtlichen Kreise zu 10 Uhr abends. In dieser Besprechung ging man bei allen Erwägungen von der obersten Voraussetzung aus, daß die Reise des Reichsbankpräsidenten Luther nach Paris und London erfolgreich sein werde, d. h. ein großer Rediskontkredit seitens der anderen Notenbanken gewährt werden würde. Unter dieser Voraussetzung würde an sich die Reichsbank bzw. Golddiskontbank ab Anfang kommender Woche in der Lage sein, der Danat-Bank weitere Mittel zu kreditieren. Hierzu bedarf sie aber einer Garantie des Reiches. Der Herr Reichskanzler stellte eine solche Garantieübernahme – Fassung im einzelnen noch vorbehalten, evtl. im Wege einer Notverordnung als Kredit an die Golddiskontbank – in Aussicht, selbstverständlich gleichfalls unter der Voraussetzung des zu erwartenden Rediskontkredits. Angesichts dieser Regierungserklärungen erklärte Vizepräsident Dreyse die Bereitwilligkeit der Reichsbank, bis zu diesem Augenblick, d. h. also noch für 2–3 Tage, der Danat-Bank von sich aus zu helfen. Diese Hilfe sei um so eher möglich, als 2 große Kunden, die augenblicklich stark im Debet seien, von der Danat-Bank mit dem heutigen Tage auf die DDi-Bank übergeleitet worden seien (Hapag und Lloyd).

Nachdem so Donnerstag, der 9. Juli, leidlich günstig abgeschlossen hatte, brachte der folgende Freitag allerschwerste Enttäuschungen. Entgegen vorläufigen telephonischen Mitteilungen über ein leidliches Ergebnis der Luther-Reise lag am Freitag vormittag ein Telegramm des Reichsbankpräsidenten Luther über seine Besprechung mit dem englischen Notenbankpräsidenten Montagu Norman vor. Montagu Norman weigert sich absolut, der Reichsbank einen Kredit zu gewähren. Der Hoover-Plan sei verwässert worden zu Gunsten Frankreichs, und es bestünde nach wie vor die Gefahr, daß an Deutschland gewährte Kredite für politische Schulden Verwendung finden müßten. Solange diese Gefahr bestände, könne die Bank von England weiteres Geld nicht einschießen. Diese noch unklare politische Atmosphäre müsse zuvor die Deutsche Reichsregierung in unmittelbaren Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen, insbesondere mit Frankreich, bereinigen. Solange dies nicht der Fall sei, könne er keine Hilfe gewähren. Im Anschluß an die Besprechung mit Montagu Norman hatte sich Präsident Luther eilends nach Paris begeben, wo er am Freitag vormittag eine Besprechung mit dem französischen Notenbankpräsidenten Moret hatte. Im Gegensatz zu dem englischen Kollegen war Moret geflissentlich liebenswürdig und grundsätzlich zu einer Beteiligung an einem neuen Notenbankkredit bereit. Er ließ in der Besprechung aber sofort einfließen, daß seines Wissens noch gewisse politische Fragen bereinigt werden müßten, über die wohl nicht in diesem Kreise, sondern zwischen Deutschlands und Frankreichs Regierung unmittelbar verhandelt werden müßte. Solange er nicht Mitteilung von seiner Französischen Regierung habe, daß diese Fragen bereinigt seien, sei eine Hilfe nicht möglich. Reichsbankpräsident Luther beabsichtigte darauf am Nachmittag mit dem Nord-Express Paris zu verlassen, um am Sonnabend, den 11. Juli, vormittags im Reparations-Kränzchen in der Reichskanzlei bereits berichten zu können. Gegen $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends rief Präsident Luther mich aber aus Paris an und teilte mir mit, er habe den Zug schießen lassen, da er noch Gelegenheit gehabt hätte, mit Finanzminister Flandin eine Besprechung zu haben. Das Bild habe sich aber in dieser Besprechung gegenüber dem, was ihm Präsident Moret gesagt habe, nicht im mindesten geändert. Auch diese Besprechung war

verbindlich gewesen, aber auch Flandin hätte von den politischen Fragen gesprochen, die zuvor zwischen Deutschland und Frankreich bereinigt werden müßten. Einzelheiten über dieses Thema wurden in diesem Gespräch nicht berührt.

Angesichts dieser Sachlage war die wirtschaftliche Notlage Deutschlands am Freitag, den 10. Juli abends, aufs allerhöchste gestiegen. In einer kurzen Besprechung beim Herrn Reichskanzler wurde Übereinstimmung dahin erzielt, daß wirtschaftliche Hilfe von Anfang kommender Woche ab unter allen Umständen von den Notenbanken her oder sonstwo vom Ausland her gegeben sein müsse, andernfalls unübersehbare Verhältnisse in Deutschland eintreten würden. Der Herr Reichskanzler hatte deshalb am Freitag spätnachmittags noch eine Besprechung mit dem amerikanischen Botschafter Sackett, dem er den ungeheuren Ernst der deutschen Lage nochmals auseinandersetzte und ihn bat, die Amerikanische Regierung zu beschwören, nach positiver Durchziehung des Hoover-Planes sich nun nicht dem Glauben hinzugeben, daß die Dinge in Deutschland wohlgeordnet seien, sondern daß nun noch der wirklich entscheidende Schritt, nämlich der der positiven finanziellen Kredithilfe, unbedingt getan werden müsse. Botschafter Sackett sah dies durchaus ein; um seinen Schritt bei Präsident Hoover wirksam zu gestalten, bat er um sachliche Beratung bei Fertigstellung seines Telegramms. Diese Hilfe wurde ihm sofort zugesagt; um 9 Uhr abends wurde auf der amerikanischen Botschaft in Zusammenarbeit mit Botschafter Sackett, seinem Botschaftsrat Gordon, Staatssekretären Schäffer und von Bülow und einem Reichsbankrat das Telegramm nach Washington formuliert, das dann noch in der Nacht zum Sonnabend nach Washington abgegangen ist.

Sonnabend, der 11. Juli, brachte zunächst nichts Neues. Vom Reichsbankpräsidenten Luther war über das hinaus, was er mir am Abend vorher aus Paris telephonisch durchgesagt hatte, nichts Neues eingetroffen.

In einer kurzen Reparations-sitzung beim Herrn Reichskanzler wurde beschlossen, die vier deutschen Botschaften an den entscheidenden Plätzen von dem Schritt des amerikanischen Botschafters in Berlin in Kenntnis zu setzen, den dieser in der Nacht vorher bei seiner Regierung unternommen hatte. Auf meine Anregung ging eine besondere Weisung noch an Generalkonsul Kiep³⁸³ in New York, damit dieser den Versuch unternehme, einen ähnlichen unmittelbaren Schritt bei Pierpont Morgan zu unternehmen, da nach mir zugegangenen Nachrichten die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, daß dieses größte Bankhaus der Welt sich für Deutschland einzuschalten geneigt ist.

Weitere Fragen wurden in der Reparationsbesprechung nicht erörtert, da zunächst die Rückkehr des Reichsbankpräsidenten abgewartet werden sollte.

Zwischendurch ging gegen 3 Uhr nachmittags ein Brief des ersten Geschäftsinhaber[s] der Darmstädter und Nationalbank Jakob Goldschmidt beim Herrn Reichskanzler, dem Reichsbank-Vizepräsidenten Dreyse und dem Reichswirtschaftsminister ein, wonach die Danat-Bank übermorgen, am Montag, ihre Schalter nicht mehr öffnen werde. Dr. Solmssen³⁸⁴ als Präsident des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes bat mich über Mittag dringend, der Herr Reichskanzler möchte spätestens am morgigen Sonntag nachmittag eine Besprechung mit dem Zentralverband,

³⁸³ Dr. Otto Kiep, geb. 1886, Berufsdiplomat, 1919–1926 wiederholt deutsches Delegationsmitglied auf wichtigen internationalen Konferenzen, 1925–1926 Pressechef der Reichsregierung, seit 1931 Generalkonsul in New York. Am 1. Juli 1944 durch den Volksgerichtshof wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet.

³⁸⁴ Dr. Georg Adolf Solmssen, geb. 1869, Bankier, seit 1929 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Präsident des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Rumänischer Generalkonsul.

der Giro-Zentrale, der Preußenkasse und allen ähnlichen Organisationen, die mit dem allgemeinen Zahlungsverkehr zu tun hätten, anberaumen, um mit ihnen gemeinsam mit Reichsbank und Reichsregierung das weitere Vorgehen ab kommenden Montag zu erörtern. Ich sagte Dr. Solmssen die Bereitwilligkeit des Herrn Reichskanzlers sofort zu.

Abgeordneter Dr. Breitscheid teilte mir am frühen Nachmittag mit, daß die Sozialdemokratische Partei einen drängenden Brief an ihre politischen Freunde in England und Frankreich gerichtet hätte mit dem Ersuchen, in diesem entscheidenden Augenblick die internationalen Kreditverhandlungen nicht mit politischen Erörterungen zu belasten. Auch die Sozialdemokratische Partei habe wegen mancher Punkte ihre eigene Auffassung, müsse aber absolut verlangen, daß Differenzen über einzelne politische Fragen im Augenblick zurückgestellt werden müssen, da sonst die Folgen für Deutschlands Wirtschaft katastrophal und in ihren Folgewirkungen für die Wirtschaft anderer Länder unübersehbar seien. Ich dankte dem Abgeordneten Dr. Breitscheid sehr für diese besonnene und staatsmännische Haltung und berichtete nachher darüber im Wirtschaftsausschuß des Kabinetts.

Nachdem Reichsbankpräsident Dr. Luther gegen ½6 Uhr auf dem Flugplatz Tempelhof niedergegangen war, fand ab 6 Uhr abends eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung statt, in der zunächst Präsident Luther berichtete. Ergänzendes zu dem, was er bereits teils telegraphisch, teils mir telephonisch geäußert hat, war nicht zu berichten. Zusammenfassend ist festzustellen, daß ein Ergebnis jedenfalls im Augenblick noch nach keiner Richtung hin vorliegt. Der Wirtschaftsausschuß des Kabinetts war sich deshalb alsbald darüber klar, daß zwar alle möglichen Anstrengungen gemacht werden müssen, die ausländische Kredithilfe alsbald zu erhalten, daß aber alle Maßnahmen, die die Reichsregierung nunmehr ins Auge fassen müsse, darauf abgestellt werden müßten, daß eine solche ausländische Kredithilfe jedenfalls für die nächsten Tage noch nicht zu erwarten sein werde. Da der Fall der Danatbank im Augenblick der eiligste war, wurde beschlossen, über die banktechnischen Möglichkeiten zunächst eine Aussprache mit namhaften Bankiers herbeizuführen. Diese Besprechung mit 15 der angesehensten Berliner Bankiers, zu denen sich noch der Hamburger Dr. Melchior³⁸⁵ gesellte, währte von ½10 Uhr abends bis 2 Uhr nachts. Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht war auch eingeladen, war aber am Erscheinen verhindert, hat mir aber seine Stellungnahme telephonisch eingehend vorgetragen. Sie ist anliegend beigelegt. Über die Aussprache mit den Bankiers und die vorangegangene Sitzung des Wirtschaftsausschusses berichtet ein eingehendes Protokoll von Herrn Planck. Gegen 2 Uhr nachts wurde beschlossen, daß der Wirtschaftsausschuß des Kabinetts sich morgen früh um 11 Uhr versammeln solle, um etwaige Entwürfe für eine Notverordnung zu erörtern und alsdann auf der mittlerweile gewonnenen Basis präzise Fragen zu formulieren, die den sachverständigen Bankiers hinsichtlich der Danatbank unterbreitet werden müßten.

Der folgende Tag, Sonntag, der 12. Juli, war wohl der betriebsamste Tag, den die Reichskanzlei seit vielen Jahren erlebt hat. Sitzungen und Einzelbesprechungen währten vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht 3 Uhr morgens. Über die Sitzungen liegen genaue Einzelprotokolle vor.

Am Vormittag wurde zunächst im Wirtschaftsausschuß des Kabinetts die in Aussicht genommene Notverordnung wegen einer Reichsgarantie für schwach gewordene Bankinstitute vorbereitet. Vom Mittag ab tagte dann das Kabinett mit einer einstündigen Abendpause. Die leitenden Bankiers der Berliner Großbanken waren auch er-

³⁸⁵ Dr. Carl Melchior, geb. 1871, Bankier, Mitinhaber des Bankhauses M. M. Warburg & Co., 1919 Mitglied der Deutschen Friedensdelegation, seitdem Sachverständiger der Reichsregierung auf internationalen Konferenzen und bei besonderen Gelegenheiten.

schiene, und die Kabinettsitzung wurde mehrfach zwecks Besprechungen mit den Bankiers unterbrochen. Einzelbesprechungen mit Vorstand und Aufsichtsrat der Danat-Bank gingen nebenher. Die grundsätzliche Frage, daß eine Reichsgarantie übernommen werden sollte, war nach sehr eingehenden Prüfungen und Berücksichtigung der selbstverständlich reichlich bestehenden Bedenken positiv beantwortet worden. Schwierig war die Entscheidung der Frage, ob die Garantie allein für die Danat-Bank oder ganz allgemein für etwaige Fälle ausgesprochen werden solle. Erörtert wurde auch die Frage, ob die Garantie qualifiziert werden solle durch Beschränkung auf die kleineren Gläubiger und die Frage, wo alsdann die Grenze zu nehmen sei. Auch die Frage, ob die Auslandsgläubiger bevorzugt oder wie alle anderen Gläubiger behandelt werden sollten, spielte eine große Rolle. Sehr verwirrt wurden die Beratungen über alle diese überaus bedeutsamen Fragen dadurch, daß über den tatsächlichen Status der Danat-Bank bis zum letzten Augenblick völlige Klarheit nicht zu erzielen war. Bei der Leitung der Danat-Bank waltete offenbar und begrifflicherweise das Bestreben ob, wenn irgend möglich, sich doch noch über Wasser zu halten. Eine große Rolle spielte auch eine Mitteilung des 1. Direktors der DDi-Bank Wassermann, die dieser Bankier um 3 Uhr nachmittags namens der Berliner Stempel-Vereinigung³⁸⁶ abgab, daß mit dem heutigen Tage auch die Dresdener Bank schwach geworden sei und die Verhältnisse bei ihr also ähnlich wie bei der Danat-Bank lägen. Diese Behauptung wurde im weiteren Verlauf der Beratungen von der Leitung der Dresdener-Bank auf das energischste bestritten, so daß bei den abschließenden Entschließungen ein Fall Dresdener-Bank als nicht, jedenfalls noch nicht vorliegend angesehen werden mußte.

In später Nachtstunde trat bei allen diesen Schwierigkeiten und Unklarheiten noch ein weiteres Moment hinzu, daß man bei einer Beschränkung der Notverordnung auf die Danat-Bank deren Schwierigkeiten durch vorzeitigen Erlaß einer solchen Separatnotverordnung nur noch erschwere. Um letzten Fall zu klären, wurde eine Sonderbesprechung mit der Leitung der Danat-Bank mit dem Reichskanzler, Reichsfinanzminister und Reichsbankpräsident eingeschoben, in der die Danat-Bank erklärte, daß sie, falls andere Hilfe nicht geboten werden könne, bestimmt am kommenden Montag vormittag die Kassen nicht öffnen wolle. Um aber ja keine Schwierigkeiten aufkommen zu lassen, ging der Kabinettschluß gegen 3 Uhr nachts schließlich dahin, die Notverordnung zwar fertigzustellen, aber noch nicht zu erlassen. Vielmehr wurde mit der Danatbank ein Communiqué (WTB 1464) verabredet, in dem die Danat-Bank ermächtigt wurde, durch Anschlag zu erklären, daß die Reichsregierung auf Grund einer noch ergehenden Notverordnung des Reichspräsidenten durch volle Garantieleistung für alle Einlagen und für eine ruhige Abwicklung der Geschäfte der Danat-Bank Sorge tragen werde. [Darüber] daß es infolge der Garantieübernahme nur noch zu einer Abwicklung, also Liquidation der Bank, nicht aber mehr zu einer endgültigen Erhaltung der Bank kommen würde, war auch Klarheit gewonnen. An allen diesen Erörterungen nahm der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht teil, mit dem ich zuvor im Einverständnis des Herrn Reichskanzlers eine eingehende orientierende Besprechung hatte. Beschlossen wurde schließlich auch noch, daß bei der ungeheuren Bedeutung des Falles Danat-Bank am kommenden Montag und Dienstag die Börse geschlossen sein sollte.

Am kommenden Montag, den 13. Juli, wurde vormittags zunächst die in der Nacht vorher beschlossene Notverordnung über die Darmstädter und Nationalbank veröffentlicht, zusammen mit einem knappen Aufruf, dessen ersten Entwurf ich schon in der

³⁸⁶ Die „Berliner Stempel-Vereinigung“ war ein Zusammenschluß der großen in Berlin ansässigen Banken zur Durchführung bestimmter gemeinsamer Angelegenheiten (z. B. der „Bankbedingungen“) und zur einheitlichen Orientierung. Der Vorsitz wechselte; im Juli 1931 hatte ihn Direktor Wassermann vom Vorstand der Deutschen Bank inne.

Nacht vorher gemacht hatte, der dann aber naturgemäß noch Abänderungen im Ministerkreise erfahren hatte.

Im übrigen war am Montag zunächst die Wirkung des Schalterschlusses der Danat-Bank sowie der entsprechenden Regierungsmaßnahmen abzuwarten. Den bankmäßigen Gesamtablauf dieses Montag kann man als einen nervösen Ultimoverkehr ansprechen. In der Provinz war anscheinend meistens die Wirkung geringer als in der Hauptstadt Berlin. In Berlin wurden in den ersten Vormittagsstunden bei den Depositenkassen die Schecks noch voll ausgezahlt, von ½12 Uhr trat aber ein Beschluß der Stempelvereinigung in Kraft, wonach Auszahlungen nur noch in Höhe von 20 % geleistet werden. Die Sparkassen hatten durchweg auf jedes Zahlungsbegehren nur 100 RM ausgezahlt. Im übrigen waren Verstöße gegen Ruhe und Ordnung nirgends zu verzeichnen. Die Nervosität eines Teiles des Publikums war an sich natürlich durchaus verständlich, aber sachlich durchaus unbegründet. Trotzdem es sich im Augenblick um das genaue Gegenteil der Inflation, vielmehr um eine Deflation höchsten Grades handelt, d. h. die Reichsbanknoten infolge ihrer Knappheit eine besondere Kraft und großen Wert darstellten, waren vielfach im Einzelhandel sogar starke Kaufanträge zu bemerken, eine Erscheinung, die auch vielfach aus der Provinz gemeldet wurde. Eine wesentliche Störung des Wirtschaftslebens durch die geringen Barauszahlungen war natürlich zu beobachten, was seinen Grund darin findet, daß diese Abhebungen größtenteils nur auf Nervosität zurückzuführen waren, nicht aber auf tatsächliches Bedürfnis. Dies mag daraus hervorgehen, daß der augenblickliche Notenumlauf im Publikum tatsächlich größer ist als vor einigen Wochen. Natürlich bedingten die Beobachtungen dieses Montag[s] neue Überlegungen über die notwendigen Maßnahmen während der nächsten Tage.

Oberbürgermeister Dr. Sahn³⁸⁷ von Berlin suchte mich mit großer Befürchtung auf mit der Mitteilung, daß z. B. die völlig solide und gutarbeitende Berliner Sparkasse noch in den letzten Tagen dauernd Einnahmeüberschüsse gehabt hätte, aber am heutigen Tage nicht weniger als 7 Millionen habe auszahlen müssen, so daß für den nächsten Tag nur noch 1 Million Barmittel übrig blieben.

Der Wirtschaftsausschuß des Kabinetts trat am Spätnachmittag zusammen und beschloß, dem Kabinett und alsdann dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen, durch Notverordnung für den kommenden Dienstag und Mittwoch Bankfeiertage einzuführen. Die Einschaltung von Bankfeiertagen war natürlich nur dann zu rechtfertigen, wenn gleichzeitig ein klarer Beschluß darüber vorlag, was nach den Bankfeiertagen gemacht werden solle. Damit trat das Projekt in den Vordergrund, der großen Zahlungsmittelknappheit durch eine Förderung des Umlaufs von Rentenbankscheinen zu steuern. Mit diesem Problem befaßt[e] sich das Reichskabinett von 9 Uhr abends. Reichsbankpräsident Luther war bereits am frühen Morgen nach der Sonntag-Nachtsitzung nach Basel abgeflogen, um dort in der Sitzung der BIZ³⁸⁸ im Verein mit seinen Kollegen von den anderen Notenbanken einen großen Rediskontkredit für die deutsche Reichsbank zu beschaffen. Kurz nach 9 Uhr abends rief mich Präsident Luther an und teilte mir mit, daß dieses Ziel leider völlig unerreichbar geblieben sei. Die Frage einer finanziellen Hilfe an Deutschland sei eben nach Auffassung der anderen Notenbankpräsidenten eine rein politische und sei deshalb in der Sitzung der BIZ nicht zu lösen gewesen. Um nicht völlig negativ zu erscheinen, hatte die BIZ ein

³⁸⁷ Dr. Heinrich Sahn, geb. 1877, Verwaltungsjurist, seit 1919 Oberbürgermeister von Danzig, 1920 Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, seit April 1931 Oberbürgermeister von Berlin.

³⁸⁸ BIZ = Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel, gegründet 1930 zur Zusammenarbeit der großen Zentralnotenbanken, mit der damaligen Hauptaufgabe, als Treuhänder für die Kommerzialisierung der deutschen Reparationen zu dienen.

Kommuniqué vorbereitet, das mit dem Satz anfang: „Nachdem die Deutsche Reich[s]-regierung sich an die anderen Mächte wegen einer finanziellen Hilfe gewandt hat.“ Auf Frage des Präsidenten Luther erklärte ich am Fernsprecher sofort, daß diese Formulierung völlig falsch sei und offensichtlich nur den Zweck habe, diese zwischen den Notenbanken schwebende Kreditfrage auf das politische Gebiet abzuschieben. Das Deutsche Reich habe nirgendwo um eine Finanzhilfe gebeten, sondern habe durch seine Botschafter nur die Regierungen bitten lassen, auf ihre Notenbanken dahin zu drücken, daß sie dem Wunsch der deutschen Reichsbank entsprechen möchten. Der Wunsch um eine finanzielle Hilfe an das Reich sei ja völlig überflüssig, da die Reichskasse noch verhältnismäßig am allersichersten sei und die Zahlungen für die nächste Zukunft völlig gesichert seien. Präsident Luther stimmte mir hierbei zu und nahm in Aussicht, noch auf eine Abänderung des Kommuniqués in Basel hinzuwirken. Gegen Mitternacht teilte er mir aber in einer nochmaligen telephonischen Besprechung mit, daß ihm dies nicht ganz gelungen sei, weshalb er in einer Pressekonferenz nach Abschluß der Sitzung der BIZ bereits seiner tiefen Enttäuschung über den Beschluß der BIZ Ausdruck gegeben habe.

Diese völlig negativen Nachrichten aus Basel bestärkten das in den späten Abendstunden eben tagende Reichskabinet in der Absicht, nunmehr, ohne natürlich das Streben nach einem großen Auslandskredit außer Acht zu lassen, absolute Maßnahmen ins Auge zu fassen, um aus eigener Kraft, wenigstens für die nächste Zukunft, die Dinge in Deutschland zu meistern.

Der Beschluß dieser Kabinettsitzung ging dahin, für die nächsten beiden Tage Bankfeiertage anzuordnen, was durch ein Kommuniqué sofort bekannt gegeben wurde. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß die Reichsregierung und die berufenen Vertreter der Banken und Sparkassen im Verlauf dieser 2 Tage die nötigen Maßnahmen und Vorbereitungen treffen würden, damit am Donnerstag die zur Weiterführung der Wirtschaft und zur Bewirkung der Gehalts- und Lohnzahlungen erforderlichen Mittel bereitgestellt werden könnten. (WTB 1470)

Am Dienstag, den 14. Juli, morgens früh lag das bereits in der Nacht vorher vom Präsidenten Luther mir mitgeteilte negative Baseler Ergebnis in einem offiziellen Kommuniqué vor.

Beim Reichsfinanzminister Dietrich fanden von 10 Uhr vormittags bis zum Mittag technische Besprechungen statt über die Maßnahmen, die nach Ablauf der beiden Bankfeiertage am Donnerstag zu treffen seien.

Persönlich machte ich mir äußerste Sorge über den dabei im Vordergrund stehenden Plan einer vermehrten Ausgabe von Rentenmarkscheinen. Die Vorteile dieser Herausgabe wurden darin gesehen, daß solche Rentenmarkscheine noch in Hunderten von Millionen zur Verfügung ständen, so daß neue Geldzeichen nicht gedruckt zu werden brauchten, was mindestens 1 Monat gedauert hätte; außerdem hätte zugebenermaßen der Rentenmarkschein im Volk immer noch einen guten Klang. Die Bedenken beständen aber darin, daß es sich trotzdem bei einer sehr großen zusätzlichen Herausgabe dieser Scheine um eine Doppelwährung gehandelt hätte. Die zusätzlich herausgegebenen Hunderte von Millionen Rentenmarkscheine sollten mit einem kleinen Stempel versehen sein, und die Hereinnahme bei der Reichsbank als Zahlungsmittel war noch sehr zweifelhaft. Dieses müßte schon nach kurzer Zeit, vielleicht nach einigen Tagen, eine starke Diffamierung dieser zusätzlichen Währung zur Folge haben. Ein Disagio von 30–50% war zu befürchten. Das hätte zur Folge gehabt, daß bei formaler Gleichstellung der Reichsmark zur Rentenmark der auf die neuen Rentenmarkscheine eingestellte Zahlungsverkehr rechnermäßig zu einer großen Teuerung geführt hätte, was mit einer erneuten sehr starken Lohn- und Gehaltssenkung gleichbedeutend gewesen wäre. Hätte man diese Übelstände beseitigen wollen und hätte man deshalb die Rentenmark stärker an die Reichsmark angeklam-

mert, so wäre ein Abrutschen der Reichsmark in gefährvolle Nähe gerückt, eine Bewegung, die an demselben Tage an einzelnen Börsenplätzen auch schon zu spüren war. Diese Bedenken wurden insbesondere auch von Staatssekretär Schäffer geteilt. Diese völlig ungewisse wirtschafts- und währungs politische Lage machte daher eine sofortige Erörterung über die damit zusammenhängenden Folgerungen auf außenpolitischem Gebiete nötig. Auf meine Anregung fand deshalb während der beim Minister Dietrich stattfindenden technischen Beratungen eine vertrauliche außenpolitische Besprechung beim Herrn Reichskanzler mit Minister Curtius, Herrn von Bülow und mir statt. Wenn schon die Gefahr bestand, daß die in Aussicht genommene Zwischenbrücke nicht lange halten konnte, war zu erwägen, ob nicht aus politischen Gründen ein vorzeitiger Besuch in Paris, eventuell unter Aufsayung des bevorstehenden englischen Besuches, notwendig würde. Ich führte hierbei aus, daß nach dem Communiqué der BIZ von vergangener Nacht die betreffenden Regierungen direkt auf unmittelbare politische Verhandlungen ausdrücklich gestoßen worden seien, und daß außerdem die Besprechung zwischen Ministerpräsident Laval und Botschafter von Hoesch 2 Tage vorher gute Anknüpfungspunkte für eine solche Überlegung böte, da Ministerpräsident Laval in dieser Besprechung die für Deutschland vorliegenden Schwierigkeiten durchaus anerkannt hatte. Da ein Gespräch über Zollunion und Panzerkreuzer recht schwierig sei und augenblicklich die finanziellen Fragen absolut im Vordergrund stünden, schien mir der Gedanke zum mindesten prüfenswert, ob nicht im Falle eines deutschen Besuches in Paris die Franzosen mit einem auf lange Sicht abgestellten, nur die große Linie umreißen und Einzelheiten nicht berührenden Communiqué einverstanden wären. Solche Erörterungen führten zu dem Gedanken, etwa die Anwesenheit des amerikanischen Staatssekretärs Stimson in Paris dazu zu benutzen, unter dessen Beteiligung solche gemeinsamen Besprechungen für die nächsten Tage eventuell in Aussicht zu nehmen. Staatssekretär von Bülow erhielt abschließend den Auftrag, in diesem Sinne sofort mit Botschafter von Hoesch in Verbindung zu treten, was alsdann im Laufe des frühen Nachmittags in chiffrierter Depesche des Auswärtigen Amtes geschehen ist.

Da auch der Herr Reichskanzler sich über die Pläne zusätzlicher Rentenmarkausgabe starke Sorgen machte, war für 4 Uhr nachmittags eine Besprechung des Wirtschaftsausschusses des Kabinetts unter seinem Vorsitz angesetzt worden, in dem Reichsfinanzministerium und Reichsbank über ihre Pläne referieren mußten. Inzwischen war Reichsbankpräsident Luther im Flugzeug aus Basel zurückgekehrt und berichtete eingangs dieser Sitzung zunächst über die BIZ-Sitzung unter Wiederholung dessen, was er in der Nacht mir bereits telephonisch durchgegeben und was seinen Niederschlag in dem amtlichen Communiqué gefunden hatte.

In Verfolg der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Kabinetts, die bis 6 Uhr dauerte, wurde schließlich erfreulicherweise der Plan vermehrter Rentenmarkausgabe fallen gelassen.

Durch Befragen hatte ich festgestellt, daß bei einer Erhöhung des Reichsbankdiskontes auf $9\frac{1}{2}\%$ eine weitere Herausgabe von Reichsbanknoten auf dem ordnungsmäßigen Wege des Reichsbankgesetzes in einer Höhe von 800 Millionen möglich sei. Ob man aber zu einem solchen Diskontsatz kommen müsse, war auch noch nicht sicher, da infolge der Restriktionen und der Zahlungsmittelknappheit im Laufe des gestrigen und heutigen Tages nicht unerhebliche Mengen von Devisen bei der Reichsbank eingegangen waren, die eine erweiterte Basis der Notenausgabe darstellen.

Wenn auch die Heraufsetzung des Diskonts in erheblichem Umfange eine unerfreuliche Angelegenheit ist, ist sie auf der einen Seite ein deutliches Warnungssignal ans Ausland über die bedrohliche Lage in Deutschland, auf der anderen Seite aber eine viel harmlosere Maßregel als eine Notverordnung über die Schaffung einer Zwischenwährung.

Diese Frage wurde nach Abschluß der Sitzung des Wirtschaftsausschusses ab 6 Uhr abends im Reichsbankdirektorium und in Besprechungen des Reichsfinanzministeriums weiter geklärt, so daß abends 10 Uhr im Kabinett über diese Dinge beraten werden konnte. Abschließende Beschlüsse des Kabinetts über diese Frage wa[ren] einerseits technisch noch nicht möglich, auf der anderen Seite aber auch noch nicht erforderlich, da auch der folgende Tag noch Bankfeiertag war. Der Wirtschaftsausschuß des Kabinetts bekam die Vollmacht, die endgültige Formulierung der neuen Notverordnung abschließend zu finden und alsdann dem Herrn Reichspräsidenten vorzulegen.

Am folgenden Tage, Mittwoch, den 15. Juli, fanden diese Sitzungen des Wirtschaftsausschusses des Kabinetts um 12 Uhr mittags und alsdann abschließend 6.30 Uhr abends statt.

Am frühen Vormittag hatte ich schon den Besuch des Direktionsmitgliedes der DDi-Bank Dr. Solmssen, der eingangs mit Betonung erwähnte, daß er als Präsident des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und ferner als Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im ausdrücklichen Auftrage dieser beiden größten wirtschaftlichen Verbände Deutschlands zu mir komme. In einer halbstündigen Besprechung verlangte Dr. Solmssen den Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, der das Vertrauen der Deutschen Wirtschaft, und insbesondere das der Bankwelt, völlig verloren habe. Ich mußte mich in dieser Besprechung selbstverständlich zurückhaltend äußern und beschränkte mich im wesentlichen auf Entgegennahme der Begründung und der Vorschläge, die darin bestehen, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht Nachfolger von Dr. Luther werden müsse. Abgesehen von verschiedenen anderen Einwendungen wies ich rein technisch auch darauf hin, daß eine Einwirkung der Reichsregierung in dieser Frage mit sofortiger Wirkung natürlich nach der Gesetzeslage völlig ausgeschlossen sei.

Zufälligerweise war für 11 Uhr sowieso ein Besuch des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht beim Herrn Reichskanzler vorgesehen, da dieser, wie bereits früher erwähnt, in den letzten Tagen mehrfach als sachverständige Persönlichkeit der Regierung eingeschaltet worden war. Die sachliche Aussprache, an der ich als dritter teilnahm, führte im Laufe der Erörterung naturgemäß auch zu Personalfragen, ohne daß aber der Herr Reichskanzler von dem vorerwähnten Schritt der beiden Verbände Erwähnung tat, noch auch dem Präsidenten Schacht irgendwelche Angebote machte. Zwischendurch stellte er lediglich an ihn die Frage, ob er bereit sei, als Sachverständiger oder auch in einer etwas offizielleren Form als Kommissar für Wirtschafts- oder Währungsfragen der Regierung zur Verfügung zu stehen.

Die Aussprache kam dann bald auf politische Dinge und endete schließlich doch wohl mit der ziemlich klaren Erklärung des Präsidenten Schacht, daß er nicht völlig ablehnend sei. Abschließend bat der Reichskanzler Präsident Schacht, um 4 Uhr nachmittags wieder zu kommen, um mit ihm die bis dahin vorliegenden Pläne kurz durchzusprechen.

In der Besprechung des wirtschaftspolitischen Ausschusses, 12 Uhr mittag, wurden zwei Teilentwürfe einer neuen Notverordnung über eine neue Devisenordnung und über die technische Frage des Zahlungsverkehrs an den folgenden Tagen erörtert. Der Sinn letzterer Bestimmungen geht dahin, zwischen die gegenwärtigen Bankfeiertage und die demnächstigen Banktage ein Übergangsstadium einzuschalten, an dem ein begrenzter Barzahlungsverkehr ermöglicht werden soll.

Im Laufe des Mittwoch nachmittags gingen politische Besprechungen und Anrufe wegen der etwa beabsichtigten künftigen Einschaltung des Herrn Präsidenten Schacht in irgend einer Form in den Betrieb der Reichsregierung noch längere Zeit hin und her. Präsident Schacht kam nachmittags um 4 Uhr nochmals zum Herrn Reichskanzler, an welcher Besprechung dann auch Staatssekretär Trendelenburg teilnahm. Es zeigte sich schließlich doch mehr und mehr, daß Präsident Schacht jedenfalls die

Zwischenrolle eines Kommissars etwa für Währung, Bankfragen oder Wirtschaftsangelegenheiten nicht anzunehmen bereit sei. Eine Einschaltung in anderer Weise kam aus den verschiedensten Gründen nicht in Betracht. Es blieb dann dabei, daß Präsident Schacht, wie auch bisher schon, so namentlich am vergangenen Sonntag, der Reichsregierung und insbesondere Herrn Reichskanzler Dr. Brüning, mit seinem sachverständigen Rat als Privatmann jederzeit gern zur Verfügung stehe. Von sozialdemokratischer Seite wurde in der Angelegenheit vielfach angerufen, zumal über die Dinge auch bereits in der Presse gesprochen worden war. Die Angelegenheit konnte amtlicherseits mit vollem Recht als völlig erledigt bezeichnet werden.

In einer Abendsitzung erledigte der Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts die vorerwähnte neue Notverordnung über das Zwischenstadium zwischen Bankfeiertagen und Banktagen. Es wurde beschlossen, diese Zwischenregelung bis Sonnabend, den 18. Juli, vorzusehen. Von diesem Tage ab müßten je nach dem Ablauf der Dinge bis dahin neue Maßnahmen für die kommende Woche getroffen werden.

Im Reichstag hatten inzwischen die 3 Parteien der radikalen Opposition – Kommunisten, Deutschnationale und Nationalsozialisten – einen erneuten Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags eingebracht. Über die Art der Erledigung des Antrags hatte ich eine längere Besprechung mit Herrn Reichstagspräsidenten Löbe. Zu meiner Freude konnte ich feststellen, daß Präsident Löbe diesmal die Angelegenheit gleichfalls als ungefährlich ansah und der Ältestenratssitzung keine größere Bedeutung als eines formalen Aktes beimaß. Wir erörterten die Frage, ob und in welcher Weise die Reichsregierung ihre ablehnende Stellungnahme zum Ausdruck bringen könnte. Ich machte schließlich den Vorschlag, daß wir dem Präsidenten Löbe einen kurzen Brief des Herrn Reichskanzlers übersenden würden, von dem er den Parteien gegenüber und in der Ältestenratssitzung jeden Gebrauch machen könne. Präsident Löbe war mit dieser Regelung sehr einverstanden, und wir verabredeten, daß er diesen Brief am Freitag vormittag erhalten solle. Die Dinge haben sich dann auch so gestaltet. In der Ältestenratssitzung hat Präsident Löbe den Brief des Reichskanzlers verlesen, worauf dann auch die oppositionellen Anträge auf Einberufung des Reichstags abgelehnt wurden.

Am Mittwoch nachmittag lief dann auch schon eine erste Äußerung des Botschafters von Hoesch ein über die etwaige Möglichkeit gemeinsamer politischer Aussprache in Paris. In vorsichtiger Form war in Paris inzwischen in der Frage Fühlung genommen worden und weitere Mitteilungen blieben vorbehalten.

Abends gegen 9 Uhr meldete sich der Britische Geschäftsträger beim Herrn Reichskanzler an und fragte diesen im Auftrage des Ministerpräsidenten MacDonald, ob die Reichsregierung etwa wegen der drängenden wirtschaftspolitischen Fragen, die Lösung heischten, lieber von dem englischen Gegenbesuch in der Reichshauptstadt abgesehen wissen möchte, welche Frage Reichskanzler Brüning ausdrücklich verneinte.

In dieser Angelegenheit trugen sich in der kommenden Nacht von Mittwoch zum Donnerstag noch bedeutsame Ereignisse zu. In Paris und London waren inzwischen infolge der deutschen wirtschaftlichen Krise an den Börsen schwerste Kursstürze in eigenen Werten erfolgt. Schlagartig zeigte sich in Frankreich und England, daß ein Überspringen der deutschen Wirtschaftskrise über die Grenzen hinaus in akutester Gefahr stand. Die oben erörterten ganz vorsichtigen Anregungen wurden infolgedessen alsbald durch den Drang nach eigener Initiative des Auslandes fast überschattet. Hinzu kam, daß sogar Präsident Hoover über den englischen Ministerpräsidenten telephonisch Anregungen gegeben hatte, im weiteren Ausbau der Grundgedanken des Hoover-Planes nun auch wegen der rein wirtschaftlichen Fragen Europas ungesäumt zu einer gemeinsamen Konferenz zu schreiten. Besprechungen zwischen dem englischen Ministerpräsidenten in London und dem englischen Außenminister Henderson in Paris waren die Folge. Minister Henderson ließ alsdann in der Nacht zum

Donnerstag den Deutschen Botschafter aus dem Bett holen und hatte mit diesem eine längere Aussprache, in der er nunmehr sogar von sich aus anregte, seinen eigenen Besuch und den seines Ministerpräsidenten MacDonald in Berlin abzusagen und stattdessen den Deutschen Reichskanzler nach Paris zu bitten. Über diese Frage fanden alsdann in Berlin in der Nacht und am frühesten Morgen des Donnerstag[s] Telefongespräche zwischen Staatssekretär von Bülow, dem Herrn Reichskanzler und mir statt. Das Ergebnis war, daß am frühen Morgen Staatssekretär von Bülow dem Botschafter von Hoesch in Paris mitteilte, daß der Herr Reichskanzler dieser offiziellen englischen Anregung entsprechend, zumal sie auch vom Präsidenten Hoover Unterstützung finde, folgen werde.

Ehe die Tagesarbeit am Donnerstag begann, konnte mit einiger Bestimmtheit angenommen werden, daß nunmehr der englische Besuch in Berlin nicht stattfinden, und statt dessen am Donnerstag abend Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius nach Paris abfahren würden.

So glatt verlief die Angelegenheit alsdann jedoch nicht. Die ganze Tagesarbeit am Donnerstag war das Spiegelbild eines vielfach ganz heillos scheinenden Durcheinanders. Gegen ½10 Uhr meldete sich der eben vom Urlaub kommende englische Botschafter Sir Rumbold beim Reichskanzler und teilte diesem im persönlichen Auftrag des Ministerpräsidenten MacDonald mit, daß dieser unter allen Umständen darauf bestehe, daß sein Besuch in Berlin statfinde und nicht durch einen plötzlichen Besuch der deutschen Minister in Paris verhindert werde. Es galt natürlich sofort, dieses Mißverständnis aufzuklären. Den ganzen Donnerstag über gingen deshalb Telefonate zwischen London, Paris und Berlin. Das Endergebnis war dieses: Bei einem erneuten Besuch beim Herrn Reichskanzler teilte der englische Botschafter abermals im Auftrage des Ministerpräsidenten MacDonald mit, daß eine völlige Einigung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister Henderson dahin vorliege, daß es tatsächlich besser sei, von dem englischen Besuch in Berlin vorerst Abstand zu nehmen und stattdessen eine alsbaldige gemeinsame Aussprache in Paris vorzusehen. Da immerhin noch die Möglichkeit bestand, daß eine – von Deutschland natürlich völlig unverschuldete – Mißstimmung des Ministerpräsidenten MacDonald übrig geblieben sei, erhielt Botschafter von Neurath den persönlichen Auftrag des deutschen Reichskanzlers, Herrn MacDonald aufzusuchen und ihm zu sagen, wie sehr die Reichsregierung die Absage des englischen Besuchs in Berlin bedauere und daß sie dringend die Erwartung ausspreche, daß es sich nur um eine Aufschiebung des Besuches handle, da der Besuch des englischen Premierministers in Berlin für Deutschland ein großes politisches Ereignis sein würde. Im übrigen wurde entgegen dem großen französischen Drängen auf sofortige Abreise der Deutschen Delegation nach Paris mitgeteilt, daß der Reichskanzler nicht schon am Donnerstag abend, sondern erst am Freitag abend Berlin verlassen könne.

Zwischendurch wurde am Donnerstag im Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts die deutsche Wirtschaftslage durchgesprochen, insbesondere die Maßnahmen ins Auge gefaßt, die im Wege neuer Notverordnungen am Montag kommender Woche gelten müßten.

Der kommende Tag, Freitag der 17. Juli, stand unter dem Zeichen schleuniger Vorbereitungen der für den Abend vorgesehenen Abreise des Reichskanzlers nach Paris. Gegen Mittag gab es noch ein recht unangenehmes Zwischenspiel. Der Governor der Bank von England Montagu Norman hatte ein sehr eingehendes Telefongespräch mit Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, in dem er diesem mitteilte, daß nach wie vor eine gewisse Mißstimmung bei der englischen Regierung wegen des ausgefallenen Besuches in Berlin bestehe. Es trat erneut die bereits bekannte Tatsache in Erscheinung, daß die Beziehungen zwischen Ministerpräsidenten MacDonald und seinem Außenminister Henderson zweifellos nicht die besten sind. Nicht zuletzt

handelt es sich bei dem Verhältnis dieser beiden Persönlichkeiten um weltanschauliche Fragen. Man darf nicht vergessen, daß die Labour-Party in England in ihrer Struktur völlig verschieden ist von der Sozialdemokratie. Die Labour-Party enthält auch Gruppen, die mit unserer Christlich-Sozialen – von den Typen Sempfindörfer³⁸⁹ und Pastor Mumm³⁹⁰ – viel mehr Verwandtschaft haben, als mit Vertretern reiner Arbeiterinteressen. Ein Vertreter dieser christlich-sozialen Richtung ist der Ministerpräsident MacDonald, während Henderson als früherer Handwerker mehr als Sozialdemokrat angesprochen werden kann. Bei der Bewertung der Mitteilung von Montagu Norman ist ferner zu berücksichtigen, daß dieser an sich schon mit der Haltung seiner englischen Regierung keineswegs immer einverstanden ist. Montagu Norman steht auf dem an sich völlig richtigen Standpunkt, daß politische Schulden wirtschaftlicher Unsinn sind, und der Krieg längst völlig liquidiert sein müßte. So erfreulich und richtig dieser Standpunkt sein mag, so ist er insofern für uns gefährlich, daß MacDonald bis zu diesem Idealzustand der Politik kaum dazu zu bringen ist, uns wirtschaftliche Hilfe angedeihen zu lassen. Solche Gedankengänge zitterten bei seinen Mitteilungen an den Präsidenten Luther zweifellos durch, als er von den Dissonanzen im englischen Kabinett sprach. Jedenfalls waren diese Mitteilungen Veranlassung zu einer nochmaligen Aussprache zu viert zwischen dem Herrn Reichskanzler, Außenminister Curtius, Staatssekretär von Bülow und mir. Es wurde in noch größerer Schärfe als bisher festgelegt, daß der Pariser Besuch nur sozusagen ein französisches Chequers ist, das der politischen Fühlungnahme dient und auch zu eingehender Aussprache über gemeinsame Angelegenheiten dienen kann; unter keinen Umständen dürfen aber in Paris Dinge abschließend zwischen Deutschland und Frankreich geregelt werden, die gleichzeitig Gegenstand der unmittelbar folgenden internationalen Konferenz in London sein werden. Um das deutlich in Erscheinung treten zu lassen, wurde beschlossen, nach Paris nur mit ganz kleiner Begleitung zu fahren und die eigentlichen Sachverständigen der Delegation erst hinterher und dann unmittelbar nach London zu schicken.

6 Uhr abends fand dann abschließend eine Ministerbesprechung unter Beteiligung sämtlicher Reichsminister, einschließlich des aus dem Urlaub zurückgebetenen Reichswehrministers Dr. Groener, statt, um diese Frage als Beschluß des Kabinetts endgültig festzulegen. In einem offiziellen Communiqué wurden die Dinge dann auch der Öffentlichkeit mitgeteilt. Auf Wunsch des Reichskanzlers und nach einer vorangegangenen persönlichen Aussprache zwischen ihm und dem Vizekanzler Dietrich wurde auch noch besonders festgelegt, daß das Kabinett völlig arbeitsfähig und unter klarer Leitung in Berlin versammelt bliebe, um gegebenenfalls der Deutschen Delegation bei bedeutsamen politischen Rückfragen als Rückhalt zu dienen. Es wurde deshalb offiziell bekanntgegeben, daß das Reichskabinett während der Tagung unter der Leitung des Vizekanzlers Dietrich stehe und durch mich in ständiger Fühlung mit der Delegation in Paris und London stehen würde.

In der Ministerbesprechung wurden dann auch die erforderlichen Notverordnungen grundsätzlich gutgeheißen, die die banktechnischen Fragen von kommender Woche ab regeln sollen. Auf meine dringende Bitte hin richtete in der Ministerbesprechung der Herr Reichskanzler noch einen starken Appell an die Reichsbank und Herrn Präsidenten Luther, unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß während der bevorstehenden politischen Verhandlungen in Paris und London keine weiteren großen

³⁸⁹ Wilhelm Sempfindörfer, geb. 1888, Lehrer und Schriftleiter, Mitgründer des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Mitglied des Reichstages seit 1930.

³⁹⁰ D. Reinhard Mumm, geb. 1873, Theologe und evangelischer Kirchenpolitiker, Mitglied des Reichstages seit 1912, ursprünglich bei den Deutschnationalen, seit 1930 Abgeordneter des Christlich-Sozialen Volksdienstes.

Zusammenbrüche in der deutschen Wirtschaft entstehen dürften, und daß insbesondere Reich, Länder, Kommunen, Girozentrale, Landesbanken, Sparkassen und Banken unter allen Umständen liquide gehalten werden müßten. Wenn auch für die Dauer ohne ausländische Hilfe nicht auszukommen sei, müsse unter allen Umständen während der Konferenz wirtschaftliche Ruhe in Deutschland herrschen, da sonst ein positives Ergebnis der außenpolitischen Verhandlungen schon von vornherein ausgeschlossen sei.

Auf meine dringende Anregung hin, verabschiedete alsdann das Kabinett auch eine pressepolitische Notverordnung, wonach den Zeitungen unter gewissen Voraussetzungen Auflagennachrichten aufgezwungen und unter besonderen Voraussetzungen auch Verbote bis zu 8 Wochen gegenüber Zeitungen ausgesprochen werden können. Wenn eine solche Bestimmung auch in ruhigen Zeiten schärfsten Protest der Presse als Angriff gegen die Pressefreiheit ausgelöst hätte, war es doch in diesen unruhigen Zeiten auf die Dauer völlig unerträglich, der schrankenlosen Demagogie und bewußten Beunruhigung der Öffentlichkeit durch die radikalen Oppositionsparteien tatenlos zuzusehen. Trotz gewisser vom Reichsministerium des Innern geäußerten Bedenken beschloß dann auch das Kabinett erfreulicherweise diese Notverordnung, die völlig die Zustimmung der preußischen Verwaltungs- und Polizeiorgane findet, einstimmig.

10 Uhr abends fuhr die Deutsche Delegation vom Bahnhof Friedrichstraße ab. Erfreulicherweise war Reichskanzler Brüning Gegenstand herzlicher Ovationen des vor und auf dem Bahnhof versammelten Publikums. In meinem Beisein äußerte sich der Reichskanzler beim Abschied des französischen Botschafters de Margerie gegenüber sehr skeptisch über die Erfolgsaussichten in Paris. Diese Bemerkung war vom Herrn Reichskanzler mit Vorbedacht abgegeben, da sie immerhin noch als gewisser Druck nach Paris hin wirken könnte.

Am folgenden Tage, Sonnabend, den 18. Juli, versammelte sich um 12 Uhr mittags das Kabinett unter Vorsitz des Vizekanzlers Dietrich, um die wirtschaftspolitischen Notverordnungen endgültig zu verabschieden.

Abends fand dann noch eine weitere Besprechung des Wirtschaftsausschusses über einige wichtige Sanierungspläne statt, so über Orientbank, Deutsche Überseebank und ähnliche schwierige Fälle.

Sonntag und Montag, den 19. und 20. Juli, weilte Reichskanzler Brüning mit seinen Begleitern in Paris, und von Dienstag bis Donnerstag den 21.–23. Juli fand die Londoner Konferenz statt. Über den Verlauf der Pariser und Londoner Besprechungen berichten im einzelnen die amtlichen Telegramme der Delegation, sowie die Kabinettsprotokolle während und nach der Reise.

Innenpolitisch war in Berlin die Arbeit des Kabinetts in dieser Woche darauf gerichtet, an einer weiteren Auflockerung der Bankfeiertage zu arbeiten. Verschiedene neue Verordnungen nach dieser Richtung hin ergingen. Das bedeutsamste Ergebnis in dieser Beziehung war die Gründung der Wechsel- und Akzeptbank in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag, vom 25.–26. Juli. In dieser Akzeptbank sind die 11 größten Privat- und öffentlichen Banken Deutschlands mit einem Aktienkapital von 200 Millionen zusammengeschlossen worden, mit dem Zwecke gegenseitiger Garantierung der Unterschrift. Der Sinn dieser Gründung ist der, daß die Beschaffung des nötigen Wechselmaterials zur Erlangung der Reichsbanknoten bei der Reichsbank nicht in genügendem Umfange herbeigebracht werden konnte, und daß durch die neue Unterschrift dieser garantierenden Dachorganisation diese Schwierigkeit behoben wurde. Auf der so gewonnenen Grundlage konnte in der letzten Juliwoche ab Montag, den 27., weiter mit dem Ziele gearbeitet werden, in kürzester Frist den unbeschränkten Zahlungsverkehr wieder aufzunehmen. Im einzelnen waren in dieser Hinsicht noch außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden, über die die Protokolle der zahlreichen Sitzungen des Wirtschaftsausschusses und des Gesamtkabinetts berichten.

Die größte Schwierigkeit bestand in der Frage, wie die Danat-Bank fortgeführt werden solle, und wie die inzwischen in gleicher Weise auch bei der Dresdner-Bank aufgetretenen Schwächezustände behoben werden sollten. Zu diesen Besprechungen der Reichsregierung wurden 5 Sachverständige dauernd hinzugezogen. Die beiden Ausländer Sprague und Wallenberg³⁹¹, die beiden inländischen Bankiers Dr. Melchior und Dr. Schmitz³⁹² und Exellenz Dernburg³⁹³ als der Vorsitzende des Aufsichtsrats der neu gegründeten Wechsel- und Akzeptbank. Hinsichtlich der Danat-Bank wurde schließlich erreicht, daß durch die Hilfe der Industrie ein neues Aktienkapital auf die Beine gestellt wird. Hinsichtlich der Dresdner-Bank kam man nach vielen Hin und Her schließlich überein, [daß] ein neues Aktienkapital in Höhe von 300 Millionen, das vom Reich im Wege von Reichsschatzwechseln wieder zur Verfügung gestellt werde, geschaffen werden müsse. Vorher und zwischendurch waren wegen der Dresdner-Bank 2 andere Pläne erwogen worden, nämlich der einer etwaigen Fusion mit der Reichskredit-Gesellschaft und der andere Plan: die Dresdner-Bank einfach durch Ermöglichung glatter Auszahlung und Garantien der Spitzenüberweisungen im Überweisungsverband wieder flott zu bekommen. Nachdem aber die Dresdner-Bank – wie die Sachverständigen schließlich sagten – in der interessierten Öffentlichkeit schon so lange und ausgiebig „besprochen“ war, sei die Schaffung eines verantwortlichen neuen Kapitals unvermeidlich geworden, so daß sich die Reichsregierung schließlich schweren Herzens zur Schaffung eines solchen reichseigenen Aktienkapitals in Höhe von 30[0] Millionen entschloß.

Hinsichtlich der Sparkassen brachten die Verhandlungen mit den Sachverständigen und der Reichsbank schließlich³⁹⁴ das Ergebnis, daß eine gleichzeitige Öffnung der Banken und Sparkassen nicht möglich sei, da hierfür die nötigen Zahlungsmittel ohne Inflationsgefahr mit dem besten Willen nicht zu schaffen sein würden. Außerdem wurde hervorgehoben, daß der Charakter der Sparkassen, die im wesentlichen zur Förderung des Spartriebs des Publikums geschaffen sind, ein anderer ist, als der der Banken, die zur fortgesetzten Regulierung der laufenden Geldbedürfnisse bestimmt sind. Sobald erst einmal der Zahlungsverkehr bei den Banken wieder flott im Gange ist und Angstabhebungen infolgedessen nicht mehr zu befürchten sind, wird nach Auffassung aller Sachverständigen wieder ein [st]arker Rückfluß der Noten eintreten, so daß dann auch die Sparkassen wieder ohne Gefahr geöffnet werden könnten. Politisch ist diese sachlich zweifellos richtige Lösung recht unbequem, da – wenn auch zu unrecht – in wenig eingeweihten Kreisen der Gedanke aufkommen kann, daß man den Großen helfe, aber die Not der Kleinen unberücksichtigt lasse. Es wird deshalb darauf ankommen, auch nach der psychologischen Seite dem Volke, das im wesentlichen in diesen schwierigen Krisenwochen seine Nerven in muster-gültiger Weise gewahrt hat, die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen in geschickter Weise nahezubringen.

Im übrigen war die letzte Juliwoche mit den ausländischen amerikanischen und englischen Besuchen angefüllt. Sonnabend und Sonntag weilte der amerikanische Staatssekretär Stimson in Berlin und Montag und Dienstag die englischen Minister

³⁹¹ Marcus Wallenberg, geb. 1864, schwedischer Bankier, Direktor der Stockholms Enskilda Bank.

³⁹² Dr. Hermann Schmitz, geb. 1881, Geheimer Kommerzienrat, seit 1925 Vorstandsmitglied der I. G. Farbenindustrie A.G., seit 1927 Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank.

³⁹³ Dr. Bernhard Dernburg, geb. 1865, Bankdirektor und liberaler Politiker, 1907–1910 Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Parlamentarier seit 1913 (zuletzt Deutsche Demokratische Partei), 1919 Reichsfinanzminister.

³⁹⁴ Or.: schließend.

MacDonald und Henderson. Wenn auch die Besuche im wesentlichen als reine Höflichkeitsakte gedacht waren und nach den vorausgegangenen ausgiebigen diplomatischen Aussprachen in Paris und London viel Stoff und Neigung zu ergänzenden politischen Gesprächen nicht vorhanden war, waren die Besuche doch von größter Bedeutung. Damit komme ich zur Wertung der gesamten außenpolitischen Lage, wie sie sich im Augenblick Ende Juli 1931 auf der Grundlage der Besprechungen in Paris und Berlin und der Londoner Konferenz für uns darstellt.

Für den Augenblick ist außenpolitisch für uns das Entscheidende der Abschluß der Londoner Konferenz. Dieser Abschluß war zweifellos sehr mager, wenn er auch durchaus das gebracht hat, was die Regierung Brüning, die mit keinem unbegründeten Optimismus sondern einem gewissen Skeptizismus in diese Verhandlungen gegangen war, erwartet hatte. Das positive Ergebnis der Londoner Konferenz besteht lediglich darin, daß der vor einigen Wochen der Reichsbank gegebene Rediskontkredit von 100 Millionen Dollar der Reichsbank bis auf weiteres verbleiben und daß darüberhinaus durch geeignete Maßnahmen der 7 beteiligten Regierungen sichergestellt werden solle, daß seitens der großen internationalen Gläubigerbanken die noch in Deutschland vorhandenen ausländischen Kredite nicht abgezogen werden. Letzteres wird erreicht durch die sogenannten Stillehaltekonsortien. Außerdem wurde ein Gremium internationaler erster Sachverständiger mit der Prüfung der Frage beauftragt, ob und in welcher Höhe weiterer Kreditbedarf in Deutschland vorhanden ist.

Zu unmittelbarer Hilfe im Wege eines großen ergänzenden Rediskontkredits an die Reichsbank oder einer großen Anleihe an das Reich ist es also nicht gekommen. Dies setzt Deutschland jetzt in die Notwendigkeit, für die nächste Zeit aus eigener Kraft seine heimische Wirtschaft zu ordnen. Diesem Ziele gelten alle gegenwärtigen Maßnahmen der Regierung. Niemand gibt sich aber dem Irrglauben hin, daß dies auf die Dauer zu erreichen ist. Eine in sich abgeschlossene, vom Ausland unabhängige deutsche Wirtschaft, ist nach der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands ausgeschlossen. Das Besinnen auf die eigene Kraft ist aber notwendig, um insbesondere das Vertrauen des Auslandes dahin zu stärken, daß die Hereingabe weiterer Mittel in die deutsche Wirtschaft kein ungesundes Risiko darstellt. Dieses ist der Gesichtspunkt, auf den der amerikanische Staatssekretär Stimson und nach ihm nochmals Präsident Hoover durch seinen hiesigen Botschafter Sackett die Reichsregierung nachdrücklichst hingewiesen hat. Sackett hat noch am 29. Juli in der Reichskanzlei mit Nachdruck im Auftrage seines Präsidenten Hoover ausgeführt, daß Deutschland sich für die nächste Zeit – er nannte hierbei einen Zeitraum von 2–3 Wochen – aus eigener Kraft helfen müsse. Wenn dies erreicht werde, so würde das Vertrauen der Amerikaner wieder wachsen, und die Zinsbedingungen für Kredite seien eben in Deutschland alsdann zu groß, als daß sich diesem Lockmittel die amerikanischen Gelder länger entziehen könnten.

Wenige Tage vorher hat Ministerpräsident MacDonald im Beisein seines Ministerkollegen Henderson den Reichskanzler und Reichsaußenminister in der Besprechung in der Reichskanzlei dringend ersucht, von der Hereinnahme einer politischen Anleihe vom Auslande her unter allen Umständen abzusehen. Über diese bedeutsame Besprechung liegt eine genaue Aufzeichnung des Ministerialdirektors Dieckhoff vor. Aus der Besprechung ging hervor, daß schon gewisse Verabredungen zwischen der englischen und der amerikanischen Regierung vorliegen. Bei beiden steht offensichtlich fest, daß der Young-Plan niemals mehr aufleben kann. Was nun aber nach dem Hoover-Jahr hinsichtlich der Reparationen eintreten solle, ist beiden noch nicht klar. Fest steht aber offensichtlich sowohl bei der englischen wie der amerikanischen Regierung, daß die Anerkennung der politischen Bindungen seitens Deutschlands, daß nach Ablauf des Feierjahres der Young-Plan wieder zu laufen beginne, die künftige von ihnen in Aussicht genommene Entwicklung absolut stören würde. Über diese

Dinge sollen in den nächsten Wochen in unauffälliger Weise in den schottischen Bergen Besprechungen mit dem sich dort noch aufhaltenden amerikanischen Staatssekretär Stimson stattfinden.

Hierdurch wird verständlich, daß die Engländer und wohl auch die Amerikaner den deutsch-französischen Besprechungen mit einem anscheinend etwas sorgenvollen Interesse gegenüberstanden. England wünscht natürlich eine deutsch-französische Verständigung, ist aber in keiner Weise der Auffassung, daß Deutschland politische Bindungen unterschreiben solle, die die vorerwähnte ruhige politische Entwicklung nach dem Hoover-Jahr stören könnten. MacDonald hat deshalb ausdrücklich beim Reichskanzler angeregt, die englische Regierung – je nach dem Verlauf der für die nächste Zukunft in Aussicht genommenen deutsch-französischen Ministerzusammenkunft – alsbald in die Erörterungen einzuschalten.

All diese politischen Gesichtspunkte, die für die künftige Entwicklung von so entscheidender Bedeutung sind, machen den energischen Versuch der Reichsregierung, zunächst ohne finanzielle Hilfe vom Auslande und namentlich von Frankreich her, durchzukommen, zu einer absoluten Notwendigkeit, und alles Gerede in den deutschen Zeitungen über die These „wirtschaftliche Selbsthilfe sei politischer Selbstmord“ ist barer Unsinn.

Was die Einstellung Frankreichs zur deutschen Finanzkatastrophe und die sich daraus für Frankreich ergebenden Notwendigkeiten und Möglichkeiten betrifft, mag aus Folgendem hervorgehen:

Typisch für die französische Einstellung war gleich der erste Empfang des Herrn Reichskanzlers durch Herrn Ministerpräsidenten Laval, der ihm mit den Worten entgegenkam: wie viel Geld denn nun das Deutsche Reich von Frankreich zu erhalten wünsche. Offensichtlich war das ganze Besuchsprogramm der Franzosen nur auf diese Frage eingestellt und das Konzept war gewissermaßen etwas verdorben, als der Herr Reichskanzler als Zweck des deutschen Besuches die Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen auf lange Sicht in allen politischen Fragen bezeichnete. In den sich anschließenden deutsch-französischen finanzpolitischen Besprechungen war Finanzminister Flandin der Wortführer, ohne indessen nur für seine Person zu sprechen. Aus seinen vielfachen Ausführungen ging ein Doppeltes klar hervor:

Die französische Regierung könne offensichtlich eine deutsche Anleihe im französischen Volke unterbringen, wenn für die ganze Dauer der Anleihe politische Waffenruhe herrsche. Falls also die etwaige Anleihe eine 10-jährige Dauer haben sollte, dürften während dieser 10 Jahre keinerlei politische Verhandlungen über deutsche Wünsche stattfinden und zwar auch über solche Angelegenheiten nicht, wo der Vertrag von Versailles das ausdrückliche Recht auf gewisse Fortentwicklung vorsieht, z. B. bei den Artikeln 19 und 80. Die deutschen Vertreter erklärten, daß ein solches Feiertag hinichtlich jeglicher politischen Phantasie des geknebelten deutschen Volkes überhaupt keine deutsche Regierung unterschreiben würde und unterschreiben könne. Die französischen Unterhändler hatten für diese Feststellung durchaus Verständnis, mußten aber dabei verbleiben, daß es andernfalls ihnen nicht möglich sein werde, eine Anleihe unterzubringen. Andere politische Einzelheiten, wie etwa Panzerschiff oder Zoll-Union, traten gegenüber dieser grundsätzlichen bedeutungsvollen politischen Frage völlig in den Hintergrund.

Der zweite wichtige Punkt besteht darin, daß Frankreich sich überhaupt nur in der Lage sieht, einen verhältnismäßig nicht sehr großen Teil einer etwaigen deutschen Anleihe zu bewilligen. Den übrigen größten Teil mußten andere Länder, insbesondere England und Amerika, unterbringen. Die Franzosen sahen aber durchaus ein, daß dies bei den Vereinigten Staaten aus staatsrechtlichen Gründen, und bei den Engländern aus Gründen des finanziellen Unvermögens ausgeschlossen ist.

Das sind die beiden wichtigsten Punkte der deutsch-französischen Aussprache.

Ministerpräsident Laval war es schließlich selber, der in vollster Harmonie die Besprechungen beendete mit der Feststellung, daß eben aus diesem Grunde die Verhandlungen über eine politische Anleihe nach beiderseitiger Erkenntnis aussichtslos seien. Erreicht wurde aber, daß die Franzosen sich an der nachfolgenden Londoner Konferenz beteiligten, was ohne den vorangegangenen deutschen Staatsbesuch in Paris ausgeschlossen gewesen wäre.

Sonnabend, der 1. August, brachte vom innerwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen den Abschluß der technischen Sanierungsmaßnahmen der Reichsregierung. Die folgende erste Augustwoche brachte die Folgewirkungen dieser Sanierungsmaßnahmen, d. h. zunächst die völlige Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs bei den Banken, und einige Tage darauf, ab Sonnabend, den 8. August, die völlige Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs bei den deutschen Sparkassen. Die Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs entwickelte sich überraschend günstig. Entgegen den Bedenken, die fast bis zuletzt aus Kreisen des Reichsbankdirektoriums geäußert worden waren, zeigte sich die Richtigkeit des Satzes, daß bei völliger Wiederaufnahme der Auszahlungen weniger Geld abgerufen wurde als bei einer Auszahlung nur nach Prozentsätzen. Wahrscheinlich haben sogar die ersten Auszahlungstage bei den Banken ein Plus an Einzahlungen gegenüber den Auszahlungen gebracht, so daß die vorsichtshalber von der Reichsbank zur Verfügung gestellten großen Barmittel überhaupt nicht zum Abruf kamen.

Diese günstigen Beobachtungen machten es möglich, entgegen der ersten Inausichtnahme den gleichen Schritt bei den Sparkassen schon in der gleichen Woche, und nicht erst in der folgenden Woche zu tun, und ferner die im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs notwendig gewordene Zwangsbewirtschaftung der Devisen schon nach wenigen Tagen stark zu lockern.

Die erste Augustwoche brachte schließlich noch den deutschen Staatsbesuch des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers bei der italienischen Regierung in Rom und beim Papste. Die deutschen Delegierten fuhren Mittwoch abend ab, hielten sich Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. August, in Rom auf und trafen am Montag, den 10. August, vormittags wieder in Berlin ein.

Im Vordergrund der alsdann zu ergreifenden Maßnahmen steht dann die Notlage der Gemeinden. Zur Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs bei den Sparkassen war durch eine am 5. August erlassene Notverordnung notwendig geworden, die Zurverfügungstellung von Darlehen, Anleihen und Kassenkrediten der Sparkassen an die Städte und Gemeinden ein für alle Mal zu verbieten. Durch diese an sich notwendige, aber sehr drakonische Maßnahme ist den Kommunen – von ihren im Augenblick dürftig laufenden Steuereinnahmen abgesehen – jede Möglichkeit genommen, sich vorübergehend finanziell zu helfen. Da große Zahlungen in der zweiten Hälfte der zweiten Augustwoche bei den Kommunen fällig werden, ist sofortige Hilfe notwendig. Zu diesem Zwecke hatte der Unterzeichnete am Donnerstag, den 6. August, abends eine lange Aussprache mit dem Präsidenten Mulert³⁹⁵ vom Deutschen Städtetag, an der sich dann weitere Verhandlungen im Reichsfinanzministerium anschlossen. Minister Dietrich hat seine Bereitschaft erklärt, zur Rückkehr des Herrn Reichskanzlers am 10. August Vorschläge für diese Gemeindefinanzierung auszuarbeiten.

gez. Pünder.

³⁹⁵ Dr. Dr. Oskar Mulert, geb. 1881, Jurist, 1920 Leiter der Kommunalabteilung im preußischen Innenministerium, seit 1926 Präsident des Deutschen und des Preußischen Städtetages.

PERSONENVERZEICHNIS

- Abernon, E. V. Viscount d' 19
Adelung, Bernhard 109
Adenauer, Konrad 26, 29, 72, 143, 146, 147, 148
Alfons XIII., König von Spanien 95
Amelunxen, Rudolf 148
Am Zehnhoff, Hugo 58
Aufhäuser, Siegfried 90
Ausfeld [Hauptmann a. D.] 125, 131
- Bauer, Gustav 11**
Baum, Erwin 83
Bech, Josef 73
Becker, Carl Heinrich 40
Beelarts, van [niederländ. Minister] 39
Bergen, Diego von 58
Bethlen, István Graf 76
Bismarck, Otto Fürst von 6, 45
Boden, Friedrich 44, 64
Bolz, Eugen 97, 138, 143
Borsig, Conrad von 68
Bracht, Franz 140, 141, 143, 146, 147, 148, 149, 150, 151
Brandes, Ernst 108
Brauer, Max 22
Braun, Magnus Frhr. von 149
Braun, Otto 22, 52, 58, 63, 64, 72, 74, 77, 78, 79, 88, 97, 100, 137, 142
Brauns, Heinrich 69, 72
Brauweiler, Heinz 131
Brauweiler [Regierungspräsident a. D.] 68
Bredow, Hans 102
Bredt, Johann Viktor 67, 78
Breitenbach, Paul von 42
Breitscheid, Rudolf 34, 66, 77, 90, 91, 111, 131, 160
Briand, Aristide 7, 18, 26, 34, 94, 97, 107
Brüning, Heinrich 8, 9, 10, 36, 41, 42, 43, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 53, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 61, 62, 63, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 83, 84, 85, 86, 87, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 140, 144, 145, 146, 148, 150, 151, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 171, 172, 173
Bücher, Hermann 155
Bülow, Bernhard Fürst von 15, 17, 19, 20, 22
Bülow, Bernhard W. von 60, 86, 101, 102, 106, 112, 116, 129, 130, 154, 155, 159, 164, 167, 168
Bumke, Erwin 17, 82, 83
Burgess [Journalist] 72
- Caro [Geheimrat] 45**
Chamberlain, Austen 7
Chéron, Henri 34
Chintschuk, Leo 84
Cremer, Carl 155
Curtius, Julius 8, 12, 13, 16, 21, 23, 25, 27, 28, 34, 35, 36, 38, 39, 41, 58, 60, 65, 66, 75, 80, 81, 86, 89, 91, 92, 93, 94, 96, 98, 102, 105, 106, 164, 167, 168, 171, 173
- Daladier, Eduard 18**
Dernburg, Bernhard 170
Dieckhoff, Hans Heinrich 171
Dieckmann [Landeshauptmann] 148, 151, 152
Dietrich, Hermann 17, 20, 25, 46, 48, 52, 55, 56, 57, 60, 68, 70, 71, 72, 78, 79, 86, 90, 91, 93, 96, 97, 98, 102, 106, 130, 155, 156, 157, 161, 163, 164, 168, 169, 173
Dingeldey, Eduard 99
Doumer, Paul 97
Drake, Heinrich 95
Drewitz, Hermann 67
Dreyse, Friedrich 36, 93, 157, 159
Drummond, Sir Eric 96
Duesterberg, Theodor 95, 115, 116, 117

- Ender, Otto 92
 Ernst [Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium] 49
 Ernst, Dr. [Ministerialdirektor im preuß. Ministerium f. Handel u. Gewerbe] 49, 157
 Esser, Thomas 14, 67, 120
- Faulhaber, Michael Kardinal von 57
 Feßler, Othmar 73, 85
 Flandin, Pierre Etienne 158, 159
 Flesch, Dr. [Intendant] 102
 Frank, Felix 82
 Franzen, Anton 70
 Freytagh-Loringhoven, Axel Frhr. von 25, 115
 Frick, Wilhelm 64, 82, 94, 131, 141
 Friedrich II., König von Preußen 85
 Friedrich Karl, Prinz von Preußen 108
- Galen, Franz Graf von 153
 Gayl, Wilhelm Frhr. von 141, 142, 144, 149
 Geßler, Otto 124
 Gilbert, Parker 34
 Goebbels, Paul Joseph 114, 117, 143
 Goerdeler, Carl 8, 124, 126, 128, 129, 130, 135, 136
 Göring, Hermann 131, 145
 Goldschmidt, Jakob 157, 159
 Gordon [amerikan. Diplomat] 159
 Gradnauer, Georg 23, 70
 Graef, Walter 67
 Grandi, Dino 107, 118
 Graß, Fritz 125, 143
 Grimme, Adolf 40
 Groener, Wilhelm 9, 20, 28, 58, 68, 76, 79, 80, 86, 90, 100, 106, 110, 114, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 124, 125, 126, 127, 168
 Gronowski, Johannes 148, 149, 151
 Groß [Oberbaurat] 37
 Grzesinski, Albert 18
 Guérard, Theodor von 20, 21, 26, 34, 36, 42, 46, 60, 90, 95, 106
 Gürtner, Franz 149
 Guyet [Ministerialrat] 83
- Häntzschel, Kurt 83
 Hagenow, Viktor von 43, 46, 77, 86, 93
 Hamacher, Wilhelm 148
 Hamm, Eduard 155
 Hammerstein-Equord, Kurt Frhr. von 79, 86, 121, 140
- Haniel von Haimhausen, Edgar 43
 Harnack, Adolf von 54
 Hasse [General d. Infanterie] 124
 Hassell, Ulrich von 127
 Havenstein, Rudolf 17, 19
 Heeren, Viktor von 91
 Heide, Dr. 13
 Held, Heinrich 43, 75, 78, 97
 Helfferich, Karl 19
 Helldorf, Wolf Heinrich Graf von 138, 141
 Henderson, Arthur 157, 166, 167, 168
 Hergt, Oskar 26
 Hermes, Andreas 90
 Hertz, Paul 73, 74, 77, 90, 91
 Herz, Dr. [Senatspräsident] 59
 Heß, Joseph 78, 79
 Heukamp, Hermann 78
 Heusinger von Waldeck [Konteradmiral] 117
 Heye, Wilhelm 79
 Hilferding, Rudolf 13, 17, 20, 27, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 61, 73, 77, 90, 91
 Hindenburg, Oskar von 15, 118, 123, 127, 132
 Hindenburg, Paul von 8, 9, 13, 15, 16, 18, 23, 31, 32, 33, 38, 41, 42, 43, 44, 46, 47, 51, 52, 59, 60, 66, 67, 73, 76, 77, 79, 84, 85, 86, 98, 99, 101, 103, 106, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 137, 138, 139, 140, 141, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 152, 153, 155, 156, 161, 162, 165
 Hirtsiefer, Heinrich 137, 143
 Hitler, Adolf 62, 64, 65, 93, 94, 110, 111, 112, 115, 116, 117, 118, 125, 128, 131, 132, 135, 138, 139, 140, 141, 143, 144, 145
 Hölscher, Heinrich 148
 Höpker-Aschoff, Hermann 57
 Hörsing, Friedrich Otto 17
 Hoesch, Leopold von 34, 94, 111, 112, 116, 164, 166, 167
 Hoffmann [Politiker des Zentrums] 108
 Hoover, Herbert 101, 103, 154, 155, 159, 166, 167
 Horlacher, Michael 49
 Hugenberg, Alfred 21, 25, 26, 47, 48, 57, 59, 75, 111, 113, 116, 138
- Jarres, Karl 72
 Joel, Carl Walter 75, 88, 106, 117, 119, 120
 Joos, Joseph 136, 138, 143

- Kaas**, Ludwig 8, 12, 60, 80, 102, 109, 116, 119, 122, 128, 131, 132, 133, 135, 146, 151, 153
- Kahl**, Wilhelm 44, 86, 123
- Kardorff**, Siegfried von 15, 23, 67, 76
- Kastl**, Ludwig 155
- Kaufmann**, Heinrich von 60, 91, 142
- Kehl**, Werner 155
- Kempner**, Franz 6, 60, 83, 141
- Kerrl**, Hanns 143, 147
- Keudell**, Walter von 26
- Kiep**, Otto 159
- Kirnberger**, Ferdinand 107
- Klausener**, Erich 10, 24, 55, 74, 107, 139, 151
- Klee** [Legationsrat] 29
- Klepper**, Otto 52
- Koch-Weser**, Erich 20, 57
- Köpke**, Gerhard 48, 82
- Köster**, Roland 89, 153
- Köttgen**, Carl 68
- Krestinski**, N. N. 62
- Kreuz** [Prälat] 80
- Krosigk**, Lutz Graf Schwerin von 93, 127, 137, 157
- Krupp von Bohlen und Halbach**, Gustav 108
- Kube**, Wilhelm 143
- Kühlmann**, Richard von 34
- Lambach**, Walther 26
- Landsberg**, Otto 34
- Laval**, Pierre 106, 164, 172, 173
- Lederer** [Professor] 63
- Leicht**, Johann 41, 49, 65, 66, 78
- Lersner**, Kurt Frhr. von 143, 147
- Limburg-Stirum**, John Graf 89
- Lindeiner**, gen. von Wildau, Hans Erdmann von 26, 120
- Löbe**, Paul 21, 22, 67, 78, 88, 90, 100, 130, 131, 166
- Ludendorff**, Erich 20
- Luther**, Hans 5, 7, 9, 10, 28, 33, 42, 44, 61, 72, 73, 86, 93, 97, 101, 106, 117, 130, 135, 137, 142, 148, 149, 150, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 167
- Macdonald**, Ramsay 118, 157, 166, 167, 168, 171, 172
- Mahraun**, Artur 57
- Marcks** [Major] 142
- Margerie**, Pierre de 72, 169
- Marx**, Wilhelm 6, 7, 10, 12, 46, 66, 92, 107
- Maus**, Heinrich 29, 148
- Meißner**, Otto 13, 15, 31, 32, 38, 41, 42, 43, 48, 59, 60, 61, 66, 67, 68, 80, 86, 108, 111, 113, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 124, 125, 126, 129, 130, 131, 132, 133, 135, 139, 144, 147, 152, 153, 154
- Melchior**, Carl 160, 170
- Mellon**, Andrew W. 103
- Menzel**, Hans 17, 83
- Miklas**, Wilhelm 91
- Mönnig**, Hugo 146, 148
- Moldenhauer**, Paul 16, 22, 27, 28, 33, 34, 35, 36, 37, 39, 40, 41, 42, 43, 52, 55, 112
- Moret** [französ. Notenbankpräsident] 158
- Morgan**, Pierpont 159
- Muckermann**, Hermann 80
- Müller**, Hermann 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 19, 20, 22, 27, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 51, 61, 62, 66, 73, 76, 80, 90, 91, 93, 94
- Mulert**, Oskar 173
- Mumm**, Reinhard 168
- Mussolini**, Benito 95
- Nadolny**, Rudolf 115
- Naumann**, Friedrich 22
- Neurath**, Constantin Frhr. von 111, 112, 141, 167
- Norman**, Montagu 101, 158, 167, 168
- Oberföhren**, Ernst 25, 47, 48, 49, 50, 57, 65
- Oer**, Adolf Frhr. von 148, 151
- Oldenburg**, Elard von 67, 88
- Olshausen**, Theodor 58
- Orsenigo**, Msgr. Cesare 89, 113
- Ortsiefer** [Pater] 107
- Osborn**, Dr. 83, 84
- Osten-Warnitz**, Oskar von der 127
- Pacelli**, Msgr. Eugenio 29, 58
- Papen**, Franz von 9, 28, 37, 68, 93, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 153
- Peiner**, Werner 45
- Petersen**, Carl Wilhelm 22
- Petersen** [Professor] 117
- Pferdmenges**, Robert 106
- Pius XI.**, Papst 95, 113, 173

- Planck, Erwin 68, 86, 91, 120, 131, 133, 134, 135, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 147, 150, 152, 153, 160
 Poetzsch-Heffter, Fritz 77
 Popitz, Johannes 27, 32, 33, 35, 36, 37
 Preger, Konrad von 69
 Pünder, Werner 27
- Quaatz, Reinhold Georg** 111
- Radbruch, Gustav** 34
 Radwensky, von [ungarischer Generalinspekteur] 97
 Raeder, Erich 86
 Rathenau, Walther 19
 Rauscher, Ulrich 17, 60, 81
 Redslob, Erwin 15
 Reinebeck [Referent im Ausw. Amt] 91
 Reinhart, Friedrich 108
 Riesser, Jacob 123
 Ritscher, Samuel 157
 Ritter, Karl 91
 Rivera, Primo de 44
 Röhm, Ernst 138, 139, 140, 141, 143
 Rosenberg, Alfred 115
 Rumbold, Sir Horace 167
- Sackett, Frederick M.** 96, 101, 103, 154, 155, 159, 171
 Sahn, Heinrich 162
 Salzer, Marcel 45
 Saurma, Graf 70
 Schacht, Hjalmar 8, 17, 21, 23, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 41, 42, 44, 87, 89, 142, 160, 161, 165, 166
 Schäffer, Fritz 78
 Schäffer, Hans 17, 33, 37, 43, 60, 93, 157, 159, 164
 Schätzel, Georg 20, 46, 78, 110, 120
 Scheidemann, Philipp 34, 37
 Schetter, [Senatspräsident] 146
 Schieck, Walter 71
 Schiele, Martin 26, 45, 46, 47, 48, 51, 52, 61, 65, 73, 74, 77, 78, 89, 90
 Schinkel, Karl Friedrich 64
 Schlange-Schöningen, Hans 120
 Schlegelberger, Franz 120
 Schleicher, Kurt von 9, 28, 32, 37, 40, 46, 68, 79, 80, 86, 90, 93, 111, 113, 117, 118, 120–127, 129, 131, 133–136, 139–141, 143, 144, 147, 149, 151, 152
 Schlieben, Otto von 5
 Schmidt, Robert 37
 Schmidt-Hannover, Otto 129
 Schmidt-Ott, Friedrich 28
 Schmitt, Dr. [Generaldirektor] 106
 Schmitz, Hermann 106, 170
 Schober, Johann 39, 40, 91, 92
 Scholz, Ernst 40, 41, 45, 48, 56, 67
 Schreiber, Christian [Bischof] 24, 28, 55, 65, 66, 107
 Schreiber, Walter 73
 Schubert, Carl von 7, 22, 44, 111, 112
 Schubert [Generalleutnant] 70
 Schwerin von Krosigk s. Krosigk
 Schwickerath [Justizrat] 26
 Seldte, Franz 125, 131
 Severing, Carl 16, 18, 100, 154
 Sieder [Professor] 37
 Siemens, Carl Friedrich von 68
 Silverberg, Paul 88, 154
 Simpfendorfer, Wilhelm 168
 Sinzheimer, Hugo 72
 Skutsch, Dr. 83, 84, 86
 Solmsen, Georg Adolf 159, 160, 165
 Sprague [amerikan. Sachverständiger] 120, 170
 Statz, Leo 10, 89
 Steeg, Théodore 82
 Stegerwald, Adam 20, 21, 34, 60, 71, 90, 96, 97, 98, 127, 136, 143
 Stennes, Walter 94
 Stephani, von [Major a. D.] 131
 Stimson, Henry L. 101, 118, 164, 170, 171, 172
 Stinnes, Hugo 19
 Stockhausen, Max von 150
 Stocky, Julius 29, 148
 Stöhr, Franz 48, 67
 Strasser, Gregor 141, 143
 Stresemann, Gustav 5, 6, 7, 11, 12, 13, 14, 15, 20, 22, 37, 39, 44, 55, 63, 92, 95
 Stresemann, Wolfgang 12, 63
 Stülpnagel, Edwin von 70
 Stülpnagel, Joachim von 32, 55, 79
- Tardieu, André** 18, 34, 39, 75, 118
 Thälmann, Ernst 114, 115
 Trendelenburg, Ernst 33, 34, 106, 156, 157, 165
 Treviranus, Gottfried Reinhold 26, 46, 59, 60, 65, 81, 82, 83, 85, 106, 116, 136
 Twickel, Rudolf Frhr. von 28

- Vocke, Dr. 17
Vockel, Heinrich 136
Vögler, Albert 75, 154
Völkers, Dr. 69
Vogels [Ministerialrat] 70, 77, 89
Vollmer [Landgerichtspräsident] 148
- Wahnschaffe, Arnold 22
Wallenberg, Marcus 170
Wallraf, Max 26
Wangemann [Geheimrat] 89
Warmbold, Hermann 106, 123, 142, 150
Wassermann, Oscar 30, 155, 157, 161
Weismann, Robert 22, 42, 60, 61, 62, 89
Wels, Otto 34, 62, 66, 91, 111, 131
Westarp, Kuno Graf von 21, 49, 120, 127, 130
Wilhelm I., Deutscher Kaiser 6
- Wilhelm II., Deutscher Kaiser 22
Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen 40
Wilhelmina, Königin der Niederlande 39
Wilczek, Graf 92
Winterfeld, Friedrich von 65, 129
Winterfeldt, von [Generalmajor a. D.] 124
Wirth, Joseph 20, 23, 26, 27, 63, 70, 80, 81, 82, 83, 90, 106
Wissell, Rudolf 13, 14
Wolff, Otto 147
- Zapf, Albert 13, 16, 31
Zarden, Arthur 37, 70, 71, 78
Zech-Burkersroda, Julius Graf von 39
Zechlin, Walter 14, 43, 46, 102, 142
Zweigert, Erich 75, 77, 82, 83, 88, 89, 117, 120, 142, 144, 151, 156

*Schriftenreihe der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte*

IN VORBEREITUNG SIND:

LOTHAR GRUCHMANN

**Großraumtheorien des
Dritten Reiches**

Die Konstruktion einer
deutschen Monroedoktrin

C. S. LATOUR

**Südtirol und die
Achse Berlin – Rom**

**Militäropposition
1938 - 1940**

Tagebücher von Oberstleutnant Hel-
muth Groscurth,
herausgegeben von Harold Deutsch
und Helmut Krausnick

ENNO GEORG

**Die wirtschaftlichen
Unternehmungen der SS**

Jährlich erscheinen zwei
Veröffentlichungen

DEUTSCHE VERLAGS - ANSTALT
STUTTGART